Private Auslandskapitalien im Industrialisierungsprozess Griechenlands (1953 bis 1970)

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschaftswissenschaften
beim Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Diplom - Volkswirt

Anastasios Giannitsis

aus Athen

1973

Berlin 1974

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41552709_0010

Private Auslandskapitalien im Industrialisierungsprozess Griechenlands (1953 bis 1970)

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschaftswissenschaften
beim Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Diplom - Volkswirt

Anastasios Giannitsis

aus Athen

Berlin 1974

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Referent : Prof. Dr. H. Riese

Korreferent : Prof. Dr. G. Krause-Junk

Tag der mündlichen Prüfung : 6. Dezember 1973

PRIVATE AUSLANDSKAPITALIEN IM INDUSTRIALISIERUNGSPROZESS GRIECHENLANDS (1953 BIS 1970)

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Tabellenverzeichnis	6
Zum Stellenwert der Untersuchung	9
1. Industrialisierungspolitik als Ziel nationaler Entwicklungspolitik	14
1.1 Zum Konzept der Industrialisierung	14
1.2 Hauptmerkmale der griechischen Wirtschaft	19
1.3 Die Einstellung der Regierungen zum Kapitalimport	24
1.3.1 Kurzer historischer Überblick über die ausländischen Kapitalien in Griechenland	24
1.3.2 Die Einstellung zum Kapitalimport in der Nachkriegszeit	25
1.3.3 Phasen der griechischen Politik	32
1.3.4 Vergünstigungsmaßnahmen für ausländische Kapitalien	38
2. Die Struktur der Kapitalzuflüsse unter besonderer Berücksichtigung der Direktinvestitionen im Industriesektor	45
2.1 Formen und Merkmale der Kapitalimporte	45
2.2 Formen der Kapitalimporte in der griechischen Zahlungsbilanz	60

Seite

2.3 Informationslücken und Aussagefähigkeit der zahlungsbilanzstatistischen Angaben 61

2.4 Umfang und intertemporale Verteilung der einzelnen Kapitalimportkategorien 63

2.5 Sektorale Verteilung der importierten Kapitalien 68

2.6 Herkunft der ausländischen unternehmerischen Kapitalien 70

2.7 Das ausländische Beteiligungskapital im Industriesektor 72

2.7.1 Höhe, Herkunft und industrielle Verteilung des Beteiligungskapitals 74

2.7.2 Die Beteiligungsstruktur der ausländischen Unternehmen und die Erscheinung der "Joint Ventures" 78

3. Die ausländischen Privatkapitalien als Bestimmungsfaktor des griechischen Industrialisierungsprozesses 86

3.1 Ausländische Privatkapitalien als Finanzierungsmittel im Kapitalbildungsprozeß 86

3.2 Privater Kapitalimport und Deckung der Zahlungsbilanzdefizite 95

3.2.1 Der Beitrag der Auslandskapitalien zur Deckung des "foreign exchange gap" 95

3.2.2 Zur Schuldendienstproblematik der Kapitaleinfuhr 99

Seite

3.2.3 Außenhandelsaspekte der industriellen Direktinvestitionen und Änderungen in der Zahlungsbilanzstruktur 104

3.3 Die Direktinvestitionen als Instrument zur Verminderung der technologischen Abhängigkeit Griechenlands 121

3.4 Die Direktinvestitionen im Industriesektor 136

3.4.1 Zur Motivation der industriellen Direktinvestitionen 136

3.4.2 Differenzierung in der Zusammensetzung der industriellen Produktion 142

3.4.3 Die ausländische Kontrolle der Industriebranchen 146

3.4.4 Direktinvestitionen und Marktstrukturen 152

3.5 Machtstellung der ausländischen Unternehmungen und Implikationen für den Industrialisierungsprozeß 167

3.5.1 Bestimmungsfaktoren für die Machtstellung der ausländischen Unternehmungen 167

3.5.2 Konfliktbereiche zwischen ausländischer Dominanz und einheimischen Interessen 183

4. Schlußbetrachtungen 201

Tabellenanhang 205

Literaturverzeichnis 274

Abkürzungsverzeichnis 290

Tabellenverzeichnis

		Seite
1.1	Bruttosozialprodukt und Bruttoanlageinvestitionen Griechenlands (einzelne Jahre)	206
1.2	Zusammensetzung des Bruttosozialprodukts zu Faktorkosten Griechenlands (einzelne Jahre)	207
1.3	Verteilung der Bruttoanlageinvestitionen in der griechischen Wirtschaft (einzelne Jahre)	208
1.4	Die Entwicklung der griechischen Zahlungsbilanz	209
1.5	Zusammensetzung der Importe Griechenlands (einzelne Jahre)	210
1.6	Zusammensetzung der griechischen Exporte (einzelne Jahre)	211
1.7	Entwicklung der Gewinnbesteuerung der Kapitalgesellschaften des Sektors der verarbeitenden Industrie, 1964-1970	212
2.1	Beantragte, genehmigte und realisierte Kapitaleinfuhr unter der R.V.2687/53, 1953-1971	213
2.2	Einzelne Kategorien des Kapitalimports	215
2.3	Kapitalimport unter der R.V.2687/53 nach Wirtschaftszweigen, 1953-1970	216
2.4	Verteilung der "sonstigen unternehmerischen Kapitalien", 1961-1971	217
2.5	Aufteilung des Zuflusses unternehmerischer Kapitalien nach Herkunftsbereichen	218
2.6	Aufteilung des Zuflusses der langfristigen Lieferantenkredite nach Herkunftsbereichen, 1961-1971	219
2.7	Branchenstruktur des Kapitalimports unter der R.V.2687/53 in der Industrie, 1953-1970	220
2.8	Kapitalimport der Industrie unter der R.V.2687/53 nach Branchen und Herkunftsländern, 1953-1970	221
2.9	Kapitalimport der Industrie unter der R.V.2687/53 nach Branchen und Herkunftsländern, 1953-1970 (in v.H.)	222
2.10	Verteilung des Kapitalimports der Industrie unter der R.V.2687/53 auf Großprojekte, 1953-1970	223
2.11	Ausländische Kapitalbeteiligungen an in Griechenland ansässigen industriellen Kapitalgesellschaften nach Industriebranchen und Herkunftsländern, Stand Ende 1970	224

Seite

2.12 Ausländische Beteiligung nach Industriezweigen, Stand Ende 1970 237
2.13 Höhe des ausländischen Beteiligungskapitals nach Industriebranchen und Herkunftsländern, Stand Ende 1970 239
2.14 Verteilung von 237 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung nach Beteiligungshöhe und Industriebranchen, Stand Ende 1970 241
2.15 Verteilung von 228 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung nach Beteiligungshöhe, Kontrolle ausübenden Ländern und Größe des Gesamtvermögens, Stand Ende 1970 242
3.1 Die Bedeutung des Außenhandels und des Auslandskapitals für die griechische Wirtschaft 244
3.2 Ausländisches und inländisches Kapital in 227 untersuchten Industrie- und Bergbauunternehmen mit ausländischer Beteiligung, Stand Ende 1964 245
3.3 Anteil des Auslandskapitals am Gesamtkapital der 227 untersuchten Industrie- und Bergbauunternehmen nach Wirtschaftsbereichen, Stand Ende 1964 246
3.4 Monetäre Kapitalimport- und Kapitalexportströme unter der R.V.2687/53, 1954-1971 247
3.5 Entwicklung der Auslandsverschuldung Griechenlands 248
3.6 Belastung der Zahlungsbilanz durch den Schuldendienst 249
3.7 Anteil der Schuldendienstzahlungen an den Deviseneinnahmen und am BSP Griechenlands 250
3.8 Kapitalien unter der R.V.2687/53 : Kapitaleinfuhr, Kapitalrückzahlungen und Schuldendienstzahlungen, 1961-1971 251
3.9 Kapitalimport- und Kapitalexportströme unter der R.V.2687/53 nach Herkunftsbereichen, 1957-1971 252
3.10 Anteil der Investitionsgüterimporte an den Bruttoanlageinvestitionen Griechenlands, 1957-1970 253
3.11 Anteil der Ausländer an den Führungskräften von 110 ausländischen industriellen Aktiengesellschaften (Stand Ende 1970) 254

Seite

3.12 Entwicklung des Anteils der Industriebranchen an der Gesamtproduktion der verarbeitenden Industrie 255

3.13 Entwicklung des Anteils der Konsumgüter-(I), Zwischengüter-(II) und Investitionsgüterindustrien (III) an der Produktion der verarbeitenden Industrie 256

3.14 Entwicklung des Anteils einzelner Industriegruppen am Nettoproduktionswert der verarbeitenden Industrie 257

3.15 Horizontale Durchschnitte der Branchenkoeffizienten 258

3.16 Indices der industriellen Produktion 259

3.17 Konzentrationsraten in der verarbeitenden Industrie und Anteil der ausländischen Unternehmungen (Stand Ende 1970) 261

3.18 Ausmaß der ausländischen Kontrolle in der griechischen Industrie nach Branchen, Stand Ende 1970 262

3.19 Ausmaß der ausländischen Kontrolle des Gewinns der griechischen Industrie nach Branchen, Stand Ende 1970 264

3.20 Ausländische Kontrolle des Gewinns 467 Industriegesellschaften im Jahre 1970 266

3.21 Anteil von Ausländern an der Zahl und am Gewinn griechischer Industrie- und Bergbauunternehmen im Jahre 1970 267

3.22 Anteil der ausländischen Industrieunternehmen am Gesamtexport der griechischen Industrie nach Industriebranchen 268

3.23 Branchenstruktur der Exporte der griechischen Industrie 271

3.24 Verteilung der industriellen Kapitalgesellschaften nach Höhe des Kapitals und Zahl der Beschäftigten (Stand Ende 1970) 272

3.25 Verteilung aller Kapitalgesellschaften nach Industriebranchen und Größe des Gesamtvermögens, Stand Ende 1970 273

Zum Stellenwert der Untersuchung

Ziel dieser Untersuchung ist es, an Hand des Entwicklungslandes Griechenland zumindest einige grundlegende Aussagen über Erfolgsaussichten und Begrenztheit einer Entwicklungspolitik zu ermöglichen, die durch die Einfuhr privaten Auslandskapitals den Übergang zu einem Prozeß fortschreitender und sich selbst tragender Industrialisierung zu verwirklichen sucht.

Kapitalimporte im allgemeinen und in der Form der Direktinvestition im besonderen bilden einen wichtigen Bestandteil der für Entwicklungsländer entworfenen Industrialisierungsstrategien und nehmen auch in der entwicklungspolitischen Zielstruktur der griechischen Regierung eine entscheidende Stellung ein.[1)]

Griechenland gehört zu denjenigen Entwicklungsländern, die ihre Entwicklungsanstrengungen erst seit dem Ende des zweiten Weltkrieges begonnen haben. Inzwischen ist das Land unter die "Erfolgsländer" eingestuft worden[2)], und die Untersuchung der konventionellen Maßstabsgrößen (BSP-Wachstum, Investitionsquote, Industrieanteil am BSP) zeitigt im allgemeinen eine befriedigende Entwicklung. Griechenland wurde aber zugleich unter die Gruppe derjenigen Länder eingeordnet, die ihren Wachstumsprozeß durch die Einfuhr erheblicher Kapitalbeträge ermöglicht haben.[3)]

Die Titel der verwendeten griechischen Literatur werden in den Anmerkungen lediglich in der deutschen Übersetzung gebracht, versehen mit dem Hinweis: original griechisch, abgekürzt : orig.gr. Im Literaturverzeichnis wird zunächst der griechische Originaltitel, transkripiert in die lateinische Schreibweise, gebracht und dann in Klammern die entsprechende deutsche Übersetzung.

1) s. Koordinationsministerium, Entwicklungsplan Griechenlands, 1968 - 1972 (Athen 1968)(orig.gr.), S.49ff.

2) s. unter anderem I.Adelman-H.B.Chenery, Foreign Aid and Economic Development: The Case of Greece, in : REStat. 1966, S.1-19, I.Adelman - C.Morris, Society, Politics and Economic Development (Baltimore 1967), Kapitel II.

3) s. H.Chenery, Wachstum und Strukturwandel, in : Finanzierung und Entwicklung, Vierteljahresheft des IWF und der Weltbankgruppe, Bd. 8, 1971, Heft 3, S.21 und 24 und A.Maddison, Economic Progress and Policy in Developing Countries (London 1970), S.54f.

Die Fragestellung dieser Arbeit richtet sich auf die Wechselbeziehungen zwischen ausländischem Kapitalzufluß und Industrialisierungsprozeß des Landes. Insbesondere sind die folgenden grundlegenden Gesichtspunkte zu klären:

1) Es soll auf das griechische Regierungskonzept über Kapitalimport eingegangen und dabei untersucht werden, wie Industrialisierung von der Regierung konzipiert wird, welche Funktion den ausländischen Kapitalien im Rahmen dieses Konzeptes zugedacht wurde, welche Faktoren die griechische Politik gegenüber den Auslandskapitalien beeinflußt haben und welche Vergünstigungsmaßnahmen den ausländischen Unternehmungen erteilt worden sind;

2) es soll das Ausmaß, die Herkunft, die Form und die Richtung der ausländischen Kapitalzuflüsse ermittelt werden. Ferner soll eine statistische Grundlage gebildet werden, die es erlaubt, Aussagen nicht nur über absolute Werte der ausländischen Kapitaleinfuhr zu treffen, sondern auch über deren relativen Bedeutung für den Bereich, in dem dieses Kapital zugeflossen worden ist;

3) es soll untersucht werden, welche Auswirkungen die ausländischen Kapitalzuflüsse auf den Industrialisierungsprozeß ausgelöst haben, wie diese Effekte unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten zu interpretieren sind und welche Faktoren das Ausmaß, die Bereiche und die Natur dieser Auswirkungen bestimmen. Von der Vielzahl der möglichen Effekte werden die ausländischen Kapitalzuflüsse unter dem Aspekt der Finanzierung, der Zahlungsbilanzdeckung, der technologischen Entwicklung sowie der Strukturauswirkungen im Industriesektor untersucht. Es geht darum zu klären, auf Grund welcher Beurteilungskriterien Aussagen über "Erfolg" oder "Mißerfolg" einer sich auf den Zufluß von Auslandskapital stützenden Industrialisierungspolitik getroffen werden können. Insbesondere ist zu klären: a) welche statistisch feststell-

bare und meßbare Auswirkungen in diesen Bereichen erfaßt werden können, b)welche Faktoren dazu führen,daß die auf den ersten Blick positiv erscheinende Auswirkungen nicht undifferenziert als "Beitrag" zur Verwirklichung des Ziels der Industrialisierung interpretiert werden können,und c)welche konzeptuelle und praktische Schwierigkeiten auftreten,die es nicht erlauben,eindeutige Aussagen über die Stellung des Auslandskapitals im Industrialisierungsprozeß des Landes zu treffen;

4)schließlich soll untersucht werden,ob nicht die übermäßige Stützung des Industrialisierungsprozesses auf Auslandskapitalien zu Situationen führt,die mit erheblicher ausländischen "Macht" und "Kontrolle" der Wirtschaft verknüpft sind.Dabei sollen die Bestimmungsfaktoren solcher Machtpositionen untersucht und die Indikatoren geklärt werden, die auf ausländische "Macht" hinweisen würden,um dann in die vielfältige ökonomische Bedeutung des Phänomens einzugehen.Insbesondere handelt es sich darum,die Frage zu klären,ob und auf welcher Weise das Auftreten ausländischer "Machtpositionen" Rückwirkungen auf die Verwirklichung des Ziels der Industrialisierung haben kann und dabei die wichtigsten Konfliktfelder festzustellen,welche zwischen einerseits den ausländischen Investoren (multinationale Konzerne) und andererseits den einheimischen Unternehmungen,Verbrauchern und Staat bestehen können oder schon in Erscheinung getreten sind.

Bei der Behandlung dieser Gesichtspunkte erwiesen sich die folgenden Begrenzungen als unumgänglich:

1)Zeitlich erstreckt sich die Untersuchung hauptsächlich auf den Zeitraum von 1953 an,als die ersten Maßnahmen zur Förderung privaten ausländischer Investitionen getroffen wurden, bis 1970 oder 1971 je nachdem,welche Informationen jeweils zur Verfügung standen;

2)unter den verschiedenen Kategorien des privaten Kapitalimports sind die langfristigen Kapitaleinfuhren untersucht worden,da unser Interesse auf die langfristigen Strukturauswirkungen für den Industrialisierungsprozeß des Landes gerichtet ist.Aber auch innerhalb dieser Kategorie haben wir vorwiegend die ausländischen Direktinvestitionen untersucht,da bei dieser Form der Kapitaleinfuhr der ausländische Kapitalgeber nicht nur Kapital ins Land einführt,sondern die Verwendung dieses Kapitals weiter unter eigener Kontrolle behält,sodaß er am Produktionsprozeß des Landes mitwirkt bzw. diesen mitbestimmt und einen unmittelbaren Einfluß auf den Entwicklungsprozeß ausüben kann;

3)untersucht wird vor allem die spezifische Bedeutung der Direktinvestitionen im Bereich der verarbeitenden Industrie. Die Industrialisierungsversuche des Landes haben hauptsächlich den Aufbau eines Industriesektors zum Ziel,und der Erfolg oder Mißerfolg in diesem Bereich bestimmt im wesentlichen die Aussichten der gesamten Industrialisierungspolitik,da der Sektor der verarbeitenden Industrie als "key sector" für den Prozeß fortschreitender Industrialisierung zu betrachten ist;

4)es wurde versucht,möglichst umfassendes Material nicht nur für die Globalgrößen des Kapitalimports,sondern auch über die Tätigkeiten der mit ausländischen Kapitalien gegründeten Industrieunternehmen zusammenzustellen.Da wir, um eine hinreichende Grundlage für empirische Evidenz zu erreichen,ein nach Zahl und Art der Quellen sehr breitgestreutes Informationsmaterial (Statistiken,Wirtschaftsmagazine,Pressemeldungen,Gesetzblätter,persönliche Kontakte u.a.) zugrunde legen mußten,sind gewisse Fehlerquellen und Lücken in der Aussage unvermeidlich,die jedoch die Aussagefähigkeit der Ergebnisse kaum beeinträchtigen dürften und auf die jeweils hingewiesen wird;

5)es war nicht möglich,auf alle Gesichtspunkte,die aus der Durchführung ausländischer Direktinvestitionen für den Industrialisierungsprozeß resultieren,einzugehen.Einmal war das Material unzureichend,und zum anderen dauern die Wirkungen der Direktinvestitionen bis zu ihrer Liquidierung,wenn nicht noch länger,sodaß derart langfristige Betrachtungen zwangsläufig spekulativen Charakter trügen. Es wurde die,unserer Meinung nach,bedeutendsten entwicklungspolitische Wirkungen der industriellen Direktinvestitionen untersucht,für die wir genügend Material erhalten konnten.Es ist jedoch klar,daß die Aussagen nicht ohne Einschränkungen gelten können,zumal wichtige Aspekte namentlich die Beschäftigungs- und die Verteilungseffekte der Direktinvestitionen außeracht gelassen werden mußten.

Eine derartige Begrenzung der Betrachtung soll uns dabei in die Lage versetzen,die "Harmonie- und Konfliktfelder" feststellen zu können,die als Folge der Wechselbeziehungen zwischen industriellen Direktinvestitionen,Industrialisierungspolitik der Regierung und Industrialisierungsprozeß zu erfassen sind.Obwohl die Ergebnisse dieser Arbeit hauptsächlich für Griechenland gelten und keine Allgemeingültigkeit besitzen,könnten sie mutatis mutandis für andere halbindustrialisierte Länder wie Griechenland relevant sein und als Vorarbeit für die Entwicklung rationaler Beurteilungskriterien über den Stellenwert ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungsstrategien von Nutzen sein.

1. Industrialisierung als Ziel nationaler Entwicklungspolitik

1.1 Zum Konzept der Industrialisierung

Industrialisierung bildet die zentrale Zielsetzung griechischer Wirtschafts- und Entwicklungspolitik seit Beginn der fünfziger Jahre. Bevor eine Analyse der bisher feststellbaren Ergebnisse im Hinblick auf das Industrialisierungsziel unternommen wird, ist es notwendig, dieses Ziel selbst näher zu bestimmen.

Industrialisierung bedeutet die fortlaufende Ausdehnung des Anteils des Industriesektors an der gesamten wirtschaftlichen Aktivität eines Landes auf Kosten des primären und des tertiären Sektors.[1] Industrialisierung ist auch durch Änderungen in der Industriestruktur selbst gekennzeichnet, insbesondere im Verhältnis der Konsum- zu den Zwischen- und den Investitionsgüterindustrien[2] und der damit zusammenhängenden Kapazität des Landes, sich selbst mit intermediären und Kapitalgütern zu versorgen. Industrialisierung ist aber nicht nur durch quantitative Merkmale (Wachstum der Industrieproduktion und des pro-Kopf Einkommens, Verteilung der Arbeitskräfte auf die Sektoren der Wirtschaft etc.)[3], sondern auch durch qualitative Merkmale gekennzeichnet; "Der Begriff der "Industrialisierung" ist ein Gesamtausdruck für alle jene Veränderungen wirtschaftlicher Maßnahmen und Einrichtungen, die mit der Ausdehnung jener Bereiche der wirtschaftlichen Tätigkeit in einer Volkswirtschaft verbunden sind, in denen

---

1) s. dazu unter anderem: J. Freyssinet, Le Concept de Sous-Développement (Paris 1966), S. 157ff., R.B. Sutcliffe, Industry and Underdevelopment (London usw. 1971), S. 17 setzt zumindest drei Bedingungen für die Charakterisierung eines "industrialisierten" Landes: 1) Anteil des Industriesektors am BSP von mindestens 25%, 2) Anteil der verarbeitenden Industrie am Industrieoutput von mindestens 60%, und 3) Anteil der im Industriesektor Beschäftigten an der gesamten Beschäftigung von mindestens 10%.

2) s. J. Freyssinet, ebenda, S. 157ff.

3) Ein breites Spektrum solcher Indikatoren s. in I. Adelman-C. Morris, Performance Criteria for Evaluating Economic Development Potential: An Operational Approach, in: QJE, Bd. 82, 1968, S. 264ff.

die "moderne,fortschreitende Technik" durch den Einsatz kontrollierter und gesteuerter biologischer,chemischer und physikalischer Prozesse das Wirtschaften wesentlich unterstützt und seine Ergiebigkeit außerordentlich erhöht. Die wirtschaftlichen Wandlungen bilden aber nur einen kleinen Teil dieser Entwicklung,die darüber hinaus gesellschaftliche und politische (oder allgemein:kulturelle) Prozesse mitumfaßt."[1)]

Industrialisierung stellt demnach nicht so sehr ein Gesamtergebnis dar, "sondern viel mehr die Art und Weise,mit Hilfe welcher Faktoren dieses Gesamtergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit erzielt worden ist."[2)]

Ohne auf die verschiedenen Definitionen und auf Einzelheiten eingehen zu können,wird Industrialisierung hier als die Gesamtheit jener wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturveränderungen bezeichnet,die zur fortlaufenden Beseitigung der Unterentwicklung eines Landes beitragen[3)], d.h. desjenigen Zustands, "der es der Mehrheit der Bevölkerung eines Landes nicht ermöglicht,die fundamentalen Kosten des menschlichen Lebens zu decken."[4)] Industrialisierung wird dabei als notwendige Bedingung wirtschaftlicher Entwicklung betrachtet,da nur über Industrialisierung diejenigen Änderungen in den sozialen,wirtschaftlichen und institutionellen Beziehungen des Systems erreicht werden können,mit deren Hilfe Unterentwicklung als Zustand der

---

1)S.Klatt,Zur Theorie der Industrialisierung (Köln und Opladen 1959),S.19. Vgl.ähnliche Definition bei F.Perroux, L'Économie des Jeunes Nations (Paris 1962),S.21.
2)S.Klatt,ebenda,S.22.
3)s.R.B.Sutcliffe,a.a.O.,S.3 und H.B.Chenery,Patterns of Industrial Growth,in:AER 1960,S.635.
4)J.Freyssinet,a.a.O.,S.7f. Vgl.auch F.Perroux,L'Economie du XXe siècle (Paris 1961),S.156f. und Ch.Bettelheim, Planification et croissance accélérée (Paris 1971),S.56.

Armut sowie der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit[1] überwunden werden kann.

Industrialisierung kann nur als ein fortschreitender und zunehmend sich selbsttragender Prozeß zu einem wirksamen Anstoßfaktor für einen Prozeß sozioökonomischen Fortschritts werden.

Als "fortschreitend" kann ein Industrialisierungsprozeß dann bezeichnet werden, wenn nicht nur ein kumulatives Ansteigen bestimmter quantitativer Größen zu beobachten ist, sondern darüber hinaus die stattgefundenen wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Änderungen ein Umschlagen in einen Prozeß sozioökonomischen Rückschritts unwahrscheinlich machen.[2]

Kriterium eines "zunehmend sich selbsttragenden" Industrialisierungsprozesses ist "an irreversible rise to a higher level of economic performance...(which, Einfügung des Verfassers) may make it easier to find reserves for further growth".[3] Auf der Grundlage vorangegangener Industrialisierungsprozesse gewinnt also das Wirtschaftssystem zunehmend die Fähigkeit, aus sich selbst die Überwindung der Unterentwicklung zu meistern, sich also jene Ressourcen und Fähigkeiten anzueignen, die für seine Weiterentwicklung erforderlich sind.[4]

Nur auf der Grundlage eines solchen Industrialisierungsprozesses läßt sich der Übergang zu einem "autonomen" Entwicklungsprozeß erwarten. Dabei ist festzuhalten, daß "autonome

---

1) Vgl. F. Perroux, L'Economie du XX^{e} siècle, S. 156f., Ch. Bettelheim, a.a.O., S. 31, W. S. Freund, Unterentwicklung in strukturalistischer Sicht, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Bd. 13, 1969 (Sonderheft) (Köln und Opladen 1969), S. 519

2) W. W. Rostow, Leading Sectors and the Take-Off, in: Ders. (Ed.), The Economics of Take-Off into Sustained Growth (London usw. 1963), S. 11

3) S. Kuznets, Notes on the Take-Off, in: W. W. Rostow (Ed.), ebenda, S. 39

4) Vgl. R. C. Young, A Structural Approach to Development, in: JDA Bd. 2, 1967/8, S. 364. Dies bedeutet, daß die statistische Feststellung einer Aufschwungsphase von sich selbst nicht die Aussage ermöglicht, ob die Fähigkeit vorliegt, auch zukünftig diesen Prozeß aufrechtzuerhalten.

Entwicklung in keiner Weise "nationalistische" oder "außerökonomische Zielsetzungen impliziert. Sie kennzeichnet vielmehr die Fähigkeit eines Landes, den Entwicklungsprozeß nicht an von "außen" vorgegebenen Zielsetzungen, sondern an einer - wie auch immer inhaltlich zu fassenden - gesamtgesellschaftlichen Zielkonzeption des betreffenden Landes auszurichten. Zugleich folgt daraus die Unvereinbarkeit von "wirtschaftlicher Entwicklung" eines Landes einerseits und dem Status der "Satellitisierung"[1] mit der damit verbundenen externen Abhängigkeit andererseits.[2]

Die in diesem Sinne gemeinte "Autonomie" oder anders gesagt, die Erweiterung des Handlungsspielraums der Regierung eines Landes erscheint uns als eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß das Land die Vorteile aus dem Prozeß wirtschaftlicher Entwicklung genießen kann.[3] Denn "Autonomie" hat einen "ökonomischen" Sinn nicht nur als ein Ziel an sich, weil etwa aus ihr "...psychic income in the form of nationalistic satisfaction"[4] resultieren kann. Sie dürfte auch als ein Mittel betrachtet werden, mit dem langfristig der Entwicklungsprozeß des Landes eine solche Form und einen solchen Inhalt annimmt, welche von der Bevölkerung des Landes selbst bestimmt sind und zu einem höheren Realprodukt führen kann.

Ausländische Kapitalien wurden von der griechischen Entwicklungspolitik gefördert, um den Industrialisierungsprozeß voranzutreiben, um also mit diesem Instrument eine Steigerung der einheimischen Ressourcen und Fähigkeiten zu erzielen, welche den Übergang zu einem Prozeß fortschreitender und autonomer Entwicklung realisierbar machen. Die Rolle dieser Kapi-

---

1) Terminologie nach F. Perroux, Les Investissements Multinationaux et l'Analyse des Poles de Développement et des Poles d'Intégration, in: Tiers Monde, Bd. IX, 1968, S. 258.
2) s. ebenda und in: Foreign Ownership and the Structure of Canadian Industry. Report of the Task Force on the Structure of Canadian Industry (Ottawa 1968) (im folgenden zitiert als: Task Force), S. 3.
3) s. F. Perroux, L'intégration et l'échec de la théorie traditionnelle des échanges extérieurs, in: EA, Bd. 21, 1968, S. 381.
4) H. G. Johnson, A Theoretical Model of Economic Nationalism in New and Developing States, in: Political Science Quarterly, Bd. 80, 1965, S. 183f.

talien im griechischen Industrialisierungsprozeß ist folgerichtig unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen. Ein entscheidendes Erfolgskriterium der griechischen Politik besteht also nicht nur darin, inwieweit durch den Einsatz dieses Instruments ein Wachstum der quantitativen Indikatoren wirtschaftlicher Entwicklung hervorgerufen wurde, sondern auch inwiefern eine Steigerung der für einen Prozeß fortschreitender und sich selbsttragender Industrialisierung erforderlichen einheimischen Fähigkeiten[1] erzielt werden konnte. Die Entwicklung des einheimischen Anteils an den wirtschaftlichen Tätigkeiten im griechischen Raum und die Bereiche, in welchen die einheimischen und die ausländischen Tätigkeiten ausgeübt werden, bilden wichtige Indikatoren um Aussagen über die Erfüllung dieses Kriteriums treffen zu können.[2]

---

1) Gemeint sind vor allem technologische und organisatorische Kenntnisse, die Fähigkeiten, die jeweiligen Investitionsmöglichkeiten erkennen und ergreifen zu können, die Steigerung der Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft, die Fähigkeit, in ausländischen Märkten eindringen zu können sowie die Fähigkeit des öffentlichen Sektors die notwendigen entwicklungspolitischen Maßnahmen zu beschließen und durchzuführen.

2) Vgl. Comments by S. Hymer über Ch. Frank, Public and Private Enterprise in Africa, in: G. Ranis (Ed.), Government and Economic Development (N. Haven, London 1971), S. 123.

1.2 Hauptmerkmale der griechischen Wirtschaft

In Griechenland setzten die Anstrengungen zur wirtschaftlichen Entwicklung um 1952/3 an. Die aus dem zweiten Weltkrieg und dem Bürgerkrieg herrührenden Zerstörungen des Produktionsapparates waren etwa um 1954 weitgehend behoben und etwa zu diesem Zeitpunkt wurden auch die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse stabil.[1)]

Kennzeichnend für den Entwicklungsstand des Landes waren insbesondere folgende Tatsachen:

1) das niedrige pro-Kopf Einkommen, das im Jahre 1953 210 US-Dollar betrug,

2) die Dominanz des Agrarsektors und der geringe Beitrag der sekundären Produktion[2)] zum Sozialprodukt.[3)] Im Jahre 1951 waren 61% der Arbeitskräfte im Primärsektor (Landwirtschaft, Fischerei und Bergbau), 17% in der sekundären Produktion und 23% im tertiären Sektor beschäftigt. Der Beitrag dieser Sektoren zum realen Sozialprodukt zu Faktorkosten betrug 1951 31,0%, 18,6% bzw. 50,4%,

3) die hohe Unterbeschäftigung, die überwiegend in der Form der versteckten Arbeitslosigkeit im primären und im tertiären Sektor bestand. Die offiziell gemeldeten Arbeitslosen wurden für 1961 mit 6,0% der Erwerbstätigen angegeben,

4) die Disproportionalitäten in der Zahlungsbilanz. Die Exporte deckten die Importe im 1954 zu 49,1%. Diese Quote zeigte aber wegen des Abbaus verschiedener Importkontrollen seit 1953 eine fallende Tendenz. (s. Tab. 1.4, Anm. 1) Die Zusammensetzung der Exporte, die hauptsächlich aus einigen Agrarprodukten bestanden, stellt ein weiteres Charakteristikum der Wirtschaftsstruktur des Landes dar. Tabak, Korinthen, Oliven und Olivenöl trugen zu ca. 66% der Gesamtexporte bei.[4)]

---

1) s. Langfristige Perspektiven der griechischen Wirtschaft (Athen 1967) (orig. gr.), S. 47 und W. Candilis, The Economy of Greece, 1944-66. Efforts for Stability and Development (N. York usw. 1968), S. 89.
2) Verarbeitende Industrie, Energie, Bauindustrie.
3) Vgl. Tab. 1.2.
4) Nationalbank von Griechenland und Athen, Probleme der griechischen Zahlungsbilanz (Athen 1958), S. 18.

5)Die Anlageinvestitionen hatten ein niedriges Niveau;sie betrugen im Jahre 1954 um 13% des BSP zu Marktpreisen (s. Tab. 1.1).

6)Der Sektor der verarbeitenden Industrie bestand hauptsächlich in handwerklichen Betrieben,die eine veraltete Austattung aufwiesen und handwerkliche Produktionsweisen verwendeten.[1] Von den 106219 Betriebsstätten,die im Jahre 1961 der verarbeitenden Industrie zugerechnet waren,konnten nicht mehr als ca. 1000 als Industrieeinheiten bezeichnet werden.[2] Die Produktion dieses Sektors bestand hauptsächlich aus wenigen Konsumgütern für den stark geschützten Binnenmarkt.Die Nahrungsmittel-,Getränke-,Tabak-,Textil- und die Schuh- & Bekleidungsindustrie trugen zu 67,4% der Wertschöpfung der verarbeitenden Industrie bei.[3]

Inzwischen hat Griechenland bedeutsame ökonomische Fortschritte gezeitigt.Das Bruttosozialprodukt wuchs zwischen 1955 und 1970 durchschnittlich um ca.6%[4], das pro-Kopf Einkommen erreichte im Jahre 1969 891 US-Dollar (in festen Preisen)[5] und die Investitionsquote betrug im Jahre 1969 26,3% des BSP (in Preisen von 1958).[6]Es zeigte sich eine Veränderung der Struktur des Sozialprodukts zugunsten des industriellen und des tertiären Sektors und innerhalb des Industriesektors ist eine Diversifizierung der Tätigkeiten zu beobachten.(s.Tab.1.2, 3.12 und 3.13) Der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahre 1970 31,9% und des Sektors der verarbeitenden Industrie 21,2%, wobei ein Rückgang der traditionellen Konsumgüterindustrien (Nahrungsmittel,Tabak,Getränke,Textilien) zugunsten anderer Industriebranchen zu beobachten ist.(s.Tab.1.2 und 3.12 bis 3.14)

---

1)s.H.Ellis et al.,Industrial Capital in Greek Development (Athens,Center of Economic Research 1964),S.60.
2)s.A.Alexander,Greek Industrialists (Athens,Center of Economic Research 1964),S.20ff.
3)Berechnet nach den Angaben des:Koordinationsministerium, National Accounts of Greece,1948-1965 (Athens 1967).
4)Zur Entwicklung des BSP s.Tab. 1.1.
5)s.U.N.,Yearbook of National Accounts Statistics 1970 (N.York 1972).
6)Zur Entwicklung der Investitionsquote s.Tab. 1.1,Spalte 6.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Jahre 1970 3,4% der Erwerbstätigen.[1] Der Anteil der Industrieexporte an den Gesamtexporten stieg von 5,1% im Jahre 1963 auf 33,4% im Jahre 1971.

Diese Ergebnisse sind jedoch mit der Beibehaltung und/oder der Zunahme wesentlicher Disproportionalitäten in der Wirtschaft verknüpft. Folgende strukturelle Disproportionalitäten kennzeichen unter anderem den heutigen Entwicklungsstand des Landes:

1) Die gestiegene externe Abhängigkeit, die sich in den wachsenden Zahlungsbilanzdefiziten niederschlägt (s. Tab. 1.4). Eine große Zahl und Art von Subventionen verschiedener Importgüter[2] sowie der Industrieexporte[3] ruft erhebliche Verzerrungen im Bereich der externen Beziehungen hervor.

2) Die Verschärfung des Beschäftigungsproblems, die sich in der hohen Auswanderung während der sechziger Jahre manifestiert. Die niedrige Zahl der Arbeitslosen wurde nicht deshalb erreicht, weil der Entwicklungsprozeß durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze die Notsituation der Bevölkerungsmasse erleichtern konnte, sondern weil zwischen 1955 und 1971 mindestens eine Million Griechen, d.h. ca. 1/9 der Gesamtbevölkerung, um eine Arbeit zu finden, emigrieren mußte.[4] Der Aufbau des industriellen Sektors trug sehr wenig zur Lösung des Beschäftigungsproblems bei.[5]

Als wichtigste Strukturverzerrung im Arbeitsmarkt gilt die seit ca. 1970 zu beobachtende Einwanderung afrikanischer

---

1) U.N., Statistical Yearbook 1971 (N.York 1972).
2) z.B. Zollsenkungen für bestimmte Importe für manche Kategorien von Industrie-, Bergbau- und/oder Hotelunternehmen, etwa Großunternehmen oder ausländische Unternehmen, s. dazu S. 41ff. dieser Arbeit.
3) s. in Kapitel 1.3.4 dieser Arbeit.
4) Angaben aus: NSSG, Statistical Yearbook of Greece 1969 (Athens 1969) und Bank von Griechenland, Die griechische Wirtschaft im Jahre 1971 (Athen 1972) (orig.gr.).
5) s. dazu R. Fakiolas, Industrialization and Employment: The Greek Experience, in: E. Gutenberg (Hrsg.), Wirtschaft und BWL in Griechenland und Deutschland (Wiesbaden 1971), S. 88ff. Vgl. auch G. Coutsoumaris, Die Morphologie der griechischen Industrie (Athen 1963), S. 66ff. über den praktisch unveränderten Anteil der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie von 1928 bis 1961 und: OECD, Grèce (Paris 1969), S. 44.

Gastarbeiter,die im Industrie-,Dienstleistungs-,Fremdenverkehrs- und Agrarbereich eingesetzt werden[1], während eine versteckte Arbeitslosigkeit im Agrar- und tertiären Sektor besteht und die Zahl der Auswandernden auf hohem Niveau bleibt.

3)Die große Zahl der unteroptimalen Betriebe und die geringe Spezialisierung der Industrieunternehmen.[2] Außerdem kam im Jahre 1970 fast 30% der Produktion der verarbeitenden Industrie vom Handwerk.[3] Im Jahre 1966 hatten von 119237 Betriebsstätten nur 1515 (1,3%) eine Belegschaft von über 30 Personen.[4]

4)Der relativ niedrige Anteil der Investitionen in der verarbeitenden Industrie an den Gesamtinvestitionen,der trotz der wachsenden Steuervergünstigungen und Krediterleichterungen während der ganzen Periode nur ca.10% betrug.(s.Tab.1.1, Spalte 7)

5)Die hohe interne Migration,welche die Ballung von ca.35% der Gesamtbevölkerung im Gebiet der zwei Städte Athen-Piräus und Saloniki zur Folge hatte.[5]

6)Die extremen Einkommensdisparitäten und die großen Unterschiede in den Lebensbedingungen zum einen zwischen der städtischen Bevölkerung und der Provinz,und zum anderen zwischen den wohlhabenden Schichten und der Masse der Stadtbevölkerung.[6]

---

1)Bis Mitte 1972 waren ca. 25000 bis 30000 afrikanische Gastarbeiter aufgenommen.
2)s. dazu Fünfzehnjähriges Entwicklungsprogramm über die Strukturschwächen der griechischen Industrie,in:"Express", Blatt von 13.9.72 (orig.gr.).
3)s.Verband Griechischer Industriellen,Die griechische Industrie im Jahre 1971 (Athen 1972)(orig.gr.),S.78.
4)NSSG,Statistical Yearbook of Greece 1969,S.188.
5)Bevölkerungszählung von 1971.
6)Da keine Regierung je Statistiken darüber veröffentlicht hat s. allgemeine Hinweise in:OECD,Greece (Paris 1971),S. 31f. sowie:Koordinationsministerium,Entwicklungsplan Griechenlands 1968-1972,S.22ff.(orig.gr.).Als Indikator dazu sei erwähnt,daß die Löhne und Gehälter im Jahre 1967 52,6 Mrd.Drch. betrugen,während das Einkommen aus Vermögen und unternehmerischen Tätigkeiten 101,2 Mrd.Drch.ausmachte.s. OECD,National Accounts of OECD Countries 1953-1969.

Während der ganzen Periode der Nachkriegszeit sind der griechischen Wirtschaft hohe Beträge ausländischen privaten und öffentlichen Kapitals zugeflossen (s.Tab.1.4),das deswegen als ein wesentlicher Bestimmungsfaktor des Entwicklungsprozesses zu betrachten ist.[1] Wie zu zeigen sein wird,ist fast jedes wichtige Projekt in der Industrie mit ausländischem Kapital verflochten.Unser Interesse wird im folgenden der Politik gegenüber den ausländischen Privatkapitalien gewidmet sein,um dann auf die Rolle dieser Kapitalien im Prozeß der Industrialisierung einzugehen.

1)Der OECD-Bericht von 1964 über Griechenland kennzeichnet die Situation folgendermaßen:"...die Verfolgung und die Intensivierung der Expansion und die Beibehaltung des finanziellen Gleichgewichts des Landes scheinen eng mit ausländischen Kapitalbewegungen,privaten und öffentlichen, verbunden zu sein",S.34 zitiert nach J.Meynaud et al.,Les Forces Politiques en Grèce (Etudes de Science Politique, Montréal 1965),S.443 (Übersetzung des Verfassers).

1.3 Die Einstellung der Regierungen zum Kapitalimport

1.3.1 Kurzer historischer Überblick über die ausländischen Kapitalien in Griechenland

Der griechische Staat war seit seiner Gründung im Jahre 1830 stark auf ausländisches Kapital angewiesen.[1] Ausländisches Kapital wurde aufgenommen, um einmal die laufenden Ausgaben des neuen Staates und zum anderen die Zahlungsbilanzdefizite zu finanzieren. Insbesondere in den Jahren 1880-1890 ist eine massive Einfuhr ausländischen Kapitals zu beobachten. Die übermäßige Verschuldung führte im Jahre 1893 zum Staatsbankrott mit der Folge, daß Griechenland von den Großmächten England, Frankreich, Deutschland, Rußland, Österreich und Italien im Jahre 1897 eine internationale Finanzkontrolle auferlegt wurde. Eine "Internationale Kontrollkommission" übernahm die Kontrolle der öffentlichen Finanzen und ihr wurden die wichtigsten staatlichen Einnahmequellen (Tabak-, Salz-, Streichholz-, Zigaretten-, Papier-, Spielkarten-, Petroleum- und Schmirgelmonopole, die Tabaksteuer, die Stempelgebühren und die Zolleinnahmen des Hafens Piräus und anderer sechs Häfen) übertragen.

Die Verschuldung gegenüber dem Ausland stieg auch in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit erheblich[2], sodaß mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise die Einstellung der Zahlungen an die ausländischen Gläubiger unvermeidbar wurde.

Im privaten Sektor der Wirtschaft dominierte während der Zwischenkriegszeit das englische Kapital. Die Engländer beherrschten den Bank- und Versicherungssektor, den Bergbau, den Tabakexport und die "public utilities", d.h. die Transport-, Wasserversorgungs- und Elektrizitätsunternehmen.[3]

---

1) S. dazu W. Wagenhans, Die Entwicklung der öffentlichen Auslandsverschuldung Griechenlands seit der Begründung seiner nationalen Selbstständigkeit, in: ZS, Bd. 117, 1961, S. 202ff.
2) Ebenda, S. 209ff.
3) S. J. Meynaud et al., Les Forces Politiques en Grèce (Etudes de Science Politique 10, Montréal 1965), S. 240 und M. Nikolinakos, Materialien zur kapitalistischen Entwicklung in Griechenland, in: Das Argument, Bd. 57 (Mai 1970), S. 205 Die Wasserversorgung der Stadt Athen steht noch heute unter ausländischer Kontrolle.

Nach Schätzungen des Koordinationsministeriums betrugen die ausländischen Kapitalien, die allein dem privaten Sektor der Wirtschaft seit der Gründung des griechischen Staates bis 1938 zugeflossen sind, 850 Mill. Goldfrancs, von denen 310 Mill. in der Periode 1922-1938 eingeführt wurden.[1] Insgesamt betrug die Auslandsverschuldung des Landes für Vorkriegsanleihen etwa 260 Mill. US-Dollar, wobei etwa 200 Mill. Dollar für Zinsrückstände hinzukommen.[2]

1.3.2 Die Einstellung zum Kapitalimport in der Nachkriegszeit

In der Nachkriegszeit waren die griechischen Regierungen politisch und wirtschaftlich vom Ausland abhängig. Sie konnten nur mit Hilfe der englischen Streitkräfte die Macht von den kommunistischen Truppen übernehmen. Als die Engländer gegen 1946/7 die Regierung militärisch und finanziell nicht weiter unterstützen konnten, übernahmen die USA diese Funktion. Es war die US-Hilfe, die es der Regierung erlaubte, im Bürgerkrieg die kommunistischen Einheiten im Jahre 1949 niederzuschlagen. Die US-Hilfe betrug von 1948 bis 1953 insgesamt ca. 1,1 Mrd. Dollar und von 1948 bis 1963 ca. 1,6 Mrd. Dollar.[3] Von diesem riesigen Betrag ist nur ein geringer Anteil für ein paar Investitionen im Energiesektor eingesetzt.

Anfang der fünfziger Jahre wurden die ersten Schritte unternommen, um einen nationalen Industriesektor aufzubauen und die wirtschaftliche Entwicklung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen voranzutreiben. Von Anfang an hatten die Regierungen großes Gewicht auf die Anziehung von ausländischen Privatkapitalien gelegt, wobei sie -im Gegensatz zu anderen Entwicklungsländern- keinerlei Furcht vor einer "Überfremdung" des Landes zeigten. Die Regierungen hatten auch wenig Spielraum, um anders handeln zu können. Wegen der ungeregelten Vorkriegszeitschuld konnten sie kaum auf öffentliche Anleihen und auf Anleihen von internationalen Organisationen hoffen.[4] Mit der Normalisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens Anfang der fünfziger Jahre began auch die US-Einstellung auf "trade

---

1) J. Meynaud, a.a.O., S. 420.
2) s. W. Wapenhans, a.a.O., S. 219f.
3) s. S. Kyriacopoulos, Commerce Extérieur et Développement Economique de la Grèce (Lausanne 1969), S. 102.
4) Nationalbank von Griechenland und Athen, Probleme der griechischen Zahlungsbilanz, S. 22.

not aid" hinauszulaufen.Das Land sollte durch den Außenhandel die Devisen beschaffen und private Auslandskapitalien sollten die US-Hilfe substituieren.

Die Kürzung der US-Hilfe und die damals praktisch kaum existierende Möglichkeit einer öffentlichen Auslandsverschuldung bedeuteten,daß die Zahlungsbilanzdefizite Griechenlands nur ein solches Ausmaß erreichen konnten,in welchem private Kapitalien,sei es in der Form von Lieferantenkrediten, von Direkt- oder Portfolioinvestitionen,dem Lande zur Verfügung gestanden hätten.[1)]

Die dem ausländischen Kapital im Rahmen des griechischen Industrialisierungskonzepts zugedachte Funktion läßt sich erkennen an Hand einer Analyse der Konzeption der Regierungen über die Rolle des privaten Sektors der Wirtschaft und die Beziehungen,die zwischen Regierung und "Privatinitiative" bestehen sollte.

Griechenland bekannte sich in der Nachkriegszeit zum Prinzip der "freien Marktwirtschaft".Die Grundeinstellung bestand darin,daß der Staat sich so wenig wie möglich in den wirtschaftlichen Prozeß einzumischen hat.In der Tat sind jedoch durchaus spürbare öffentliche Interventionen in der Wirtschaft zu beobachten.Als wichtigste Beispiele seien hier die scharfe Preiskontrolle über zahlreiche Güter sowie das Lizenzverfahren im Industriesektor erwähnt.[2)]

---

1)Wegen der geringen Kreditwürdigkeit des Landes erschienen die Direktinvestitionen als die am meisten geeignete Form des Kapitalimports zu sein.Denn hier übt der Kapitalgeber selbst die Kontrolle der Kapitalinvestition aus und ist deswegen nicht dem hohen Risiko der anderen Formen des Kapitalimports ausgesetzt.

2)Nach diesem Verfahren unterliegen alle Investitionsentscheidungen (Neugründungen von Betrieben,Kapazitätserweiterungen u.a.) einer Regierungsgenehmigung.Das Industrieministerium untersucht vor allem die "Zweckmäßigkeit" der neuen Investition.Als entscheidende Kriterien gelten dabei zum einen die "Sättigung" der Industrie,in welcher die neue Investition durchgeführt werden soll,d.h.die Tatsache, ob durch das oder die bestehende(n) Unternehmen der Binnenmarkt versorgt wird;zum anderen werden regionale Gesichtspunkte,also die Auswirkungen auf die Verteilung der Industrieaktivitäten im geographischen Raum des Landes berücksichtigt.

Während einerseits solche Interventionen die Aufhebung wesentlicher Charakteristika und Mechanismen des "freien Marktes" zur Folge haben,herrscht andererseits die Konzeption vor,daß die Privatinitiative als der Hauptträger der wirtschaftlichen Aktivitäten zu betrachten sei,und die Rolle der Regierung sich auf die Schaffung der Rahmenbedingungen (Infrastruktur,Institutionen),innerhalb welcher die Privataktivitäten stattfinden und auf die Gewährung der jeweils notwendigen Anreizmechanismen beschränkt bleiben sollte.Dieses Konzept bildet die Leitlinie aller einzelnen entwicklungspolitischen Maßnahmen und Handlungen der Regierungen.

Der Staat selbst unternahm ausschließlich Infrastrukturinvestitionen im Energie-,Transport- und Kommunikationsbereich,sowie - in kleinerem Maße - im Agrar- und im Gesundheits-,Bildungs- und Tourismusbereich.(Vgl.Tab.1.3) Seit Anfang der sechziger Jahre versucht der Staat mit Hilfe einer öffentlichen Entwicklungsbank[1], einzelne -allerdings sehr wenige - Unternehmen im Sektor der verarbeitenden Industrie und im Bergbau selbst zu gründen.Es wird jedoch versucht,für jedes Projekt eine private inländische oder ausländische Beteiligung zu erhalten.Sobald das gegründete Unternehmen beginnt rentabel zu werden,wird es an diesen Partner oder an andere Wirtschaftssubjekte verkauft.

Während diese Politik in mancher Hinsicht,so beim Wachstum des Sozialprodukts und der Erhöhung des Investitionsniveaus befriedigende Ergebnisse zeitigte,war frühzeitig zu erkennen,daß die einheimische Privatinitiative nicht solche Umstellungsprozesse auslösen und tragen konnte,welche zur Beseitigung der wichtigsten Engpässe erforderlich waren.[2] Insbesondere zeigte sich ein geringes Interesse für die Aufnahme von Industrieaktivitäten.[3] Die Gründung kleiner,überwiegend

---

1)Zunächst (1959) als "Organisation Industrieller Entwicklung" ("OBA"),seit 1962 als "Griechische Bank Industrieller Entwicklung"("ETVA") bezeichnet.

2)s.dazu Bank of Greece,Report for the Year 1959 (Athens 1960),S.13, Report for the Year 1962 (Athens 1963),S.18 und Nationalbank von Griechenland und Athen,Probleme der griechischen Zahlungsbilanz,S.50f.

3)Vgl.Tab.1.1 und S.22 dieser Arbeit.

für den Binnenmarkt produzierender Unternehmen in der Konsumindustrie konnte weder die notwendigen Strukturänderungen in der Produktion hervorrufen, noch das Beschäftigungs- und das Zahlungsbilanzproblem lösen.

Die Tatsache, daß:

1) wichtige Entscheidungen, so z.B. über die sektorale Verteilung der Investitionen, von welchen die weitere Entwicklung der Wirtschaft abhängt, der privaten Initiative und dem freien Spiel des Marktes überlassen worden sind,

2) die einheimische Tätigkeit einmal auf Grund unzulänglicher Fähigkeiten der Unternehmer, und zum anderen auf Grund von Verzerrungen, die eine Divergenz zwischen privater Rentabilität und volkswirtschaftlicher Produktivität hervorrufen, eine Beseitigung oder Erleichterung der obigen Strukturengpässe nicht erzielen konnte,

3) der Staat das ausländische Kapital als ein wichtiges Instrument im Industrialisierungsprozeß betrachtete, und der Tatsache keine große Bedeutung beimaß, ob eine einheimische oder eine ausländische Initiative vorliegt[1], und

4) dem ausländischen Kapital spezielle Konzessionen eingeräumt worden sind[2], welche die einheimische Unternehmen nicht genießen konnten,[3]

führt in den Fällen, in welchen die einheimische Privatinitiative "Lücken" aufzeigt, zu einem verstärkten Eindringen ausländischer Unternehmen zur Deckung dieser "Lücken".

---

1) Im Kernpunkt besteht die Einstellung der Regierung darin, daß einheimische und ausländische Unternehmen sich nur darin unterscheiden, daß sich bei den letzteren Rücktransferprobleme für das eingeführte Kapital ergeben.

2) s. dazu S. 40ff. dieser Arbeit.

3) Dazu kommt die Tatsache, daß eine Zahl wichtiger entwicklungspolitischer Maßnahmen wegen der Bedingungen, die gestellt wurden, de facto von der Mehrheit der Kleinunternehmen nicht in Anspruch genommen werden konnten. Von ihnen konnten fast ausschließlich griechische und ausländische Großunternehmen profitieren.

Die Unwilligkeit bzw. die Unfähigkeit der Regierung, die Engpässe in denjenigen Bereichen, in welchen die einheimische Privatinitiative auf Grund ihres Entwicklungsstandes zu unzulänglichen Resultaten führte, durch eigenes Handeln zu beseitigen und die Ansicht, daß dazu eher ausländische Unternehmungen gefördert werden sollten, ist ein Zeichen der politischen Unterentwicklung[1] des politischen Systems des Landes, dessen Bestimmungsfaktoren in die Machtverhältnissen im Inland und im internationalen Feld zu suchen sind. Doch kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit diese Frage nicht weiter verfolgt werden.

Der griechischen Politik lag der Gedanke zugrunde, daß unter der Voraussetzung, daß das ausländische Kapital für "produktive" Investitionen verwendet wurde, gleichzeitig die Basis für die Rücktransferierung der Gewinne und des ursprünglichen Kapitals schaffen werde. Die mit diesen Investitionen verbundene Erhöhung der wirtschaftlichen Produktivität würde zugleich Vorteile für das Inland zur Folge haben. Da ausländisches Kapital in der Form der Direktinvestition seinen Ertrag aus dem Output, zu dessen Produktion es durch die Investition beigetragen hat, erhielte und da im Produktionsprozeß auch einheimische Faktoren eingesetzt wären, könne der ausländische Unternehmer nicht mehr als einen Teil des

---

1) Als "politische Entwicklung" sollte hier die Fähigkeit des politischen Systems eines Landes betrachtet werden, solche Veränderungen der wesentlichen Strukturen und Faktoren des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebens herbeizuführen, die a) innerhalb des Landes die Befreiung der Bevölkerung von der Dominanz verschiedener Eliten ermöglicht und zu steigender Teilnahme der Bevölkerung an wichtigen Entscheidungsprozessen, die das politische, soziale und wirtschaftliche Leben bestimmen, führt, und b) einen souveränen Staat in die Lage versetzen, sich als solchen tatsächlich und nicht nur formal zu behaupten, d.h. im heutigen System der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen keiner Art einseitiger Abhängigkeit gegenüber anderen Staaten oder ausländischen Privatsubjekten unterliegen, sondern Interdependenzbeziehungen zu diesen aufzuweisen. Eine Übersicht der möglichen Definitionen s. in: L.W. Pye, The Concept of Political Development in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Bd. 358, 1965, S. 7.

erzeugten Produktes erhalten. Der Rest fließe den einheimischen Faktoren und dem Staat in der Form von Steuern zu und stelle die "Vorteile" des Empfängerlandes dar.[1)]

Außer diesen "direkten" Vorteilen könnten ausländische Direktinvestitionen ein ganzes Bündel von anderen Vorteilen für das Land mit sich bringen. Denn es würde nicht nur Kapital, sondern zugleich andere Faktoren (Technologie, Management, organisatorische Kenntnisse etc.) eingebracht und im Produktionsprozeß eingesetzt, die im Land ebenfalls knapp waren und Engpaßsituationen hervorriefen. Insbesondere könnten folgende Zielsetzungen erreicht werden:

1) Es würden die für die Deckung der Zahlungsbilanzdefizite erforderlichen Devisen zur Verfügung gestellt;

2) Es würden höhere Investitionen und somit höhere Wachstumsraten ermöglicht;[2)]

3) Es würden neue Arbeitsplätze geschaffen, was das Unterbeschäftigungsproblem erleichtern würde. Ferner könnte die Qualität der Arbeitskräfte durch "on-the-job-training-" Effekte verbessert werden;

4) Die Kapitalstruktur des Landes könnte geändert und die für den Industrialisierungsprozeß erforderlichen Umstellungsprozesse stimuliert werden;

5) Die Exportorientierung oder die importsubstituierende Wirkung der ausländischen Unternehmen würden auf längere Sicht die Diskrepanzen in der Zahlungsbilanz vermindern;

---

1) Zur Grundlegung des Arguments s. R. Vernon, Foreign-Owned Enterprise in the Developing Countries, in: J. D. Theberge (Ed.), Economics of Trade and Development (N. York usw. 1968), S. 449. s. auch in: Bank of Greece, Report for the Year 1962 (Athens 1963), S. 19.

2) Ausgangspunkt solcher Überlegungen ist die Wachstumsgleichung $g = sk$ (g=Wachstumsrate des Volkseinkommens, s=Sparquote und k=marginale Output-Capital-Ratio). Wenn ausländisches Kapital zufließt, führt zu einer höheren Wachstumsrate von $g = (s+a)k$, (a=ausländisches Kapital in v.H. des Volkseinkommens). Vgl. E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil III (Tübingen 1969), S. 375.

6)Die Gründung "moderner" ausländischen Unternehmen würde einen Modernisierungs- und Rationalisierungsprozeß im industriellen Sektor auslösen[1], und

7)Partnerschaftsunternehmen ("Joint Ventures") würden die einheimischen Fähigkeiten im technologischen,organisatorischen,Management-,Marketing-Bereich verbessern und die Bedingungen für einheimische Tätigkeiten positiv beeinflussen.[2]

Die Regierungen glaubten,daß die folgenden Faktoren den Zufluß ausländischen unternehmerischen Kapitals stimulieren würden:

1)das Vorhandensein von billigen Arbeitskräften,die man für sehr anpassungsfähig an "moderne" Produktionsmethoden hielt,sowie die Ende der fünfziger Jahre vorhandenen Anzeichen einer Arbeitsknappheit in Westeuropa,was die Unternehmer dieser Länder anreizen würde,in Regionen mit überschüssigen Arbeitskräften zu investieren,[3]

2)die Gewährung von Garantien und finanziellen Vergünstigungen an die ausländischen Unternehmen,sowie die Wiederherstellung der inneren Stabilität um 1953/4,

3)die günstige geographische Lage des Landes zwischen den industriellen Gebieten Europas und den unentwickelten Ländern des Nahen Ostens,zu welchen Griechenland gute Beziehungen unterhielt,[4] und

---

1)s.Bank of Greece,Report for the Year 1961 (Athens 1962), S.20.
2)Ebenda,S.20 und 79.
3)s.Bank of Greece,Report for the Year 1956 (Athens 1957), S.28.
4)Ebenda.

4)die Assoziierung mit der EWG im Jahre 1962,die ausländische Unternehmen aus Drittländern stimulieren würde,Griechenland als "Hintertür" zum EWG-Markt zu benutzen und die Vorteile aus der Übergangsphase[1] 1962-1984 in Anspruch zu nehmen.

1.3.3 Phasen der griechischen Politik

Obwohl die griechische Politik gegenüber ausländischen Kapitalien in der Zeit von 1953 bis 1971 keine wichtigen Unterschiede aufzeigt,ist es sinnvoll drei Perioden zu unterscheiden,und zwar 1)von 1953 bis ca.1961, 2)von 1961 bis 1967,und 3) von 1967 bis heute.Diese Trennung erfolgt auf Grund der Merkmale der jeweiligen Politik,die sich aus den spezifischen wirtschaftlichen und politischen Faktoren herausbildete.

1)Die erste Phase (1953 bis 1961) beginnt mit der gesetzlichen Regelung der Einfuhr von Privatkapitalien aus dem Ausland,die ihren Ausdruck in der R.V.2687/53 fand.

In dieser Phase zeigte sich die griechische Regierung sehr selektiv in der Genehmigung der ausländischen Investitionsanträge und genehmigte ausländische Investitionsprojekte nur in sehr begrenztem Maße.Überwiegend wurden solche Projekte abgelehnt,von denen man annahm,daß sie die Konkurrenz innerhalb der Wirtschaft erhöhen könnten,also Projekte in Bereichen,in welchen schon einheimische Interessen existierten.[2] Dies war nichts anderes als die Folge der Konzeption der "Komplementarität" zwischen inländischem und ausländischem Kapital.Ausländische Unternehmen sollten nämlich diejenigen Funktionen erfüllen,die von den griechischen nicht erfüllt werden konnten.Die Regierung hatte dafür zu sorgen, daß keine Konflikte zwischen ausländischen und inländischen

---

1)Im Assoziierungsvertrag ist vorgesehen,daß die griechische Industrieprodukte in die EWG-Ländern exportiert werden können ohne einer Zollbelastung zu unterliegen,während sie in Griechenland einen Zollschutz genießen,der nur stufenweise bis 1984 abgebaut werden soll.

2)Vgl.K.Ellis et al.,Industrial Capital in Greek Development, S.295.

Unternehmern entstehen.In dieser Frühphase wirtschaftlicher Entwicklung und ausländischen Eindringens scheint es,daß die einheimischen "vested interests" stark genug waren,um eine konsequente Politik in dieser Richtung zu erzwingen.

Als zweiter Grund für dieses selektive Vorgehen dürfte der Konservatismus der griechischen Bürokratie und deren geringe Erfahrung in diesem Gebiet betrachtet werden.[1)]

2)Die zweite Phase der griechischen Politik (1961 bis 1967) begann gleichzeitig mit den Verhandlungen über den Assoziierungsvertrag mit der EWG,der Ende 1962 endgültig abgeschlossen wurde.Die griechische Wirtschaft hatte inzwischen befriedigende Wachstumsraten bei relativ großer Stabilität erzielt;zugleich aber hatten sich die strukturellen Engpässe, insbesondere der externe Engpaß sowie die Unzulänglichkeit der Investitionen in der verarbeitenden Industrie vergrößert. Im Jahre 1961 wurden Maßnahmen getroffen mit dem Ziel,die Bedingungen für die ausländischen und inländischen Aktivitäten im Industriesektor zu verbessern.[2)]Der Devisenbeitrag der Investitionen wurde zur grundlegenden Bedingung für die Gewährung der neuen Begünstigungen gemacht.

Bei der Genehmigung ausländischer Investitionsprojekte wurden aber nicht nur rein "ökonomische" Kriterien zugrundegelegt.Insbesondere bei den Großprojekten haben politische Faktoren eine wichtige Rolle gespielt.So zog die Regierung die französische Beteiligung an einem Düngemittelunternehmen und die französische "Péchiney" für das Aluminiumprojekt vor,um dadurch eine Unterstützung Frankreichs in den Verhandlungen mit der EWG zu erhalten.[3)]

---

1)s.J.Meynaud,a.a.O.,S.423.
2)Eine ausführliche Darstellung dieser Maßnahmen erfolgt im Kapitel 1.3.4.
3)Es ist nicht leicht in den "underground" der politischen Entscheidungsprozesse einzudringen und im einzelnen die verschiedenen "pressures",die von Privatsubjekten und ausländischen Regierungen mittelbar oder unmittelbar bei fast jedem wichtigen Projekt ausgeübt wurden,zu durchleuchten. Fest steht jedoch,daß bei diesen Fällen politische und militärische Überlegungen eine große Rolle gespielt haben.

Charakteristisch für diese Periode ist,daß die griechischen Regierungen zahlreichere Projekte genehmigten und zwar oft unter der Bedingung,daß die ausländischen Unternehmen einen Teil ihrer Produktion exportieren müßten.Dieser Teil wurde je nach der Lage des Binnenmarktes festgesetzt und konnte 10% bis 90% oder gar 100% der Produktion der betreffenden Unternehmung ausmachen.[1] Durch diese Politik verfolgte die Regierung das Ziel, von den Exportleistungen ausländischer Unternehmen profitieren zu können,ohne zugleich die Lage der bestehenden einheimischen Unternehmen zu gefährden.Durch diesen Kompromiß konnte sie sich auch dem unmittelbaren Druck der inländischen Interessengruppen entziehen.Da die auf dieser Weise gegründeten ausländischen Unternehmen effektiv nicht kontrolliert werden können[2], hängt es von diesen ab,ob die Exportverpflichtungen eingehalten werden oder solche Vereinbarungen einfach das Mittel bilden,in den Binnenmarkt einzudringen.

Die höhere Liberalität in der Genehmigung von Projekten war auch nicht unabhängig davon gewesen,daß die amerikanische Hilfe,die bis Anfang der sechziger Jahre zur Deckung der Zahlungsbilanzdefizite beigetragen hatte,gekürzt wurde. (s.Tab.1.4)

Die meisten der wichtigsten ausländischen Direktinvestitionen wurden in dieser Phase genehmigt und realisiert.[3] So wurden Investitionen in der Düngemittel-,Alumina- und Aluminium-,Stahlindustrie,in Raffinerien und der Petrochemie vorgenommen.Auf die Strukturauswirkungen dieser Investitionen wird im Teil 3. der Arbeit eingegangen.

---

1) Das Ausmaß der Exportverpflichtung hing hauptsächlich davon ab,ob einheimische Unternehmen im gleichen Bereich tätig waren und inwiefern die einheimische Nachfrage durch die bestehende Produktion gedeckt werden konnte.

2) s.dazu S.117 dieser Arbeit.

3) Die abgeschlossenen Verträge sind jedoch wegen der Konzessionen,die eingeräumt wurden,vielfach kritisiert worden.Zu einem umfassenden Überblick s.J.Meynaud,a.a.O., S.428ff.

3)Die dritte Phase beginnt mit dem Militärputsch von 1967, der den Staatsapparat unter militärische Kontrolle setzte. Das Ziel, die Überlebenschancen des neuen Regimes zu erhöhen, die hohen Zahlungsbilanzdefizite zu decken sowie die Schwierigkeiten, öffentlichen Anleihen im Ausland zu normalen Bedingungen zu erhalten[1] und schließlich die Tatsache, daß die Wirtschaft seit Mitte 1966 in eine Rezession geriet, änderten die Bedingungen, unter denen das ausländische Kapital behandelt wurde. Besser gesagt: Diese Faktoren engten den Handlungsspielraum der Regierung gegenüber den ausländischen Investoren ein, zumal einer der wichtigsten Gründe für die Rezession darin gesehen wurde, daß, nachdem die großen ausländischen Investitionsprojekte der Jahren 1962 bis 1966 vollendet waren, die einheimische Aktivitäten nicht in der Lage waren, die daraus resultierende Lücke zu decken.[2]

Außerdem hatte das Inkrafttreten des Assoziierungsvertrages zur Folge, daß Griechenland sich verstärkt darum bemühen mußte, seinen Entwicklungsstand dem seiner zukünftigen Partner weitgehend anzunähern, sofern es die negativen Wirkungen, die aus der Integration eines Entwicklungslandes mit einer Gruppe von industrialisierten Ländern resultieren können, vermeiden wolle. Indem die erforderlichen Umstellungsprozesse durch die Mobilisierung von ausschließlich internen Faktoren im Rahmen der bestehenden Strukturbedingungen nicht verwirklicht werden konnten, sah sich die Regierung auch aus diesem Grunde gezwungen, ausländisches Kapital, insbesondere Direktinvestitionen im Industriesektor zu fördern, um Zeit zu gewinnen.[3]

---

1) s. dazu Bericht der Weltbank über die Entwicklung und die Aussichten der griechischen Wirtschaft, in: "To Vima", Blatt von 24.9.72 (orig.gr.).

2) s. Bank von Griechenland, Die griechische Wirtschaft im Jahre 1967 (Athen 1968) (orig.gr.), S.8 und 24.

3) In: "Bank of Greece, Report for the Year 1960", S.17 heißt es: "...to gain time...it is necessary to develop...modern entrepreneurial units and to secure their cooperation with foreign enterprises...It is only through such cooperation ...that it will be possible to adjust fully and rapidly the conditions of production in Greece to those prevailing among the Six countries".
Es zeigte sich aber, daß die Assoziierung als ein restriktiver Faktor erweisen konnte, wenn es um die Förderung solcher ausländischer Investitionen ging, welche die Interessen der EWG gefährden könnten. Aus diesem Grund wurden z.B. japanische Vorschläge über den Aufbau einer Stahlunternehmung abgelehnt. s. "Wirtschaftskurier" von 23.12.71 (orig.gr.).

Aus diesen Gründen wurde die Politik der Regierung wie folgt geändert:

1)Eine Liberalisierung in der Genehmigung der ausländischen Investitionsprojekte;(Vgl.Tab.2.1,Spalte 6)

2)Eine intensive Anstrengung,Großprojekte zu fördern,die strukturelle Änderungen in der Wirtschaft auslösen und große Devisenbeträge zur Verfügung stellen würden.So hat die Regierung sofort nach ihrem Antritt (1967) einen Vertrag mit "Litton Industries"(USA) über die Entwicklung zweier großer Regionen des Landes (Pelopones und Kreta),der lange umstritten und vom Parlament früher abgelehnt worden war,abgeschlossen.[1] Außerdem wurden u.a. zwei Großprojekte der Reeder Onassis und Niarchos genehmigt,der erste über einen Komplex von Aluminium- und Alumina-Industrie,Raffinerie u.a. in Höhe von 600 Mill.US-Dollar,das zweite in der Erdölverarbeitung, Metall- und Maschinenindustrie,in der Höhe von 200 Mill. Dollar.[2]

Der Grundgedanke hierbei war,aussichtsvolle Projekte,z.B. Raffinerien,mit weniger rentablen Projekten zu verknüpfen, die ausländischen Investitionsprojekte also nur dann zu genehmigen,wenn die Investoren die Verpflichtung übernahmen, Investitionen in mehreren von der Regierung erwünschten Gebieten durchzuführen.Dieses Konzept scheiterte völlig,hatte eine große Verzögerung des Genehmigungsverfahrens zur Folge und konnte auch den Aufbau zunächst unerwünschter Industrien

---

1)Die "Litton" war verpflichtet bis 1969 ausländische Investitionen in Höhe von 240 Mill.US-$ und bis 1979 in Höhe von 500 Mill.$ zu fördern.Der Staat sollte die Unkosten,die bei der Durchführung dieser Aufgabe entstehen würden bis zu 1,2 Mill.$ pro Jahr übernehmen,eine Gebühr von 11% auf diesen Betrag sowie eine Vermittlungsgebühr von ca.2% des Wertes jeder geförderten Direktinvestition an die Litton zahlen.1969 waren Projekte in der Höhe von nur 11,5 Mill. $ gefördert worden.Im Oktober 1969 kündigte die Regierung den Vertrag,nachdem sie mindestens 6,5 Mill. $ an die Litton bezahlt hatte.s."Wirtschaftskurier" von 28.9.72 (orig. gr.).

2)Das Onassis-Projekt wurde nie und das Niarchos-Projekt nur zum Teil realisiert.Zum Vertragstext s.R.V.477/70 (abgedruckt in:"Wirtschaftskurier" von 2.,9. und 16.4.1970) sowie R.V.54[illegible]/70 (abgedruckt in:"Wirtschaftskurier" von 25.6., 2.,9. und 16.7.1970) (orig.gr.).

ermöglichen.[1] Daher begann die Regierung ca.1971,diese Politik zu revidieren mit der Absicht,bei der Verhandlung einzelner Projekte günstigere Resultate zu erzielen.

3)Die Gewährung erheblicher Subventionen sowohl an Industrie- als auch an Fremdenverkehrsunternehmen,was eine zunehmende Erosion der Steuerbasis des Industriesektors zur Folge hatte.[2]

4)Unter dem Druck der wachsenden Zahlungsbilanzdefizite und der Schwierigkeit,öffentliche Anleihen im Ausland zu erhalten,förderte die Regierung Projekte,für welche eine Verschuldung gegenüber dem Ausland nicht notwendig war.Im Jahre 1968 unterzeichnete sie einen Vertrag mit der "McDonald Co." (USA) für den Bau einer Nationalstraße in Nordgriechenland. Das Projekt sollte einen Wert von 150 Mill.US-Dollar erreichen,von denen die "McDonald" 105 Mill.in Devisen und der Staat den Rest aufbringen sollte.[3]

Außerdem förderte die Regierung die Verschuldung privater Baugesellschaften im Ausland und zwar dadurch,daß sie die öffentlichen Investitionen an diejenigen Baugesellschaften vergab,welche die Vorfinanzierung der Investition durch aus-

---

1)Charakteristisch ist der Vertrag mit dem griechisch-amerikanischen Unternehmer T.Pappas,der ein Investitionsprojekt in der Höhe von 20 Mill.US-Dollar vorsah.Als Gegenleistung für die Genehmigung einer Coca-Cola-Fabrik,die vorher mit dem Argument des Schutzes der einheimischen Getränkeindustrie abgelehnt worden war,sollte der Unternehmer Investitionen in der Saft- und in der Ernährungsindustrie vornehmen.Nachdem T.Pappas die Coca-Cola Unternehmung aufgebaut hat,erreichte er im 1972 seine Befreiung vom Vertrag und seine Kapitaleinfuhr-Verpflichtung wurde auf 2,5 Mill. Dollar herabgesetzt.

2)Zum außerordentlich hohen Rückgang der Besteuerung der Industriegesellschaften s.Tab.1.7.

3)Die "McDonald" sollte 14% der Kosten als Entgelt erhalten, ohne jedoch die Verpflichtung übernehmen zu müssen,daß der Wert von 150 Mill.Dollar nicht überstiegen würde.Es bestand also ein Anreiz für sie,die Kosten der Durchführung möglichst hoch zu gestalten.Der Vertrag ist nach vier Jahren gescheitert;die ausländische Gesellschaft machte "Konkurs",nachdem sie im Inland hohe Schulden aufgenommen hatte.

ländische Anleihen übernehmen konnten.[1] Es wurden also hohe Anleihen im Ausland aufgenommen, um Projekte zu finanzieren, die durch einheimische Mittel hätten finanziert werden können und für welche kein nennenswerter Devisenaufwand notwendig war. Das einzige Ziel war die Sicherstellung von Devisen, um nicht die Importe drosseln und dem Lande geringere Wachstumsraten aufzwingen zu müssen.

5) Schließlich begann die Regierung, die Gründung ausländischer Bankfilialen in Griechenland zu erlauben. Als Grund wurde angegeben, daß der oligopolistischen Struktur des Bankensektors entgegenzuwirken und der Wettbewerb im Bankgewerbe zu fördern sei.[2] Tatsächlich dürfte dies als ein zusätzlicher Preis betrachtet werden, den der griechische Staat an das ausländische Kapital für die zunehmende Auslandsverschuldung während der sechziger Jahre (s. Tab. 3.5) zahlen mußte. Es ist nicht zufällig, daß die genehmigten fünf US-Bankfilialen zu den größten Kreditgebern der Regierung in dieser Zeitperiode gehören. Diese Filialen sollten auch eine Vermittler-Funktion erfüllen und die weitere Verschuldung der Regierung im Ausland erleichtern.[3]

1.3.4 Vergünstigungsmaßnahmen für ausländische Kapitalien

Der Staat hat bei der Förderung ausländischen Privatkapitals eine wichtige Rolle gespielt. Er hat:

1) durch institutionelle, Infrastruktur-, finanz- und kreditpolitische Maßnahmen dafür gesorgt, daß für die ausländischen Unternehmungen günstige Bedingungen geschaffen wurden, und

2) durch die Gründung der öffentlichen Entwicklungsbank und die Förderung zweier speziellen privaten Banken, an denen

---

1) Weiteres dazu s. S. 67 dieser Arbeit.
2) s. Koordinationsministerium, Entwicklungsplan Griechenlands 1968-1972 (orig. gr.), S. 24.
3) Vgl. Ch. Gotsis, Das Kreditsystem als Instrument der Entwicklungspolitik in Griechenland (Dissertation, Marburg 1972), S. 52.

auch ausländische Banken beteiligt sind,die ausländische Investoren über die jeweils bestehenden Investitionsmöglichkeiten informiert.[1)]

Der Schutz der ausländischen Kapitalien basiert in der Nachkriegszeit auf Artikel 112 der Verfassung von 1952.Danach sollte durch eine R.V. das Verfahren der Kapitaleinfuhr und die Vergünstigungen und Garantien,die diesen Kapitalien gewährt werden sollten,geregelt werden.Eine Änderung dieser Regelung kann durch einfache Gesetze nicht erfolgen, d.h.die Vorteile,die das ausländische Kapital genießt,können durch Gesetzesänderungen nicht eingeschränkt werden. Im Jahre 1953 erschien die R.V.2687/53 über "ausländische Investitionen".

Den ausländischen Investoren stehen drei Wege offen, Investitionen in Griechenland vorzunehmen:

Erstens das Verfahren der R.V.2687/53.Die ausländischen Investitionsanträge unterliegen einem Genehmigungsverfahren; die Genehmigung wird vom Koordinationsministerium erteilt, nachdem das Projekt von einem Sonderausschuß bearbeitet und begutachtet worden ist.Durch dieses Verfahren kontrolliert der Staat die Einfuhr dieser Kapitalien;er kann die Investitionsprojekte,die ihm nicht vorteilhaft erscheinen,ablehnen oder mit den Investoren über die speziellen Bedingungen, unter welchen das Projekt stattfinden soll,verhandeln.Das auf diesem Wege eingeführte Kapital genießt dann spezielle Garantien und Vergünstigungen,auf die unten ausführlich eingegangen wird.Dieses Verfahren wird bei den bedeutendsten und den meisten ausländischen Investitionsprojekten gefolgt.

---

1)Ein der Hauptziele aller dieser drei Institute ist es, durch Kontakte mit dem Ausland,Direktinvestitionen zu fördern,das Risiko der ausländischen Investoren durch Beteiligungen an Partnerschaftsunternehmen zu vermindern u.a.s.dazu weiteres S.45 und 79 dieser Arbeit.

Zweitens können ausländische Investoren Kapital ohne Genehmigung einführen und nach den geltenden allgemeinen Gesetzgebung Investitionen vornehmen.Sie genießen aber nicht die Vorteile der R.V.2687.So besteht u.a.keine Verpflichtung Griechenlands das eingeführte Kapital und die Gewinne zurücktransferieren zu lassen.

Drittens können ausländische Investitionsanträge an der "Währungskommission" gestellt werden und ihre Genehmigung erhalten.Dieser Weg setzt nicht die Formalitäten und Bedingungen voraus,die vom Koordinationsministerium für die Einfuhr unter der R.V.2687 gestellt werden,den Kapitalgebern werden aber auch nicht die Garantien und Vergünstigungen dieser R.V. erteilt.Sie können aber Kapital und Gewinne nach den vereinbarten Bedingungen zurücktransferieren.Dieser Weg bildet eine Alternative für diejenige Investoren, deren Antrag entweder vom Koordinationsministerium abgelehnt wurde oder aus verschiedenen Gründen keine Genehmigungschance gehabt hätte.Die unter diesem Verfahren eingeführte Kapitalien sind in der griechischen Zahlungsbilanzstatistik als "sonstige unternehmerische Kapitalien" bezeichnet.

Für die Kapitalien,die unter der R.V.2687 eingeführt werden, gilt folgendes:

1)Das eingeführte Kapital kann nicht früher als ein Jahr in einer jährlichen Rate von 10% der Kapitaleinfuhr zurücktransferiert werden.Die Devisenausfuhr für Gewinne und Zinsen kann jährlich 12% des eingeführten und nicht repatriierten Kapitals bei Gewinnen,und 10% bei Zinsen ausmachen.Falls in einem Jahre für diese Zwecke weniger Devisen ausgeführt werden,kann dies in den darauffolgenden Jahren nachgeholt werden.Reinvestierte Gewinne gelten als eingeführtes Kapital, wenn sie im Ursprungsunternehmen oder in einem anderen,im Genehmigungsakt bezeichneten Unternehmen reinvestiert werden.Im Jahre 1962 wurde der Rücktransfer erleichtert;Unter-

nehmen,die eine Investitionsgrenze von 3 Mill.US-Dollar überstiegen hatten,besitzen danach die Möglichkeit,Kapital, Gewinne und Zinsen bis zu 70% der aus ihren Exporten realisierten Deviseneinnahmen zurückzutransferieren.

2)Ausländische Unternehmen können ausländisches Personal für die höheren Posten ihres Fach- und Verwaltungsbereichs beschäftigen,deren Bezüge unter den vereinbarten Bedingungen ins Ausland transferiert werden können;

3)Für exportorientierte oder importsubstituierende Unternehmen,deren Tätigkeit einen devisenschaffenden und/oder -sparenden Effekt haben,gelten zusätzlich die folgenden Vergünstigungen:

a)Der zur Zeit der Genehmigung geltende Einkommenssteuersatz darf für einen Zeitraum von bis 10 Jahren nicht heraufgesetzt werden.Es kann auch vereinbart werden, daß für das Unternehmen besondere,günstigere Steuersätze gelten,

b)Bei der Einfuhr von Maschinen,Zubehör,Ersatzteilen, Werkzeugen können die Einfuhrzölle,-steuern,-abgaben und -beiträge für eine Dauer von höchstens 10 Jahren herabgesetzt oder erlassen werden,

c)Steuern und Abgaben jeder Art zugunsten von Städten, Gemeinden oder anderen Körperschaften und Anstalten können ebenfalls für bis zu 10 Jahre herabgesetzt oder erlassen werden.

4)Ausländische Unternehmen genießen die "Meistbegünstigungsklausel". Wenn nach der Unternehmensgründung einer anderen Unternehmung in derselben Branche günstigere Bedingungen als der ersten eingeräumt werden,gelten diese Bedingungen automatisch auch für die früher gegründete Unternehmung;

5)Das Vermögen der ausländischen Unternehmen ist von jeder Enteignung ausgenommen.Eine Ausnahme ist nur für den Bedarf der Streitkräfte im Kriegsfall und während der Kriegsdauer zulässig;

6)Meinungsverschiedenheiten zwischen ausländischen Unternehmungen und der griechischen Regierung über den Inhalt und die Interpretation des Genehmigungsaktes werden durch Schiedsrichter gelöst;

Für die wichtigsten Investitionsprojekte wurde außerdem ein Vertrag zwischen dem ausländischen Investor und der Regierung abgeschlossen,in welchem weitere Konzessionen und Vergünstigungen vorgesehen wurden.

Schließlich sind bilaterale Abkommen zwischen Griechenland und mehrere Staaten über die Vermeidung der Doppelbesteuerung der Gewinne der ausländischen Unternehmen abgeschlossen worden.

Außer diesen Vergünstigungen genießen die ausländischen Unternehmen alle andere Vergünstigungen,die den inländischen Unternehmen gewährt werden.Als wichtigste davon sind folgende zu nennen:

1)Für Neugründungen im Wert von mindestens 3 Mill.US-Dollar und bei Betriebserweiterungen mit einem Investitionsaufwand von mindestens 1 Mill.Dollar gilt folgendes (R.V.4171/61):

a)Fünfzehnjähriges[1)] Einfrieren aller lokalen Steuern, Gebühren,Einkommenssteuersätze und Erlaß der Vermögensbesteuerung der Unternehmung;

b)Erlaß aller Steuern,Zölle,Gebühren etc. auf die eingeführten Maschinen,Ersatzteile und Werkzeuge und auf fast jedes Ausrüstungsgut ohne Rücksicht darauf,ob solche Güter im Inland produziert werden oder nicht;

c)Verlustausgleich für Verluste eines Jahres mit Gewinnen der nächsten fünf Jahren;

d)Gewährung höherer Abschreibungssätze;

e)Gänzliche Befreiung von der Einkommenssteuer des Gewinns von Industrie-,Bergbau- und Hotelunternehmen,sofern die Gewinne für den Erwerb neuer Produktionsanlagen eingesetzt werden.

---

1)1972 wurde der Zeitraum auf 10 Jahre herabgesetzt.

2)Der Staat subventioniert Industrieunternehmen,die Darlehen aufnehmen,um Erweiterungsinvestitionen im Wert von mindestens 170000 US-Dollar durchzuführen,oder neue Betriebe in einem Wert von mindestens 340000 Dollar zu gründen.Die Subvention kann bis zu vier % des Marktzinssatzes betragen, wobei die Unternehmung selbst einen Zinssatz von 3% zahlen muß.

3)Unternehmen,die außerhalb des Bereichs der Hauptstadt (Athen-Piräus) gegründet werden,haben die folgenden weiteren Vorteile:

a)Steuervergünstigungen.Die Umsatzsteuer[1] wird um 30% für diese Unternehmen vermindert.Es besteht die Möglichkeit,steuerfreie Rücklagen in Höhe von maximal 25 v.H. der jährlichen Gewinne zu bilden;

b)Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmung;

c)Vorzugsbehandlung der Erzeugnisse dieser Unternehmen; Dies bedeutet,daß der Staat beim Kauf von Industriegütern die Angebote der Provinzunternehmen bevorzugt,auch wenn deren Preise bis zu 8% höher liegen als die Angebote der Unternehmen aus dem Bereich Athen-Piräus.

4)Unternehmen,die ihre Güter exportieren,erhalten die folgenden zusätzlichen Vergünstigungen:

a)Importierte Rohstoffe,Brennstoffe,Hilfsmaterialien,Teile u.a.,die in die Produktion ihrer Exportgüter eingehen,sind von allen Einfuhrzöllen und -abgaben befreit;

b)4% der Bruttoerlöse aus den getätigten Exporten sind vom steuerpflichtigen Einkommen abzugsfähig;

c)Exportunternehmen haben Anrecht auf einen Vorzugszinssatz[2] bei jeder Art von Bankfinanzierung.Unternehmen, die einen jährlichen Exportumsatz von mindestens 10000 US-Dollar erzielt haben,erhalten Kredite zu den folgen-

---

1)Ihr Normalsatz beträgt zur Zeit 7%.Andere Umsatzsteuersätze sind für verschiedene Güterkategorien vorgesehen.

2)Der normale Zinssatz für Kreditaufnahmen liegt bei etwa 10% bis 11%,wobei Gebühren und andere Belastungen eingeschlossen sind.

den Höchstzinssätzen:
3% sofern die jährlichen Exporte 20% des Gesamtumsatzes betragen,
3,5% " " " " 15% " " "
4,5% " " " " 10% " " "
5,5% " " " " 5% " " "

5)Zinsen, die von in Griechenland ansässigen ausländischen und einheimischen Unternehmen und Banken an die ausländischen Darlehensgeber transferiert werden, sind von der Einkommensbesteuerung völlig befreit. Ausgenommen sind die Zinsen, die aus Warenverkäufen auf Kredit ausländischer Firmen an ihre griechischen Tochtergesellschaften resultieren.

6)Lizenzgebühren, die an ausländische Firmen von in Griechenland ansässigen Unternehmen bezahlt werden, sind von der Einkommenssteuer befreit, insofern sie bis zu 2% des Umsatzes der mit ihrer Hilfe produzierten Produkte ausmachen. Als Voraussetzung gilt, daß diese Zahlungen nicht im Empfängerland besteuert werden. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, so dürfen nur 35% des von der Regierung genehmigten Gebührenbetrags zur Besteuerung angezogen werden.

7)Bei Fusionen von Unternehmungen gelten hauptsächlich die folgenden Vergünstigungen vorausgesetzt, daß die neue Unternehmung die Form der AG oder, unter bestimmten Bedingungen, die der GmbH annimmt:

a) Stundung der Einkommensbesteuerung auf die angefallene Wertsteigerung des Unternehmensvermögens bis zum Zeitpunkt der Auflösung der neuen Unternehmung, und

b) Befreiung von der Übertragungssteuer, von den Stempelgebühren u.a. Abgaben.

2. Die Struktur der Kapitalzuflüsse unter besonderer Berücksichtigung der Direktinvestitionen im Industriesektor

2.1 Formen und Merkmale der Kapitalimporte

Unsere Untersuchung der Rolle der Kapitalimporte im griechischen Industrialisierungsprozeß beschränkt sich auf die Kapitalien, welche dem privaten Sektor der Wirtschaft zugeflossen sind. Es handelt sich um:

Erstens, Kapitalien, die vom Ausland in die griechische Wirtschaft eingeströmt sind,

Zweitens, private Kapitalien, in dem Sinne, daß sowohl der Geber als auch der Empfänger private Wirtschaftssubjekte sind,[1)]

---

1) Die Tatsache, daß in einer Zahl von durch Direktinvestitionen gegründeten Unternehmen, die öffentliche "Griechische Bank für industrielle Entwicklung" (ETVA) beteiligt ist (s.S.79 dieser Arbeit), ändert nichts an der Charakterisierung der jeweiligen Unternehmung als privates Wirtschaftssubjekt, da die Unternehmenssubstanz nicht der öffentlichen Hand gehört und letztere auch keine Kontrolle im Unternehmen ausüben kann. Da die öffentliche Hand nur eine Minderheitsbeteiligung oder nicht stimmberechtigte Vorzugsaktien besitzt und keinen größeren Einfluß als ein einfacher Aktionär ausübt, kann nicht von öffentlichen Unternehmen gesprochen werden. Vgl. dazu G. Püttner, Die öffentlichen Unternehmen. Verfassungsfragen zur wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand (Bad Homburg v.d.H. usw. 1969), S.45f. und L'Entreprise Publique et la Concurrence. Les Articles 90 et 37 du Traité CEE et leur Relation avec la Concurrence (Bruges 1969), S.34f.
Problematischer sind diejenigen Fällen, in welchen das Unternehmen unter der Kontrolle der öffentlichen Hand steht, während der ausländische Investor zunächst eine Minderheitsbeteiligung besitzt. Wir sind der Meinung, daß auch hier überwiegend ein privater Charakter vorliegt, weil diesen Unternehmen keine öffentlichen Aufgaben übertragen wurden und die öffentliche Mehrheitsbeteiligung die Funktion einer Risikoverminderung und einer Finanzierung der unternehmerischen Tätigkeit des an der Unternehmung beteiligten ausländischen Partners erfüllt. Die öffentliche Beteiligung stellt eine Begünstigung dar, welche überwiegend einen Subventionscharakter aufweist. Vgl. J. Berkemann, Die staatliche Kapitalbeteiligung an Aktiensgesellschaften (Hamburg 1966), S.120. Der ausländische Minderheitspartner hat jederzeit das Recht, die Aktien der "ETVA" zu kaufen und die Direktionsgewalt im Unternehmen zu übernehmen.

Drittens, hauptsächlich unternehmerische Kapitalien, die in den Industrie-, Handels-, Bank- und Tourismussektor geflossen sind. Kapitalien, die zur Erfüllung von privaten nichterwerbstätigen Zwecken eingeführt worden sind, werden zwar ebenfalls untersucht, sind aber für den weiteren Verlauf dieser Arbeit nicht von Interesse.

Viertens, langfristige Kapitalien, d.h. solche Kapitalien, die mit der Absicht[1] einer längeren Bindung eingeführt werden. Es liegt in der Natur bestimmter Arten des Kapitalimports (z.B. Errichtung von Zweigniederlassungen, Gewährung langfristiger Anleihen u.a.), daß sie kurzfristig nicht rücktransferiert werden können.

Es werden also hauptsächlich Kapitalien berücksichtigt, welche in der Form: 1) des (langfristigen) Lieferantenkredits; 2) der Portfolioinvestition und 3) der Direktinvestition dem Lande zufließen. Bei den Direktinvestitionen liegt die Langfristigkeit ex definitione vor.[2] Lieferantenkredite und Portfolioinvestitionen werden dann berücksichtigt, wenn ihre Laufzeit mehr als ein Jahr beträgt.[3]

1) Der Lieferantenkredit im Außenhandel (auch Exportkredit genannt) wird definiert als "ein Kredit, dessen Gewährung vom gleichzeitigen Kauf vereinbarter Waren des Kreditgebers abhängt und bis zu dessen Rückzahlung eine Kaufpreisforderung in gleicher Höhe bestehen bleibt"[4] und der zwischen Wirt-

---

1) s. H. Lundström, Capital Movements and Economic Integration (London 1961), S. 15. Zu den Abgrenzungsschwierigkeiten s. R. Mossé, Les Problèmes Monétaires Internationaux (Paris 1967), S. 81ff.
2) s. dazu S. 47 dieser Arbeit.
3) Dieser Zeitraum wird in den Zahlungsbilanzstatistiken des IWF für die Bezeichnung der langfristigen Kapitalbewegungen verwendet und seit 1966 auch von OECD angenommen. s. F. Heidhues, Zur Theorie der internationalen Kapitalbewegungen. Eine kritische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Direktinvestitionen (Tübingen 1969), S. 77.
4) S. F. v. Stetten, Der langfristige Lieferantenkredit im Außenhandel (Exportkredit). Exportförderung und Entwicklungshilfe (Berlin 1962), S. 9f.

schaftssubjekten in verschiedenen Währungsgebieten stattfindet.

2)Die Portfolioinvestition wird als eine Kapitalanlage definiert,die vom ausländischen Kapitalgeber,meist in der Form einer Anleihe oder des Erwerbs von Aktien einem inländischen Wirtschaftssubjekt zur Verfügung gestellt wird.[1] Das Ziel dieser Investition (finanzielle Investition) ist ein Kapitalertrag und nicht die Einflußnahme auf die Tätigkeit des Empfängers. Wenn eine "geringe"[2] ausländische Beteiligung am Aktienkapital einer im Inland ansässigen Unternehmung vorliegt,ist es für die Charakterisierung der Beziehung als Portfolioinvestition notwendig,daß diese Beteiligung als "Nebenprodukt" der primären Absicht entstanden ist und für den ausländischen Investor ausschließlich die Funktion einer Garantie erfüllt.

Der spezifische Charakter der Portfolioinvestitionen drückt sich darin aus,daß sie ausländische Anleihen oder Erwerb von Aktien an bzw.von inländischen Unternehmungen darstellen, welche aus der Kapitalnachfrage der Inländer zur Finanzierung ihrer eigenen Tätigkeiten im Inland resultieren.[3]

3)Die Direktinvestitionen werden herkömmlicherweise definiert als eine Kapitalanlage in einer Unternehmung,die sich in einem für den Kapitalgeber "ausländischem" Staat befindet,für welche außer dem Ertragsmotiv hauptsächlich das Streben nach wirtschaftliche Einflußnahme und Kontrolle der unternehmerischen Entscheidungen des Investitionsobjekts maßgeblich ist.[4] Bei der Direktinvestition handelt es sich um eine wirtschaftliche Aktivität,die es dem ausländischen Investor erlaubt,Kontrolle über eine Unternehmung im Inland zu erwerben bzw. zu verstärken oder die Expansion einer schon unter seiner Kon-

---

1)s.A.Maffry,Direct Versus Portfolio Investment in the Balance of Payments,in:AER/S,1954,S.614.
2)Angesichts der hohen Konzentration der Aktien griechischer Kapitalgesellschaften in sehr wenigen Händen,werden hier als "gering" Beteiligungen von weniger als 20 v.H.am Aktienkapital des betreffenden Unternehmens betrachtet werden.
3)s.F.Stubenitzky,American Direct Investment in the Netherlands Industry (A Survey of the Year 1966),(Rotterdam 1970), S.4.
4)s.H.Seifert,Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland (Köln und Opladen 1967),S.26 und Ch.Kindleberger,International Economics (Homewood,Illinois 1968),S.390.

trolle stehenden Unternehmung zu finanzieren.[1)]

Direktinvestitionen werden in der Nachkriegszeit überwiegend von multinationalen Gesellschaften und nicht von einzelnen Privatpersonen vorgenommen. Als "multinational corporation", "multinational producing enterprise" oder "international firm" ist definiert "a business organization"[2)]..."which owns or controls producing facilities (i.e. factories, mines, oil refineries, distribution outlets, offices etc.) in more than one country".[3)] Multinationale Gesellschaften sind also Unternehmensorganisationen, deren Einzelglieder zwar in verschiedenen Ländern operieren und demzufolge unter verschiedenen Jurisdiktionen stehen, alle aber von der Muttergesellschaft kontrolliert werden.

Zwar decken sich Direktinvestitionen und multinationale Gesellschaft nicht, da eine Direktinvestition auch in den Fällen vorliegt, in denen eine Unternehmung von ausländischen Privatpersonen kontrolliert wird. Multinationale Gesellschaften sind aber die wichtigsten Träger der Direktinvestitionen gewesen. Mehrere - ca 50 - der in der griechischen Industrie eingedrungenen multinationalen Gesellschaften gehören zu den mächtigsten Weltunternehmen.[4)]

---

1) Vgl. K.M. Loibl, US Direktinvestitionen in der EWG. Das Beispiel der Chemieindustrie (Göttingen 1971), S. 1, R. Dickie, Foreign Investment: France. A Case Study (Leyden 1970), S. 7. s. auch § 55 der deutschen Außenwirtschaftsverordnung (Fassung von 20.12.66).

2) E. Penrose, Problems Associated with the Growth of International Firms, in: dies., The Growth of the Firms, Middle East Oil and Other Essays (Plymouth 1971), S. 82.

3) dies., ebenda sowie J. Dunning, The Multinational Enterprise: The Background, in: ders. (Ed.), The Multinational Enterprise (London 1971), S. 16. Vgl. ähnliche Definition in: I.A. Litvak-C.J. Maule, The Multinational Firm: Some Perspectives, in: G. Paquet (Ed.), The Multinational Firm and the Nation State (Ontario 1972), S. 23.

4) Zugrunde gelegt wurden die "Fortune"-Veröffentlichungen über die 500 größten US- und die 200 größten Unternehmen aus sonstigen Ländern.

Entscheidend für die Direktinvestition ist also,daß gleichzeitig zum Kapitaltransfer ein Eintritt einer ausländischen (multinationalen) Unternehmung im Markt des Empfängerlandes erfolgt.[1] Direktinvestitionen bedeuten in diesem Fall die Expansion der investierenden Unternehmung in einem für sie ausländischen Gebiet und zugleich die Integration der gegründeten Unternehmung in einer in mehreren Ländern operierenden Unternehmensorganisation.Direktinvestitionen unterscheiden sich also von den Portfolioinvestitionen dadurch,daß sie Kapitalbewegungen darstellen,welche aus der Kapitalnachfrage einer ausländischen Unternehmung zur Finanzierung ihrer eigenen Tätigkeit im Anlageland hervorgerufen werden.[2]

Dieser Unterschied zwischen Portfolio- und Direktinvestitionen bedeutet,daß die Portfolioinvestitionen sich auf diejenigen Wirtschaftstätigkeiten im Empfängerland konzentrieren,bei welchen die einheimischen Fähigkeiten bereits entwickelt sind;Direktinvestitionen werden dagegen für solche Tätigkeiten eingesetzt,für welche die spezifischen Fähigkeiten und Kenntnisse des ausländischen Investors ausschlaggebend sind.[3]

Durch die Interpretation der Direktinvestitionen als Phänomen der zwischenstaatlichen Kapitalbewegungen war es jedoch nicht möglich,alle Erscheinungsformen von Direktinvestitionen,wie sie sich in der Nachkriegszeit entwickelt haben,befriedigend zu erfassen.[4] In der Theorie sind Direktinvestitionen mehr und mehr im Zusammenhang mit ihren Ursachen und

---

1)Vgl.R.E.Caves,International Corporations:The Industrial Economics of Foreign Investment,in:Ec.,Bd.38,1971,S.2.
2)Vgl.F.Stubenitzky,a.a.O.,S.4.
3)Vgl.J.Dunning,Studies in International Investment (London 1970),S.4 und S.Hymer,The Efficiency (Contradictions) of Multinational Corporations,in:AER/S,1970,S.442.
4)s.dazu Ch.Kindleberger,American Business Abroad:Six Lectures on Direct Investment (N.Haven and London 1969), S.2.

Auswirkungen betrachtet worden. Der enge Zusammenhang der Direktinvestitionen mit der Gründung bzw. der Erweiterung von unternehmerischen Aktivitäten im Empfängerland, die Konzentration der Direktinvestitionen in spezifischen Bereichen und die Strukturveränderungen, die aus Direktinvestitionen in der Wirtschaft des Empfängerlandes hervorgerufen werden, haben dazu geführt, daß die Direktinvestition mehr als ein Phänomen der "Theory of Industrial Organization" als der "Theory of International Capital Movements"[1] angesehen wird. Insbesondere die Direktinvestitionen multinationaler Gesellschaften seien als Erscheinungsform der "Monopolistic Competition" zu untersuchen und im Rahmen der Theorie der monopolistischen Konkurrenz[2], als "market behaviour"[3], als Marktstrategie der investierenden Unternehmung zu erklären.

In der Regel ist für die Durchführung einer Direktinvestition die Existenz bestimmter Vorteile[4] des Investors gegenüber anderer -insbesondere inländischen- Investoren erkannt.[5] Eine Direktinvestition wird nämlich dann vorgenommen, wenn Unvollkommenheiten vorliegen, die die Ausbreitung vorhandener Wettbewerbsvorteile verhindern und wenn andere Mittel zur Aus-

---

1) Ch. Kindleberger, American Business Abroad: Six Lectures on Direct Investment, S. 11.
2) Ders., in: International Economics, S. 390 indem er sich hauptsächlich auf die Thesen von S. Hymer, The International Operations of National Firms: A Study of Direct Investment (unveröffentlichte Dissertation, M.I.T. 1960) stützt.
3) R.E. Caves, a.a.O., S. 2.
4) Solche Vorteile können im Bereich der Faktor- und/oder Produktmärkte bestehen, so z.B. in der Verfügung über exklusive Technologien, besseres Managementpersonal bzw. Managementmethoden, billigere Kapitalressourcen, neue Produkte u.a. Vgl. Ch. Kindleberger, ebenda, S. 14.
5) s. dazu R.E. Caves, a.a.O., S. 4f.

nutzung dieser Vorteile, z.B. Export oder Lizenzvergabe, weniger profitabel sind.[1] Monopolistische bzw. oligopolistische Marktpositionen dürften also eng mit den Direktinvestitionen - insbesondere den industriellen - verknüpft sein und die Wettbewerbsstruktur des Anlagelandes bestimmen.[2]

Im folgenden wird auf die Hauptmerkmale der Direktinvestition eingegangen. Nach der obigen Definition sind für die Charakterisierung einer Direktinvestition folgende Faktoren entscheidend:

a) die Nationalität des Investors,
b) das Vorliegen einer Kapitalanlage in einer Unternehmung, und
c) die Kontrolle des Investitionsobjekts vom Kapitalgeber.

a) Die Nationalität des Investors

Bei der Bestimmung einer Investition als ausländischer Direktinvestition spielt die Tatsache eine Rolle, daß ein Wirtschaftssubjekt, welches nicht bzw. nicht vollständig der nationalen Jurisdiktion unterliegt, die Entscheidungen über die Tätigkeiten von im Inland ansässigen Unternehmen kontrollieren bzw. beeinflussen kann. Die Erscheinung der "multi-

---

1) s. J. Dunning, a.a.O., S. 10f. Die Existenz von Wettbewerbsvorteilen ist zwar notwendige, jedoch nicht hinreichende Bedingung dafür, daß die Form der Direktinvestition gegenüber der Form des Exports oder der Lizenzierung vorgezogen wird. Die Entscheidung wird bestimmt aus dem relativen Vorteil, den die eine oder andere Maßnahme in der jeweiligen Situation hat. Vgl. R. E. Caves, a.a.O., S. 4ff. s. auch die These von R. Vernon über den Versuch von US-Firmen auf ausländische Märkte durch den "Export-Licensing-Investment-Cycle" einzudringen für Produkte, bei welchen sie einen technologischen oder anderen Vorsprung besitzen, in: International Investment and International Trade in the Product Cycle, in: QJE, Bd. 80, 1966, S. 190-207.

2) s. dazu S. Hymer, Direct Foreign Investment and the National Economic Interest, in: P. Russel (Ed.), Nationalism in Canada (Toronto usw. 1966), S. 197f., Ch. Kindleberger, American Business Abroad, a.a.O., S. 11f., R. E. Caves, a.a.O., S. 12ff.

nationalen Gesellschaft" als wichtigsten Trägern von Direktinvestitionen hat zur Folge, daß die im Empfängerland gegründeten Unternehmen und die von diesen getroffenen Entscheidungen nicht nur deswegen als "ausländisch" zu charakterisieren sind, weil sie im Besitz und unter Kontrolle ausländischer Wirtschaftssubjekte stehen, sondern auch deshalb, weil die einzelnen Tochtergesellschaften mehr oder weniger stark in einen multinationalen Unternehmenskomplex integriert sind. Denn die "Multinationalität" bedeutet, daß die Tätigkeiten der gesamten Unternehmensgruppe, d.h. sowohl der Mutter-, als auch der Tochterunternehmen innerhalb eines kohärenten Verwaltungsrahmens in solcher Weise organisiert sind, daß die Unternehmensentscheidungen der ganzen Gruppe konsistent und kompatibel mit den Zielsetzungen des multinationalen Unternehmenskomplexes sind.[1] Die multinationalen Gesellschaften müssen eine Organisationsform entwickeln, welche zweierlei Funktionen erfüllen kann. Einmal müssen die jeweiligen Bedingungen in jedem einzelnen Land berücksichtigt werden, damit eine Tätigkeit erfolgreich durchgeführt werden kann. Zum anderen müssen die Tätigkeiten der einzelnen Tochterunternehmen, Filialen etc. aufeinander abgestimmt werden, damit es nicht zu überflüssigen Doppelaktionen und zu unerwünschten Wettbewerbsmaßnahmen zwischen den Tochterunternehmen kommt. "Multinationalität" hat also den doppelten Effekt, daß

Erstens die Tochterunternehmen eine "common operational strategy"[2] zu verfolgen haben, welche trotz aller Entscheidungsdezentralisierung innerhalb des Unternehmenskomplexes und des Entscheidungsspielraums der einzelnen Tochterunternehmen über ihr alltägliches Management, zumindest in ihren

---

1) E. Penrose, Problems Associated with the Growth of International Firms, S. 82.
2) Terminologie nach J. Dunning, The Multinational Enterprise: The Background, S. 18.

wichtigsten Grundzügen einer zentralisierten Kontrolle unterliegt.[1] Entscheidungen über Expansion, Finanzierung, Gewinnverwendung, Exportintensität und -bereiche, Rohstoffquellen, Preispolitik, Errichtung von Forschungsstätten werden mehr oder weniger von der Muttergesellschaft aus einfachen Rationalitätsüberlegungen getroffen bzw. kontrolliert;

Zweitens die daraus abgeleitete Unternehmenspolitik der Tochtergesellschaften primär nicht deren eigene Interessen, sondern die allgemeinen Zielsetzungen und Interessen des gesamten Komplexes, zu welchem sie gehören zu berücksichtigen hat.

Um die ausländischen Direktinvestitionen in der griechischen Wirtschaft bestimmen zu können, war es notwendig, das juristische Kriterium der ausländischen Nationalität des kontrollierenden Wirtschaftssubjekts zu erweitern, um einen ökonomischen Sinn für die Charakterisierung einer Investition als "ausländisch" zu erhalten. Nach der R.V.2687/53 werden nämlich Investitionen ungeachtlich der griechischen oder der ausländischen Nationalität des Kapitalgebers genehmigt und gleichwertig behandelt. Dies bedeutet, daß das gesamte Garantie- und Vergünstigungssystem gegenüber ausländischen Investoren auch auf griechische Investoren erweitert wird, sofern diese Kapitalien aus dem Ausland für Investitionszwecke einführen wollen und hierzu den Weg des Verfahrens der R.V.2687 wählen und eine Genehmigung erhalten.

---

1) s. S. Hymer, Multinationale Konzerne und das Gesetz der ungleichen Entwicklung, in: D. Senghaas (Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion (Frankfurt am Main 1972), S. 225f. und E. Penrose, The State and the Multinational Enterprise in Less-Developed Countries, in: dies. The Growth of the Firms, Middle East Oil and Other Essays, S. 121f.

Die daraus für die griechische Wirtschaft resultierenden ökonomischen Konsequenzen rechtfertigen es, unserer Meinung nach, die Ansicht, daß das übliche Abgrenzungskriterium zwischen "inländischen" und "ausländischen" Investitionen um das oben erwähnte Kriterium, nämlich der Gewährung der Vorteile der R.V.2687 erweitert wird, und daß diese Investitionen griechischer Kapitalgeber als "ausländische" eingestuft werden, und zwar deshalb weil:

Erstens sich das Land nach dem geltenden System der Devisenbewirtschaftung verpflichtet hat, Kapital, Dividenden, Zinsen, Gehälter für ausländisches Personal usw. für die nach dem Verfahren der R.V.2687 genehmigten Investitionen in das Ausland zurücktransferieren zu lassen, und

Zweitens alle diese Investitionen Vergünstigungen genießen, welche den inländischen Investitionen nicht erteilt worden sind.

Mit anderen Worten, es bestehen seitens des Landes Verpflichtungen gegenüber denjenigen Investoren, welche unter dem Schutz der R.V.2687 stehen, deren Effekte ungeachtet der Nationalität des Kapitalgebers aus volkswirtschaftlicher Sicht gleich einzuschätzen ist.

b) Das Vorliegen einer Kapitalanlage

Hauptmerkmal einer Direktinvestition ist, daß sie durch Kapitaleinsatz eines "ausländischen" Wirtschaftssubjekts in einer von ihm beeinflußten Unternehmung im Inland zustande kommt. Während die Theorie früher als Kapitaleinsatz überwiegend den Transfer von Finanzierungsmitteln vom Ausland in das Inland[1] und/oder von maschinellen Anlagen zu Investitionszwecken betrachtete, haben wir in der heutigen Realität mit komplexeren Erscheinungsformen von Kapitalanlagen im Sinne der Direktinvestition zu tun.

---

1) s. R. Nurkse, Internationale Kapitalbewegungen (Wien 1935), S. 15.

Ohne auf Einzelheiten eingehen zu können, ist festzustellen, daß der Begriff der Investition im Zusammenhang mit der Direktinvestition in seiner weitesten Fassung jeden Strom von Auszahlungen der ausländischen Unternehmung bzw. des Investors erfaßt, "der durch die in Verbindung mit einem Produktionsprozeß erfolgenden Käufe hervorgerufen wird."[1] Danach werden unter dem Begriff "Investition" all jene Ausgaben eingeschlossen, welche nicht nur für Produktionsmittel im engeren Sinne, sondern auch "für...entwickelte Patente...Fremdleistungen...Lizenzen"[2] getätigt werden.

Eine ausländische Kapitalanlage im Inland im Sinne einer Direktinvestition liegt somit nicht nur im klassischen Fall des monetären Kapitaltransfers vor, sondern auch dann, wenn es um komplexere Formen der Kapitaleinbringung geht, z.B. beim Transfer von Patenten, Technologien oder der Gewährung von Dienstleistungen (z.B. Management), vorausgesetzt, daß dadurch Kontrollmöglichkeiten über die Entscheidungen der inländischen Unternehmung geschaffen werden.[3] Dagegen spielt es keine Rolle, ob "Kapital" vom Ausland eingeführt wird. Der ausländische Investor hat die Möglichkeit, Finanzierungsmittel für seine Aktivitäten im Empfängerland der Direktinvestition aufzunehmen.[4]

---

1) E. Schneider, Wirtschaftlichkeitsrechnung. Theorie der Investition (Tübingen, Zürich 1962), S. 1.

2) R. B. Schmidt et al., Unternehmungsinvestitionen. Strukturen, Entscheidungen, Kalküle (Rowohlt, Hamburg 1970), S. 16.

3) Vgl. Ch. Kindleberger, American Business Abroad, a.a.O., S. 2 Nach dem Investitionsförderungsgesetz zwischen Griechenland und der BRD, umfaßt "der Ausdruck "Kapitalanlagen"... alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich: a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte...b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen; c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben; d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und good will; e) Konzessionen (Art. 8, Abs. 1, in: BgBl. 1963 (II), S. 219.

4) Vgl. Ch. Kindleberger, International Economics, S. 390. In diesen Fällen besteht zwar eine Forderung des Empfängerlandes gegenüber dem ausländischen Investor, diese spielt aber für die Bezeichnung des Phänomens als Direktinvestition keine Rolle. Relevant ist dies nur für Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz, die Auslandsverschuldung des Landes usw.

c) Kontrolle des Investitionsobjekts

Als weiterer Bestimmungsfaktor der Direktinvestition wird die Kontrolle über eine im Inland ansässigen Unternehmung betrachtet. Kontrolle bzw. Abhängigkeit eines Unternehmens liegt vor, wenn eine Unternehmung dem beherrschenden Einfluß eines Wirtschaftssubjektes ausgesetzt wird.[1] Da nicht ohne weiteres ermittelt werden kann, ob eine Kapitaltransaktion mit der Absicht der Kontrolle unternommen worden ist, ob sie also eine Direkt- oder Portfolioinvestition darstellt, ergeben sich in der Praxis Schwierigkeiten, die stattgefundene Kapitaltransaktion eindeutig zu charakterisieren.

Kapitalmäßige Beteiligung und Aktienbesitz sind die legale Basis, auf welcher die Stimmenmacht und die Kontrollmöglichkeiten des Aktienbesitzers beruht. Sie gibt der Machtausübung eine Legitimität, d.h. "the legal right to exercise certain kinds of power."[2] Die ausländische Kontrolle braucht indessen nicht nur auf die Beteiligung am Aktienkapital der Unternehmung zu beruhen. Sie kann sich auch aus der Struktur der Beziehungen ergeben, welche zwischen einer inländischen und einer ausländischen Unternehmung bestehen. Kontrolle kann aus der Verfügungsmacht über Faktoren, z.B. technologische Kenntnisse, Marktbeziehungen, Finanzierungsmittel u.a. resultieren, die für die Lebensfähigkeit der Unternehmung bedeutsam sind.[3]

Für diese Arbeit ist die Tatsache relevant, daß Kontrolle aus der Wechselbeziehung faktischer zwischenunternehmerischer Beziehungen und ausländischer Kapitalbeteiligung realisiert werden kann. Die Beteiligung am Aktienkapital ist

---

1) s. Ch. Kindleberger, International Economics, S. 389 und vgl. deutsches Aktiengesetz § 17, Abs. 1.
2) A. Shonfield, Modern Capitalism (London usw. 1969), S. 379.
3) s. J. Baber-T. Kondo, Joint Ventures in Japan and How to Obtain Managerial Control, in: MSU Business Tropics, Bd. 19, 1971, Nr. 1, S. 47ff., H. Arndt, Macht, Konkurrenz und Demokratie, in: D. Grosser (Hrsg.), Konzentration ohne Kontrolle. Kritik Bd. II (Köln und Opladen 1970), S. 36ff.

deswegen nur als eine Determinante der Kontrollmöglichkeiten und des Ausmasses der Beeinflussung zu betrachten. In den Fällen, in welchen technologische Überlegenheit, know how oder andere Faktoren eine entscheidende Rolle spielen, ist der ausländische Partner "...apt to exercise a control not commensurate with the extent of his share of holdings."[1)]

In der Regel treten solche Abhängigkeitsbeziehungen nicht in reiner sondern in kombinierter Form auf, so daß die ausländische Kontrolle durch die Einflußnahme auf mehrere Tätigkeitsbereiche der inländischen Firma erzielt wird. Dies ist z.B. im Fall, wenn eine griechische Unternehmung einseitig von einer ausländischen Unternehmung in Bezug auf bestimmte Lieferungen und/oder Finanzierungsmittel, auf spezifische technologische Kenntnisse, auf den Vertrieb eines wichtigen Teils ihrer Produktion im Ausland derart abhängig ist, daß hier eine de facto Kontrolle besteht, die von der Kapitalbeteiligung unabhängig ist.[2)]

Bei solchen Bedingungen kann eine ausländische kapitalmäßige Beteiligung an einer inländischen Gesellschaft nicht auf Grund einer isolierten Betrachtung als Direkt- oder Portfolioinvestition gekennzeichnet werden. Denn solche Bedingungen haben zur Folge, daß eine Minderheitsbeteiligung, welche - für sich allein - Kontrolle nicht gewährleistet doch eine ausländische Kontrolle ermöglicht bzw. verstärkt. Wird der Zusammenhang mit diesen anderen Faktoren berücksichtigt, so ist auch eine nur geringe Beteiligung eindeutig als Direktinvestition zu klassifizieren.

In einem Entwicklungsland, in welchem die heimischen Unternehmungen schwach und in vielfacher Hinsicht vom Ausland

---

1) W.G. Friedmann-J.P. Béguin, Joint International Business Ventures in Developing Countries. Case Studies and Analysis of Recent Trends (N.York, London 1971), S.151. Vgl. auch J. Behrman, U.S. International Business and Governments (N.York usw. 1971), S.114.

2) Über die verschiedenen Möglichkeiten einer de facto Kontrolle s. W.G. Friedmann-J.P. Béguin, ebenda, S.14f. und H. Arndt, a.a.O., S.38.

abhängig sind,ist diese Tatsache besonders wichtig.Sie bedeutet nämlich,daß ausländische Kontrolle einer Unternehmung auch bei einer ausländischen Minderheitsbeteiligung vorliegen kann,und daß Beschränkungen der ausländischen kapitalmäßigen Beteiligung unter 50% eine geringe Bedeutung zukommt.

Schwierigkeiten ergeben sich bei der Bestimmung des Ausmasses der ausländischen Kontrolle,da diese nicht mehr ausschließlich von der Höhe der ausländischen Kapitalbeteiligung,sondern auch von anderen Beziehungen und Vereinbarungen abhängt.Das statistische Konzept[1] der Direktinvestition, nämlich die Festsetzung einer bestimmten Beteiligungshöhe als Indikator für den bestehenden Grad der Einflußnahme erweist sich wegen der Komplexität der firmeninternen Abhängigkeitsverhältnisse als unzulänglich.Ein solcher Maßstab, der nur willkürlich festgesetzt werden kann,ist lediglich aus pragmatischen Gründen anzuwenden.Im weiteren Verlauf dieser Untersuchung wird deshalb mit der Annahme gearbeitet,daß beim Vorliegen einer Kapitalbeteiligung von weniger als 20 v.H. des Aktienkapitals eine Kontrolle eher als Ausnahme denn als Regel zu betrachten wäre.

Schließlich sollte die Betrachtung nicht nur bei den stationären Elementen einer Direktinvestition verharren,sondern auch die evolutorischen Aspekte eines Kapitalzuflusses mit berücksichtigen.Eine Direktinvestition umfaßt nicht nur die im Zeitpunkt ihrer Realisierung vom Ausland transferierten Werte,sondern auch deren wertmäßigen Veränderungen sowie die reinvestierten Gewinne.[2] Diese beiden Aspekte bestimmen die Entwicklung der ausländischen Direktinvestition,insbe-

---

1) Als "pragmatischer Begriff" der Direktinvestition bezeichnet,s.H.Seifert,a.a.O.,S.27.

2) Stellt man bei der Betrachtung der Direktinvestitionen auf den Stromgrößen-Aspekt ab,d.h.untersucht man die in verschiedenen Zeitpunkten durchgeführten ausländischen Investitionen im Inland,so bilden die reinvestierten Gewinne jedesmal eine neue Direktinvestition.Betrachtet man aber die Direktinvestitionen als Bestandsgröße,d.h.als die Summe der bis zum Zeitpunkt der Betrachtung von einem ausländischen Wirtschaftssubjekt durchgeführten Direktinvestitionen,dann kann man von der Direktinvestition sprechen.Vgl.F.Meidhues,a.a.O.,S.108.

sondere das Wachstum der ausländischen Unternehmen,was aus der Sicht des Kapitaleinfuhrlandes als einer der entscheidenden Faktoren in der Gestaltung des Industrialisierungsprozesses betrachtet werden dürfte.

Die Einbeziehung des Zeitelements bei der Betrachtung der Direktinvestitionen erfordert eine Berücksichtigung derjenigen Fällen,bei denen die ursprüngliche Form einer Kapitalbewegung in einem späteren Zeitpunkt sich in eine andere Form umwandelt.Es kommt nämlich häufig vor,daß Kapitalien,die inländischen Unternehmen vom Ausland als Darlehen oder Lieferantenkredite zufließen,später in Beteiligungskapital umwandelt werden und somit der Kategorie der Direktinvestitionen zuzurechnen und nicht mehr als Portfolioinvestitionen oder Lieferantenkredite zu bezeichnen wären.[1)]

Die praktischen Schwierigkeiten eines solchen Verfahrens zur Feststellung und Quantifizierung der Direktinvestitionen liegen auf der Hand.Da wir mit dem vorhandenen Material auskommen mußten,war es nicht möglich,die Kapitalimporte und besonders die Direktinvestitionen in der griechischen Wirtschaft empirisch derart zu ermitteln,daß ein -nach den obigen Kriterien- vollständiges Bild geschaffen werden konnte.Insbesondere war es nötig,unsere empirische Untersuchung hauptsächlich auf diejenige Kategorie von Direktinvestitionen zu begrenzen,welche auf dem Merkmal der Beteiligung am Aktienkapital inländischer Unternehmen basieren,und andere Gesichtspunkte außer Acht zu lassen.

---

1)Vgl.H.Seifert,a.a.O.,S.41.

2.2 Formen der Kapitalimporte in der griechischen Zahlungsbilanz

In der griechischen Zahlungsbilanzstatistik besteht keine strenge Unterscheidung zwischen den beiden Hauptformen der langfristigen Kapitalimporte, also zwischen Direkt- und Portfolioinvestitionen. Im einzelnen werden die langfristigen Kapitalimporte in der Kapitalbilanz in die folgenden Kategorien unterteilt:

1) Kapitalien der R.V. 2687/53; darunter fallen alle Kapitalien, die nach dem Verfahren dieses Gesetzes auf Grund von Genehmigungen des Koordinationsministeriums eingeführt werden. Diese Kapitalien können entweder Direktinvestitionen darstellen, indem sie zur Gründung bzw. zum Erwerb von Unternehmen oder für Beteiligungszwecke an bestehenden inländischen Unternehmen eingeführt werden oder als Portfolioinvestitionen ins Land fließen, indem sie von ausländischen Unternehmen oder Kreditinstituten griechischen Unternehmungen als Anleihen gewährt werden.

2) "Sonstige unternehmerische Kapitalien"; sie werden auf Grund von Genehmigungen der "Währungskommission"[1] eingeführt. Die Kapitalien dieser Kategorie können ebenfalls, wie im Fall (1) Portfolio- oder Direktinvestitionen darstellen. Hauptsächlich sind es Kapitalien, die entweder von den Ölgesellschaften zur Finanzierung ihrer Geschäfte eingeführt werden und nach dem obigen Kriterium als Direktinvestitionen zu betrachten sind, oder die der verarbeitenden Industrie und dem Baugewerbe als Direkt- oder Portfolioinvestitionen zufließen.

3) Lang- und mittelfristige Lieferantenkredite, hauptsächlich für die Einfuhr von Investitionsgütern und Rohstoffe;

4) Kapitalien, welche zum Erwerb von Immobilienvermögen im Inland eingeführt werden; und

5) Kapitalien, welche von Privatpersonen für andere private Zwecke im Land eingeführt werden.

---

1) Vgl. S. 40 dieser Arbeit.

2.3 Informationslücken und Aussagefähigkeit der zahlungsbilanzstatistischen Angaben

Die Aussagefähigkeit des zahlungsbilanzstatistischen Materials wird durch die folgenden wichtigen Mängel beeinträchtigt:

1)Die Aufteilung der ausländischen Kapitalzuflüsse in der Kapitalbilanz in "Kapitalien der R.V.2687/53" und "sonstigen unternehmerischen Kapitalien" spiegelt zwar die Verschiedenheit des Genehmigungsverfahrens und des Regelungssystems dieser beiden Kategorien von Auslandskapitalien wider,erschwert jedoch eine Quantifizierung dieser Kapitalien nach Direkt- und Portfolioinvestitionskategorien. Außerdem bestehen Lücken und Unstimmigkeiten in der amtlichen Quantifizierung der angegebenen Größen.So sind die Kapitalien der R.V.2687,die nicht als Devisen,sondern als maschinelle Anlagen eingeführt werden,mit verschiedenen, zeitweise stark voneinander abweichenden Werten in der Zahlungsbilanzstatistik einerseits und der Statistik des Koordinationsministeriums[1] angegeben.Die Divergenz zwischen den Wertangaben der beiden Stellen beträgt für den Zeitraum von 1953 bis 1966 insgesamt 189,0 Mill.US-Dollar, wodurch der in der Zahlungsbilanzstatistik angegebene Gesamtwert für die gleiche Periode von 250,0 Mill.Dollar auf 439,0 Mill.erhöht wurde.(Vgl.Angaben in Tab.2.1)

Andererseits erscheinen die direkt als Sachwerte eingeführten Kapitalien der R.V.2687 nur in der Kapitalbilanz nicht dagegen in der Warenbilanz.Die Tatsache,daß diese Sachwerte in der Warenbilanz als Import von Investitionsgütern nicht berücksichtigt werden,führt zu Verzerrungen in der gesamten Zahlungsbilanz,die um so größer sind,je höher diese Form von Kapitalimport ist.Die Konsequenz ist,daß

---

1)Vom Koordinationsministerium als zuständiger Behörde für Investitionen unter der R.V.2687 wird jährlich eine von der Zahlungsbilanzstatistik unabhängige ausführliche Statistik über genehmigte und realisierte (nur bis 1967) Investitionen veröffentlicht.

a) in der Warenbilanz die Importe um den Wert dieser Maschinenanlagen niedriger sind und dementsprechend auch das Defizit der Warenbilanz und der laufenden Posten zu gering nachgewiesen werden; und

b) Der Beitrag der ausländischen Kapitalien zur Deckung dieses Defizits überschätzt wird.

2) Eine erhebliche Beeiträchtigung des Aussagewertes der Zahlungsbilanzstatistik resultiert daraus, daß wichtige Elemente, aus denen sich eine Direktinvestition zusammensetzt, unberücksichtigt bleiben. Nach der R.V.2687 gelten reinvestierte Gewinne, die sonst transferiert werden könnten, als Investitionen, die ebenfalls den Schutz und die vereinbarten Bedingungen der primären Investition genießen. Tatsächlich aber fehlen Angaben über gebildete Rücklagen und/oder reinvestierte Gewinne der ausländischen Unternehmen in Griechenland. Dies bedeutet aber, daß der in der Zahlungsbilanz angegebene Kapitalimport sowie die Transferzahlungen für Gewinne, Dividenden usw. niedriger als in der Realität sind. Dadurch werden wiederum Verzerrungen bei der Quantifizierung all jener Größen unvermeidbar, bei welchen die Höhe des Kapitalimports zugrundegelegt wird, z.B. des Finanzierungsbeitrags der ausländischen Kapitalien und der Höhe der Direktinvestitionen im Vergleich zur inländischen Investitionstätigkeit.

Von größerer Bedeutung ist jedoch, daß eine "versteckte" Erhöhung der Auslandsverschuldung des Landes stattfindet, deren Umfang und zeitliche Fälligkeit der Politik nicht bekannt sind. Auf diese Problematik wird im Kapitel 3.2.2 ausführlicher eingegangen werden.

2.4 Umfang und intertemporale Verteilung der einzelnen Kapitalimportkategorien

Um ein Bild von der Bedeutung der Auslandskapitalien für den griechischen Industrialisierungsprozeß zu erhalten, wird in diesem Teil zunächst versucht, die verschiedenen zuvor erwähnten Kategorien des Kapitalimports in ihrer absoluten Höhe zu erfassen und miteinander zu vergleichen, um anschließend ihre Funktion im Prozeß wirtschaftlicher Entwicklung untersuchen zu können.

1) Kapitaleinfuhr unter der R.V.2687/53; Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß Unterschiede zwischen den Wertangaben verschiedener offiziellen Stellen besteht, und daß es sich hierbei hauptsächlich um eingeführtes Sachkapital handelt.

In der Tab.2.1 sind angegeben die Zahl und der Wert der Investitionsanträge unter der R.V.2687, die Zahl und der Wert der genehmigten Anträge und das eingeführte Kapital nach den Angaben des Koordinationsministeriums (Spalte 7) und der Zahlungsbilanz (Spalte 9). In der Spalte 10 ist der Wert der Sachanlagen angegeben, der von der Zahlungsbilanzstatistik erfaßt worden ist und im Gesamtwert (Spalte 9) enthalten ist. Der Wert der in der Periode 1953-1971 insgesamt eingeführten Kapitalien beträgt 622,0 Mill. US-Dollar (433,8 Mill. nach der Zahlungsbilanz). Aus diesem Betrag wurden 267,8 Mill., d.h. 43,1%, nicht als Devisen, sondern direkt in der Form von Maschinenanlagen eingeführt.[1] Dieser Wert ist als Mindestwert zu betrachten. Tatsächlich dürfte er höher liegen, da manche Investoren erst das monetäre Kapital einführen und in einer späteren Phase die nötigen Maschinen, Ausrüstung usw. importieren.

Die Kapitalien der R.V.2687 stellen hauptsächlich Direktinvestitionen dar. Die Anleihen, die vom Ausland griechischen von Ausländern nicht kontrollierten Unternehmen gewährt wurden und deshalb Portfolioinvestitionen darstellen, sind quantitativ

---

1) Diese Zahl ergibt sich aus der Differenz zwischen den Wertangaben des Koordinationsministeriums und der Zahlungsbilanzstatistik plus eingeführte Maschinenanlagen, die von der Kapitalbilanz erfaßt werden, also 622,0 - 433,8 + 79,6 Mill. = 267,8 Mill. Dollar (s. Tab.2.1).

unbedeutend und liegen nach eigener Schätzung im Zeitraum 1953 bis 1970 nicht über 20 bis 30 Mill.Dollar,d.h.4% bis 5% der insgesamt unter diesem Gesetz eingeführten Kapitalien.Der größte Teil ist dagegen als Anleihekapital an Unternehmungen,die von Ausländern kontrolliert waren,zugute gekommen und nur ein kleiner Teil entfiel auf Stammkapital.[1] Die beiden letztgenannten Arten fallen unter die Kategorie der Direktinvestitionen.

Die Tatsache,daß der größte Teil der Direktinvestitionen (ca.80%) als Anleihen zugeflossen ist,hat zwei wichtige Implikationen:Einmal bedeutet dies,daß die ausländischen Investoren wegen der Steuerfreiheit für Anleihezinsen[2] den größten Teil ihrer Gewinne steuerfrei erzielen können, während der heimischen Wirtschaft die Vorteile aus der Besteuerung der ausländischen Gewinne verloren gehen.Zum anderen wird der Schuldendienst dadurch beeinflußt,daß ein festgesetzter von den Gewinnen der ausländischen Unternehmen unabhängiger Betrag für Zinsen und Tilgungen jährlich zurücktransferiert werden soll.Auf den letzten Aspekt wird aber später ausführlich eingegangen.

Die Kapitalien,die tatsächlich eingeführt wurden,bilden nur einen Teil der genehmigten Investitionsanträge,deren Gesamtwert viel höher liegt (vgl.Tab.2.1).Von 1953 bis 1970 wurden 1528 Anträge gestellt mit einem Wert von insgesamt rd.3,1 Mrd.US-Dollar,von denen die Regierung 1004 mit einem Wert von rd.2,2 Mrd. genehmigte.Davon wurden Kapitalien in Höhe von 579,6 Mill.Dollar eingeführt,also ca.26,7% des genehmigten Wertes.Diese Quote schwankt innerhalb des ganzen Zeitraumes erheblich;die niedrigsten Werte ergaben sich für die Jahre 1968 bis 1970.Die Unterschiede zwischen genehmigten und realisierten Investitionsbeträgen sind auf folgende Faktoren zurückzuführen:

Erstens ist eine große Zahl der Genehmigungen von Personen angestrebt worden,die keineswegs die Voraussetzungen für die

---

1)Vgl.die Angaben der Tab.3.2 und 3.3.
2)Vgl.S.44 dieser Arbeit.

Durchführung des Investitionsprojekts erfüllten.Sie verfügten kaum über Finanzierungsmittel und Kenntnisse und hofften durch das Erhalten einer Investitionsgenehmigung eine erhöhte Glaubwürdigkeit gegenüber ausländischen Kreditinstituten zu erreichen und somit die fehlenden Finanzierungsmittel beschaffen,oder die Genehmigung an ausländische Interessenten verkaufen zu können.[1] Dieses Verhalten hat zu relativ hohen Antragsbeträgen geführt,die,auch wenn genehmigt,nie realisiert wurden;

Zweitens besteht die Politik der griechischen Regierung darin,nach der Genehmigung eines Investitionsprojekts neue Genehmigungen entweder an ausländische oder an inländische Investoren für gleiche Industrien zu beschränken oder zu versagen.Da die Genehmigungen einen Realisationszeitraum der Investition von ca.drei Jahren vorsehen,können die ausländischen Investoren ihre Stellung in einem für sie noch unsicheren Markt vorzeitig absichern und diesen Zeitraum benutzen,um ihre endgültige Entscheidung über die Durchführung der Investition zu treffen.Bis zum Ende dieser Periode,die auch verlängert werden kann,sind sie relativ sicher,daß keine neue Genehmigung für dieselbe Industrie gewährt wird, insbesondere dann nicht,wenn es um wichtige Investitionsprojekte geht.Dies führte zu einer relativ hohen Zahl von Investitionsanträgen,deren einziges Ziel darin bestand,vorzeitig eine Investitionsgenehmigung zu erhalten.Das Projekt konnte dann nach mehreren Jahren durchgeführt oder ohne irgend welche Konsequenzen unterlassen werden.

Drittens dürfte der in den letzten Jahren beobachtete geringe Umfang ausländischer Investitionen in Griechenland z.T.aus einem Zweifel über die Gewinnaussichten im Land entspringen. Insbesondere spielten dabei die Entwicklung der Beziehungen Griechenlands zur EWG und die Erfolgsaussichten des Landes als Mitglied der EWG eine wichtige Rolle.Falls die Zollunion zwischen Griechenland und EWG wie planmäßig sich bis 1984 vollzieht,dürfte die Gründung von Produktionsstätten im Lande für mehrere Industrien überflüssig erweisen.Denn wenn die Größe des Binnenmarktes nicht die Realisierung von "econo-

1)s.H.Ellis et al.,a.a.O.,S.293.

mies of scale" erlaubt,werden die gegründeten Unternehmen nicht in der Lage sein[1] mit den Großunternehmen der EWG-Länder erfolgreich zu konkurrieren.Kleine und mittlere Unternehmen könnten nur dann Gewinne erzielen,wenn sie unter einem Zollschutz stehen würden.Dies dürfte ein zweiter Grund sein,daß die meisten Investoren eine Genehmigung für ein Projekt anstreben,dann jedoch dessen Realisierung so lange wie möglich verzögern oder es nur in stark vermindertem Umfang durchführen.[2] Die ausländischen Investoren ziehen es vielleicht vor,durch den kleinstmöglichen Aufwand zunächst ihre Präsenz im Land zu sichern.Vollzieht sich in einigen Jahren die Zollunion,dann können die ausländischen Investoren ihre Entscheidungen an den faktischen Gegebenheiten orientieren ohne viel investiert zu haben.Ist dies nicht der Fall,und erfolgt eine Veränderung des griechischen Industrialisierungskonzepts,dann werden sich die ausländischen Unternehmen schon in der griechischen Wirtschaft befinden und können als "tariff factories" aktiver werden.

Viertens spielt insbesondere seit 1967 folgende Tatsache eine Bedeutung;die Regierung hat riesige Projekte genehmigt in der Hoffnung,daß durch die Realisierung auch nur eines Teils von ihnen einige der dringenden Probleme,so z.B. die Exportförderung,die Entwicklung der Industrie erleichtert werden könnten.Der Versuch,diese Projekte durch Direktinvestitionen zu realisieren,erwies sich als unrealisierbar und der Kapitalzufluß für andere Projekte konnte nicht die angestrebte Größenordnung erreichen.

2)"Sonstige unternehmerische Kapitalien";die Einfuhr dieser Kapitalien hat bis 1970 eine steigende Tendenz aufgewiesen.

---

1)Von der Möglichkeit der Erreichung einer "optimalen" Größe durch den Aufbau von exportorientierten Kapazitäten sei hier abstrahiert.Es ist anzunehmen,daß dieser Weg nur begrenzt von der Mehrzahl ausländischer Gesellschaften in Griechenland verfolgt wird.Weiteres dazu s.S.117f. [illegible].

[illegible] betrachtet man die bis 1970 gegründeten ausländischen Unternehmen,so kann man feststellen,daß eine große Zahl unter ihnen Klein- und Kleinstunternehmen sind (s.Tab. [illegible] und 3.24).

(Vgl.Tab.2.2).Besonders in den Jahren 1969 und 1970 wuchs ihr Umfang überproportional,sodaß sie in diesen Jahren die quantitativ bedeutendste Quelle privaten Kapitalimports darstellen.Der rapide Zuwachs der eingeführten Kapitalien dieser Kategorie hat seine Ursachen in der Politik der Regierung,welche mit der Durchführung der öffentlichen Investitionen nur solche Bauunternehmen beauftragte,die sich im Ausland verschuldeten.[1)]

Diese Politik wurde jedoch wegen der Belastung der Zahlungsbilanz,die sich daraus in späteren Jahren ergeben würde, im 1971 abgebrochen,sodaß sich das Niveau dieser Kategorie vom Kapitalimport verminderte (vgl.Tab.2.2 und 2.4).

3)Langfristige Lieferantenkredite;das Streben nach Lieferantenkrediten für die Einfuhr von Kapital- und Zwischengütern ist von den griechischen Regierungen und der Zentralbank aus devisenpolitischen Gründen gefördert worden.Die Kategorie der Lieferantenkredite (Exportkredite) hat quantitativ in den letzten Jahren wenn auch unter Schwankungen beachtlich zugenommen.(Vgl.Tab.2.2) Diese Kredite sind hauptsächlich von Industrieunternehmen in Anspruch genommen worden,um ihre Einfuhren an Maschinen und Rohmaterialien zu finanzieren.

4)Kapitalien zum Erwerb von Grundbesitz;seit Anfang der untersuchten Periode hat diese Kategorie erheblich zugenommen und eine ständige und bedeutende Devisenquelle gebildet.(Vgl.Tab.2.2) Mit 797,5 Mill.Dollar stellen diese Kapitalien 44,0% des gesamten langfristigen privaten monetären Kapitalzuflusses in der Periode 1954 bis 1971 dar.

---

1)Vgl.S.37f. dieser Arbeit.In der Form ausländischer Anleihen an griechische Unternehmungen stellen diese Kapitalien Portfolioinvestitionen dar.Der Sache nach handelt es sich bei ihnen jedoch um eine öffentliche Verschuldung im Ausland.Die juristische Konstruktion,welche angewendet wurde,beeinflußt nicht den Charakter dieser Anleihen,welche zwar formal betrachtet als private Kapitaleinfuhr erscheinen,tatsächlich aber zur Finanzierung der öffentlichen Investitionen verwendet wurden.

5)Kapitalien für sonstige private Zwecke;die Kapitalien dieser Kategorie sind unbedeutend gewesen und haben außer ihren geringen positiven Zahlungsbilanzeffekt keine wesentliche Rolle für den Industrialisierungsprozeß des Landes gespielt.Für die Periode 1963 bis 1971 betragen sie 76,9 Mill.Dollar oder 4,3% der Gesamteinfuhr langfristigen privaten Kapitals.(Vgl.Angaben in Tab.2.2)

2.5 Sektorale Verteilung der importierten Kapitalien

Angaben über die Verteilung der zugeflossenen Kapitalien auf die einzelne Wirtschaftsbereiche sind nicht in befriedigendem Maße vorhanden.Die Betrachtung der Bereiche,welche vom ausländischen Kapital bevorzugt werden,zeigt,daß der überwiegende Teil dieses Kapitals sich in wenigen Industrien konzentriert hat.Im einzelnen verteilen sich die Kategorien des Auslandskapitals wie folgt:

1)Kapitalien unter der R.V.2687/53;Als Anhaltspunkt für diese Kategorie lassen sich die Angaben des Koordinationsministeriums über Tätigkeitsbereichen und Höhe der realisierten Investitionsprojekte heranziehen.Diese weisen zwar,insbesondere für den Zeitraum 1967 bis 1970,gewisse Lücken auf,sind jedoch was die größeren Projekte angeht, relativ genau,sodaß die Abweichungen von den effektiven Beträgen nicht erheblich sein dürften.

Die ausländischen Investitionen unter diesem Gesetz wurden hauptsächlich in solchen Bereichen durchgeführt,die zuvor entweder nicht existent oder kaum entwickelt gewesen waren und bei denen daher hohe Rentabilitätsaussichten bestanden haben dürften und oligopolistische Marktpositionen erreicht werden könnten.Der größte Teil des Kapitalzuflusses entfällt auf den Sektor der verarbeitenden Industrie und bei dieser insbesondere auf die Branchen der chemischen,der Metall-, der Transportmittel- und der Gummi- und Kunststoffindustrie. (Vgl.Tab.2.3 und 2.7) Diesen vier Branchen sind ca.82% der

Kapitalzuflüsse im Industriesektor und ca.69% der Gesamtkapitalzuflüsse unter der R.V.2687 zugute gekommen.Weit geringer sind demgegenüber die Kapitalimporte der Sektoren "Bergbau","Schiffahrt","Hotelgewerbe" und "Banken". Unter den - relativ hohen - "sonstigen" Kapitalbeträgen sind hauptsächlich die Flugzeugimporte der Fluggesellschaft "Olympic Airways" enthalten.Die Kapitalzuflüsse in den Fremdenverkehrsbereich ("Hotelgewerbe") sind,was den gesamten Zeitraum angeht,nicht sehr hoch,doch ist in den letzten Jahren das ausländische Interesse für Investitionen in diesem Bereich stark angestiegen.

2)Die "sonstigen unternehmerischen Kapitalien" sind hauptsächlich den Industrieunternehmen und den Baugesellschaften zugeflossen.(Vgl.Tab.2.4) Transport- und Bergbauunternehmen weisen einen absolut und relativ sehr niedrigen Kapitalimport auf.Auch die Kapitaleinfuhr der Ölgesellschaften war nicht bedeutend wenn sie auch mit rd. einem Achtel des Gesamtbetrages wesentlich höher war als die der beiden zuvor genannten Branchen.

3)Die langfristigen Lieferantenkredite wurden fast ausschließlich zur Einfuhr von Kapital- und Zwischengütern für den industriellen Sektor gewährt.Genaue Angaben über die Verteilung dieser Kredite auf die einzelnen Industriebranchen und auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche existieren nicht.Nach einer Untersuchung für das Jahr 1964 ergab sich,daß der größte Teil dieser Kredite von großen Unternehmen der Erdöl-,Papier-,Metallverarbeitung,der Chemie und des Bergbaus in Anspruch genommen waren,während der Anteil der Kunststoff-,Textil-,Nahrungsmittel- und Holzindustrien sehr gering war.[1)]

---

1)s.S.Valsamidis,Der Zufluß ausländischer unternehmerischer Kapitalien in die griechische Wirtschaft und ihre Beteiligung an den Industrieunternehmen in der Periode 1954-64,in:Bank von Griechenland,Die griechische Wirtschaft im Jahre 1965 (Athen 1966) (orig.gr.),S.9f.

2.6 Herkunft der ausländischen unternehmerischen Kapitalien

Die Bedeutung der einzelnen Kapitalexportländer für den privaten Kapitalzufluß nach Griechenland bildet einen Ansatzpunkt für die Analyse des ausländischen Einflusses auf die griechische Wirtschaft. Die Betrachtung der Herkunftsländer sowohl der Kapitalien der R.V.2687 als auch der "sonstigen unternehmerischen Kapitalien" und der Exportkredite weist deutlich darauf hin, daß das Kapital überwiegend von denjenigen Ländern stammt, welche die bedeutendste Handelspartner Griechenlands seit der fünfziger Jahre gewesen sind, hauptsächlich also die BRD, die USA, England und Frankreich.[1)]

1) Kapitalien der R.V.2687/53; Wie die Tab.2.5 zeigt, sind in den Jahren 1957 bis 1970 von dem Gesamtbetrag 380,3 Mill.Dollar der R.V.2687 allein 271,0 Mill.Dollar von den USA eingeführt worden, während alle EWG-Länder zusammengenommen mit 62,3 Mill.Dollar an zweiter Stelle standen. Die Einfuhr aus dem Sterlingblock (hauptsächlich Großbritannien) bzw. der anderen europäischen Ländern betrug 10,3 Mill. bzw. 36,6 Mill.Dollar.

In den Tabellen 2.8 und 2.9 sind die unter der R.V.2687 vorgenommenen ausländischen Investitionen im Industriesektor nach den Herkunftsländern der Investoren aufgeteilt worden. In 10 der 15 Industriebranchen ist der Anteil der USA an den gesamten Investitionen größer als 39%.(s.Tab.2.9) Frankreich steht an zweiter Stelle, aber nur auf Grund der Aluminiumindustrie, die von französischen Unternehmen aufgebaut wurde. Abgesehen davon hat Frankreich nur unbedeutende Direktinvestitionen unter der R.V.2687 vorgenommen. Die Schweiz, Italien und die BRD haben ungefähr gleich große

---

1) Über die Bedeutung dieser Länder in den Außenhandelsbeziehungen des Landes und ihren Anteil an den Import- und Exportgüterströmen Griechenlands s.S. Kyriacopoulos, Commerce Extérieur et Développement Economique de la Grèce (Lausanne 1969), S.51f. und 77f.

Beträge investiert wenn auch mit unterschiedlichen Branchengewichten.Die BRD hat Investitionen in der Bekleidungs-,in der Metallwaren- und Elektrogeräteindustrie bevorzugt, während Italien mehr in der Reifenindustrie und die Schweiz in der Bekleidungs- und Textilindustrie investiert haben. Bei den schweizerischen Investitionen sollte allerdings hinzugefügt werden,daß ein nicht bekannter Anteil nichtschweizerische Interessen repräsentiert.Die Schweiz sowie Länder wie Liechtenstein,Panama und Libanon werden besonders von den US- aber auch von deutschen u.a. Gesellschaften benutzt,um dort Tochter- bzw. Basisgesellschaften[1] zu gründen,deren Ziel darin besteht,Direktinvestitionsgeschäfte in anderen Ländern durchzuführen und zu koordinieren. In diesen Fällen erscheint die schweizerische Unternehmung als Gründer aller anderen Tochterunternehmen.

Tabelle 2.10 gibt Aufschluß über die Großprojekte,die in den einzelnen Industriebranchen vorgenommen wurden,und den Anteil der USA an diesen Projekten.Danach entfielen auf 49 von insgesamt 181 Projekten 93,5% des unter der R.V.2687 eingeführten Kapitals und bei fast der Hälfte davon handelt es sich um amerikanische Investitionen.Aus der Tatsache, daß der größte Teil der durchgeführten Direktinvestitionen aus einer kleinen Zahl von Großprojekten besteht,folgt daß

a)die ausländischen Unternehmen,welche diese Großprojekte realisiert haben eine beherrschende Stellung innerhalb der griechischen Industrie besitzen dürften,und

b)in den Bereichen,in welchen sie vorgenommen wurden auf Grund der Enge des Binnenmarktes technologische und ökonomische Faktoren die Aktivität sehr weniger Unternehmen erlauben dürften.[2] Auf beide diese Aspekte wird im Teil 3. der Arbeit eingegangen.

---

1)Basisgesellschaften arbeiten "als "Trägerstationen"..in steuergünstigen Ländern,um unter Abtrennung von der... Besteuerung Vermögen zu halten oder Einkommen aufzufangen, das der beherrschende Inländer ohne seine Basisgesellschaft selbst versteuern müßte," P.Debatin,Internationaler Steuerausgleich bei multinationalen deutschen Unternehmen, in:"Blick durch die Wirtschaft",13.11.72.

2)Vgl.P.Fischer,Der Einfluß des Auslandskapitals auf die wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens 1860-1964 (Göttingen 1970),S.93.

2)Die Herkunft der "sonstigen unternehmerischen Kapitalien" (s.Tab.2.5) zeigt eine andere Zusammensetzung als bei den Kapitalien der R.V.2687.Die Stellung der USA bleibt mit 199,6 Mill.Dollar,d.h.46,2% der Gesamteinfuhr immer noch dominant,es zeigt sich aber eine größere Präsenz der EWG-Länder und Großbritanniens.

3)Bei den Lieferantenkrediten (Exportkrediten) ist ein besonders hohe Anteil der europäischen Länder zu beobachten. Über die Hälfte dieser Kapitalien,nämlich rd.150,0 Mill. Dollar wurden von EWG-Ländern gewährt und ca.22% von den anderen europäischen Ländern.(s.Tab.2.6) Die USA haben mit Ausnahme der Jahre 1970 und 1971 sehr wenig Kredite gewährt;ihr Anteil für die ganze Periode von 1961 bis 1971 beträgt 11,7% des Gesamtzuflusses.

2.7 Das ausländische Beteiligungskapital im Industriesektor

Im folgenden wird der Versuch unternommen,von der "Mikro-Ebene",also von den einzelnen Unternehmungen ausgehend,ein präziseres Bild über die Direktinvestitionen zu erhalten, um somit das Datenmaterial für eine Analyse der Wirkungsbereichen der ausländischen Tätigkeiten in der griechischen Wirtschaft verwenden zu können.Da wir hier an den ausländischen Investitionen in der verarbeitenden Industrie interessiert sind,unabhängig davon,ob sie unter der R.V.2687, nach sonstigen Genehmigungsverfahren,oder auch auf anderen Wegen vorgenommen wurden,werden die Ergebnisse nicht unmittelbar mit dem statistischen Zahlenmaterial der Teile 2.2 bis 2.6 vergleichbar sein.

Es wurden alle griechische industriellen Kapitalgesellschaften in der Form der AG und GmbH untersucht,[1] um Auskunfte über die ausländische Beteiligung an ihrem Stammkapital,

1)Mit "Kapitalgesellschaften" werden im Text und in den Tabellen nur Unternehmen dieser Rechtsform gemeint.

Höhe,Herkunft und Tätigkeitsbereich zu erhalten.Die ausländischen Investitionen in den einzelnen Industriebranchen können nur für die Kapitalgesellschaften mit einiger Präzision ermittelt werden,da nur die Jahresabschlusse dieser Unternehmen umfassende Informationen bieten.

Es wurden 1426 griechische industrielle Kapitalgesellschaften erfaßt.Es wurden nur diejenigen Gesellschaften berücksichtigt,die in den Jahren 1969 oder 1970 noch tätig waren und einen Jahresabschluß veröffentlicht haben sowie die im Jahre 1970 neugegründeten Unternehmen.

Die ausländische Beteiligung ist am Anteil des ausländischen Besitzes von Aktienkapital der inländischen Kapitalgesellschaften gemessen worden.Die so ermittelte Beteiligungsquote bildet in den Fällen,in welchen sie eine Direktinvestition darstellt[1], nur einen Teil der ausländischen Direktinvestition,da offensichtlich Darlehen des ausländischen Investors an die Unternehmung,sowie die als Rücklagen in der Unternehmung gebliebenen ausländische Gewinne, welche auch Teile der Direktinvestition im Zeitpunkt der Betrachtung bilden,in der Beteiligungsquote nicht zum Ausdruck kommen.Dagegen sind ausländische Anleihen oder Gewinne welche vor 1970 zur Erhöhung des ausländischen Anteils am Aktienkapital der Unternehmung verwendet wurden, miterfaßt worden.Dies bedeutet,daß in die Beteiligungsquote jene Kapitalien eingehen,die entweder eingeführt,oder im Inland erwirtschaftet worden sind und die Form des Aktienkapitals angenommen haben.

Sofern die ausländische Beteiligung höher ist als 50 v.H. des Aktienkapitals einer Unternehmung,kann dadurch das Unternehmen eindeutig kontrolliert werden[2]; es handelt sich

---

1)s.S.58 dieser Arbeit.
2)Der Fall,daß 50 v.H. oder mehr des Aktienkapitals in den Händen mehrerer ausländischer Kapitalgeber befindet,sodaß einheimische Aktionäre die relative Mehrheit besitzen, ist uns nicht bekannt gewesen.

also um eine Direktinvestition. In den Fällen, in welchen eine ausländische Beteiligung von weniger als 50 v.H. vorliegt, ist es nicht leicht, die bestehende Beziehung zu charakterisieren. Wir sind der Meinung, daß bei einer ausländischen Beteiligung von mehr als 20 v.H. eine ausländische Beeinflussung der Unternehmensentscheidungen vorliegen dürfte, daß es sich also auch hier eher um Direkt- als um Portfolioinvestitionen handelt. Die Tatsache, daß die Unternehmen, bei welchen ausländische Minderheitsbeteiligungen vorliegen, i.d.R. zu denjenigen gehören, welche für bestimmte wichtige Inputs, know how und/oder Absatzmöglichkeiten ins Ausland von ihrem ausländischen Partner abhängig sind, dürfte unsere Annahme realistisch machen.

Aus praktischen Gründen wurden ausländische Beteiligungen von weniger als 10 v.H. nicht berücksichtigt. Diese Kategorie dürfte aber soweit uns bekannt ist nur wenige und unwichtige Fälle umschließen.

2.7.1 Höhe, Herkunft und industrielle Verteilung des Beteiligungskapitals

In der Tab. 2.11 sind die industriellen Kapitalgesellschaften aufgeführt, bei welchen eine ausländische Beteiligung von über 10% festgestellt werden konnte, sowie Gesellschaften, bei welchen eine ausländische Beteiligung besteht, deren Höhe aber nicht ermittelt werden konnte.[1] Bei der Festsetzung der ausländischen Beteiligungshöhe wurde eher vorsichtig vorgegangen; es ist anzunehmen, daß ausländische Beteiligungen an weiteren Unternehmen existieren, die uns unbekannt geblieben sind. Andererseits ist nicht auszuschließen, daß die Höhe der ausländischen Beteiligung bei manchen Unternehmen tatsächlich niedriger ist als sie in der Tab. 2.11 angegeben ist. Abweichungen von den in der Tab. 2.11

---

1) Bei der Verwendung der Angaben der Tab. 2.11 für die Aufstellung der Tabellen 2.12, 2.14 bis 2.16, 3.11, 3.18 bis 3.22 und 3.24 wurden diese Gesellschaften nicht berücksichtigt.

angegebenen Werten sind daher nicht ausgeschlossen;sie dürften aber nicht von großer Bedeutung sein.

Alle Unternehmen,welche die Form der Kapitalgesellschaft nach dem griechischen Recht erworben haben,sind dem juristischen Status nach "inländische" Unternehmungen.Dabei spielt es keine Rolle,ob an der so entstandenen Unternehmung eine Minderheits- oder eine Mehrheitsbeteiligung einer ausländischen Firma oder Privatperson vorliegt.Um jedoch diese Unternehmen von denjenigen unterscheiden zu können,die keine ausländische Beteiligung haben,werden sie hier als ausländische Unternehmen[1] bezeichnet.Nur in denjenigen Fällen,in welchen diese Bezeichnung die Aussagefähigkeit unserer Ergebnisse beeinträchtigen würde,werden die Unternehmen mit einer ausländischen Mehrheits- von denjenigen mit einer Minderheitsbeteiligung explizit auseinandergehalten.Bei den Fällen,in welchen eine 50:50 Beteiligung vorliegt,wurden diese Unternehmen entweder gesondert berücksichtigt,oder in der Gruppe der Unternehmen mit einer ausländischen Mehrheitsbeteiligung zugerechnet worden.

1)Höhe des Beteiligungskapitals

Mit Hilfe der Angaben der Tab.2.11 wurde die ausländische Beteiligungshöhe in den verschiedenen Industriebranchen ermittelt.Von der ausländischen Beteiligungshöhe am Stammkapital der einzelnen Unternehmen wurde nämlich der Wert des Stammkapitals ermittelt,welcher entsprechend der ausländischen Beteiligung unter ausländischem Besitz steht. Das Verhältnis des von Ausländern kontrollierten Stammkapitals aller Unternehmen einer Branche zum gesamten Stammkapital der Unternehmen dieser Branche ergab die Höhe der ausländischen Beteiligung in diesem Bereich.Das Ergebnis ist angegeben in der Tab.2.12.Bei sechs von den 21 Branchen hat diese Beteiligung einen Wert von über 50 v.H. des

1)Daß unter ökonomischem Gesichtspunkt diese Unternehmen als "ausländisch" zu bezeichnen sind s.S.51ff.dieser Arbeit.

gesamten Aktienkapitals der Branche,während sie bei fünf anderen Branchen zwischen 35% und 50% liegt.Bei der Transportmittelindustrie (hauptsächlich Schiffswerften) dürfte der Wert der Beteiligungshöhe ebenfalls über 50% liegen,doch lassen die vorliegenden - ungenauen - Informationen eine exakte Ermittlung nicht zu.Nur bei sechs Branchen liegt der ausländische Anteil unter 10 v.H.

Die ausländischen Beteiligungen sind auch insbesondere in kapitalstarken Unternehmen konzentriert.Es zeigt sich nämlich,daß die Ausländer durch eine Beteiligung an durchschnittlich ca.16% aller industrieller Kapitalgesellschaften,35% des Aktienkapitals des Industriesektors besitzen.Dieses Verhältnis sieht in den einzelnen Industriebranchen verschiedenartig aus.Eine solche Konzentration kann insbesondere für diejenigen Branchen festgestellt werden,in welchen die ausländische Beteiligungshöhe relativ groß ist,also vor allem in der Kunststoff- & Gummi-,chemische,erdölverarbeitende,Metall-,Elektrogeräte- und Transportmittelindustrie.

2)Industrielle Verteilung des Beteiligungskapitals

Die Schwerpunkte der ausländischen Investitionstätigkeit waren die erdölverarbeitende,die chemische,die Metall-,die Elektrogeräte-,die Kunststoff- & Gummi-,die holzverarbeitende,die Papierverarbeitendeindustrie sowie die Branche der sonstigen Industrien.Der hohe ausländische Beteiligungsgrad in diesen Branchen hat zur Folge,daß sich auch für den ganzen Industriesektor eine durchschnittliche ausländische Beteiligungshöhe von 35,0% ergibt.

Die industrielle Verteilung der durchgeführten ausländischen Investitionen bestätigt die generell beobachtete Konzentration solcher Investitionen auf technologisch "fortgeschrittene" kapitalintensive Industriezweige.[1] In diesen Bereichen

---

1) Vgl. u.a. R.Vernon,Future of the Multinational Enterprise, in:Ch.Kindleberger (Ed.),The International Corporation (Cambridge usw. 1970),S.389, F.Heidhues,a.a.O.,S.197.

haben die ausländischen Investoren, insbesondere die multinationalen Gesellschaften die größere Überlegenheit gegenüber den einheimischen Unternehmen, wenn es sich sogar um ein Entwicklungsland handelt. Ihre in der Vergangenheit erworbenen Kenntnisse ermöglichen es ihnen, zum Genuß von "dynamic economies of scale"[1] zu kommen und oligopolistische Marktstellungen am gefahrlosesten aufzustellen.[2]

3) Herkunft des Beteiligungskapitals

Die Aufteilung nach Herkunftsländern zeigt eine Dominanz der USA. (Vgl. Tab. 2.13) Mehr als ein Drittel des gesamten ausländischen Beteiligungskapitals im Sektor der verarbeitenden Industrie entfällt auf die USA, während der Anteil der BRD, Italiens und der Schweiz bei nur ca. 5% bis 6% liegt. Allein Frankreichs Anteil beträgt 16,5%, was auf die Investitionen in der Aluminiumindustrie zurückzuführen ist.

Die USA haben große Beträge in der Nahrungsmittel-, Papiererzeugenden-, Kunststoff- & Gummi-, chemischen, erdölverarbeitenden, Metall-, Metallwaren- und Elektrogeräteindustrie und in der Branche der Nichtmetallischen Mineralien investiert. Das Schwergewicht der BRD liegt bei den Branchen der chemischen, der Metallwaren- und der Elektrogeräteindustrie. Italien hat große Investitionen in den Branchen der Gummi- und der Elektrogeräteindustrie vorgenommen, während die Schweiz hauptsächlich in der Metall-, der Textilindustrie und den Branchen der Nichtmetallischen Mineralien investiert hat. Von den anderen Ländern haben besonders Holland, Belgien und Großbritannien in der griechischen Industrie investiert. In dem mit 30,5% nachgewiesenen Anteil sind auch Investitionen von griechischen Investoren enthalten, die unter dem Schutz der R.V. 2687 stehen.

---

1) Mit "dynamic economies of scale" wird die Situation einer Firma bezeichnet, welche niedrigere Stückkosten als andere genießt "because this particular firm can now draw on its experience of yesterday's production", M.V. Posner, International Trade and Technical Change, in: Oxford Economic Papers, Bd. 13, 1961, S. 28.
2) Vgl. F. Heidhues, a.a.O., S. 197.

2.7.2 Die Beteiligungsstruktur der ausländischen Unternehmen und die Erscheinung der "Joint Ventures"

Die Unternehmungen,bei welchen eine ausländische und eine inländische Beteiligung vorliegen und der ausländische Partner mit mehr als 2 v.H. und weniger als 98 v.H. am Aktienkapital einer in Griechenland ansässigen Unternehmung beteiligt ist,werden als "Joint Ventures" bezeichnet.[1] Bei einer so breiten Definition kommt jedoch nicht das spezifische Charakteristikum der "Joint Venture" zum Ausdruck,das darin besteht,daß beide Partner aktiv an der Unternehmensführung beteiligt sind.[2] Der Lernprozeß,der dadurch entsteht, ist als besonders wichtig für ein Entwicklungsland bezeichnet worden,und diese Partnerschaftsunternehmen werden in Griechenland als ein effizientes Instrument zur Überbrückung des "Industrialisierungsgap" betrachtet.[3]

Wegen der Schwierigkeiten,diejenigen Fälle festzustellen,bei denen das Merkmal der effektiven Teilnahme beider Partner an den Entscheidungsprozessen der Unternehmung vorliegt,haben wir diejenigen Fälle unberücksichtigt gelassen,in denen die Wahrscheinlichkeit naheliegt,daß die Einflußmöglichkeiten des einen Partners nur gering sind.Im folgenden wird also nicht jede Unternehmung mit ausländischer Beteiligung als "Joint Venture" betrachtet;vielmehr wird die Grenze auf 10% erhöht,wobei anzunehmen ist,daß bei den meisten Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von weniger als 20% oder mehr als 80% eine "Joint Venture" nur formal bestehen dürfte,da die effektive Kontrolle ausschließlich entweder von den Ausländern oder von den Inländern ausgeübt wird.[4]

---

1) Vgl.L.Franko,Joint Venture Survival in Multinational Corporations (N.York usw.1971),S.19.
2) s.W.G.Friedmann-G.Kalmanoff (Eds.),Joint International Business Ventures (N.York,London 1961),S.259.
3) s.S.31 dieser Arbeit.
4) Die "Joint Venture" bildet also eine Spezialform der ausländischen Beteiligung oder deckt sich mit ihr völlig,je nachdem,ob man das Kriterium der effektiven Teilnahme der Partner am Entscheidungsprozeß der Unternehmung oder das oben erwähnte formale Kriterium der ausländischen Beteiligung von 2% bis 98% akzeptiert.Nach dem ersten Kriterium stellen "Joint Ventures" zugleich eine Direktinvestition dar.

Während dies für den Fall,daß der griechische Partner in der Minorität steht,auch tatsächlich zutreffen dürfte,liegt es nicht eindeutig bei einer ausländischen Beteiligung von zwischen 20% bis 49% vor.Denn in diesem Fall können andere Einflußmöglichkeiten dem ausländischen Partner zur Verfügung stehen[1], mit deren Hilfe er Entscheidungsprozesse in der Unternehmung aktiv mitzugestalten vermag.

Bei den bisher in Griechenland gegründeten "Joint Ventures" ist der inländische Partner entweder eine inländische Unternehmung[2], oder eine der beiden großen Bankgruppen[3] gewesen.Die Letztgenannten beteiligen sich direkt oder indirekt durch die seit Anfang der sechziger Jahre gegründeten speziellen Bankinstitute[4], an denen auch ausländische Bankinstitute beteiligt sind[5], an einer Reihe von Unternehmensgründungen.Die "Nationalbank von Griechenland" ist direkt an zehn und indirekt,durch die von ihr kontrollierte ETEVA, an weiteren acht Industrieunternehmen beteiligt.

Außer den zuvor genannten Wirtschaftssubjekten hat die öffentliche "Bank für industrielle Entwicklung"(ETVA) Direktinvestitionen gefördert und an gegründeten Unternehmungen Beteiligungen gehalten.Ende 1970 hielt sie Beteiligungen an 14 "Joint Ventures."[6]

Bei der Untersuchung der Beteiligungshöhe im Aktienkapital der ausländischen Unternehmen kann man feststellen,daß ca. 42% (99 von insgesamt 237 Unternehmen) dieser Gesellschaften im Alleinbesitz der Muttergesellschaft sind.(s.Tab.2.14)

---

1)s.S.56ff. dieser Arbeit.
2)In der Regel ist diese Unternehmung entweder im gleichen oder in einem verwandten Produktionsfeld aktiv,oder sie ist der frühere Handelsvertreter der ausländischen Unternehmung im Inland gewesen.
3)"Handelsbank-" und "Nationalbank von Griechenland-"Gruppe. Letztere ist nicht mit der Zentralbank zu verwechseln.
4)"Bank für Investitionen" und "Bank für Investitionen zur industriellen Entwicklung" (ETEVA).
5)Zwischen 32%-40% in der "Bank für Investitionen" und 40% in ETEVA.
6)Über die Funktion dieser Beteiligungen s.S.45 dieser Arbeit.

Insgesamt 169 von 237 Unternehmungen zeigen eine Mehrheitsbeteiligung der Ausländer auf,während nur bei 49 eine ausländische Minderheitsbeteiligung und bei 19 eine 50:50 Beteiligung vorliegt.

Die Untersuchung der Beteiligungsstruktur nach den Herkunftsländern (Tab.2.15) ergibt,daß die Form des Alleinbesitzes (98% bis 100%) insbesondere von den amerikanischen Investoren bevorzugt wird.Bei den von anderen Ländern kontrollierten Unternehmungen ist eine Konzentration der ausländischen Beteiligungen in der Form der Mehrheitsbeteiligung festzustellen,während die Form des Alleinbesitzes seltener ist als bei den unter US-Kontrolle stehenden Unternehmungen (s.Tab.2.15 (b)).Die 50:50 Beteiligungsform ist nur bei 7% aller Fällen vorhanden und sie ist relativ öfters von den französischen Investoren verwendet worden.Die Form der Minderheitsbeteiligung ist mit Ausnahme Englands und der Schweiz am wenigsten bevorzugt;dies gilt insbesondere für die USA und die BRD.

Für die Höhe der ausländischen Beteiligung und den damit zusammenhängenden Einfluß, den die ausländischen Partner auf die Industrieunternehmen nehmen können,dürfte die Größe der jeweiligen Unternehmungen eine bedeutende Rolle spielen.Die Höhe des Gesamtvermögens der Unternehmung wurde hier als Kriterium herangezogen,um die Größe der Unternehmung bestimmen zu können.Ohne auf die spezifischen Probleme eingehen zu können,welche für die Charakterisierung einer Unternehmung als "groß" bestehen[1], sind nach diesem Kriterium für griechische Verhältnisse diejenigen Unternehmungen als "groß" zu bezeichnen,welche ein Vermögen von über 200 Mill.Drachmen (ca.20 Mill.D.M.) besitzen.

---

1)s.K.Haberlandt,Das Wachstum der industriellen Unternehmung (Neuwied,Berlin 1970),2.Kapitel,insbesondere S.93ff.

Tabelle 2.15 zeigt,daß mit Ausnahme der Unternehmensgruppe mit einem Vermögen von 500,0 bis 899,9 Mill.Drachmen bei den beiden anderen Gruppen der Großunternehmen (200,0 bis 499,9 und über 900,0 Mill.Drachmen) der Anteil der ca. hundertprozentigen Beteiligungen wesentlich höher als bei den Gruppen der Kleinunternehmen liegt.Allerdings ist der Anteil der Unternehmungen,bei welchen eine ausländische Mehrheitsbeteiligung vorliegt,mit Ausnahme der gleichen Gruppe wie oben (500,0 bis 899,9 Mill.Drch.) bei allen Kategorien ungefähr gleich,also ca.74% bis 78%.

Die Neigung der ausländischen Investoren nach einem Alleinbesitz und/oder nach der "Joint Venture"-Form ist nicht unabhängig zum einen von der jeweiligen Regierungspolitik der einzelnen Kapitalexportländer und zum anderen von den Strategien multinationaler Gesellschaften,die überwiegend US-Unternehmen sind.

Die US-Regierung neigt zur hundertprozentigen Beteiligungsform[1], die italienische Regierung zeigt eine Präferenz für Beteiligungen im Ausland in der Form des Angebots von Maschinenanlagen,Technologien oder verschiedene Dienstleistungen,was eine Förderung der "Joint Venture"-Form zur Folge hat,während die Einstellung der BRD darauf hinaus läuft, daß der deutsche Partner zumindest eine einundfünfzigprozentige Beteiligung erstreben sollte,damit eine effiziente Kontrolle der Unternehmung erzielt werden kann.[2] Die englische Regierung zeigt wiederum aus politischen Gründen eine Präferenz für "Joint Ventures".[3]

---

1) s.J.Behrman,National Interests and the Multinational Enterprise.Tensions Among the North Atlantic Countries (N.Yersey 1970),S.112.
2) s.W.G.Friedmann-G.Kalmanoff (Eds.),a.a.O.,S.188f.
3) s.E.Penrose,Foreign Investment and the Growth of the Firm, in:EJ,Bd.66,1956,S.227.

Die Konzentration der ausländischen Beteiligungen in der Form der Mehrheitsbeteiligung und die Präferenz insbesondere der amerikanischen Investoren für die hundertprozentige Kontrolle ist jedoch überwiegend als Folge der zunehmenden "multidivisionalen"[1] Organisationsstruktur der multinationalen Gesellschaften zu betrachten. Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, ist festzuhalten, daß im zentralorganisierten System der "multinational producing enterprise"[2] die Bildung von "Joint Ventures" und die mit dieser Organisationsform verbundene lokale Verantwortung und Entscheidungsautonomie nur in bestimmten Organisationsphasen ihres "multinational corporate development" erwünscht oder akzeptiert wird.[3] Die hundertprozentige oder zumindest eine Mehrheitsbeteiligung erlaubt die Verfolgung jeder beliebigen Koordinationspolitik und Strategie zwischen den Tochterunternehmungen einer multinationalen Gesellschaft und wird deswegen bevorzugt.[4]

Unser Zahlenmaterial weist darauf hin, daß zumindest formal "Joint Ventures" in mehreren Fällen von den ausländischen Partnern akzeptiert bzw. angestrebt wurden. Obwohl keine Angaben aus Untersuchungen, Interviews etc. über die Motive und die Ziele der ausländischen Partner bei diesen Partnerschaften bestehen, wäre es nicht uninteressant zu versuchen, diejenigen Faktoren zu ermitteln, welche einen Einfluß auf die Entscheidungen der ausländischen Investoren über diese Form ihrer Beteiligung gespielt haben dürften. Dadurch kann auch auf die Lebensfähigkeit, die Vorteile und die Bedeutung

---

1) Zur Grundlegung des Begriffs s. A. D. Chandler, Strategy and Structure. Chapters in the History of the Industrial Enterprise (Cambridge usw. 1968), S. 42f. und S. Hymer, The Efficiency (Contradictions) of Multinational Corporations, S. 442.

2) Terminologie nach J. Dunning, The Multinational Enterprise: The Background, a.a.O., S. 16.

3) Zur grundlegenden Analyse der Beziehungen zwischen den einzelnen Organisationsphasen multinationaler Unternehmen und der "Joint Venture"-Form s. L. Franko, a.a.O.

4) Vgl. u.a. J. Behrman, National Interests and the Multinational Enterprise, a.a.O., S. 3.

dieser Unternehmensform für den Entwicklungsprozeß geschlossen werden. Folgende Faktoren scheinen uns eine entscheidende Rolle gespielt zu haben:

1) Der Eintritt in den Binnenmarkt in denjenigen Fällen, in denen die Existenz starker lokaler Interessen auf dem gleichen Felde dazu führen könnte, daß die Regierung das ausländische Investitionsprojekt nicht genehmigt. In Griechenland besteht zwar keine gesetzliche Verpflichtung für die ausländischen Investoren, eine "Joint Venture" mit einer Mindestbeteiligung von Inländern zu akzeptieren. Der Druck des vom ausländischen Investitionsprojekt betroffenen Industrieunternehmens und insbesondere des "Verbands Griechischer Industriellen", der zwei größten Bankkomplexe sowie gesamtwirtschaftliche Überlegungen veranlaßten jedoch die Regierung, neue Direktinvestitionen oft mit einer inländischen Beteiligung an den neuen Unternehmungen zu verknüpfen und dem ausländischen Investor die "Joint Venture"-Form aufzuzwingen zu versuchen.

In dieser Politik spiegelt sich der Versuch wider, die inländischen Interessenten in der Weise zu schützen, daß sie an der Profitabilität der von den Ausländern ausgewählten Industrien teilnehmen können. Diese Politik hat dazu geführt, daß Partnerschaften vor allem in den mehr traditionellen Branchen der griechischen Industrie[1] entstanden sind, in welchen die Gründung einer ausländischen Unternehmung die Gefährdung der inländischen Positionen zur Folge haben könnte.

2) Die Verminderung des Risikos, insbesondere bei neuen Industrien, für welche die Marktchancen im Inland noch unklar sind, oder bei denen die internationale Marktlage durch instabile Verhältnisse gekennzeichnet ist. Im allgemeinen ist anzunehmen, daß in allen Fällen, in welchen aus verschie-

---

1) Z.B. Nahrungsmittel-, Getränke-, Textil-, Bekleidungs-, Lederverarbeitende-, Metallwarenindustrie und Nichtmetallische Mineralien.

denen Gründen das Risiko der Direktinvestition groß ist, der ausländische Investor die Streuung dieser Risiken auf lokale Partner anstreben wird.

3)Größere Möglichkeiten, auf die Regierungsentscheidungen Einfluß zu nehmen. In einem System, in dem das politische Handeln von "persönlichkeitsorientierten Einstellungen" beherrscht wird, der organisierte Interesseneinfluß stark auf die Entscheidungen einwirkt und das wirtschaftspolitische Verhalten sich unter Mißachtung anderer mit der Entscheidung zusammenhängender Fragen nur auf die Lösung partieller Probleme richtet[1], ist es für die ausländischen Unternehmen von Interesse, die Verbindungen herzustellen, die es ihnen erlauben, ihren Einfluß auf die Regierungsentscheidung durchzusetzen. Durch das Festhalten an der Mehrheitsbeteiligung und die "Kooperation" mit einem inländischen Partner entstehen folgende Möglichkeiten, einen solchen Einfluß auszuüben:

a)Wegen der Befriedigung der "nationalistischen" Gefühle und der lokalen Unternehmensinteressen ist die Regierung eher geneigt, nicht nur negative Maßnahmen zu unterlassen, sondern auch die neue "Joint Venture" in verschiedener Weise zu begünstigen. Die Partnerschaft verengt den Interventionsspielraum der Regierung, da restriktive Maßnahmen gegenüber der "Joint Venture" zugleich eine Benachteiligung der inländischen Interessen implizieren.

b)Der inländische Partner besitzt gute Chancen, Einfluß auf die Regierungspolitik auszuüben. Auf Grund seiner Erfahrung und Bekanntschaften hat er einen großen Bewegungsraum. Der ausländische Partner erhält durch die Partnerschaft ein Mittel, die Interessen seiner Unternehmung über den

---

1)s.dazu J.Papalekas, Zur Problematik der griechischen Sozialstruktur, in: H.J.Seraphim (Hrsg), Griechische Entwicklungsprobleme. Studien an einem kontinentaleuropäischen Entwicklungsland (Köln-Braunsfeld 1962), S.20ff., und J.Meynaud, a.a.O., insbesondere S.24f und 40f. s.auch Nationalbank von Griechenland und Athen, Probleme der griechischen Zahlungsbilanz, S.45ff.

einheimischen Partner vertreten zu lassen,der wiederum seine Erfordernisse mit den "nationalen Interessen",die er vertritt,begründen kann.

Aus Gründen,auf die früher schon eingegangen worden ist, sollte man jedoch der Frage der Beteiligungshöhe am Aktienkapital einer Unternehmung kein sehr großes Gewicht beimessen.Denn die zunehmende Verschiebung der Bedeutung vom monetären Kapital auf die technologischen,organisatorischen etc. Kenntnisse als Faktoren des Produktionsprozesses und die entsprechende Zunahme von Kontrollmöglichkeiten der Unternehmensentscheidungen durch die Kontrolle dieser spezifischen Faktoren hat zur Folge,daß die Frage der Mehrheits- oder Minderheitsbeteiligung eher einen "symbolischen" Charakter annimmt,oder andere nicht-ökonomische Funktionen erfüllt[1], als daß sie wirklich "a reflection of the actual degree of control exercised over the operations of the enterprise"[2] bildet.

---

1)Z.B. Verbesserung des "image",das eine Regierung im Inland genießt,wenn sie behaupten kann, "stark" gegenüber die ausländischen Investoren gewesen zu sein,indem die scheinbare Form der ausländischen Kontrolle,d.h. die kapitalmäßige Beteiligung von mehr als 50% vermieden wird.Vgl. J.Behrman, U.S. International Businees and Governments,a.a.O.,S.113f.

2)W.G.Friedmann-J.P.Béguin,a.a.O.,S.15.

3. Die ausländischen Privatkapitalien als Bestimmungsfaktor des griechischen Industrialisierungsprozesses

3.1 Ausländische Privatkapitalien als Finanzierungsmittel im Kapitalbildungsprozeß

Die Ausdehnung des Bestands an Realkapital ist als eine notwendige - wenn auch bei weitem nicht hinreichende - Bedingung für den Prozeß einer sich selbsttragenden und fortschreitenden Industrialisierung zu betrachten. Im folgenden wird der Beitrag der ausländischen Kapitalzuflüsse zur Kapitalbildung in der griechischen Wirtschaft und insbesondere in der Industrie untersucht.

Der Zufluß hoher Kapitalbeträge nach Griechenland, die überwiegend für Investitionszwecke eingesetzt worden sind, impliziert, daß die Realisierung eines befriedigenden Investitionsniveaus in der von uns untersuchten Periode zum Teil auf diese Kapitaleinfuhr zurückzuführen ist.

Die Kosten der griechischen Wirtschaft für den Fall, daß externe Finanzierungsmittel nicht zugeflossen wären, sind konzeptuell durch die Kategorie der "opportunity costs" zu erfassen; sie bestehen also in der Differenz zwischen den durch den ausländischen Kapitalzufluß zur Verfügung gestellten Finanzierungsmitteln und den Mitteln, welche bei Abwesenheit der externen Ressourcen im Kapitalbildungsprozeß hätten eingesetzt werden können, oder genauer: in den gesamtwirtschaftlichen Effekten (Entwicklung des Sozialprodukts, der Investitionen, Industrieaufbau, ausländischer Kontrollgrad in der Wirtschaft usw.), welche durch diesen Unterschied zustande gekommen wären.

Diese Kosten und damit auch der ausländische Beitrag hängen jedoch im wesentlichen von der Regierungspolitik des Landes ab und sind nicht kurzfristig zu betrachten. Man dürfte also die Betrachtung nicht darauf beschränken, was das Resultat

wäre,wenn der Kapitalzufluß in einem bestimmten Zeitpunkt schrumpft und die Tatsache nicht berücksichtigen,daß auf Grund des vorherigen Kapitalzuflusses die Stabilität und die Entwicklungsmöglichkeiten der griechischen Wirtschaft vom kontinuierlichen Zufluß ausländischen Kapitals abhängig gemacht worden sind.[1)]

Die eigentliche Fragestellung wäre,welche Strukturänderungen und Entwicklungsformen sich in der griechischen Wirtschaft bei Abwesenheit von ausländischem Kapital durchgesetzt hätten vorausgesetzt,daß alle angesichts der wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes möglichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen getroffen worden wären,also eine "optimale" Industrialisierungspolitik durchgeführt worden wäre.Die konzeptuellen und praktischen Schwierigkeiten,die sich für die Beantwortung dieser Fragestellung ergeben, liegen auf der Hand und sind im Rahmen dieser Untersuchung kaum zu lösen.Deswegen kann das Ziel dieser Analyse nicht darin bestehen,eine hypothetische Entwicklung der globalen Größen (Sozialprodukt etc.) zu unterstellen,die sich ohne den Zufluß der ausländischen Finanzierungsmittel herausgebildet hätte und im Vergleich zur tatsächlichen Entwicklung den Beitrag dieser Mittel aufzuzeigen.Dazu benötigte man Information über die langfristige Entwicklung der anderen Bestimmungsfaktoren des Entwicklungsprozesses,die nicht vorhanden sind.

Im folgenden wird versucht,den Anteil des ausländischen Privatkapitals an der Finanzierung der Investitionen im allgemeinen und der Industrieinvestitionen im Besonderen wenigstens annäherungsweise zu ermitteln.Zugleich wird auf grundlegende Probleme hingewiesen,die bei diesem Versuch entstehen und die bei der Aussagefähigkeit der Ergebnisse berücksichtigt werden sollten.

---

1)Vgl.S. 35 dieser Arbeit.

Um den Beitrag der ausländischen privaten Finanzierungsmittel zur Kapitalbildung zu bestimmen, wurde das Waren- und Dienstleistungsdefizit des Landes zugrundegelegt. Dies in Relation einerseits zum Bruttoinlandsprodukt, andererseits zur Investitionsquote, ergibt uns die externe Abhängigkeit des Landes generell sowie die externe Abhängigkeit der für Investitionszwecke eingesetzten Mittel.

Aus der Tab. 3.1 folgt, daß die externen Mittel eine bedeutende Rolle im griechischen Wachstumsprozeß gespielt haben. Man kann nämlich sehen, daß sich die externe Abhängigkeit der griechischen Wirtschaft von 6,2 im Jahre 1960 auf 9,5 im Jahre 1970 erhöht hat, d.h. um 53,2% gestiegen ist. Die fortlaufend wachsenden Defizite bedeuten, daß ein großer Teil der einheimischen Investitionen durch externe Ressourcen finanziert werden konnte. Zwar kann die Verwendung der ausländischen Ressourcen auch Konsum- und Militärzwecke befriedigt haben.[1] Es kann jedoch angenommen werden, daß, wenn diese externen Mittel nicht verfügbar gewesen wären, hauptsächlich die Investitionen betroffen worden wären.

Betrachtet man das Verhältnis des Defizits zu den einheimischen Investitionen als den Beitrag der externen Ressourcen zur Finanzierung dieser Investitionen, so stellt man fest, daß in der ganzen Periode ausländische Mittel zwischen ca. 27% und 38% der Gesamtinvestitionen finanziert haben. (s. Tab. 3.1, Spalte 7) Die Finanzierung der Investitionen aus externen Mitteln liegt für 1960 bis 1970 bei durchschnittlich 31,4%.[2]

---

1) Nach A. Maddison "In Greece...external finance was so large that governments did not need to make the effort to increase savings. In fact, they reduced private savings below their normal "autonomous" level and devoted the resources instead to large military programmes", in: Economic Progress and Policy in Developing Countries (London 1970), S.60. Zur Finanzierung der Konsumgüterimporte durch Exportkredite s.auch OECD, Etudes Economiques, Grèce (1969), S.33f.

2) H. Chenery ist für die Periode 1960-69 zu einem Wert von 32,8% gekommen, in: Wachstum und Strukturwandel in Finanzierung und Entwicklung, a.a.O., S.24. A. Maddison errechnete den Anteil der externen Mittel an den Investitionen, außer den Investitionen für Wohnungen für 1950-65 auf 68,5%, in: a.a.O., S.55.

Da mehrere Finanzierungsquellen bestehen,sind in der Spalte 10 der Tab. 3.1 die Kategorien der Kapitalien der R.V.2687 und der langfristigen Exportkredite abgesondert,da sie für unsere Fragestellung eine grössere Relevanz haben.Obwohl diese Kapitalien einen relativ niedrigen Beitrag zur Finanzierung der Investitionen im allgemeinen geleistet haben, liegt ihr Anteil an der Finanzierung der privaten Investitionen im Sektor der verarbeitenden Industrie,in welchen sie überwiegend eingeströmt sind,für die Zeitperiode 1960 bis 1969 bei 30,6%,wobei die höchsten Beiträge in den Jahren 1964 und 1965 geleistet wurden,was auf die Direktinvestitionen in der Aluminium-,der Erdölverarbeitenden-,der Reifenindustrie und der Petrochemie zurückzuführen ist.[1)]

Da die reinvestierten Gewinne der ausländischen Investoren in diesen Zahlen nicht enthalten sind,bleibt eine sehr wichtige externe Finanzierungsquelle unberücksichtigt,sodaß der Finanzierungsbeitrag der externen Mittel noch höher liegen dürfte,als aus den oben angegebenen Zahlen abzulesen ist.

Eine Untersuchung der "Bank von Griechenland" aus dem Jahre 1966 über den Anteil der externen Finanzierung aus Kapitalien der R.V.2687,"sonstigen unternehmerischen Kapitalien" und langfristigen Exportkrediten am Gesamtkapital eines Kreises von 227 Industrie- und Bergbauunternehmen zeigte,daß:

1)dieser Anteil von 24% im Jahre 1962 auf 28,3% bzw. 31,3% für die Jahre 1963 und 1964 stieg,
2)bei einem Anstieg des Gesamtkapitals der Gruppe um 5873 Mill.Drachmen,3142 Mill.,d.h. 54%,externe Mittel (ausländische Kapitalien) darstellten (s.Tab.3.2),
3)während die inländischen Ressourcen für Aktienkapital um 36% und für Anleihekapital um 14% zunahmen,stiegen die ausländischen um 78% bzw. 72% (s.Tab. 3.2),

---

1)Diese Zahlen sind auch als Mindestwerte zu betrachten. s.dazu Anm. 4 in Tab. 3.1.

4)die branchenmäßige Verteilung dieser Kapitalien einen Anteil der ausländischen Finanzierungsmittel am Gesamtkapital der Unternehmen in 6 von 11 Branchen von zwischen 30% und 70% und nur in 3 Branchen von weniger als 15% ergab.(s.Tab. 3.3)

Unsere Ergebnisse über den Umfang ausländischer Beteiligungen am Aktienkapital der industriellen Kapitalgesellschaften (Tab. 2.12) ergaben für 1970 einen durchschnittlichen Anteil des ausländischen Beteiligungskapitals in der verarbeitenden Industrie von 35,0%,sodaß der Beitrag der ausländischen Privatkapitalien für die Finanzierung der Investitionen und das Wachstum industrieller Kapitalgesellschaften bei mindestens diesem Wert einzuschätzen wäre.

Allerdings unterliegen diese Ergebnisse gewissen Einschränkungen.Die übliche Betrachtung des Beitrags ausländischer Mittel,wie sie oben dargestellt wurde,stützt sich auf Annahmen,die keineswegs unbedingt zu gelten brauchen.Im Kern der Problematik steht nämlich die Frage nach den bestehenden Interdependenzbeziehungen zwischen ausländischen und einheimischen Finanzierungsmitteln,ob also zwischen diesen beiden Kategorien Komplementaritäts- oder Substitutionsbeziehungen bestehen.

Die primäre Annahme war,daß im Kontext eines Entwicklungslandes,in welchem das Kapital ex definitione knapp ist,der Zufluß ausländischen Kapitals den Umfang des zur Verfügung stehenden Gesamtkapitals erhöht.Den ausländischen Kapitalien wird ein Komplementaritätscharakter zu den einheimischen Faktoren Arbeit,Bodenressourcen etc. zugesprochen,da sie die Mobilisierung von Produktionsfaktoren ermöglichen, die ohne diesen Kapitalzufluß nicht im Produktionsprozeß hätten eingesetzt werden können.[1)] Die zunehmende Bedeutung der Direktinvestitionen als einem "Bündel" von knappen "In-

1)s. H.Kitamura,Trade and Capital Needs of Developing Countries and Foreign Assistance,in:WA,Bd.97,1966 (II), S.309f. und G.M.Meier,The International Economics of Development (N.York 1968),S.138 und 142.

puts" (Kapital,Technologie,Management) hat aber zur Folge, daß der Komplementaritätscharakter dieses Phänomens fragwürdig wird und es stellt sich die Frage,ob nicht auch ein Substitutionscharakter vorliegt,der den Wachstumsprozeß des Empfängerlandes beeinträchtigen könnte.[1] Diese Frage kann leichter beantwortet werden,wenn man vorher die Frage durchleuchtet,ob einheimische und ausländische Firmen die gleichen Fähigkeiten besitzen,aus einer bestimmten Marktsituation Vorteile zu ziehen.

In einem Entwicklungsland fehlen den einheimischen industriellen Unternehmen die technologischen und organisatorischen Kenntnisse,die erforderlichen Finanzierungsmittel und alle jene Faktoren,die notwendig sind,um Investitionsprojekte, insbesondere in neuen Bereichen durchzuführen.Es kann also nicht behauptet werden,daß einheimische Unternehmen die von den ausländischen Firmen durchgeführten wichtigen Investitionen vorgenommen hätten.Es gehört zum Wesen der Direktinvestition,daß sie in Bereichen durchgeführt wird,in welchen der ausländische Investor spezifische Kenntnisse besitzt,die es ihm erlauben,Marktmachtstellungen im Empfängerland zu erreichen.Dies bedeutet,daß die Direktinvestitionen zumindest in den technologisch fortgeschrittenen Industrien (insbesondere Kunststoff- & Gummi-, chemische,Metall-,Maschinen- und Elektrogeräteindustrie) mit Faktoren verknüpft sind,die einheimischen Unternehmen nicht zur Verfügung stehen,d.h. sie stellen Investitionen dar,welche von Inländern nicht bzw. nicht in dieser Industrialisierungsphase vorgenommen worden wären.

Dies weist auf einen engen Zusammenhang zwischen den ausländischen Investitionen als Zusatzinvestitionen und Situationen,die durch starke monopolistische Merkmale geprägt sind hin.Daraus resultiert aber die für die weitere Entwicklung entscheidende Implikation,daß zwar im Zeitpunkt der Reali-

---

1) Vgl. A.O.Hirschman,How to Divest in Latin America and Why, in: B.Ward-Runnall J.-L. D'Anjou (Eds.),The Widening Gap. Development in the 1970's (N.York,London 1971),S.254f.

sierung die Direktinvestition zur inländischen Kapitalbildung und zum Volkseinkommen einen Beitrag leistet,daß dieser Beitrag jedoch vermindert oder sogar zunichte gemacht werden kann,wenn auf Grund der monopolistischen Machtstellung der ausländischen Unternehmung einheimische Investitionen aus den gleichen Bereichen für lange Zeit verdrängt werden. Eine Verdrängung kann nicht nur dann stattfinden,wenn der Aufbau einheimischer Unternehmen verhindert wird,sondern auch wenn der Gewinnanteil bestehender einheimischer Unternehmen reduziert wird,oder wenn einheimische Unternehmen nur in weniger produktiven Bereichen der Wirtschaft investieren können.

Entscheidend sind also die langfristigen Kosten einer Politik,die durch massive Förderung von Direktinvestitionen den Industrialisierungsprozeß des Landes voranzutreiben versucht und als langfristiges Ziel den Übergang zu einem sich selbsttragenden Wachstumsprozeß hat.Diese Kosten kommen zum Ausdruck durch die verlorenen Möglichkeiten,einen autonomen Industriesektor aufzubauen und aus den Expansionsmöglichkeiten der Wirtschaft die überwiegende Vorteile selbst zu realisieren.

Die Beantwortung der Frage nach den positiven und negativen Auswirkungen der Kapitalzuflüsse und insbesondere der Direktinvestitionen auf die Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung kann also nicht auf Grund einer statischen Analyse erfolgen,die sich auf dem Zeitpunkt des Kapitalzuflusses beschränkt und nur die unmittelbaren Effekte der Kapitalzuflüsse berücksichtigt.Es ist notwendig,die Betrachtung auf die langfristige Entwicklung der Strukturbedingungen in der Wirtschaft zu erweitern,um den "endgültigen" Effekt bestimmen zu können.Vor allem ist es notwendig,in Erfahrung zu bringen,inwiefern durch die Politik der Förderung von Auslandsinvestitionen überhaupt erst die Bedingungen geschaffen werden,die den Übergang zu einer Phase von zunehmend expandierenden einheimischen Tätigkeiten in den wichtigen Bereichen der Wirtschaft ermöglichen.

Die gleiche Problematik steckt hinter der Frage nach der Bedeutung der Art, in der eine Direktinvestition durchgeführt wird, ob es sich also bei einer Neugründung oder beim Aufkauf einer bestehenden Unternehmung im Inland voll um eine Zusatzinvestition handelt oder nicht. Dieser Fragenkomplex hat für Griechenland eine große Relevanz angesichts der Tatsache, daß seit 1960 mindestens 35 bis 40 Industrieunternehmen von ausländischen Gesellschaften aufgekauft oder absorbiert worden sind.

Bei Neugründungen nimmt man i.d.R. an, daß eine Zusatzinvestition vorliegt. Besteht die Direktinvestition in einem Unternehmensaufkauf, so kann man annehmen, daß dadurch Geldmittel frei werden, die für andere Investitionen zur Verfügung stehen, während die aufgekauften Unternehmen durch die Direktinvestition eine Verstärkung ihrer Investitionskraft erhalten und grössere Expansionschancen haben als ohne den Aufkauf.

Es ist aber gerade das Spezifikum eines Entwicklungslandes, daß die Investitionsalternativen für Inländer wegen unzureichender Erfahrung, erhöhter Risiken, technologischer, finanzieller und organisatorischer Schwierigkeiten sehr gering sind. Außerdem ist es gerade in solchen Fällen, in denen einheimische Unternehmen, die ihre Marktlage schon gefestigt haben, und von ausländischen Unternehmen verdrängt werden, äußerst optimistisch zu glauben, daß die freigewordenen Finanzierungsmittel in neuen Tätigkeitsbereichen, und zwar in aussichtsvollen "dynamischen Industrien", eingesetzt werden. Die Gründung einer neuen Unternehmung ist immer risikoreicher als die Fortführung der bestehenden, da sich die Rentabilitätschancen bei einem Start vom Nullpunkt aus schwer berechnen lassen, sie dürfte also eher als Ausnahme als die Regel betrachtet werden.

Einen weiteren "Kostenfaktor" stellt die Aufnahme hoher Anleihen im Inland dar, die vorgenommen wird, um die Direktinvestitionsprojekte zu realisieren und die weiteren Bedürfnis-

se des ausländischen Unternehmens an Finanzierungsmitteln zu decken. Einheimische Finanzierungsmittel werden i.d.R. in Höhe von einem Drittel bis zur Hälfte des Wertes des ausländischen Investitionsprojektes, sowie für die Finanzierung des Unternehmenswachstums aufgenommen.[1] Dies bedeutet, daß sich das Angebot dieser Mittel für einheimische Unternehmen entsprechend verknappt bzw. verteuert. Werden die Expansions- und Gewinnmöglichkeiten inländischer Unternehmen beeinträchtigt, so ist die unmittelbare Folge ein Einkommensverlust des Inlands, dessen Höhe in der Differenz zwischen den ermöglichten höheren ausländischen Gewinnen und den Einzahlungen an die inländische Kreditinstitute für die Kreditaufnahme besteht.[2] Dies impliziert auch, daß je kapitalintensiver die ausländischen Unternehmen operieren und je größer der Anteil von Monopolelementen an den erzielten Gewinnen ist, es desto ungünstiger für das Land ist, wenn einheimische Ressourcen die Expansion von ausländischen oligopolistischen zu Lasten einheimischer Unternehmen ermöglichen.[3]

---

1) Als Beispiel dafür, daß es nicht um Einzelfälle handelt, ist der Fall der "Bank für Investitionen zur industriellen Entwicklung" (ETEVA) zu nennen. Im Jahre 1970 betrugen ihre Kredite an ausländischen Unternehmen ein Drittel ihrer Gesamtkredite. s. in: ETEVA, Jahresbericht des Jahres 1970 (Athen 1971)(orig.gr.).

2) Diese Differenz erhöht sich offensichtlich, wenn der Kreditgeber eine der in Griechenland ansässigen ausländischen Bankfilialen ist, da auch deren Gewinne dem Ausland zuzubuchen sind.

3) Umgekehrt kann es für das Land vom Vorteile sein, wenn die Gründung einer neuen Aktivität durch Direktinvestitionen Expansions- und Gewinnmöglichkeiten für weitere Unternehmen eröffnet vorausgesetzt, daß die neuen Investitionschancen nicht wiederum von Ausländern wahrgenommen werden. Gerade letzteres ist aber zumindest was die wichtigsten Investitionsmöglichkeiten betrifft, die fast ausnahmslose Regel im griechischen Industrialisierungsprozeß gewesen. Es zeigte sich nämlich, daß die aus der Gründung ausländischer Unternehmen ergebenden Investitionsmöglichkeiten die Expansion der ausländischen unternehmerischen Tätigkeiten in der Wirtschaft förderten und zur Vergrößerung des ausländischen Anteils im Industriesektor führten. Zum Ausmaß dieses Anteils s. Kap. 2.7.1 und 3.4.3.

3.2 Privater Kapitalimport und Deckung der Zahlungsbilanzdefizite

3.2.1 Der Beitrag der Auslandskapitalien zur Deckung des "foreign exchange gap"

Angesichts der wachsenden Defizite in der Bilanz der laufenden Posten (s. Tab. 1.4), bestand ein primäres Ziel der Regierung darin, die größtmögliche Deckung dieser Defizite durch die Förderung von ausländischen Privatkapitalien zu erzielen. Tatsächlich hat auch die Bedeutung der langfristigen privaten Kapitalimporte als Deckungsmittel der Zahlungsbilanzdefizite zugenommen. Während in der Periode von 1954 bis 1958 diesen Kapitalien eine relativ geringe Bedeutung zukam, trugen sie während der ganzen Periode von 1959 bis 1970 mit Ausnahme von 1960 und 1963 mit ca. 60% zur Deckung der Defizite der laufenden Posten bei. (s. Tab. 2.2)

In Hinsicht auf die Deckung der Zahlungsbilanzdefizite kommt den Kapitalien zum Erwerb von Grundstücken die größte Bedeutung zu, nicht nur weil diese absolut und relativ den größten Deckungsbeitrag geleistet haben, sondern auch weil sich die Bedeutung dieses Beitrages nicht durch Transferprobleme vermindert.[1] Allerdings ist der Zufluß dieser Kapitalien mit der Gewährung spezifischer Vorteile an den Kapitalgebern verknüpft. So wurde der hohe Zufluß der Jahre 1970/1 dadurch ermöglicht, daß die "National Mortgage Bank of Greece" den Kapitalgebern Anleihen in griechischer Währung in Höhe von 80% bis 100% des eingeführten Devisenbetrages zum Erwerb von Grundstücken und Wohnungen zu günstigen Bedingungen[2] gewährte und daß der Staat auf die Grunderwerbssteuer verzichtete, wenn der Kapitalgeber ein Grieche mit ständigem Wohnsitz im Ausland war.

---

1) Diese Kapitalien dürfen nur unter bestimmten Bedingungen und nach einer besonderen Genehmigung zurücktransferiert werden, was bis jetzt selten der Fall gewesen ist.

2) Anleihen werden bis zu 1 Mill. Drachmen (ca. 100000 D.M.) mit zehnjähriger Laufzeit und seit 1971 bis zu 2 Mill. Drachmen mit fünfzehnjähriger Laufzeit gewährt. s. Bank von Griechenland, Die griechische Wirtschaft im Jahre 1971 (Athen 1972), (orig.gr.), S.109f.

Wenn einerseits die Nichtexistenz von Transferproblemen Vorteile für die griechische Wirtschaft und Zahlungsbilanz hat,so implizieren solche Subventionen andererseits Kosten, einmal weil knappe Ressourcen von alternativen Verwendungen, die angesichts des Industrialisierungsziels eine höhere Priorität aufweisen,abgelenkt wurden,zum anderen, weil sich die extrem ungleichmäßige Steuerlastverteilung in der griechischen Wirtschaftweiter verschärft.

Die Kategorie der "sonstigen unternehmerischen Kapitalien" hat zur Deckung der Defizite insbesondere in den Jahren 1969 und 1970 beigetragen und weist für die anderen Jahren einen oszillatorischen Charakter auf.(s.Tab. 2.2)

Bei den Exportkrediten ist seit 1967 eine wenn auch mit Schwankungen steigende Tendenz zu beobachten.Mit 316 Mill. Dollar haben sie für die Periode von 1955 bis 1971 durchschnittlich 10% zur Deckung der Defizite beigetragen.(s.Tab. 2.2)

Die Kapitalien der R.V. 2687,d.h. der größte Teil der als Direktinvestitionen im Industriesektor zugeflossenen ausländischen Kapitalien weist einen sehr geringen Beitrag zur Deckung der Defizite auf.(Vgl.Tab. 2.2) Eine größere Bedeutung kommt dieser Kategorie für die Zeitperiode 1962-1966 zu.Seit 1967 ist ihr Umfang nur gering gewesen.Dies wird nicht nur durch den rückläufigen Kapitalzufluß,sondern auch durch die gleichzeitige erhebliche Zunahme der Amortisationszahlungen für die frühere Kapitaleinfuhr bewirkt.(s.Tab. 3.4) Die Deviseneinfuhr dieser Kategorie beträgt für die Periode 1954 bis 1971 253,6 Mill.US-Dollar (netto) und trug mit knapp 8% zur Deckung der Defizite bei.

Der private langfristige Kapitalzufluß hat es zu einem großen Teil ermöglicht,daß der Umfang der getätigten Importe, und zwar bei allen Kategorien der Importgüter in zunehmendem Maß wachsen konnte.(Vgl. Tab. 1.5) Da die Höhe der Importe das Wachstum und die Stabilität der griechischen Wirt-

schaft entscheidend beeinflußt und die Abhängigkeit des Landes vom Ausland auf Grund der bestehenden hohen Komplementarität zwischen einheimischen Aktivitäten und importierten Gütern durch den Aufbau neuer Aktivitäten zugenommen hat, kommt der Deckung der Zahlungsbilanzdefizite ein "strategischer" Charakter im Industrialisierungsprozeß des Landes zu. Sofern strukturell bedingte starre Beziehungen bei den Verwendungsmöglichkeiten der einheimischen Faktoren in dem Ausmaß bestehen, in dem es nicht möglich ist, Kapital und/oder Arbeitskräfte im Produktionsprozeß einzusetzen, ohne sie mit einem notwendigen Minimum von importierten Gütern zu kombinieren, ermöglicht es die Kapitaleinfuhr, die aus dem "foreign exchange gap" resultierenden restriktiven Auswirkungen zu neutralisieren und leistet einen Beitrag der Anstrebung entwicklungspolitischer Zielsetzungen.

Die Argumentation ausschließlich auf dieser Ebene durchzuführen, hieße jedoch, die Zusammenhänge zwischen dem "foreign exchange gap" und den Mechanismen einer sich selbst tragenden Industrialisierung aus einer zu engen Perspektive betrachten. Denn wichtig ist nicht nur die Tatsache, daß Devisen für die Importe der griechischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden. Entscheidend ist, welche Strukturen in der Zahlungsbilanz gefördert bzw. ermöglicht wurden und welche Wirkungen dies auf den Prozeß der Industrialisierung und - daraus resultierend - auf die Entwicklung der externen Beziehungen des Landes hatte.

Die entwicklungspolitische Funktion des Auslandskapitals als Deckungsmittels der Zahlungsbilanzdefizite besteht darin, die Durchführung derjenigen Maßnahmen zu ermöglichen, welche langfristig zur Beseitigung der verschiedenartiger Engpässe und Strukturbedingungen in der Wirtschaft führen. Mit anderen Worten ist der Deckung der Defizite eine positive Funktion dann beizumessen als langfristig im Lande eine "gap narrowing strategy"[1] verfolgt wird. Führt dagegen der Zufluß ausländi-

---

1) Terminologie nach H. Kitamura, a.a.O., S. 317.

schen Kapitals und die Verfügung über Devisen zur Erleichterung des Drucks in Richtung auf Beseitigung der bestehenden Strukturverzerrungen,werden also keine bzw. nicht die jeweils möglichen Maßnahmen in dieser Richtung vorgenommen,könnte nicht ausgeschlossen werden,daß ein "negativer" Beitrag des Auslandskapitals in diesem Bereich besteht.

Von einem "Beitrag" zu sprechen,impliziert die normative Annahme,daß jene strukturellen Entwicklungen,zu deren Entstehung bzw. Erhaltung die ausländischen Kapitalzuflüsse beigetragen haben,vom ökonomischen Gesichtspunkt erwünscht, d.h. für einen Prozeß fortschreitender und zunehmend sich selbsttragender Industrialisierung rational sind.Da wir darüber nur äußerst unvollkommene und partielle Aussagen machen können,würde es eine sehr vage und unbegründete Behauptung sein,den stattgefundenen Kapitalzufluß als Beitrag zur Deckung des "foreign exchange gap" zu bezeichnen,es sei denn im Sinne eines "terminus technicus".Zumindest das Ausmaß des eventuell vorliegenden Beitrages ist nicht bekannt und der "bias" von einem Beitrag zu sprechen kommt dadurch zustande,daß die positive Seite,also die Deckung des Defizits und der implizierte höhere Güterimport bekannte und quantifizierende Größen sind,während die eventuellen negativen Aspekte sowohl konzeptuell als auch praktisch schwer erfaßt,geschweige denn quantifiziert werden können.

Unsere Betrachtung hat sich hier ausschließlich auf den Bereich der Kapitalbilanz beschränkt,um feststellen zu können, ob und in welchem Ausmaß der private Kapitalimport die wachsenden Bedürfnisse der griechischen Wirtschaft an ausländischen Investitions- und Konsumgütern und Leistungen befriedigen konnte und welche Schwierigkeiten bestehen, die Auswirkungen des ausländischen Kapitalstroms in diesem Bereich zu erkennen.Diese Betrachtung hat beschränkte Aussagekraft,weil die Auswirkungen der Kapitalimporte auf die anderen Posten der Zahlungsbilanz zunächst außer Acht gelassen worden sind.Auf die Problematik der Belastung der Zahlungsbilanz durch den Schuldendienst dieser Kapitaleinfuhren sowie auf die Auswirkungen der industriellen Direkt-

investitionen auf die externe Beziehungen des Landes wird im folgenden eingegangen.

3.2.2 Zur Schuldendienstproblematik der Kapitaleinfuhr

Die Ressourcen,welche für den Schuldendienst[1] der eingeführten Kapitalien ins Ausland transferiert werden müssen, stellen ein wichtiges Kostenelement dieser Kapitalien für die griechische Wirtschaft dar.Das Land hat nämlich auf Ressourcen zu verzichten ,welche sonst für Investitions- und/oder Konsumzwecke eingesetzt werden könnten.Diese Ressourcen sind in der Form von Devisen zu transferieren,also in der Form eines der knappsten Güter des Landes.

Die Betrachtung der jährlichen Entwicklung des Schuldendienstes des Landes gibt uns nur einen Indikator der kurzfristigen Belastung der griechischen Wirtschaft und der daraus sich ergebenden Implikationen aus dem "growth-cum-debt-process"[2], welcher die Entwicklung des griechischen Wachstumsprozesses in der Nachkriegszeit charakterisiert. Das langfristige Problem der Schuldendienstfähigkeit ist mit den Kategorien der Kosten und Vorteile,welche aus der Kapitaleinfuhr für die Entwicklung der entscheidenden makroökonomischen Bestimmungsfaktoren des Wachstumsprozesses resultieren,zu untersuchen.

Wie schwerwiegend das Problem der Auslandsverschuldung des Landes geworden ist,läßt sich an der erheblichen Zunahme der Gesamtverschuldung zeigen,die sich von 349 Mill.US-Dollar im Jahre 1961 auf ca. 2000 Mill.Dollar im Jahre 1970 nahezu auf das Sechsfache erhöht hat.(s.Tab. 3.5) Während im Jahre 1961 die gesamte Auslandsverschuldung 9,8% des Bruttoinlands-

---

1)Als Schuldendienstzahlungen betrachten wir hier hauptsächlich die Transferzahlungen für Zinsen,Dividenden und Gewinne der ausländischen Kapitalien.Vgl. D.Avramovic,Economic Growth and External Debt (Baltimore 1964), S.38 und 42.

2)Terminologie nach D.Avramovic,ebenda,S.12.

produkts und die Verschuldung des Nichtbankensektors 4,4% des Bruttoinlandsprodukts betrug, stiegen diese Anteile im Jahre 1970 auf 24,5% bzw. 15,0%.

Die Tabelle 3.6 unterrichtet über die Transferzahlungen an das Ausland für a) Zinsen für die öffentliche und private Kapitaleinfuhr und b) Dividenden und Gewinne der ausländischen Unternehmen. Obwohl beide Posten und insbesondere der zweite, absolut betrachtet, einen kleinen Betrag ausmachen, nahm ihr Anteil an den unsichtbaren Zahlungen des Landes rapid zu. (s. Tab. 3.6, Spalten 6 und 7) Betrachtet man den Anteil der Zahlungen für Zinsen und Gewinne der ausländischen Kapitalien an dem Saldo der laufenden Posten als Ausdruck der jeweiligen Belastung der Zahlungsbilanz, so kann man feststellen, daß diese Belastung von 8% im Jahre 1961 auf 20% im Jahre 1971 aufgestiegen ist.[1] (s. Tab. 3.6, Spalte 8).

Die Schuldendienstquote[2] hat sich von 1,3% im Jahre 1961 auf 3,8% im Jahre 1971 erhöht. (Tab. 3.7, Spalte 8). Trotz der Verdreifachung dieser Quote innerhalb von zehn Jahren, liegt das Verhältnis der Transferzahlungen zu den Deviseneinnahmen des Landes auf einem niedrigen Niveau.

Die zunehmende Belastung der Wirtschaft kommt auch im Vergleich der Wachstumsraten der Schuldendienstzahlungen und des Bruttosozialprodukts zum Ausdruck. (s. Tab. 3.7) Trotz der hohen Wachstumsraten des BSP bewirkt die überproportionale Zunahme des Schuldendienstes, daß ein immer größerer, wenn auch relativ sehr niedriger Teil des BSP für den

---

1) Die Bank von Griechenland errechnete mit Hilfe eines anderen Verfahrens einen Belastungskoeffizient, der sich von 2,4 im Jahre 1960 auf 10,9 im Jahre 1970 erhöhte, also auf etwa das Viereinhalbfache innerhalb eines Jahrzehnts stieg. s. Bank von Griechenland, Die griechische Wirtschaft im Jahre 1970 (Athen 1971) (orig.gr.), S.225f.

2) Als "Schuldendienstquote" wird die Höhe der Schuldendienstzahlungen in v.H. der gesamten Deviseneinnahmen aus Exporten, Dienstleistungen und unentgeltlichen Übertragungen bezeichnet. s. D. Avramovic, a.a.O., S.38.

Schuldendienst zur Verfügung gestellt wird.[1] (s. Tab. 3.7, Spalte 9).

In der Tabelle 3.8 wurde versucht, die Kapitaleinfuhr für Investitionen unter der R.V. 2687 der Kapitalausfuhr für Amortisationen und Schuldendienst dieser Kapitalien gegenüber zu stellen. Obwohl die - auf Schätzungen beruhenden - Angaben über den Rücktransfer für Zinsen nur die Größenordnung widerspiegeln können, wird deutlich, daß seit 1967 eine Verminderung der monetären Kapitaleinfuhr stattfindet, während zugleich infolge der früheren Kapitalimporte erhöhte Amortisationen, Dividenden und Zinsen an das Ausland gezahlt werden mußten. Das Verhältnis zwischen Kapitaleinfuhr einerseits und Kapitalausfuhr für Zinsen, Dividenden und Amortisationen andererseits ging seit 1967 stark zurück und wies in den Jahren 1969 und 1971 sogar einen negativen Wert auf.

Besonders deutlich ist dabei das ungünstige Verhältnis zwischen Deviseneinfuhr und Amortisationstransfers (Tab. 3.4). Während der Kapitalexport im Durchschnitt der Jahre 1954 bis 1966 4,9% des jährlichen Kapitalimports betrug, stieg diese Quote im Durchschnitt der Jahre 1967 bis 1971 auf 73,7%; im Jahre 1969 war der Kapitalexport doppelt so hoch wie der Kapitalimport.

Interessant ist auch, wie sich dieses Verhältnis für die einzelnen Kapitalexportländergruppen gestaltet. In der Tabelle 3.9 ist für die Periode 1967-71 das Verhältnis Kapitalimport/Kapitalexport für die wichtigsten Ländergruppen dargestellt.

---

1) Diesem Verhältnis kommt bei einem Entwicklungsland eine geringere Bedeutung zu als bei entwickelten Wirtschaften. Denn die Quote impliziert, daß es möglich ist, einen Teil des BSP für den Schuldendienst zur Verfügung zu stellen. In Wirtschaften mit flexiblen und anpassungsfähigen Strukturen und Mechanismen ist die Transformation eines Teils des BSP in die notwendigen Devisen relativ leicht möglich. In einem Entwicklungsland, in welchem die Ressourcenmobilität gering ist, kann diese Transformation nur schwer oder überhaupt nicht realisiert werden. Deswegen ist das Verhältnis zwischen den Devisenausgaben für den Schuldendienst und den Deviseneinnahmen die eigentlich relevante Größe.

Besondere Beachtung verdienen die USA und die EWG-Länder, da die anderen Länder absolut und relativ nur unbeachtliche Kapitalien ein- und ausgeführt haben. Für den Kapitaltransfer an die USA zeigt sich eine wachsende Tendenz, da diese Transfers dem absoluten Betrage nach innerhalb der fünf Jahren von 1967 bis 1971 verfünffacht haben und ein wachsender Teil der neuen Kapitalzuflüsse für diesen Transfer gebraucht wurde. Noch weit ungünstiger ist das Verhältnis zwischen Kapitalexport und -import für die EWG-Länder. Im Durchschnitt der Periode 1967 bis 1971 sind hier die Amortisationen mit rd. 10% über die gleichzeitigen Kapitaleinfuhren hinausgegangen. Setzt man den gesamten Kapitalexport mit den gesamten Kapitalimport ins Verhältnis, so erhält man einen Indikator für den Devisenbetrag, der rücktransferiert worden ist (s. Tab. 3.9). Während diese Relation für alle Länder im Zeitraum von 1957 bis 1971 23% beträgt, liegt sie für die USA bei ca. 17%, für Großbritannien bei ca. 12%, für die EWG bei ca. 58% und für die sonstigen europäischen Länder bei ca. 14%.

Der relativ hohe Kapitalexport in die EWG-Länder läßt sich nicht eindeutig interpretieren. Es kann sein, daß eine Tendenz der Investoren aus diesem Gebiet vorliegt, schnelle Gewinne zu erzielen und die eingesetzte Kapitalien in relativ kurzer Zeit zurückzutransferieren; es kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß es um Kapitalien amerikanischer Unternehmen handelt, die nicht in die USA, sondern zu irgend einem anderen Unternehmen des multinationalen Komplexes in die EWG zurückgeflossen ist, oder daß Kapital griechischer Investoren unter der R.V.2687 darin enthalten ist, das zu einem der EWG-Länder zurücktransferiert wird.

Wichtig für die jetzige Struktur des Schuldendienstes ist die Tatsache, daß eine große Zahl ausländischer Unternehmen im Jahre 1970 relativ junge Unternehmen waren und zum größten Teil "infant industry"-Verluste aufwiesen. Außerdem dürften sich die meisten der profitablen Unternehmen in einer Phase des selbstfinanzierten Wachstums befunden haben.

Beide diese Tatsachen bewirken,daß der - durch Gewinntransfers verursachte - Druck auf die Zahlungsbilanz niedrig bleibt.Es ist anzunehmen,daß mit dem Wachstum der ausländischen Unternehmen und der Zunahme ihrer Gewinne ein wachsender Teil der realisierten Gewinne an die Muttergesellschaften transferiert wird.[1] Diese Gefahr ist deshalb nicht zu unterschätzen,weil die nicht ausgeschütteten Gewinne der ausländischen Unternehmen gemäß der Gesetzgebung als neue Kapitaleinfuhr gelten.Dadurch erweitert sich die Basis,auf Grund derer in einem späteren Zeitpunkt ein Gewinntransfer stattfinden kann.

Diese Tatsache führt zugleich dazu,daß die Zahlungsbilanz auf deren Angaben die bisherigen Ausführungen sich gestützt haben,einen wichtigen Teil der tatsächlich stattfindenden Transaktionen gar nicht erfaßt;durch die obige Regelung wird den ausländischen Investoren die Möglichkeit erteilt, folgende beide Transaktionen zu vermeiden:Erstens,ihre erwirtschafteten Gewinne zurückzutransferieren,um zweitens sie als Kapital für Investitionszwecke wieder einzuführen.Die ökonomische Bedeutung dieser Transaktionen wird aber nicht durch die Tatsache beeinträchtigt,daß sie von der Zahlungsbilanz statistisch nicht erfaßt werden.Reinvestierte Gewinne sind Kapitalien,die als zurücktransferierte Gewinne die Bilanz der Übertragungen belastet haben und als Kapitaleinfuhr der Kapitalbilanz zugerechnet werden müssen.

Es ist nicht möglich das Ausmaß dieser unterstellten Transaktionen zu bestimmen.Sie führen aber dazu,daß man ein verzerrtes Bild über den tatsächlich stattgefundenen Schuldendienst,die Höhe der Kapitaleinfuhr und die Höhe der Auslandsverschuldung des Landes aus der Betrachtung der Zahlungsbilanz erhält.

---

1)Vgl. E.Penrose,a.a.O.,S.232.

3.2.3 Außenhandelsaspekte der industriellen Direktinvestitionen und Änderungen in der Zahlungsbilanzstruktur

Direktinvestitionen wirken sich im Unterschied zu den anderen Formen des Kapitalimports auf den Umfang und die Zusammenstellung der Export- und Importgüterströme des Anlagelandes aus.Die Export- und Importaktivitäten der ausländischen Unternehmen in Griechenland sind wichtige Größen für die Bestimmung des Effekts der ausländischen Investitionen auf die gesamte Zahlungsbilanz.Die Kenntnis dieses Zahlungsbilanzeffekts ist eine grundlegende Voraussetzung dafür,um den Erfolg der griechischen Industrialisierungspolitik beurteilen zu können.

Es soll hier darauf hingewiesen werden,daß es sich im Folgenden weder darum handeln kann,einen Vergleich zwischen der tatsächlichen Situation und einer Situation,die sich ohne Kapitalimporte ergeben hätte,vorzunehmen,noch darum, zu untersuchen,was geschehen wäre,wenn einheimische Unternehmen anstelle ausländischer tätig wären.Die Beantwortung dieser Fragen würde zugleich die Opportunitätskosten der Auslandsinvestitionen ermitteln,d.h. die Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz im Fall,daß Auslandsinvestitionen nicht stattgefunden hätten.Auf diese wichtige Fragestellungen kann hier nicht eingegangen werden,da zu ihrer Beantwortung keine hinreichende Information zur Verfügung stehen.

Im folgenden geht es hauptsächlich darum,die Bestimmungsfaktoren der Zahlungsbilanzauswirkungen der ausländischen Unternehmen zu untersuchen,d.h. festzustellen ob die Aktivitäten der ausländischen Unternehmen eine Erleichterung oder eine Belastung der Warenbilanz des Landes zur Folge haben können bzw. gehabt haben.Inwieweit eine eventuelle Belastung mit positiven Auswirkungen auf andere Bereiche verknüpft ist,ist eine Frage,die getrennt zu behandeln ist und z.T. schon behandelt worden ist.

J.Dunning drückt die Auswirkungen einer Direktinvestition auf die Bilanz der laufenden Posten des Empfängerlandes durch folgende Formel aus[1]:

$B = E_D - (I_D + Y_D + R_D)$, wobei:

B = Auswirkungen der Direktinvestition auf die Bilanz der laufenden Posten,

E_D= Exporte der ausländischen Unternehmen,

I_D= Importe der ausländischen Unternehmen von Rohmaterialien, Teilen, Zwischen- und Investitionsgütern oder Fertigprodukten,

Y_D= Gewinne, Zinsen und Dividenden der ausländischen Unternehmen, die entweder transferiert oder im Inland reinvestiert werden,

R_D= Zahlungen an das Ausland für Lizenz-, Managementgebühren etc.

Da die Problematik der Transferzahlungen für Gewinne, Zinsen und Dividenden schon im Rahmen des Schuldendienstes der ausländischen Privatkapitalien behandelt wurde, wird im Folgenden auf die anderen Aspekte eingegangen.

Es ist kennzeichnend für die Einstellung der griechischen Regierungen, daß sie unter den strukturellen Engpässen, welche restriktiv auf die Industrialisierungsanstrengungen wirkten, dem "externen Engpaß" eine zentrale Bedeutung beigemessen haben. Ein bedeutendes Kriterium der Regierungspolitik bei der Genehmigung von Auslandsinvestitionen war deshalb der devisensparende oder -schaffende Effekt des Projekts.

Die ersten Folgen dieser Politik zeigten sich in den Jahren 1965/6, als der Export einiger Industriegüter begann, die hauptsächlich von ausländischen Unternehmen produziert worden waren. Es handelte sich vor allem um Aluminium, pharma-

---

1) J.Dunning, The Role of American Investment in the British Economy (London 1969), S.146.

zeutische Produkte, Metalle, Petrochemikalien und Erdölprodukte.[1] Bis zu diesem Zeitpunkt bestanden die griechischen Exporte überwiegend aus Agrarprodukten mit niedriger Nachfrageelastizität und geringen Expansionschancen. Der Anteil der industriellen Produkte an den Gesamtexporten betrug im Jahre 1963 nur 3,4%. Dieser Anteil erhöhte sich seit 1965 in zunehmendem Maße und stieg auf 23,0% im Jahre 1968 bzw. auf 36,5% im Jahre 1970.

Aus jährlichen Untersuchungen, die der "Verband Griechischer Industriellen" über die 50, 100 oder 200 am stärksten exportorientierten Industrieunternehmen veröffentlicht, haben wir versucht, ein genaueres Bild des Beitrags der ausländischen Unternehmen zu erhalten. Die in diesen Untersuchungen angegebenen Gesamtexporte bilden ca. 80% bis 90% der Industrieexporte, sodaß die Ergebnisse als repräsentativ betrachtet werden können.[2] Aus den gesamten Exporten dieser Unternehmen haben wir die Exportleistungen der ausländischen Firmen herausgerechnet und sie in Relation zu den Gesamtexporten der einzelnen Industriebranchen gestellt (vgl. Tab. 3.22). Die größte Genauigkeit zeigen die für 1965, 1970 und 1971 angegebenen Zahlen, da für diese Jahre das Material die Exportleistungen des gesamten Kreises der untersuchten Unternehmen deckt. Für die anderen Jahren stellen die Exportwerte nur die Leistungen der ersten 50 (für 1966), oder der ersten 100 (für 1968 und 1969) am stärksten exportorientierten Unternehmen dar. Jedoch dürften auch die Ergebnisse für diese Jahre weitgehend repräsentativ sein, da praktisch der Kreis der 50 bzw. 100 Unternehmen den größten Teil der Exporte erzielt hat.

Aus der Tabelle 3.22 ist zu ersehen, daß der Export der ausländischen Unternehmungen von 340,7 Mill. Drachmen im Jahre 1965 auf 6233,0 Mill. Drachmen im Jahre 1971, d.h. ca. auf das

---

1) [illegible] ortstruktur [illegible]

2) Die Exportangaben der Tab. 3.22 und 3.23 sind nicht unmittelbar mit den Zahlungsbilanzangaben der "Bank von Griechenland" (s. Tab. 1.8) vergleichbar, da die ersten auch Erdölprodukte und Nahrungsmittel umschließen, welche bei den Zahlungsbilanzangaben nicht unter den Industrieexporten eingeordnet sind.

Achtzehnfache gestiegen ist.Relativ gesehen machten die Exporte dieser Unternehmen ca. 30% der Gesamtexporte im Jahre 1965,ca. 72% bis 76% in den Jahren 1968 bis 1970 und ca. 61% im Jahre 1971 aus.

Die hohen Exporte des Jahres 1970 sind auf den außergewöhnlichen Preisanstieg des Nickels im Weltmarkt zurückzuführen, der es einer griechischen Unternehmung mit einer französischen Minderheitsbeteiligung ermöglichte,hohe Nickelexporte zu tätigen (s.Tab. 1.6).Im Jahre 1971 ist eine Tendenz zur Verminderung des ausländischen Anteils zu beobachten,die z.T. darauf zurückzuführen ist,daß die großen ausländischen Industrieeinheiten (insbesondere Aluminiumindustrie und Raffinerien),die zum Exportanstieg beigetragen hatten,schon mit voller Kapazität operieren und eine relativ geringe Exportexpansion auslösen (vgl.Tab. 1.6 für Aluminiumexporte).

In den Angaben über den ausländischen Exportanteil sind auch die Exportleistungen von Unternehmungen enthalten,bei welchen ausländische Gesellschaften eine Minderheitsbeteiligung besitzen,Unternehmen also,die nicht unter ausländischen Führung stehen.Da die meisten dieser ausländischen Minderheitsbeteiligungen Direktinvestitionen darstellen[1)] und daher eine gewisse Kontrolle der Unternehmensentscheidungen bedeuten,ist es sinnvoll diese Unternehmen bei der Ermittlung der Exportleistung der ausländischen Direktinvestitionsunternehmen nicht außer Acht zu lassen.Man könnte zwar behaupten,daß die Exportleistungen dieser Firmen nicht auf die ausländischen Investitionen zurückzuführen sind sondern das Ergebnis inländischer Anstrengungen darstellen.Es sollte aber nicht übersehen werden,daß diese Unternehmen ohne die ausländischen Beteiligungen nicht so exportfähig wären wie sie es tatsächlich gewesen sind.

Wir haben für die Jahre 1970 und 1971 den Anteil an den Gesamtexporten der Unternehmen,bei denen eine ausländische

---

1)Sie sind meistens über 20%.

Mehrheitsbeteiligung bzw. eine 50:50 Beteiligung vorlag mit ca. 53% bzw. 60% errechnet.Die für den ausländischen Anteil angegebenen Werte (Tab. 3.22) müßten also auch für die anderen Jahren niedriger angesetzt werden,wenn man nur Firmen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung bzw. 50:50 Partnerschaften berücksichtigen würde.

Innerhalb der Industriebranchen ist der ausländische Beitrag sehr unterschiedlich.Relativ am höchsten ist der Exportanteil der ausländischen Unternehmen in den Branchen der Metall-,der Erdöl-,Elektrogeräte-,Transportmittel-,der chemischen,holzverarbeitenden,Metallwaren-,Bekleidungs- und Gummiindustrie gewesen (vgl.Tab. 3.22).

Aber nicht nur in diesen,sondern in fast allen Kategorien von Industrieexporten hat der ausländische Anteil rapid zugenommen.Allerdings ist für 1971 ein erheblicher Rückgang der Exporte von ausländischen Unternehmen,außer in der Metallindustrie (Nickel),in den Branchen der Getränke, Textilien,Papierverarbeitung,Chemie,Nichtmetallischen Mineralien und ein leichter Rückgang in den Branchen der Kunststoff- & Reifenindustrie sowie der Elektrogeräte zu beobachten.

Die Exportleistungen der ausländischen Direktinvestitionen haben auch zu wesentlichen Änderungen in der Zusammensetzung der gesamten Exporte geführt.Insbesondere ist ein wesentlich höherer Anteil der Transportmittelindustrie,der Erdölprodukte und der Metallprodukte (vor allem Aluminium) zu Lasten anderer Industrien,insbesondere der Textil-,Papier-,Metallwarenindustrie und der Tabakverarbeitung zu beobachten (s. Tab. 3.23). Der Exportanteil der erstgenannten Gruppe nahm von 17,8% im Jahre 1965 auf 45,8% im Jahre 1971 zu,während die der zuletztgenannten Gruppen gleichzeitig von 41,5% auf 14,2% zurückging,während sich bei den übrigen 14 Branchen nur geringfügigen anteilsmäßige Veränderungen ergaben.

Darüber hinaus haben importsubstituierende Direktinvestitionen in bestimmten Industrien gleichfalls eine bedeutende Rolle gespielt und eine Senkung der Importe von früher aus dem Ausland eingeführten Fertigprodukten bewirkt. Wichtige Beispiele dafür sind die Investitionen in der Erdölverarbeitung, in der Stahlindustrie, in der Holzverarbeitung, in der Kunststoff- & Reifenindustrie, in der Industrie für sanitäre Anlagen und in verschiedenen Bereichen der Metallverarbeitenden-, Papierverarbeitenden-, chemischen und Ernährungsindustrie.

Die Exportaktivitäten und die importsubstituierenden Auswirkungen der ausländischen Unternehmen stellen die positive Seite der ausländischen Investitionen dar. Genauer: sie bilden einen Teil der direkten[1] "laufenden Außenhandelswirkungen" (continuing trade effects)[2] der ausländischen Direktinvestitionen. Sie müssen mit den Importen verglichen werden, die mit diesen Aktivitäten verknüpft sind sowie mit den Zahlungen dieser Unternehmen an das Ausland für Royalties, Managementgebühren, Löhne für ausländisches Personal, Zinsen, Dividenden und Kapitalrückzahlungen. Erst dann kann festgestellt werden, ob die Direktinvestitionen einen positiven oder negativen Beitrag zur Zahlungsbilanzentwicklung geleistet haben.

Bis zu welchem Grad die ausländischen Unternehmen den "import-biased-growth"[3]-Prozeß der griechischen Wirtschaft beeinflußt haben und ob sie letztlich einen Beitrag zur Erleichterung der Zahlungsbilanz geleistet haben, entzieht sich auf Grund mangelnden Zahlenmaterials einer quantitativen Erfassung. Hierfür brauchten wir z.B. Information über

---

1) Im Unterschied zu den indirekten bzw. den Multiplikatorwirkungen auf den Außenhandel.
2) Zur Unterscheidung s. D. Robertson, The Multinational Enterprise: Trade Flows and Trade Policy, in: J. Dunning (Ed.), The Multinational Enterprise, S. 191.
3) Terminologie nach J. R. Hicks, An Inaugural Lecture, in: Oxford Economic Papers Bd. 5, 1953, S. 127. Dieses Strukturmerkmal der griechischen Wirtschaft kommt in der Entwicklung der volkswirtschaftlichen Importquote des Landes zum Ausdruck, d.h. den Anteil der Importe am BSP zu Faktorkosten, der von 16,7 im Jahre 1955, 16,0 im Jahre 1960, auf 18,9 im Jahre 1965 und 21,3 im Jahre 1970 stieg.

die Exportquote der Gruppe der ausländischen Unternehmen, d.h. den Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der Gruppe und zugleich über den Importkoeffizienten, d.h. den Anteil der importierten Vorleistungen (Rohmaterialien, Fertiggüter, Dienstleistungen) an der Produktion der Gruppe. Die Informationen über diese Größen sind äußerst geringfügig. Aus dem OECD-Bericht von 1972 über Griechenland kann nur folgendes festgestellt werden:

Erstens ist der griechische Industriesektor hauptsächlich am Binnenmarkt orientiert; von 20 untersuchten Industriebranchen zeigten nur zwei, nämlich die Lederverarbeitende- und die Metallindustrie einen Anteil des Exportumsatzes an ihrem Gesamtumsatz von 30% bzw. 45%. Bei anderen vier Industriebranchen (Getränke-, chemische Industrie, Nichtmetallische Mineralien und sonstige Industrien) betrug diese Quote 10% bis 20%. Bei allen anderen Branchen machte diese Quote unter 5% aus.[1]

Zweitens wiesen die Branchen der Kunststoff- & Gummi-, chemischen, Erdölverarbeitenden-, Metall-, Elektrogeräte-, Transportmittelindustrie und der sonstigen Industrien einen Anteil an den Gesamtimporten des Industriesektors[2] von 47,5% im Jahre 1970 auf, während ihr Anteil an der gesamten Industrieproduktion[2] 28,3% betrug.[3] Diese Branchen sind auch die am stärksten von Ausländern kontrolliert. (Vgl. Tab. 3.18).

Drittens: Obwohl die Industrieexporte stark zunahmen, sind sie an relativ einfach verarbeitenden Gütern konzentriert. Hochverarbeitete Güter betragen nur ca. 5% der Gesamtexporte.[4]

Inwiefern diese Feststellungen auch für die ausländischen Unternehmen der einzelnen Industriebranchen repräsentativ sind, kann nicht ermittelt werden. Zumindest jedoch für diejenigen Industriebranchen, die überwiegend von ausländischen Unternehmen dominiert sind, dürften diese Ergebnisse auch für die ausländischen Firmen weitgehend gelten. Daß Unterschiede

---

1) OECD, Greece (Paris 1972), S.33f.
2) Gemeint: verarbeitende Industrie.
3) OECD, ebenda, S.34.
4) Ebenda, S.33 "...a much lower share than elsewhere in southern Europe except for Turkey"

je nach den Gütern, die von den ausländischen Unternehmen produziert werden, je nach der Art der Direktinvestition, ob z.B. Betriebe mit hoher Wertschöpfung oder nur Montage- und Vertriebsbetriebe gegründet werden und auf Grund einer Reihe anderer Faktoren (z.B. Zollpolitik des Landes, Absatz- und Preispolitik des jeweiligen multinationalen Konzerns etc.) bestehen werden, liegt auf der Hand. Folgende Faktoren dürften jedoch für die Importaktivitäten der ausländischen Unternehmen von Bedeutung sein:

1) Die ausländischen Direktinvestitionen wurden meistens in Industrien durchgeführt, die in Griechenland überhaupt nicht existieren. Die Vorprodukte für solche Tätigkeiten wurden vorher im Inland nicht erzeugt, sodaß insoweit Produktionsaktivitäten zur Deckung dieser Produktionslücken des Industriesektors nicht nachfolgen, die Tätigkeiten und das Wachstum der ausländischen Unternehmen mit einem Wachstum der Importe zusammengekoppelt sein müssen.

2) Die Abhängigkeit der ausländischen Unternehmen von multinationalen Unternehmenskomplexen hat zur Folge, daß "built-in incentives"[1] für diese bestehen, die benötigten Vorprodukte aus der Mutter- bzw. einer Tochtergesellschaft oder einer gemeinsamen Angebotsquelle zu beziehen. Dies hängt damit zusammen, daß eine große Zahl von Direktinvestitionen aus defensiven Gründen vorgenommen wurde, d.h. mit der Absicht, die durch Außenhandelsbeziehungen erworbene Marktstellung in Griechenland nicht durch die Gründung einer einheimischen oder einer anderen ausländischen Unternehmung zu verlieren.[2]

Die Tendenz, wichtige Inputs innerhalb der multinationalen Gesellschaft zu beschaffen, liegt insbesondere bei horizontalen Direktinvestitionen[3] vor, bei Direktinvestitionsunternehmen also, welche gleiche Produkte wie die Muttergesellschaft erzeugen. Bekanntschaft mit Führungspersonal, Technologien und Produkten der Muttergesellschaft oder ihrer Ver-

---

1) Terminologie nach A.E.Safarian, Foreign Ownership of Canadian Industry, S.147.
2) Vgl. S. 137 dieser Arbeit.
3) Zur Grundlegung des Begriffs s.R.E.Caves, a.a.O., S.4f.

sorgungsquellen sowie die Kosten,Alternativen zu entwickeln, verstärken diese Tendenzen.[1)]

Es liegt im Interesse der Muttergesellschaft,die Marktposition im Anlageland durch eine Direktinvestition zu verteidigen,ohne jedoch daß dies zu Lasten ihrer eigenen Produktionstätigkeit erfolgt.Dies führt zur Gründung von Produktionsstätten,die mit einer minimalen Wertschöpfung im Empfängerland arbeiten.Sofern dies unter den spezifischen Bedingungen des Anlagelandes möglich ist,d.h. sofern die ausländischen Unternehmen nicht von Marktprozessen oder von der einheimischen Politik unter Druck gesetzt werden, führen sie einen großen Teil ihrer Produkte in der Form von Teilen ein,um diese im Anlageland nur zu montieren oder abzufüllen.Solche Montage- oder Abfüllbetriebe sind in Griechenland insbesondere in der pharmazeutischen,in der Elektrogeräte- und in der Maschinenindustrie zu beobachten.

Ein Bild über das Ausmaß dieser Fälle bekommt man,wenn man die Größe der ausländischen Unternehmen betrachtet.In den Tab. 3.24 und 3.25 haben wir alle Kapitalgesellschaften sowie - gesondert - die ausländischen Kapitalgesellschaften nach den Kriterien der Beschäftigtenzahl und des Gesamtvermögens nach Größengruppen unterteilt.Es zeigt sich,daß 32% der ausländischen Unternehmen Klein- und Kleinstbetriebe darstellen und nicht mehr als 50 Beschäftigte haben (Tab. 3.24) und daß 51,1% dieser Unternehmen ein Gesamtvermögen von bis 50 Mill.Drachmen (ca. 5 Mill.D.M.) besitzen.Eine große Zahl der ausländischen Unternehmen dürfte also eher eine Distributionsfunktion erfüllen bzw. stellt i.d.R. "an exploratory venture (dar) which can be classed essentially as part of the cost of discovering whether or not investment is desirable."[2)]

3)Eine große Zahl ausländischer Unternehmen sowie zahlreiche einheimische Firmen haben Lizenzen von ausländischen

---

1)s.dazu A.E.Safarian,Foreign Ownership of Canadian Industry, S.148.
2)E.Penrose,Foreign Investment and the Growth of the Firm, S.228.

Firmen erhalten.In die Lizenzverträgen wird in der Regel die Verpflichtung der lizenzierten Unternehmung aufgenommen,bestimmte Materialien,Teile etc. vom ausländischen Lizenzgeber zu beziehen.Andererseits werden der Exporttätigkeit des Lizenznehmers Beschränkungen auferlegt.[1] Letzteren wird es nicht erlaubt,mit der Lizenznahme als Konkurrent des Lizenzgebers aufzutreten,d.h. diese Unternehmen werden von bestimmten Märkten zumindest für einen vereinbarten Zeitraum ausgeschlossen.Dies verursacht in doppelter Hinsicht unerwünschte Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz;einmal höhere Importe bzw. steigende Rigidität der Importe, zum anderen eine zeitliche oder geographische Beschränkung der Exportmöglichkeiten des betreffenden Unternehmens.

4)Die Auswirkungen der Direktinvestitionen auf die externen Beziehungen des Landes sind zusätzlich zu den üblichen Kriterien auch daran zu beurteilen,ob und in welchem Ausmaß sie die Exportfähigkeiten des Landes steigern,unter den jeweiligen spezifischen internationalen Bedingungen,eine stärkere externe Position zu erreichen.Es genügt nämlich nicht,wenn im Anlageland Produkte produziert werden,für welche eine breite und unelastische Nachfrage im Zeitpunkt ihrer Erscheinung vorlag,für die aber inzwischen der Markt "gesättigt" ist,während neue Spezialprodukte im Weltmarkt ihre Stellung übernehmen.

Untersuchungen über die Beziehungen zwischen Innovationen und internationaler Wettbewerbsfähigkeit bestätigen,daß Länder,welche "neue",dynamische Produkte anbieten,ein Quasimonopol oder - für eine gewisse Zeit - sogar ein vollständiges Monopol bei diesen Gütern im Weltmarkt genießen.[2] Haupt-

---

1)s.dazu A.E.Safarian,The Performance of Foreign-Owned Firms in Canada (Montréal 1969),S.36, J.Dunning,Technology,United States Investment and European Economic Growth,in:Ch. Kindleberger (Ed.),The International Corporation,S.169.

2)s.S.Hisch,Technological Factors in the Composition and Direction of Israel's Industrial Exports,in:R.Vernon (Ed.), The Technology Factor in International Trade (N.York 1970), S.366 und D.Lorenz,Dynamische Außenhandelstheorie,Transformationskapazität und der Produktionsfaktor Kapital,in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft,Bd.17,1966,S.43f.

sächlich sind es "skill-intensive"-Produkte,Güter also,in deren Produktion relativ viele wissenschaftliche Kenntnisse und qualifizierte Arbeit als Input eingehen.[1] Die Nachfrage nach solchen Gütern ist relativ unelastisch,da Substitutionsmöglichkeiten zunächst sehr begrenzt sind und kein intensiver Preiswettbewerb betrieben werden kann.[2]

Solche Produkte werden jedoch fast ausnahmslos von den großen Konzernen im Weltmarkt angeboten,also von den jeweiligen Muttergesellschaften der ausländischen Unternehmen.[3] Für die durch Direktinvestitionen in den meisten wichtigen Branchen geprägten Industriestruktur Griechenlands bedeutet dies, daß die Produktion solcher Güter zeitlich und umfänglich von den Entscheidungszentren der multinationalen Gesellschaft bestimmt wird und in einem späteren Zeitpunkt vorgenommen wird.Dann stehen aber die Tochterunternehmen weniger günstigen Nachfragebedingungen gegenüber.Sie können zwar den Binnenmarkt beherrschen und Gewinne erzielen,nicht aber die erforderliche Dynamik aufzeigen,die notwendig ist,um das Zahlungsbilanzproblem des Landes,wenn nicht zu lösen,so doch zu erleichtern,d.h. das Handelsdefizit zu kürzen.

Außerdem sind die ausländischen Unternehmen meistens nicht nur in der Produktion von Gütern verbunden,sondern bilden zugleich die Vertriebsorganisation ihrer Muttergesellschaft in Griechenland.Sie erfüllen also die Funktion,durch Marktnähe und durch Kontrolle der Absatzkanäle und Kommunikationsmittel eine Nachfrage aufrechterhalten zu können,welche die ursprüngliche Innovationsanstrengungen der Muttergesellschaft weiterhin gewinnbringend sein läßt.Wenn die Tochterunternehmen mit der Produktion dieser Güter beginnen,sind von den multinationalen Konzernen neue Produkte erfunden,die via Demonstrationseffekte,Werbung etc. in den Weltmarkt eindringen.Das Land wird zwar im Vergleich zur vorangegangenen Periode seine Produktion erweitert haben und es scheint so,als ob ein Fortschritt erzielt worden ist;wenn man aber diese

---

1) s.S.Hirsch,a.a.O.,S.366.
2) Ebenda,S.367f.
3) s. dazu R.Vernon,International Investment and International Trade in the Product Cycle,in:QJE,Bd.80,1966,S.190ff.

Position mit der gegenwärtigen Situation vergleicht, ist es fragwürdig, ob sich die relative Position insgesamt verändert hat.[1] Dieses System, als "trickle-down-marketing" bekannt[2], bewirkt, daß im Fall einer durch Direktinvestitionen getragenen Industrialisierung eine ständige Diskrepanz zwischen den "Bedürfnissen" und den Realisierungsmöglichkeiten des Landes bestehen kann, da die multinationalen Gesellschaften ein starkes Interesse an der Aufrechterhaltung eines Systems haben, welches das Überleben und das Wachstum ihrer Organisation ermöglicht.[3]

5) In der Absicht, die niedrige Investitionstätigkeit im Sektor der verarbeitenden Industrie zu überwinden und die Neugründung von Industrien zu fördern, die eine importsubstituierende bzw. exportfördernde Wirkung haben könnten, hat die griechische Regierung durch verschiedene Maßnahmen[4] den zollfreien Import von Investitions- und Zwischengütern erlaubt. Insbesondere für die Exportaktivitäten, nicht nur der ausländischen, sondern auch der einheimischen Unternehmen, gestattet sie den zollfreien Import aller Vorprodukte, um die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen im Ausland zu fördern. Diese liberale Importpolitik führt wegen der Nichtexistenz von Schutzmaßnahmen zum Aufbau einheimischer In-

---

1) s. S. Hymer, Multinationale Konzerne und das Gesetz der ungleichen Entwicklung, in: D. Senghaas (Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion (Frankfurt a.M. 1972), S. 222f.
2) Ebenda und ders., The Efficiency (Contradictions) of Multinational Corporations, S. 444f.
3) Ebenda.
4) Vgl. S. 41ff. dieser Arbeit.

dustrien dazu,die Notwendigkeit,Vorprodukte zu importieren zu verfestigen.[1)]

6)Die Rohmaterialien,Teilprodukte oder Dienstleistungen,welche zwischen den einzelnen Firmen eines multinationalen Unternehmenskomplexes ausgetauscht werden,sind nicht selten von einer solch speziellen Natur oder unterliegen einer solch stringenten Monopolkontrolle,daß es nicht möglich ist, sie mit einem sinnvollen "Marktpreis" zu vergleichen.[2)] Die multinationalen Gesellschaften verfügen unter solchen Bedingungen über einen großen Spielraum,die Preise zu bestimmen,zu welchen Produkte und Dienstleistungen zwischen den einzelnen Tochterunternehmen ausgetauscht werden.Zugleich haben sie ein Interesse daran,durch Preismanipulationen Kapital von der Tochterunternehmung eines Landes zu einer anderen Tochterunternehmung zu transferieren.[3)]

In Griechenland scheint diese Art des Kapitaltransfers eine nicht unbedeutende Rolle gespielt zu haben.Im Jahre 1969 klagte der Koordinationsminister,daß die Importe zu 10% bis 30% überwerteten Preisen getätigt werden und dies zu einem großen Teil auf die ausländischen Unternehmen zurückzuführen sei,da letztere eine Zollbefreiung ihrer Importe genießen und somit zollmäßig nicht belastet werden,wenn der angegebene Importwert überwertet ist.[4)] Dabei wurde zugleich

---

1)Der Schutz der Endprodukt-Aktivitäten der gegründeten Unternehmen,die Tatsache also,daß diese Firmen ihre Vorprodukte zollfrei einführen können,hat zugleich einen Abbau des Schutzes und die Benachteiligung jener Aktivitäten zur Folge,welche die von den ersteren nachgefragten Zwischen- und Kapitalgütern produzieren bzw. produzieren könnten. s. dazu R.McKinnon,On Misunderstanding the Capital Constraint in LDC's:The Consequences for Trade Policy,in:J.Bhagwati-R.Jones-R.Mundell-J.Vanek (Eds.),Trade,Balance of Payments and Growth.Papers in International Economics in Honor of Ch.P.Kindleberger (Amsterdam usw.1971),S.515 und 518ff. Hinweise auf eben diese Unzulänglichkeiten in der griechischen Industrie s.im Entwurf des fünfzehnjährigen Entwicklungsplans von 1972,in:"Express" von 13.9.72 (orig.gr.).

2)s.Task Force,S.101, J.Behrman,National Interests and the Multinational Enterprise,S.136,E.Penrose,Problems Associated with the Growth of International Firms,S.84.

3)s.E.Penrose,ebenda und vgl. S.175 dieser Arbeit.

4)s. "Wirtschaftskurier" von 7.8.1969 (orig.gr.).

zugegeben,daß eine Kontrolle effektiv schwer durchführbar wäre,weil sie sich - abgesehen von technischen Schwierigkeiten - negativ auf das "Klima" für ausländische Kapitaleinfuhren auswirken wurde und der Handlungsspielraum der Regierung bei Streitigkeiten durch das vorgesehene komplizierte Schiedsspruchverfahren erheblich eingeengt wäre.

Zumindest ein bestimmter Kreis von ausländischen Unternehmen hat nicht nur den Vorteil,hohe Preise für seine eingeführte Vorprodukte anzugeben;er kann außerdem wegen der administrativen Preisbestimmungen höhere Gewinne erzielen[1] und zugleich noch "incentives" verlangen,um seine "schwache" Wettbewerbslage zu verbessern.[2]

7)Obwohl die Regierung mehrere ausländische Investitionsprojekte unter der Bedingung genehmigt hat,daß ein bestimmter Teil der Produktion der ausländischen Unternehmen exportiert wird,versucht sie nicht,diese Verpflichtung auch effektiv durchzusetzen,wenn sie nicht eingehalten wird.[3] Sie besitzt hierzu auch nur relativ schwache Mittel.Die einzig mögliche Sanktion besteht darin,die Devisen zum Transfer von Gewinnen und Stammkapital nicht zur Verfügung zu stellen.Abgesehen davon,daß dieser Weg nicht eingeschlagen wird, um nicht neue Direktinvestitionen abzuschrecken,wäre damit nicht viel gewonnen.Denn das Ziel des Investors liegt oft nicht im kurzfristigen Transfer von Gewinn,sondern in der Expansion der gegründeten Unternehmung,sodaß er,zumindest mittelfristig,kein großes Interesse daran hat,Finanzierungs-

---

1)Der Gewinn wird in einem bestimmten Verhältnis zu den Kosten administrativ festgesetzt.Je höher die Kosten erscheinen können,desto höhere Gewinne können erzielt werden.
2)s. dazu in "Wirtschaftskurier" von 4.6.1970 (orig.gr.).
3)Dieser Fall tritt häufig ein und wird immer wieder vom "Verband Griechischer Industriellen" aufgedeckt,der darüber klagt,daß die ausländischen Gesellschaften die Investitionsgenehmigung nur auf Grund solcher Verpflichtungen erhalten,sie dann aber nicht einhalten und am Binnenmarkt aktiv werden.

mittel zurückzutransferieren.Außerdem besitzt er die Möglichkeit die Preise seiner Exporte oder importierter Vorprodukte zu manipulieren,ein Instrument,um auch dieses Ziel unkontrolliert erreichen zu können.

8)Schließlich sollte nicht übersehen werden,daß die "Multinationalität" des größten Teils der ausländischen Unternehmen noch aus einem weiteren Grund wenig günstig für die erforderliche Exportexpansion des Landes ist.Griechenland hat sich im Jahre 1962 der EWG mit dem Ziel assoziiert,vom positiven Einfluß einer Integration zu profitieren und seinen Entwicklungsstand dadurch zu erhöhen.Als eines der wichtigsten Argumente für die Assoziierung galt das Argument, daß die griechische Industrie durch die Ausnutzung des Marktpotentials der EWG aus ihrem engen Wirtschaftsraum befreit werden und hohe Expansionsraten ihres Exports und Wachstums erzielen könnte,die sich günstig auf den Entwicklungsprozeß auswirken würden.Dies bedeutet,daß exportintensive Industrieunternehmen gegründet werden müßten,welche dem ausländischen Wettbewerb standhalten könnten und von den hohen Absatzmöglichkeiten in die entwickelten EWG-Ländern Gebrauch machen würden.Dadurch könnten sie in den Genuß von "economies of scale" kommen,die ihrerseits günstig auf den Industrialisierungsprozeß wirken würden und zugleich die für die Industrialisierung notwendigen Einfuhren an Vorprodukten und Fertiggütern in zunehmendem Maß durch eigene Exporte beschaffen könnten.

Eine große Zahl griechischer Industrien sind jedoch von multinationalen Firmen dominiert.[1] Die Mehrheit dieser Firmen stammt aus europäischen und/oder amerikanischen Unternehmungen,die aber auch ein ganzes Netz von Tochtergesellschaften in den europäischen Ländern haben,die den EWG-Markt versorgen und ihre Marktstellung dort gefestigt haben. Unter solchen Bedingungen ist es höchst unwahrscheinlich, daß der griechischen Tochter die Möglichkeit offensteht mit ihrer deutschen,italienischen,französischen etc. Mutterge-

1)Vgl.S.157ff.dieser Arbeit.

sellschaft oder mit ihrer US-Schwestergesellschaft am europäischen Markt wirklich in Wettbewerb zu treten und einen Marktanteil der letzteren für sich zu beanspruchen.

Aus entwicklungspolitischer Sicht ist es notwendig, daß die in Griechenland ansässigen Industrieunternehmen alle Möglichkeiten ausnutzen[1], um exportintensiv zu werden und zwar in solche Märkte einzudringen, die hohe "Absorptionsfähigkeiten" haben, vor allem also entwickelte Länder. Das Fragwürdige bei den ausländischen Unternehmungen besteht jedoch gerade darin, daß eine solche Zielsetzung in der Regel mit der Rationalität und den Zielsetzungen ihres multinationalen Unternehmenskomplexes in Widerspruch stehen würde, da sonst die Marktposition der Mutter- und Tochtergesellschaften durch ihre eigene Tochtergesellschaften gefährdet werden könnten.[2]

Die oben geschilderten Faktoren weisen darauf hin, daß die ausländischen Unternehmen in einem wichtigen, wenn auch unbekannten Umfang parallel zu ihrem Exportbeitrag auch eine Belastung der Zahlungsbilanz hervorgerufen haben. Dabei sind die Transfers für Royalties, technologische Hilfe, Management- und Lizenzgebühren, Löhne des ausländischen Personals, welche mit den Direktinvestitionen zusammenhängen, nicht berücksichtigt worden.[3]

Die Fragestellung der langfristigen Auswirkung der Direktinvestitionen auf die externe Position des Landes könnte nur dann vollständig beantwortet werden, wenn sie im Rahmen einer Analyse aller Auswirkungen der Direktinvestitionen

---

1) s. die letztlich erhobene Vorwürfe gegen die Aluminiumunternehmung, daß bei der Bauxitverarbeitung wertvolle Elemente verlorengehen läßt, obwohl der Bauxit einen hohen Gehalt an solchen Elementen enthält, in: "Express" von 31. 12.1972 (orig.gr.).

2) Als Ausnahme davon dürften die wenigen "Worldwide-Sourcing"- sowie die "vertikalen" Direktinvestitionen betrachtet werden. Über diese Arten der Direktinvestitionen s. S.139f. dieser Arbeit.

3) In der Zahlungsbilanz werden diese Zahlungen nicht differenziert angegeben. Die Betrachtung der wachsenden Genehmigungen für solche Transfers und für die Beschäftigung ausländischen Personals sowie die rapide Zunahme der Devisenausgaben für "Löhne und Gehälter" (vgl. Tab. 3.6) lassen jedoch auf nicht unbedeutende Belastung der Zahlungsbilanz auch von dieser Seite schließen.

auf die Allokation der Ressourcen in der griechischen Wirtschaft,auf das Volkseinkommen des Landes und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Außenhandelsstrukturen und die Zahlungsbilanz erfolgt.Insbesondere wenn untersucht werden könnte,welche Auswirkungen Direktinvestitionen für die anderen Industrien,die öffentlichen Infrastrukturausgaben und das Volkseinkommen zeitigen.[1)]

Dies sind jedoch völlig unbekannte Größen.Nachteilig wirkt sich diese Tatsache für die Entscheidungsfindung der griechischen Regierung aus.In einem stark durch den Zufluß ausländischen Kapitals geprägten Industrialisierungsprozeß, Entscheidungen über die Direktinvestitionen überwiegend nur im Hinblick auf die begrenzte Perspektive der höchstens kurzfristigen direkten Auswirkungen einer Direktinvestition auf die Außenhandelsbeziehungen zu treffen[2)], d.h. "decisions ...on the basis of partial-equilibrium analysis with ceteris paribus, (to make,Einfügung des Verfassers),when they require general-equilibrium analysis or mutatis mutandis"[3)] bedeutet einen Mangel an rationalen Kriterien.Die Entwicklungspolitik kann daher nur per Zufall günstige gesamtwirtschaftliche Auswirkungen erzielen.

---

1)s. dazu Task Force,S.258, Ch.Kindleberger,American Business Abroad:Six Lectures on Direct Investment,S.50f.,D.Avramovic,a.a.O.,S.48f.

2)Wie unrealistisch auch diese Schätzungen sind,läßt sich am Beispiel der Aluminiumindustrie zeigen,als die Regierung an Exporterlösen von 62 Mill.Dollar pro Jahr und einen Beschäftigungseffekt von ca. 4000 Arbeitsplätzen glaubte,während bis 1971 und trotz der Kapazitätserweiterungen,Exporterlöse von nicht mehr als 43 Mill.Dollar (1971) erzielt und eine Beschäftigung von 1000 Arbeitsplätzen geschafft werden konnten.

3)Ch. Kindleberger,American Business Abroad:Six Lectures on Direct Investment,S. 50f.

3.3 Die Direktinvestitionen als Instrument zur Verminderung der technologischen Abhängigkeit Griechenlands

Der Industrialisierungsprozeß eines Landes erfordert ein Minimum von wissenschaftlichen und technischen Fertigkeiten sowie ein funktionsfähiges Kommunikationssystem, damit die technischen Aktivitäten nicht voneinander isoliert und in der Form von "Enklaven" von anderen Wirtschaftsbereichen abgespalten durchgeführt, sondern darüber hinaus Prozesse und Fähigkeiten auch in anderen Bereichen der Wirtschaft beeinflußt werden. Technologischer Fortschritt kann dann zugleich Ursache und Folge eines "dynamischen" Industrialisierungsprozesses werden[1] und zur technologischen Integration[2] der Industrien miteinander sowie des Industriesektors mit den anderen Bereichen der Wirtschaft beitragen.

Unterentwicklung ist charakterisiert durch die strukturelle Unfähigkeit, die für den Entwicklungsprozeß notwendigen Investitionsgüter zu produzieren.[3] Diese Unfähigkeit, als "technologische Abhängigkeit" gekennzeichnet[4], bedeutet, daß einem Land die spezifischen Fähigkeiten fehlen, Produktions-

---

1) s. R.B.Sutcliffe, Industry and Underdevelopment (London usw. 1971), S.195f. und F.Russo, Science et Industrialisation, in: EA, Bd.21, 1968, S.21.

2) "Integrieren" bedeutet "to make a whole out of parts - that is to turn previously separate units into components of a coherent system... Integration, then, is a relationship among units in which they are mutually interdependent and jointly produce system properties which they would separately lack". K.W.Deutsch, The Analysis of International Relations (N.Yersey 1968), S.158f. Interdependenz bedeutet, daß "...the probability that a change in one of them (units, Einfügung des Verfassers)...will produce a predictable change in the other". Ebenda.

3) s. M.Merhav, Technological Dependence, Monopoly and Growth (Oxford usw. 1969), S. 30 und T.Szentes, The Political Economy of Underdevelopment (Budapest 1971), S.186.

4) M.Merhav, ebenda.

prozesse in Gang zu setzen, d.h. nicht nur Finanzierungsmittel aufzubringen, sondern auch den güterwirtschaftlichen Aspekt der Kapitalbildung zu realisieren, also zumindest einen Teil der erforderlichen Kapitalgüter selbst zu produzieren.

Technologie wird als eine der bedeutendsten Komponenten der Direktinvestition betrachtet, da sie außer den Einkommenseffekten und dem Industrieaufbaueffekt "a technological generating effect"[1] auslösen kann, welcher zur "technologischen Kapazität" des Landes beiträgt. Als "technologische Kapazität" wird die Fähigkeit definiert, wissenschaftliche und technologische Probleme lösen und Fortschritte in der Technologie erkennen, sich aneignen und ausnutzen zu können.[2]

Die Indikatoren der technologischen Abhängigkeit Griechenlands sind in mehreren Bereichen zu beobachten, insbesondere aber im hohen Anteil der Investitionsgüterimporte an den Anlageinvestitionen (s. Tab. 3.10) und in dem äußerst niedrigen Entwicklungsniveau der Maschinen- und Geräteproduktion innerhalb der verarbeitenden Industrie (s. Tab. 3.16 und 3.17 über die Anlagen der Branche).

Die griechischen Regierungen hatten bei der Förderung von Direktinvestitionen großes Gewicht auf die Übertragung

---

1) Terminologie nach J.Dunning, Studies in International Investment, S.4.

2) s. K.Pavitt, The Multinational Enterprise and the Transfer of Technology, in: J.Dunning (Ed.), The Multinational Enterprise, S.74.
R.Solo unterscheidet drei Faktoren, welche die Kapazität eines Landes bestimmen, entwickelte Technologien zu assimilieren: "1) the capacity to recognize the feasibility of attempting directly to transfer or adapt advanced technologies, 2) the capacity to adapt technology to the physical, social and economic context, and 3) the capacity to adapt social and economic conditions to the requisities of technology", in: AER/S 1966, S.92. Vgl. auch D.Blondel, Transmission internationale des innovations et Développement entrainé, in: REcon., Bd.17, 1966, insbesondere S.453ff.

von technologischen Kenntnissen und Fähigkeiten (Produktionstechniken,Management,Distributionsmethoden u.a.) gelegt, da diese noch knapper seien als Kapital in der Form von Finanzierungsmitteln.Die griechische Politik ging davon aus, daß die Direktinvestitionen einen bedeutenden Faktor zur Reduzierung der technologischen Abhängigkeit des Landes bilden würden,und zwar zum einen direkt,durch die Gründung von technologisch "progressiven" Produktionseinheiten im griechischen Wirtschaftsraum und zum anderen indirekt,durch die "externe Effekte",welche durch diese Einheiten auf die einheimischen Unternehmen ausgelöst würden; in einer Art "demonstration effect" würde sich - so nahm man an- ein Prozeß der Modernisierung und Rationalisierung des industriellen Sektors durchsetzen.Ähnliche Argumente treten immer wieder in der Argumentation über die Stellung und die Vorteile der ausländischen Direktinvestitionen in den entwicklungspolitischen Anstrengungen der Entwicklungsländer auf.[1)]

Dieses Konzept mag vielleicht innerhalb eines entwickelten Landes mit flexiblen Strukturen,reaktionsfähigen Faktoren und effizienten Anpassungsmechanismen Anwendung finden, kann jedoch auf ein Entwicklungsland nicht ohne weiteres übertragen werden,da die Bedingungen,welche die Verbreitung der "fortschrittlichen" Technologie einer Industrie auf andere Bereiche stimulieren würden nicht bzw. in unzulänglichem Maße erfüllt sind.Im folgenden wird der Versuch unternommen,auf die Bestimmungsfaktoren des "technological generating"-Effekts der Direktinvestitionen einzugehen und sie in Verbindung zum Problem der technologischen Entwicklung des Landes zu stellen,um damit die Realisierungschancen solcher positiver Auswirkungen durch die Direktinvestitionen abschätzen zu können.

---

1)s. K.Pavitt,a.a.O.,S.61ff. und J.Baranson,Technology Transfer Through the International Firm,in:AER/S 1970, S.435-440.

Das Problem der technologischen Entwicklung des Landes kann unter drei Gesichtspunkten gesehen werden:

1)Griechenland sollte möglichst schnell die Vorteile aus der Übertragung der für die Faktorproportionen des Landes effizienten Technologien erhalten;

2)Die Kosten dafür sollten möglichst gering bleiben und in jedem Falle die Vorteile nicht übersteigen;und

3)Es sollten diejenigen Faktoren und Prozesse gefördert werden,durch welche die "endogene" technologische Kapazität entwickelt werden kann,was entscheidend ist,um die technologische Abhängigkeit reduzieren zu können.[1)]

1)Die Übertragung von Technologien

Es ist hier nicht möglich,die Problematik der optimalen Technologien und deren Zusammenhang mit den zugeflossenen Direktinvestitionen zu behandeln.[2)] Zunächst fehlt uns das erforderliche Material,um auch nur begrenzte Aussagen treffen zu können.Man kann z.B. nicht zu zuverlässigen Ergebnissen kommen,wenn man nicht weiß,ob für die importierten kapitalintensiven Technologien,die möglicherweise als ungeeignet einzustufen sind,überhaupt Alternativen existieren.[3)] Deswegen wendet sich unser Interesse von diesem primären Problem ab und wird sich hauptsächlich auf die Klärung der Frage konzentrieren,welche sind die Vorteile,die das Land durch die Übertragung von Technologien erhalten kann und welche Bedingungen müssen dafür erfüllt sein,damit diese Vorteile nicht in abstracto sondern tatsächlich realisiert werden.

---

1)Vgl. S.Hymer,Direct Foreign Investment and the National Economic Interest,S.197.
2)Unter der umfangreichen Literatur s. R.B.Sutcliffe,a.a.O., S.140ff.,L.Blondel,a.a.O.,S.453ff.,B.Bonin,The Multinational Firm as a Vehicle for the International Transmission of Technology,in:G.Paquet (Ed.),The Multinational Firm and the Nation State (Ontario 1972),S.119.
3)s. R.B.Sutcliffe,a.a.O.,S.146ff.

Es kann kein Zweifel daran bestehen,daß die Direktinvestitionen die Gründung von relativ "modernen" Unternehmen in Griechenland zur Folge hatten,und daß deswegen die unmittelbare "Lücke" der Wirtschaft an Produktionsmitteln,Organisationsformen etc. für die gegründeten Industrien reduziert wurde.Die auf dieser Weise stattgefundene Übertragung von Technologien in den griechischen Raum war ein bedeutender Faktor für die Verbesserung des technologischen Niveaus des industriellen Sektors und die Direktinvestitionen können unter dem zu 1) genannten Gesichtspunkt als zielkonformes Instrument betrachtet werden.

Die Übertragung von Technologien durch Direktinvestitionen und die Gründung von technologisch "progressiven" Wirtschaftseinheiten (Firmen) sollte aber keineswegs als eine "technologische" oder "industrielle" Entwicklung interpretiert werden,da auf diese Weise eine unzulässige Gleichsetzung der Zielsetzung 1) mit der unter 3) genannten erreicht worden wäre.Entscheidend für die Interpretation ist nicht der "geonomische" sondern der "ökonomische Bereich"[1], nicht also der geographische Raum,in welchem die Unternehmen operieren,sondern ihre ökonomischen Beziehungen zu ausländischen Entscheidungszentren,von denen sie abhängig sind. Was man nämlich sinnvollerweise mit "nationaler Wirtschaft" als "ökonomischen Bereich" definiert,kann jene Einheiten nicht enthalten,welche,obwohl im "geonomischen" Bereich des Staates gelegen,den ökonomischen Plänen und Entscheidungen ausländischer Individuen und Regierungen unterliegen.[2]

---

1)Der "geonomische Bereich" wird durch Punkte,Linien,Flächen und Volumen bestimmt.Individuen,Organisationen,Objekte können in ihm enthalten und einer Lokalisierung unterworfen sein.Dagegen wird der "ökonomische Bereich" durch die ökonomischen Beziehungen zwischen Wirtschaftssubjekten bestimmt.s. F.Perroux,L'Economie du XX^{e} siècle,S.127. Die Unterscheidung zwischen diesen beiden Bereichen dient als Grundlage zur Trennung zwischen Inlands- und Inländerprodukt bzw. -einkommen.

2)s. F.Perroux,ebenda,S.138 und vgl. W.J.Feld,Nongovernmental Forces and World Politics.A Study of Business,Labor, and Political Groups (N.York usw. 1972),S.90 sowie die Ausführungen in der S.51ff. dieser Arbeit über die Charakteristika "ausländischer" Unternehmen.

Die eingeführten Technologien stehen im Eigentum und unter der Kontrolle von ausländischen Wirtschaftseinheiten.Diese Einheiten können dem Lande diese Technologien durch ihre Entscheidung jederzeit entziehen und somit irreversible negative Auswirkungen für den Industrialisierungsprozeß auslösen,da das Land keine anderen Instrumente besitzt,diese Auswirkungen zu neutralisieren.

Da der Erfolg der Direktinvestition von dem exklusiven Besitz von Technologien,Kenntnissen etc. abhängt,kann nicht erwartet werden,daß ein Interesse der ausländischen Unternehmen daran besteht,diese Kenntnisse anderen Firmen bekanntzumachen.[1] Die ausländischen Unternehmen haben im Gegenteil jedes Interesse daran,die im Zeitpunkt der Direktinvestition bestehende technologische Monopolstellung zu behalten,sodaß ihre Marktstellung nicht gefährdet wird und ihre Gewinnmöglichkeiten nicht vermindert werden.

Das schließt nicht aus,daß die ausländischen Firmen in der Verfolgung ihrer eigenen Zielsetzungen doch einen technologischen Beitrag leisten und dem volkswirtschaftlichen Interesse des Empfängerlandes dienen können.

Erstens besteht für diese Unternehmen das Motiv,einheimisches Personal auszubilden,da die Beschäftigung ausländischer Führungskräfte,auch wenn sie erlaubt ist,kostspielig ist.Ausbildung von Führungspersonal und "learning by doing" der beschäftigten Arbeitskräfte tragen zur Qualitätsverbesserung des Arbeitskräftepotentials und somit zu höherer Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit bei.

Informationen über die Ausbildung von einheimischen Arbeitskräften durch ausländischen Firmen liegen kaum vor.Es hat den Anschein,daß eine sehr kleine Zahl von Großunternehmen

---

1)s. H.G.Johnson,The Multinational Corporation as an Agency of Economic Development:Some Exploratory Observations,in: B.Ward et al.(Eds.),a.a.O.,S.244 und J.Dunning,Studies in International Investment,S.321.

Lehrwerkstätten zur Ausbildung ihrer eigenen Arbeitskräfte errichtet haben und somit zur Erhöhung der Qualität der griechischen Arbeitskräfte beitragen. Mehrere ausländische Firmen beschäftigen jedoch auf Grund der ihnen erteilten Genehmigung eine relativ kleine Zahl ausländischer Fachkräfte.[1] Sofern dieses Personal auf die Dauer Schlüsselpositionen in diesen Unternehmen innehat, vermindert sich der Ausbildungseffekt der Direktinvestitionen für das Land, da die spezielle Bedeutung der technologischen Ausbildung gerade im Zugang des griechischen Personals zu den komplexen und strategischen Aufgaben der Firma besteht.

Schwierig ist es auch, Aussagen über die Bedeutung der Beschäftigung einheimischer Führungskräfte zu treffen. Die Untersuchung von Führungskräften von 110 industriellen Aktiengesellschaften läßt erkennen, daß über die Hälfte der Vorsitzenden Ausländer sind, während der Verwaltungsrat dieser Unternehmen zum größten Teil aus Griechen besteht (s. Tab. 3.11). Man kann auch sehen, daß je höher die ausländische Beteiligung am Aktienkapital der Unternehmung ist, desto häufiger werden diese Unternehmen von Ausländern geleitet. Dieses Zahlenmaterial sagt jedoch wenig über die wirkliche Entscheidungsmacht und Kompetenz dieser Personen aus. Wichtig dabei ist, ob die Entscheidungsdezentralisierung im multinationalen Unternehmenskomplex derart gestaltet ist, daß der Handlungsspielraum dieser Führungskräfte von der jeweiligen Muttergesellschaft hinreichend erweitert wird, sodaß eine Entwicklung ihrer Entscheidungsfähigkeiten sowie die Berücksichtigung griechischer Interessen erwartet werden können.[2] Da solche Informationen nicht verfügbar sind, kann wenig

---

1) In der Aluminiumindustrie z.B. bilden sie ca. 10% aller Beschäftigten der ausländischen Unternehmung, d.h. etwa 100 Leute.

2) Daß dabei einer solchen Entscheidungsautonomie der Tochterunternehmen absolute Grenzen gesetzt werden und mehr oder weniger ein sich aus der Natur der multinationalen Gesellschaft hierarchisch strukturiertes Kontrollsystem ergibt, wurde im Kapitel 2.7.2 gezeigt.

über diesen Aspekt gesagt werden.[1)]

Während jedoch die Ausbildung einheimischer Arbeitskräfte und einheimischen Führungspersonals eine notwendige Bedingung des Beitrags einer Direktinvestition darstellen,reichen sie gleichwohl nicht aus,um ohne weiteres von einem Vorteil für das Land sprechen zu können.Die fundamentale Voraussetzung dafür ist,daß die erhöhte Produktivität des oberen und unteren Personals nicht von den ausländischen Firmen ausgenutzt wird,sondern sich in Form höherer Reallöhne,niedriger Produktpreise und/oder höherer Steuereinnahmen aus den erzielten höheren Gewinnen ausdrückt.[2)]

Wir besitzen keinerlei Information über die Lohnstruktur der ausländischen und der inländischen Unternehmen.Was die anderen beiden Faktoren betrifft,so hängen preissenkende Effekte von der Wettbewerbsintensität in der Wirtschaft ab[3)], während die erheblichen Steuerprivilegien,welche von der griechischen Regierung gewährt worden sind eine höchst begrenzte Beteiligung des Inlands an den Vorteilen der Direktinvestitionen vermuten lassen.

---

1)J.Behrman betrachtet die Verwendung einheimischer Manager in ausländischen Unternehmen als ein taktisches Instrument multinationaler Gesellschaften für die Verbesserung ihres "Image" im Anlageland und ohne große Bedeutung für das Empfängerland selbst,in:U.S. International Business and Governments,S.105ff. und A.E.Safarian bezweifelt sogar "...whether minority shareholders and resident directors would in fact represent "the Canadian interest"...What is good for the minority shareholders may or may not be good for Canada",in:Foreign Ownership and Control of Canadian Industry,zitiert nach J.Behrman,ebenda,S.108f.

2)Vgl. H.G.Johnson,The Efficiency and Welfare Implications of the International Corporation,S.44 und Task Force,S.67.

3)Auf die monopolistische Marktstruktur der griechischen Industrie und die Marktstellungen der ausländischen Firmen wird im Kapitel 3.4.4 der Arbeit eingegangen.

Zweitens hängt der "technologische Beitrag" der Direktinvestitionen von dem Maße ab,in dem fortgeschrittene Technologien in anderen Industrien verbreitet werden können. Der Mechanismus,wodurch diese Übertragung stattfinden kann, besteht einmal aus den Wettbewerbsverhältnissen in den Industrien,in welchen technologisch fortgeschrittene ausländische Unternehmen gegründet werden[1] und zum anderen aus den "Input-Output-Beziehungen" der ausländischen Unternehmen zu anderen einheimischen Firmen.[2]

Die Wirkungsmöglichkeiten des ersten Mechanismus sind begrenzt,weil die griechischen Regierungen Direktinvestitionen in bestehenden Aktivitätsfelden in begrenztem Umfang erlaubt haben und weil die wichtigsten Direktinvestitionen eine "neue" Tätigkeit bedeuteten.Abgesehen aber davon setzt der Wettbewerb die Existenz von Informationsströmen voraus, d.h. den freien Zugang der einheimischen Unternehmen zu den technologischen Kenntnissen und Vorteilen des ausländischen Investors.[3] Dies aber kann gerade für ein Entwicklungsland nicht erwartet werden,in welchem Direktinvestitionen in vielen Bereichen mit einer Überlegenheit und einem technologischen Monopol des ausländischen Investors gekoppelt sind.Diese Technologien sind ferner in vielen Fällen auf Grund hoher Finanzierungskosten oder weil die Enge des Binnenmarktes keine zusätzliche Kapazitäten erlaubt von inländischen Firmen nicht erreichbar.Auch wenn dies nicht der Fall ist,haben einheimische Unternehmen i.d.R. Lizenzgebühren für technologische Verfahren und Kenntnissen an ausländischen Firmen zu bezahlen,oder sogar eine ausländische Beteiligung zu akzeptieren,da öfters technologisches "Know-How" von ausländischen Firmen nur unter der Bedingung

---

1) s. A.K.Cairncross,The International Transfer of Technology, in:J.D.Theberge (Ed.),Economics of Trade and Development (N.York usw. 1968),S.417.
2) Vgl. H.G.Johnson,The Multinational Corporation as an Agency of Economic Development,S.245 und Task Force,S.67.
3) s. A.K.Cairncross,ebenda.

einer gleichzeitigen Kapitalbeteiligung an inländischen Unternehmen gewährt wird.[1] Freier Zugang existiert also unter solchen Bedingungen nicht; der Zugang ist mit solchen Kosten verknüpft, die die inländische Firma in einer nachteiligen Situation gegenüber ausländischen Unternehmen bringen.

Die "Input-Output-Beziehungen" bestehen entweder "nach vorn", also zu den Unternehmen, welche die Produkte der ausländischen Firma beziehen oder "nach hinten", zu den Zuliefern der ausländischen Unternehmung. Positive Auswirkungen werden ausgelöst, wenn die ausländischen Firmen aus eigenem Interesse ihren Kunden das notwendige technologische "Know-How" liefern, sodaß ihre Produkte effizienter verwendet werden, oder ihren Zuliefern die Technik vermitteln, mit der sie Produkte höherer Qualität als zuvor erzeugen können.[2] In diesen Fällen fördert das private Interesse und die Profitmotivation das volkswirtschaftliche Interesse; Angebotsengpässe können beseitigt werden, Produktion und Verteilung der Güter können verbessert und infolgedessen kann der Entwicklungsprozeß gefördert werden.

Inwiefern jedoch solche "linkages" zwischen ausländischen und inländischen Unternehmen in Griechenland bestehen, wie groß also der "Integrationsgrad"[3] der ausländischen Unternehmen ist und ob solche Effekte tatsächlich stattfinden

---

1) s. J.Baranson, a.a.O., S.438, A.Bohrisch, a.a.O., S.39 und Special Report on Foreign Owned Firms in Japan (Tokyo 1969), S.8 sowie W.J.Feld, a.a.O., S.51.
Es kann sogar vorkommen, daß einheimische Firmen, die sich von der Konkurrenz der ausländischen Unternehmen bedroht sehen, ihre Marktstellung durch den Ankauf von Patenten oder durch die Erhaltung einer ausländischen Beteiligung verteidigen müssen, was eine Erhöhung des ausländischen Einflusses in der Wirtschaft zur Folge hat.

2) s. H.G.Johnson, The Multinational Corporation as an Agency of Economic Development, S.245f.

3) Als möglicher Maßstab des Integrationsgrades oder auch "Eingliederung" der ausländischen Unternehmung wird der Anteil der im Inland beschafften Inputs (Vorleistungen, Materialien etc.) an den gesamten Vorleistungen für ihre Tätigkeit vorgeschlagen. s. A.O.Hirschman, The Strategy of Economic Development (N.Haven 1959), S.104f. und P.G. Hastedt, Deutsche Direktinvestitionen in Lateinamerika (Göttingen 1970), S.177f. und A.Bohrisch, a.a.O., S.18.

ist unzureichend bekannt. Die Zunahme der Importe für Investitions- sowie für Zwischengüter und Rohstoffe, die Hand in Hand mit der Expansion des Industriesektors geht, die Neigung ausländischer Unternehmen, Vorprodukte aus ihrem Unternehmenskomplex zu beziehen und der systematische Abbau aller Zollbelastungen für Güter, welche in die Produktion von Exporterzeugnissen eingehen, sind jedoch Faktoren, die zur Unterbindung der möglichen Rückkopplungsmechanismen und der "linkages" zwischen den Industrieunternehmen führen und den "Integrationsgrad" der ausländischen Firmen wenig fördern.

2) Die Kosten der ausländischen Technologien

Die Kosten der griechischen Wirtschaft für die Übertragung ausländischer Technologien durch die Direktinvestitionen setzen sich zusammen aus : a) dem Devisenbetrag, der für die Einfuhr technologisch fortgeschrittener Investitionsgüter und Vorprodukte erforderlich ist und die Zahlungsbilanz belastet, b) den Kosten, die dadurch entstehen können, daß die Anwendung kapitalintensiver Technologien wegen der Enge des Marktes zu Überschußkapazitäten und zu einer uneffizienten Produktionsstruktur führt, da z.B. der relativ niedrige Produktionsumfang es nicht erlaubt, die fixe Kosten auf eine große Zahl von Produkten zu verteilen[1] und c) den Lizenzgebühren und sonstigen Beträgen, die den Muttergesellschaften von ihren Firmen in Griechenland bezahlt werden müssen.

Keine dieser Größen konnte quantitativ erfaßt werden.[2] Auch wenn solches Material verfügbar wäre, könnten die Schwierigkeiten einer Nutzen-Kosten-Analyse des Technologietransfers der Direktinvestitionen kaum überwunden werden.

---

1) s. dazu B. Bonin, a.a.O., S. 114 und D. Blondel, a.a.O., insbesondere S. 448ff.

2) Von Bedeutung dabei ist, daß es zu einer Doppelbelastung des Landes kommen kann. Einerseits wird nämlich das Land durch die Lizenzgebühren etc. belastet, während andererseits oft die Kosten dieser Technologien in den Preisen für importierte Maschinen, Materialien etc. aus der Muttergesellschaft enthalten sind. s. dazu U. Nations, Foreign Investment in Developing Countries (N. York usw. 1968), S. 31. Die Folge davon ist, daß weniger Kapitalressourcen im Land bleiben, die Steuereinnahmen vermindert werden und die Zahlungsbilanz belastet wird.

Von viel größerer Bedeutung sind jedoch die "indirekten" Kosten, die von der griechischen Wirtschaft getragen werden. Hiermit kommen wir auch zum dritten Gesichtspunkt, also zur Problematik der endogenen Entwicklung von Technologien und somit der Reduzierung der technologischen Abhängigkeit des Landes, die zum Kern des Entwicklungsprozesses gehört.

3) Die Entwicklung der einheimischen technologischen Kapazität

Das Problem der selbständigen technologischen Entwicklung kann nicht unabhängig von der gesamten Industrialisierungspolitik des Landes behandelt werden. Die Direktinvestitionen hier isoliert zu betrachten, bedeutet den aus der Interaktion mehrerer Faktoren festzustellenden Endeffekt monokausal erklären zu wollen.

Es wurde bereits geklärt, daß die Übertragung von Technologien per se nicht mit "technologische Entwicklung" gleichzusetzen ist. Vorteile im Sinne der technologischen Entwicklung bestehen nur in dem Ausmaß, in dem sich Inländer das in diesen Technologien eingeschlossene Wissen angeeignet haben. Die technologische Entwicklung besteht nicht in der physischen Anwesenheit von Maschinen und von Betrieben, welche nur durch die gleichzeitige Anwesenheit von Ausländern effizient funktionieren können, sondern "in...the intellectual conception of possibilities to combine inputs of factors... in order to achieve an output of products, defined in terms of quality and quantity, (d.h.) not only the engineering aspects of production, but also the economic and organizational aspects of the operations of a firm, including management and marketing activities".[1)]

Durch den Import von Technologien, sei es in der Form von Investitionsgüterimporten, Lizenzverträgen oder Direktinvestitionen, Technologien also, die nicht das Ergebnis eines endogenen Prozesses darstellen, bleibt ein für den Entwick-

---

1) I. Svennilson, Technical Assistance: The Transfer of Industrial Know-How to Non-Industrialized Countries, in: K. Berrill (Ed.), Economic Development with Special Reference to East Asia (London 1964), S. 405.

lungsprozeß strategischer Faktor unrealisierbar:der als "technologische Kapazität" bezeichnete "Output",der neben dem "Endprodukt" eines industriellen Produktionsprozesses die technologischen Fähigkeiten der produzierenden Unternehmung und Wirtschaft bestimmt und fördert.[1)]

Die Politik der Entwicklung von technologisch fortgeschrittenen Industrien (Chemie,Maschinen,Elektrogeräte etc.) durch Direktinvestitionen hatte die Dominanz ausländischer Unternehmen in diesen Bereichen zur Folge.Die ausländischen Tochtergesellschaften decken aber ihren technologischen Bedarf aus den Forschungsergebnissen ihrer Muttergesellschaften,was die Errichtung von Forschungszentren im Lande überflüssig machte.Die Zuflucht der einheimischen Unternehmen entweder zu ausländischen Lizenzen oder in einer engeren Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen in der Form von "Joint Ventures" und die Sanktionierung dieses Verfahrens durch die Regierungspolitik haben diese Tendenz verstärkt und den Druck auf einheimische Anstrengungen reduziert.[2)]Dies hatte zur Folge,daß die Industrie,die sich als ein Zentralfaktor für die Förderung der Forschung und der technologischen Entwicklung in anderem Ländern erwiesen hat,in Griechenland in diesem Bereich kaum aktiv gewesen ist.[3)]

---

1)s. N.Rosenberg's kritische Bemerkungen zu S.Hirsch,a.a.O., S.72 und I.Svennilson,a.a.O.,S.408.

2)Ähnliche Phänomene wurden auch in anderen Ländern beobachtet,in welchen die Direktinvestitionsauswirkungen in diesem Bereich untersucht wurden.s. Task Force für Kanada, S.97,mit der Ansicht,daß die Vernachlässigung eigener Initiativen dazu führt,daß "...Canada will be independent in terms of ownership but not in terms of innovative capacity",S.239.
Nach E.Kaufer,Patentrecht und Konzentration,in:H.Arndt (Hrsg.),Die Konzentration in der Wirtschaft (Schriften des Vereins für Socialpolitik,N.F. Bd.20,Berlin 1971) "Patente spornen kaum oder höchstens in schwacher Weise die Aktivität in den unsicheren Stufen des Forschungs- und Entwicklungs-Spektrums an.",S.722. Vgl. auch P.W.Fischer, a.a.O.,S.98f. und M.S.Wionczek,Lateinamerika und das ausländische Kapital (Hamburg 1969),S.66.

3)s. dazu "Verband Griechischer Industriellen",Die wissenschaftliche Forschung in Griechenland,in:"Express" von 5.7.1972 (orig.gr.).

Wie aus einigen Untersuchungen hervorgeht[1], besteht keine nennenswerte Forschungsaktivität in Griechenland, weder im privaten noch im öffentlichen Sektor. Dies trifft nicht nur für den Bereich der Grundlagenforschung und der Entwicklung endogener Innovationsprozesse zu, sondern auch für den Bereich der Imitation und/oder Anpassung der eingeführten Technologien an den lokalen Verhältnissen, was für die einheimische technologische Entwicklung ebenfalls eine große Rolle spielen könnte.

Da der Bedarf des Landes hauptsächlich durch den Import ausländischer Technologien, in Form von "Experten", Investitionsgüterimporte, Direktinvestitionen, Lizenzen etc. gedeckt wird, besteht die technologische Abhängigkeit unvermindert fort, wenn auch unter subtileren Erscheinungsformen[2]. Denn um die gegründeten Industrien und das Industriewachstum aufrechterhalten zu können, ist das Land in steigendem Maße für Investitionsgüter, Vorprodukte, Know-How und komplementären Direktinvestitionen auf das Ausland angewiesen, ohne daß es Anzeichen für verbesserte endogene technologische Kapazität gäbe.

Eins der wichtigsten "Nebenprodukte" dieser Situation ist die Tatsache, daß es keine ausreichende Beschäftigungs-

---

1) s. Bericht des "Verbands Griechischer Industriellen" über die wissenschaftliche Forschung in Griechenland, abgedruckt in: "Express" von 5.7.1972 sowie Fünfzehnjähriges Entwicklungsprogramm (abgedruckter Auszug in: "Express" von 30.9.1972)(orig.gr.).

2) Wie D. Blondel zeigt, wenn zwei Firmen A und B in derselben Industrie tätig, aber in verschiedenen Staatsgebieten ansässig sind, und wenn B sich darauf beschränkt, ständig durch Vertrag mit A das Benutzungsrecht der von A entwickelten Technologien zu erhalten, ohne eine Anstrengung zu machen, selbst nennenswerte Forschung zu treiben, dann verwandelt sich B allmählich zu einer quasi Filiale von A. Es folgt, daß das gesamte Potential der Grundlagenforschung sich in einem einzigen Gebiet konzentriert. Die Kontrolle über die Richtung des technischen Fortschritts in dieser Industrie nimmt im Gebiet von B in progressiver Weise ab. D. Blondel, a.a.O., S.460.

möglichkeiten für Wissenschaftler und Ingenieure in Griechenland gibt,mit der Folge,daß eine starke Auswanderung dieser Berufsgruppen festzustellen ist.In einer Untersuchung über das "Brain-Drain" griechischer Wissenschaftler und Ingenieure wurde festgestellt,daß im Zeitraum von 1961 bis 1965 von allen neu ausgebildeten Wissenschaftlern im Durchschnitt 14,3% ausgewandert sind;bei den Ingenieuren, Architekten und ähnlichen Berufen waren es jedoch 34,6%, bei den Physikern,Chemikern,Geologen,Biologen u.a. 27,3% und bei den ärztlichen Berufen 25,2%.[1)]

Das paradox dieser Situation besteht darin,daß Griechenland die Kosten der Importe,der Direktinvestitionen und des ausländischen Know-How zu tragen hat,während die Produktion dieser technologischen "Outputs" im Ausland durch die Ausbildung auswandermder Wissenschaftler,die endgültig für die Industrialisierungsbedürfnisse des Landes verloren gehen,subventioniert wird.Daß dies der billigste Weg zur Industrialisierung ist und ein effizientes Instrument zur Reduzierung der technologischen Abhängigkeit des Landes darstellt,wäre von den Anhängern dieser Politik zu beweisen.

---

1)s. G.Coutsoumaris,Greece,in:W.Adams (Ed.),The Brain Drain (N.York usw. 1968),S.166-182. s. auch zur Rolle Griechenlands als eines der größten Exporteure von "human capital" in:The International Migration of High-Level Manpower. Its Impact on the Development Process (The Committee on the International Migration of Talent (N.York usw. 1970), S. 262f.,303,574 und 672.

3.4 Die Direktinvestitionen im Industriesektor

3.4.1 Zur Motivation der industriellen Direktinvestitionen

Die Entscheidung ausländischer Unternehmen,in Griechenland direkt zu investieren,wird von einer Vielzahl von Faktoren bestimmt,die die Motivationsstruktur dieser Unternehmen bilden.Die folgende Darstellung einzelner Motive ist nur als eine Vereinfachung zu betrachten,da sie weder ausschöpfenden Charakter hat,noch kann sie die Interdependenz der einzelnen Motive zueinander aufzeigen;sie beschränkt sich darauf,diejenigen Faktoren hervorzuheben,die als wichtige Elemente der Motivationsstruktur der ausländischen Investitionsentscheidung betrachtet werden dürften.Es handelt sich um folgende Faktoren:

1)Der wachsende Binnenmarkt im Zusammenhang mit den erheblichen Wettbewerbsvorteilen ausländischer gegenüber inländischen Unternehmen oder geneuer der weitgehend fehlende Wettbewerb,wodurch im allgemeinen höhere Gewinne erwartet werden können;

2)das Vorhandensein eines billigen Arbeitskräftepotentials;

3)das Vorliegen bestimmter Rohstoffe,die wichtig für die Versorgung,die Tätigkeit und die internationale Marktstellung eines multinationalen Unternehmenskomplexes sind (vertikale Direktinvestitionen);und

4)die Stellung des Landes im Mittelmeergebiet und seine gute Beziehungen zu den Ländern des Nahen Ostens.

1)Bei Direktinvestitionen,die mit dem Ziel vorgenommen wurden,die günstige Marktlage im Anlageland auszunutzen, sind zwei voneinander verschiedene Einzelmotive zu unterscheiden,die aber oft gleichzeitig bestehen dürften:

a)der Versuch,in einen wachstumsfähigen Markt zu treten oder bestehende Marktanteile zu vergrößern (positiver Typ der Direktinvestition),und

b)der Versuch,eine bestehende Marktstellung gegen potentielle oder bestehende Konkurrenten zu sichern (defensiver Typ der Direktinvestition).[1)]

Für die ausländischen Firmen,die einen bedeutenden Teil des griechischen Marktes über Importe belieferten,bestand ein Interesse daran,diesen Markt weiter versorgen zu können.Direktinvestitionen scheinen an Bedeutung zugenommen zu haben, um einen rechtzeitigen Zugang zu Märkten mit hohen Wachstumschancen zu erlangen und den Absatz auf diesen Märkten zu sichern.[2)]Hinzu kommt bei manchen Produkten die Notwendigkeit,in der Nähe des Absatzmarktes zu produzieren und zu verkaufen und gleichzeitig einen besseren Service anzubieten,um die Marktposition zu halten oder auszubauen,insbesondere wenn die Gefahr besteht,daß sonst einheimische oder andere ausländische Unternehmer diesen Schritt tun und die daraus resultierenden Vorteile genießen würden.Eine frühzeitige Präsenz in der sich entwickelnden griechischen Wirtschaft hatte mehrere Vorteile,und zwar vor allem die folgenden:

Erstens wurde in der Regel der neuen Industrie von der Regierung ein hoher "infant industry"-Schutz gewährt.Die Kontrolle der Unternehmensinvestitionen durch das bestehende Genehmigungsverfahren erlaubt es der Regierung,die Gründung neuer Unternehmen in den einzelnen Industrien zu kontrollieren.Dies führte öfters dazu,daß die ausländischen Investoren,besonders wenn sich die Regierung in Devisenschwierigkeiten befand und/oder wenn es sich um bedeutende Projekte handelte,eine gesetzliche Garantie für eine temporäre Monopolstellung erhielten,die sich auf einen Zeitraum von bis neun Jahren erstreckte.

---

1)Zur Unterscheidung zwischen diesen beiden Typen von Direktinvestitionen s. F.Stubenitzky,a.a.O., S.9. In der deutschen Literatur sind die Begriffe "Wachstumsmotiv" und "Sicherungsmotiv" der Direktinvestitionen zu finden. s. D.Haubold,Direktinvestitionen und Zahlungsbilanz (Hamburg 1972),S.57.

2)Vgl.Handelskammer Hamburg,Deutsche Direktinvestitionen im Ausland.Motivation,Entwicklung,Förderung (Hamburg 1969),S.18f. und 20.

Im allgemeinen läuft die griechische Politik darauf hinaus, Endprodukte, insbesondere Konsumgüter die importiert wurden, stark zu belasten, während Rohmaterialien, Halbfabrikate etc. relativ niedriger belastet wurden, damit die Produktion der Endgüter im Inland gefördert werden könnte (Importsubstitution). Da eine solche Politik dazu führen könnte, daß inländische Unternehmen in diesen Produktfeldern tätig wurden, dürften viele Direktinvestitionen als Reaktion auf diese Gefahr vorgenommen worden sein und die Gründung von "tariff factories" zur Folge gehabt haben. Die technologische, organisatorische, Markt- und Marketingkenntnisse der ausländischen Unternehmen und ihre Exporterfahrungen im griechischen Markt sind Faktoren, die ihnen eine Überlegenheit gegenüber einheimischen potentiellen Produzenten erteilten. Da es sich sogar i.d.R. um Güter handelte, die vorher im Inland gar nicht produziert wurden, so konnte der ausländische Investor mit einer Monopolstellung rechnen.

Zweitens, trotz der Wachstumsraten des Binnenmarktes sind mehrere Industriemärkte als eng zu charakterisieren. Dies bedeutet, daß die Errichtung nur einer Unternehmung bzw. nur weniger Produktionseinheiten ökonomisch möglich ist, sodaß sich technologisch bedingte Monopol- bzw. Oligopolstellungen herausbilden.[1] Auch wenn andere Unternehmen später nachfolgen wollen und in den Markt einzudringen versuchen, werden sie es mit einem starken Konkurrenten zu tun haben.

Ein besonderer Faktor, der die marktpolitisch orientierte Investitionsentscheidungen der ausländischen Unternehmen beeinflußt haben dürfte, ist die Assoziierung Griechenlands an die EWG. Für Länder nämlich, die nicht zur EWG gehören, vor allem die USA, bedeutete der griechische Assoziierungsvertrag eine potentielle Gefahr für ihre Marktstellung. Die

---

1) s. dazu Kapitel 3.4.4 dieser Arbeit.

USA sind einer der bedeutendsten Handelspartner des Landes gewesen. Die zollfreie Einfuhr von Gütern, die aus der EWG stammen, nach Griechenland, bedeutete eine relative Benachteiligung der US-Exporte im Land und langfristig eine Verminderung ihrer Marktstellung, es sei denn, daß die griechischen Zollschranken gegenüber allen Ländern, also nicht nur gegenüber der EWG, gleichmäßig abgebaut würden. Direktinvestitionen stellten für US-Firmen ein Instrument dar, um ihre Marktstellung gegenüber Unternehmen anderer Staaten nicht abschwächen zu lassen.

Im Gegensatz zu den Investitionen aus Nicht-EWG-Ländern scheint es nicht, daß die EWG-Assoziierung selbst eine positive Wirkung für Investitionen aus EWG-Ländern gehabt hat, wie die griechischen Regierungen es gehofft hatten. Es wurde gezeigt, daß die Direktinvestitionen aus EWG-Ländern auf sehr niedrigem Niveau geblieben sind (s. Tab. 2.5 und 2.9). Für diejenigen Investitionen, die realisiert wurden, sind wiederum Marktmotive oder die unter 2) und 3) noch auszuführenden Motive ausschlaggebend gewesen.

2) Eine geringe Zahl von Direktinvestitionen ist auf die sogenannte "Worldwide Sourcing"-Politik[1] multinationaler Konzerne zurückzuführen; angesichts der steigenden Löhne in den Industrieländern ist in den letzten sechziger Jahre eine Tendenz zu beobachten, arbeitsintensive Produktionsprozesse in Niedriglohn-Entwicklungsländer zu verlagern.[2] Die Zerlegung komplexer Arbeitsvorgänge in einzelnen Aktivitäten und deren räumliche Verteilung zwischen den verschiedenen Tochterunternehmen ermöglicht es, die billige Arbeitskräfte eines Landes für die arbeitsintensiven Produktionsphasen auszunutzen, während technologisch "komplexere" Produktionsphasen weiterhin von den Produktionseinheiten in den Industrieländern unternommen werden.

---

1) Zur Grundlegung des Begriffs s. G. Adam, New Trends in International Business: Worldwide Sourcing and Dedomiciling, in: Acta Oeconomica, Bd. 7, 1971, S. 349-367.

2) Ebenda und ders., Some Implications and Concomitants of Worldwide Sourcing, in: Acta Oeconomica, Bd. 8, 1972, S. 309ff. und J. Leontiades, International Sourcing in the LDC's, in: Columbian Journal of World Business, Nov.-Dec. 1971, S. 19ff.

Das Motiv bei der Gründung von Betrieben dieser Art - sogenannte "Satellitenbetriebe"(satellite plants)[1]- besteht nicht darin,in den Binnenmarkt des Entwicklungslandes einzudringen,sondern die Marktposition in den Industrienationen zu verfestigen bzw. auszubauen.

In Griechenland[2] sind solche Investitionen insbesondere im Bereich der Textil-,Bekleidungs-,Lederverarbeitenden-, Elektrogeräte- und Metallwarenindustrie zu beobachten.Die ausländischen Firmen können den Vorteil der billigen Arbeitskräfte[3] bei einem Minimum von Integration[4] mit der Volkswirtschaft ausnutzen ; als Export-, eventuell auch als Provinzunternehmen,erhalten diese Firmen alle Anreize und Subventionen,die von der Regierung solchen Unternehmen eingeräumt worden sind.[5]

3)Das Motiv der vertikalen Direktinvestitionen[6] scheint darin zu liegen,durch Sicherung wichtiger Rohstoffquellen und Kontrolle über Preis,Qualität,Quantität und Zeitpunkt der Lieferung dieser Güter oligopolistische Unsicherheit zu reduzieren und Markteintrittsbarrieren aufzustellen.[7] Wenn nämlich in einem

---

1)Terminologie nach J.Leontiades,a.a.O.
2)Der durchschnittliche Monatslohn in der Industrie liegt bei etwa 350 bis 400 D.M. für Männer und bei 260 bis 300 D.M. für Frauen.
3)In ihrer "Bemühung" das Lohnniveau so niedrig wie möglich zu halten hat die griechische Regierung sogar afrikanische Arbeitskräfte einführen lassen.s. S.21f. dieser Arbeit.
4)Diese Unternehmen haben die Erlaubnis,alle Vorprodukte, welche für ihre Produktion nötig sind,zollfrei aus dem Ausland einzuführen.Beziehungen zu inländischen Unternehmen sind also auf ein Minimum reduziert.
5)Vgl. S.40ff. dieser Arbeit.
6)Terminologie nach R.Caves,a.a.O.,S.10f. Vgl. auch S.Hymer, Direct Foreign Investment and the National Economic Interest,S.195f. und J.Dunning,The Multinational Enterprise: The Background,S.21. Als vertikal werden diejenigen Direktinvestitionen bezeichnet,die zum Nachfügen Vor- und/oder Nachstufen der primären Tätigkeiten einer Firma führen.
7)s. R.Caves,a.a.O.,S.10f.

Bereich eine hohe internationale Anbieterkonzentration (Oligopolstrukturen) herrscht, die Rentabilität der Investitionen in großem Maße von den erwarteten Rohstoffpreisen abhängt und wenn es um große Investitionen handelt, können Unsicherheitsfaktoren eliminiert werden, wenn eine Kontrolle über die versorgende Rohstoffproduktion erzielt werden kann. Zugleich können dadurch Markteintrittsbarrieren gegenüber neuen Anbietern aufgestellt werden.[1] Dieses Motiv dürfte für die ausländischen Direktinvestitionen in der Alumina- und Aluminiumindustrie sowie im Bergbau ausschlaggebend gewesen sein.

4) Schließlich mag für eine Zahl ausländischer Unternehmen die geographische Lage des Landes eine Rolle gespielt zu haben, daß also Griechenland relativ nah an den arabischen Ländern des Nahen Ostens liegt und insbesondere, daß es gute Beziehungen zu diesen Ländern unterhält. Es scheint nämlich, daß Firmen bestimmter Länder, insbesondere der USA und Frankreichs es vorziehen, über eine Tochtergesellschaft, welche dann unter der griechischen Nationalität operiert, ihre Exportgeschäfte mit diesen Ländern zu tätigen. In Griechenland sind in diesen Fällen meistens Endfertigungsbetriebe gegründet worden, in welchen Produkte in Teilen eingeführt und montiert werden, um sie dann in den Nahe-Osten-Ländern exportiert zu werden.

---

1) s. R. Caves, a.a.O., S. 10f.

3.4.2 Differenzierung in der Zusammensetzung der industriellen Produktion

Industrialisierung ist dadurch gekennzeichnet, daß sie zu einer zunehmenden Spezialisierung der Industrien und zu einer Zunahme in der Zahl der Produktionstätigkeiten im Lande führt. Industrialisierung bedeutet also einerseits die Verminderung der Zahl der Aktivitäten, die von einer einzigen Firma durchgeführt werden sowie die Zunahme in der Zahl der Firmen im industriellen Produktionsprozeß.[1] Die Spezialisierung der einzelnen Firmen fördert also den interindustriellen Austausch, der für die Produktion eines Endprodukts erforderlich ist.[2] Andererseits ist Industrialisierung von Änderungen in der Produktionsstruktur gekennzeichnet; der Beginn neuer Tätigkeiten hat eine Diversifizierung der Produktionsstruktur in zweierlei Weise zur Folge. Einmal ist eine Zunahme in der Zahl der Produktionstätigkeiten innerhalb der einzelnen Industriebranchen zu beobachten. Zum anderen dürfte eine Veränderung des Verhältnisses zwischen Konsum-, Zwischen- und Investitionsgüterindustrien stattfinden.[3]

Eine Strukturveränderung, die im Sektor der verarbeitenden Industrie Griechenlands in der Periode von 1958 bis 1969 zu verzeichnen war, bestand darin, daß mit der Produktion neuer Güter begonnen wurde, insbesondere solcher, die früher hatten eingeführt werden müssen (importsubstituierende Industrien). Dieser Prozeß führte zur Transformation der Produktionsstruktur des industriellen Sektors sowie zu einer grundlegenden Veränderung der Strukturbeziehungen zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren (vgl. Tab. 1.2 und 3.12-13).

---

1) s. E. Ames-N. Rosenberg, The Progressive Division and Specialization of Industries, in: Purdue Faculty Papers in Economic History (Homewood, Illinois 1967), S. 354.
2) Ebenda.
3) Vgl. S. 14 dieser Arbeit.

Während 1958 67,2% der industriellen Wertschöpfung auf die Konsumgüterindustrien, 10,8% auf die Zwischengüterindustrien und 22,0% auf die Investitionsgüterindustrien entfallen waren, betrugen diese Anteile im Jahre 1969 48,2%, 20,6% und 31,2% (vgl. Tab. 3.12). Der Anteil der Zwischen- und Investitionsgüterindustrien stieg also innerhalb von elf Jahren von 32,8% auf 51,8% und führte zu einer gewissen Diversifizierung der industriellen Produktionsstruktur des Landes.

Innerhalb der Zwischen- und Investitionsgüterindustrien zeigt es sich eine sehr ungleichmäßige Entwicklung der einzelnen Industriebranchen. Unter den Zwischengüterindustrien hat sich insbesondere der Anteil der chemischen und erdölverarbeitenden Branchen (ISIC 31-32) erheblich erhöht. Unter den Investitionsgüterindustrien ist ein wesentlicher Aufstieg der Branchen der Nichtmetallischen Mineralien und der Metallindustrie (ISIC 33-34) zu beobachten, der auf die andauernd hohe Tätigkeit im Bausektor und auf den Aufbau der Aluminiumindustrie zurückzuführen ist. In der Gruppe der Papierindustrie und des Druckgewerbes (ISIC 27-28) und der Metallwaren-, Maschinen- & Geräte-, Elektrogeräte- und Transportmittelindustrie (ISIC 35-38) sind dagegen geringfügige Änderungen zu verzeichnen.

Die Strukturveränderungen innerhalb der verarbeitenden Industrie sind zu einem bedeutsamen Teil darauf zurückzuführen, daß ausländische Unternehmen in einer Reihe von Industrien gegründet wurden. Da die meisten dieser Industrien bis dahin unbedeutend bzw. nichtexistent waren, bedeutete die Gründung einiger Produktionseinheiten und/oder die Erweiterung einiger bestehenden Unternehmen durch die Durchführung von Direktinvestitionen einen wichtigen Einfluß sowohl auf die Zusammensetzung, als auch auf die Wachstumsraten der Industrieproduktion.[1] Es handelte sich dabei hauptsächlich

1) Vgl. Bank von Griechenland, Die griechische Wirtschaft im Jahre 1970 (Athen 1971), S.42f. (orig.gr.).

um eine kleine Zahl von Großunternehmen, welche die Entwicklung der Aluminium- und Alumina-, Eisenschaffenden-, Reifen-, Erdölverarbeitenden-, chemischen, Holzverarbeitenden-, Papier- & Pappe- und Transportmittelindustrie bestimmt[1] und zur Erweiterung der Zwischen- und Investitionsgüterindustrien geführt haben.[2]

Außer diesen wichtigen Direktinvestitionen wurden ausländische Unternehmen in einer ganzen Reihe von anderen Industrien gegründet; in der Nahrungsmittelindustrie sind Direktinvestitionen insbesondere in der Konservenindustrie und in verschiedenen Teilindustrien vorgenommen. Seit den letzten Jahren werden Direktinvestitionen auch in der Fleischverarbeitung gefördert, um die zunehmend wachsende Lücke in diesem Bereich zu verringern. In der Bekleidungsindustrie wurden Direktinvestitionen im Bereich der Fertigkleidungsfabrikation durchgeführt.

Innerhalb der Zwischengüterindustrien haben Direktinvestitionen die Produktion in der Verpackungsindustrie und in der Strohzellstoffindustrie gefördert. Vor allem aber wurde die Produktion von Düngemitteln, petrochemischen Erzeugnissen, Polystyrol, Waschmitteln und mehreren pharmazeutischen und kosmetischen Produkten (chemische Industrie) gefördert. Eine ebenfalls bemerkenswerte Entwicklung ist im Bereich der Kunststoff- und Gummiindustrie zu beobachten und zwar durch die Gründung zweier großer Reifenfabriken sowie durch die Produktion von verschiedenen Kunststofferzeugnissen, die seit der sechziger Jahre eine zunehmende Bedeutung aufzeigt.

In den Investitionsgüterindustrien sind Direktinvestitionen außer für die Metallindustrie (Aluminium- und Eisenschaffendeindustrie) insbesondere für die Eternit- und Schwefelindustrie und die Industrie für sanitäre Anlagen (Industrien der Branche der Nichtmetallischen Mineralien) zu erwähnen.

---

1) Es handelt sich um die Firmen Nr. 72, 80, 92, 94, 117, 118, 119, 130, 147, 176 bis 179, 251 und 252 der Tabelle 2.11.
2) Vgl. Bank von Griechenland, Die griechische Wirtschaft im Jahre 1970, S. 42ff.

In der Metallwarenindustrie sind einzelne Industrien vor allem durch den Aufbau der Aluminium- und Stahlindustrie "induziert" worden. Schließlich sind auch in der Elektrogeräteindustrie mehrere Industrien durch Direktinvestitionen gefördert worden; namentlich der Kabel-, der Glühlampen-, der Haushaltsgeräte- und der Fernsehindustrie sowie der Fabrikation verschiedener elektrotechnischen Materialien kommt hier eine größere Bedeutung zu.

Eine Diversifizierung der griechischen Industrie wurde nicht nur dadurch herbeigeführt, daß Direktinvestitionen in neuen Bereichen vorgenommen wurden, sondern auch dadurch, daß diese Direktinvestitionen auf die sogenannten "Wachstumsindustrien"[1] konzentriert wurden. Man kann nämlich feststellen, daß für den Zeitraum von 1961 bis 1969:

1) eine stetige und überproportionale Expansion der Branchen der chemischen, der Metallindustrie und der Branche der Nichtmetallischen Mineralien vorliegt;

2) die Gruppe der Metallwaren-, Maschinen- und Elektrogeräteindustrie ein Wachstum aufwies, das ungefähr ebenso groß war wie das der gesamten verarbeitenden Industrie, während

3) die Branchen der Papierverarbeitenden- und der Transportmittelindustrie zwar eine relativ fallende Entwicklung aufzeigten, jedoch ein über den Durchschnitt der gesamten verarbeitenden Industrie liegendes Wachstum hatten.[2] (Vgl. Tab. 3.14 und 3.15).

In allen diesen Bereichen mit Ausnahme der Branche der Nichtmetallischen Mineralien liegt eine sehr hohe ausländische Beteiligung vor, während bei den stagnierenden oder schrumpfenden Industriebranchen die ausländische Beteiligung

---

1) Terminologien nach D. Mertens, Wachstumsindustrien. Ein Beitrag zur partiellen Konjunkturentwicklung, in: Vjh. Wirtsch.-Forsch. 1960, S. 282-295.

2) Zum angewendeten Verfahren s. K. H. Oppenländer, Strukturperspektiven der westdeutschen Industrien, in: Wirtschaftskonjunktur, Berichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 2/1960, S. 24ff. und D. Mertens, a.a.O.

viel geringer ist (vgl. Tab. 2.12) oder überhaupt nicht vorliegt.[1)]

3.4.3 Die ausländische Kontrolle der Industriebranchen

Mit dem Material über die Höhe der ausländischen Beteiligungen an inländischen Kapitalgesellschaften (Tab. 2.11 und 2.12) konnte gezeigt werden, daß die ausländischen Investoren in zahlreichen Fällen allein schon auf Grund dieses Faktors zur Kontrolle der Unternehmen in der Lage sind. Im folgenden wird versucht, das Ausmaß der ausländischen Kontrolle in den einzelnen Industriebranchen auf Grund des Beteiligungskriteriums zu ermitteln.[2)]

Es wurde davon ausgegangen, daß Unternehmungen, in welchen die ausländische Kapitalbeteiligung mehr als 50 v.H. beträgt,[3)] in ihren Entscheidungen vom Willen der ausländischen Aktionäre abhängig, also von diesen kontrolliert werden. Die ausländische Kontrolle beschränkt sich in diesen Fällen nicht auf den Anteil der von Ausländern investierten Mitteln, sondern sie betrifft auch die von Inländern in der Unterneh-

---

1) Diese Feststellung wird auch durch die Betrachtung der Indices der Produktion der verarbeitenden Industrie bestätigt (vgl. Tab. 3.16). Die Gummi- & Kunststoff-, die chemische, Metall-, Elektrogeräte- und Transportmittelindustrie weisen die relativ höchsten Beteiligungsquoten (Tab. 2.12) und zugleich ein überproportionales Produktionswachstum auf; dagegen weist die Nahrungsmittel-, Bekleidungs- & Schuh-, Möbel-, Lederverarbeitende- und die Maschinenindustrie eine unterdurchschnittliche Entwicklung bei relativ niedrigsten ausländischen Beteiligungsquote auf.

2) Indem die kapitalmäßige Beteiligung nur ein Mittel der ausländischen Einfluß- bzw. Kontrollmöglichkeiten griechischer Industrieunternehmen darstellt (vgl. S.56f. dieser Arbeit), können die mit Hilfe dieses Kriteriums erzielten Ergebnisse nur einen Mindestwert für das Ausmaß der tatsächlich vorliegenden ausländischen Kontrolle widergeben.

3) In den Fällen einer 50:50 Beteiligung wurde willkürlich unterstellt, daß ausländische und inländische Partner gleichen Einfluß ausüben und deshalb die Kontrolle des Unternehmensvermögens zwischen den beiden gleichermaßen verteilt werden dürfte.

mung investierten Mittel,da die inländischen Kapitalgeber keinen effektiven Einfluß auf die Verwendung ihrer Mittel ausüben können.

Als einziges Kriterium,woran die Kontrolle gemessen werden konnte,stand uns das Gesamtvermögen der Unternehmung zur Verfügung.Das Gesamtvermögen (in Buchwerten) der Unternehmungen mit einer ausländischen Beteiligung von über 50 v.H. steht demnach unter ausländischer und in allen anderen Fällen unter inländischer Kontrolle.[1] Das Verhältnis des Gesamtvermögens aller im obigen Sinne von Ausländern kontrollierten Unternehmungen in einer Industriebranche zum Gesamtvermögen aller Unternehmungen der Branche,d.h. sowohl der von Ausländern,als auch der von Inländern kontrollierten Unternehmen,wurde als ausländische Kontrolle der Branche bezeichnet.

Die ausländische Kontrollquote unterscheidet sich von der Beteiligungsquote (s. Tab. 2.12) dadurch,daß die erstere zum einen die ausländischen reinvestierten Gewinne und Darlehen enthält,welche in der Beteiligungsquote nicht zum Ausdruck kommen,und zum anderen die von Inländern investierten Mittel in den von Ausländern kontrollierten Unternehmungen miterfaßt.Die Kontrollquote übersteigt die Beteiligungsquote in dem Maße,in dem Inländer Mittel in ausländischen Firmen investiert haben,die sie selbst nicht kontrollieren;umgekehrt ist sie niedriger in denjenigen Fällen, in welchen ausländische Investitionen in Unternehmungen vorgenommen wurden,die unter inländischer Kontrolle im oben definierten Sinne stehen.

Bei der Bestimmung der ausländischen Kontrollquote in den einzelnen Industriebranchen konnte nicht die gleiche Zahl

---

1) s. ähnliches Verfahren in:A.E.Safarian,Foreign Ownership of Canadian Industry (Toronto usw. 1967),S.13 sowie in: Task Force,S.421.

von Unternehmungen berücksichtigt werden wie bei der Ermittlung der Beteiligungsquote. Um die Kontrollquote ermitteln zu können, mußten Unterlagen über die Aktiva der Unternehmungen herangezogen werden, die nur aus den Jahresabschlüssen für 1970 ersichtlich waren. Für die Beteiligungsquote dagegen genügte es, die Höhe des Aktienkapitals zu kennen, die aus dem Gründungsbericht der Unternehmen oder aus anderen Quellen[1] zu entnehmen war. Da viele Unternehmen, die im Jahre 1969/70 gegründet wurden, noch keinen Jahresabschluß veröffentlicht haben konnten, sind sie für die Berechnung der Kontrollquote auch nicht berücksichtigt worden, sodaß eine Differenz des untersuchten Kreises besteht.[2]

In der Tab. 3.18 sieht man, daß von den 21 Industriebranchen, 6 Branchen zu mehr als 50% vom Ausland kontrolliert werden, 3 Branchen einer Kontrolle von 35% bis 50% unterliegen und nur 7 Branchen eine Kontrollquote von weniger als 10% aufweisen. Für die verarbeitende Industrie insgesamt ergibt sich durchschnittlich eine Kontrollquote von 31,5%.

Der Umfang und die Bedeutung der ausländischen Kontrolle kommen deutlicher zum Ausdruck, wenn man zusätzlich zu diesen quantitativen Betrachtungen qualitative Merkmale berücksichtigt:

1) das Hauptgewicht der ausländischen Kontrolle liegt bei den Wachstumsindustrien, während die inländischen Aktivitäten in den traditionellen, relativ unterdurchschnittlich wachsenden oder stagnierenden Industrien konzentriert sind;[3]

---

1) s. Quellenangabe in der Tab. 2.11.
2) 1426 Kapitalgesellschaften insgesamt in der Tab. 2.12, 188 ausländische Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von über 50% in der Tab. 2.14 und nur 1186 bzw. 148 in der Tab. 3.18.
3) Vgl. Tab. 3.14 bis 3.16 und S.145 dieser Arbeit.

2) die ausländische Kontrolle konzentriert sich überwiegend auf besonders gewinnstarke Unternehmen. In der Tab. 3.19 stehen die 467 erfolgreichsten Industriegesellschaften, deren Gewinn im Jahre 1970 über 95% des Gesamtgewinns aller industrieller Kapitalgesellschaften ausmachte. In 61 Unternehmen bestand eine ausländische Mehrheitsbeteiligung oder eine 50:50 Beteiligung. Die unter ausländischen Kontrolle stehenden Unternehmen erzielten 1084,0 Mill. Drachmen, d.h. 22,3% des Gesamtgewinns der industriellen Gesellschaften, der 4870,4 Mill. Drachmen betrug.

Durch die Kontrolle von 13,1% aller untersuchten Unternehmen kontrollierten die Ausländer 22,3% des Gesamtgewinns der Industrie. Die Konzentration der ausländischen Kontrolle an besonders gewinnstarken Industrieunternehmen kommt deutlicher hervor, wenn man die Betrachtung bei den 40 erfolgreichsten Gesellschaften beschränkt (s. Tab. 3.20). 10 unter diesen 40 Firmen standen unter ausländischen Kontrolle, davon eine war eine 50:50-"Joint Venture". Während die 40 Unternehmen insgesamt 2828,1 Mill. Drachmen oder 58,1% des Gesamtgewinns aller Unternehmen erzielten, betrug der Gewinn der 10 unter ausländischen Kontrolle stehenden Firmen 860,7 Mill. Drachmen. Dies bedeutet, daß durch die Kontrolle von 2,2% der Industriegesellschaften, die einen Gewinn hatten, 17,7% des Gesamtgewinns der Industriegesellschaften von Ausländern kontrolliert werden konnte.[1)]

---

1) Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man den auf die Ausländer entfallenden Gewinn entsprechend ihrer kapitalmäßigen Beteiligungshöhe betrachtet (s. Tab. 3.21). Die ausländischen Investoren erzielten im Jahre 1970 durch ihre Beteiligung an 92 von 500 Industrie- und Bergbauunternehmen, d.h. durch ihre Beteiligung an 18,4% der untersuchten Unternehmen, Gewinne in Höhe von 1325,0 Mill. Drachmen oder 25,4% des Gesamtgewinns aller 500 Unternehmen. Begrenzt man die Betrachtung auf die 40 ertragskräftigsten Unternehmen, so stellt man fest, daß ausländische Beteiligungen bei 21 Unternehmen vorliegen und der aus diesen Beteiligungen erzielte Gewinn 1115,0 Mill. Drachmen beträgt. Mit anderen Worten Ausländer haben durch eine Beteiligung an 4,2% der Zahl aller Gesellschaften einen Gewinn, der insgesamt 21,3% des Gesamtgewinns aller 500 Unternehmen darstellt, erreicht.

Damit Direktinvestitionen aus entwicklungspolitischer Sicht als "effizient" bezeichnet werden könnten, müßten sie selbst zur Realisierung derjenigen Bedingungen beitragen, durch welche sie allmählich an Bedeutung verlieren würden; Direktinvestitionen sind konzipiert als ein Instrument, das zur Steigerung der unternehmerischen Tätigkeiten, zur Förderung des technologischen Fortschritts des Anlagelandes etc. führen sollte. Wenn dieses Ziel tatsächlich durch Direktinvestitionen erreicht werden kann, so bedeutet die Steigerung der einheimischen Fähigkeiten und Effizienz, daß immer wenigere Direktinvestitionsopportunitäten bestehen werden, in welchen eine ausländische Überlegenheit in Technologie, Management, Marktkenntnisse und -strategien vorliegen würde.[1] Anders ausgedrückt: eine solche Entwicklung sollte dazu führen, daß der inländische Anteil an den in Griechenland stattfindenden wirtschaftlichen bzw. industriellen Tätigkeiten mit der Zeit zu Lasten des ausländischen Anteils zunimmt. Dies setzt voraus, daß die inländischen Tätigkeiten nicht in untergeordneten Bereichen vorgenommen, sondern einen zunehmenden Anteil an den Wachstums- und an den gewinnstarken Industrien erhalten. Wenn dies nicht der Fall wird und wenn weiterhin keine Anstrengungen unternommen werden, daß ein bedeutender Teil der zur Zeit unter ausländischen Kontrolle stehenden Industrien unter einheimischen Kontrolle gerät, folgt, daß die Konzentration der ausländischen Investitionen in den wachstums- und gewinnstarken Industrien einen Faktor bilden wird, der die Möglichkeiten und die Mittel der ausländischen Unternehmen fördern wird, relativ schneller zu wachsen und einen zunehmenden Teil des Industriesektors unter ihrer Kontrolle zu bringen.

Die außerordentlich hohe ausländische Kontrolle des Industriesektors weist auf die Fortsetzung des "abhängigen" Charakters des griechischen Industrialisierungsprozesses.

---

1) Vgl. A.O. Hirschman, How to Divest in Latin America, and Why, in: P. Ward et al. (Eds.), The Widening Gap. Development in the 1970's, S. 254.

Das Konzept,"Industrialisierung" durch die Förderung von Direktinvestitionen anzustreben,hat seit Anfang der sechziger Jahre zu einer Phase der Entwicklung geführt,die dadurch gekennzeichnet ist,daß der Aufbau des Industriesektors Hand in Hand mit einer "Entnationalisierung" der griechischen Industrie und mit dem Aufbau der ausländischen Kontrolle in der Wirtschaft geht.Diese Form der "Industrialisierung" hat also bis jetzt die Abhängigkeit vom Ausland nicht beseitigt;sie führte zu einer neuen Form von Beziehungen mit den entwickelten Ländern und zu einer Industriestruktur,die in ihrer Funktionsweise von den Kontrolle ausübenden multinationalen Gesellschaften abhängig ist.

Ausländische Kontrolle über große und wichtige Bereiche der Industrie bedeutet,daß Entscheidungen der ausländischen Unternehmen nach Prioritäten,die mit den entwicklungspolitischen Prioritäten des Landes nicht kompatibel wären,entscheidende Auswirkungen auf die weitere Entwicklung des Landes auslösen können.Die Kontrolle von "Schlüsselindustrien" durch ausländische Unternehmen bedeutet,daß Entscheidungen,die in diesen Bereichen getroffen werden auf größere Teile der Wirtschaft sich auswirken werden,da die Entwicklung dieser Industrien den ganzen Industrialisierungsprozeß beeinflußen kann.[1] Die ausländischen Einflußmöglichkeiten entsprechen deshalb nicht dem quantitativen Maßstab der Kontrollquote im obigen Sinne,sondern erhalten eine noch größere Bedeutung als Bestimmungsfaktor der Form und der Richtung des einheimischen Industrialisierungsprozesses.

---

1)Vgl. dazu J.Dunning,Studies in International Investment, S.282 und Task Force,S.306f.

3.4.4 Direktinvestitionen und Marktstrukturen

Man könnte annehmen, daß durch die Gründung neuer Unternehmungen in der griechischen Industrie der Wettbewerb intensiviert und oligopolistische Marktstellungen inländischer Unternehmen abgebaut worden wären. Dies könnte jedoch nur dann der Fall sein, wenn einheimische und ausländische Unternehmen in den gleichen Bereichen tätig wären.[1)]

Kennzeichnend für die griechische Politik war aber, daß sie Direktinvestitionsprojekte für Bereiche, in welchen inländische Firmen tätig waren, meistens, abgelehnt oder nur unter der Voraussetzung genehmigt hat, daß das ausländische Unternehmen exportorientiert sein würde, sodaß der innere Wettbewerb nicht wesentlich beeinflußt werden konnte.

Entscheidend für die aus Direktinvestitionen resultierenden Marktstrukturen ist jedoch der eigentliche Charakter dieser Investitionen. Es wurde oben darauf hingewiesen, daß Direktinvestitionen eine geographische Expansion der Aktivitäten ausländischer Firmen darstellen, und zwar in Bereichen, in welchen sie Wettbewerbsvorteile gegenüber etwaigen Mitkonkurrenten des Empfängerlandes genießen und oligopolistische Marktpositionen erreicht werden können.[2)]

Direktinvestitionen wurden von der griechischen Politik gefördert, um den Aufbau solcher Industrien zu ermöglichen, für welche die Unzulänglichkeit der einheimischen Unternehmen am größten war, für welche also die ausländische Überlegenheit zum sine qua non der Investition gehörte.

Wenn aber in einem Bereich Unternehmen existieren, die eine ausschließliche Verfügungsgewalt über solche Faktoren

---

1) Vgl. J. Behrman, Economic Effects of Private Direct Investment, in: R.F. Mikesell (Ed.), U.S. Private and Government Investment Abroad (Oregon 1962), S. 141.
2) Vgl. S. 50f. dieser Arbeit.

(z.B. Technologie,Managementkenntnisse) besitzen,welche für den Aufbau des Industriesektors von zentraler Bedeutung sind,so führt dies dazu,daß in den meisten Industrien des Landes,die durch Auslandsinvestitionen aufgebaut worden sind,zumindest die ursprüngliche Marktstruktur durch Monopol- oder Oligopolstellungen charakterisiert ist.

Je größer die Zahl der Industrien,die durch Direktinvestitionen aufgebaut wurden,um so mehr wird die gesamte Industrie einen monopolistischen oder oligopolistischen Charakter haben.

Direktinvestitionen wurden dann vorgenommen,wenn der - bis dahin sehr enge - griechische Binnenmarkt mindestens so groß geworden war,daß die Gründung einer Produktionseinheit als rentabel erschien.In gewissen Fällen sind Produktionsaktivitäten auch schon dann unternommen worden,als der Markt noch eng war,mit dem Ziel,den Marktanteil,den ausländische Firmen durch Importe gewonnen hatten,nicht durch die Gründung einer einheimischen oder einer anderen ausländischen Unternehmung zu verlieren.Insbesondere wenn die Wachstumsaussichten einer Industrie günstig waren, dürfte diese Motivation für den Zeitpunkt einer Direktinvestition eine entscheidende Rolle gespielt haben.

In beiden Fällen aber bedeutet dies,daß der Markt noch eine minimale Größe hat.Die bestehende Marktenge stellt eine obere Schranke für den Produktionsumfang der neuen Unternehmung dar,es sei denn,sie könnte diese Schranken durch Exporttätigkeit überwinden.Die Exporttätigkeit hat jedoch wenig Relevanz für die Wettbewerbsstruktur im einheimischen Markt;sie ist ein Faktor,der sogar die Stärkung einer Unternehmung und daher ihre Oligopolstellung zur Folge haben könnte.

Die Marktenge ist also ein Faktor, der die Marktstrukturen des industriellen Sektors entscheidend bestimmt.[1] Berücksichtigt man ferner, daß bei der Auswahl der Technologie der neuen Unternehmen kein inländisches Angebot bestand[2], und daß die Auswahl sich auf das bestehende Technologieangebot der entwickelten Länder zu beschränken hat, folgt ein zusätzlicher Faktor, der die Gestaltung der Marktstrukturen, d.h. die Zahl der aktiven Unternehmen und ihre Marktanteile in den neuen Industrien bestimmt. Denn die Investitionsgüter, in welchen diese entwickelte Technologien meistens verkörpert sind, sind den Marktgrößen und den Faktorproportionen der entwickelten Länder, in welchen sie produziert und überwiegend eingesetzt werden, angepaßt und zeigen Indivisibilitäten, sodaß sie nicht für beliebige Produktionsgröße rentabel anzuwenden sind.

Die existierenden und von industrialisierten Ländern entwickelten Technologien ermöglichen also das Ingangsetzen von Produktionsprozessen in zahlreichen Fällen nur dann, wenn gewisse Mindestgrößen für Betrieb und Absatz gegeben sind; sie setzen also eine unterste Grenze für die Größe eines jeden Betriebes, der in einem Entwicklungsland von "traditionellen" auf "moderne" Produktionstechniken übergehen will, voraus,[3] sodaß dadurch technisch bedingte Konzentration entsteht.

Die Folgen für die Marktstrukturen des Empfängerlandes sind eindeutig: der enge Binnenmarkt in jeder Industrie und die Anwendung moderner Produktionsmethoden in den neu gegründeten ausländischen (oder inländischen) Unternehmen führen dazu, daß nur ein Unternehmen oder nur sehr wenige Unternehmen in jeder Industrie effizient produzieren können. Die

---

1) Die aus dem Entwicklungsstand des Landes bedingte Marktenge für viele Industrien ist durch die einheimische Politik noch verstärkt worden, da diese versucht hat, für eine ganze Reihe von Konsum- und/oder Zwischengüter, die bis dahin eingeführt worden waren, importsubstituierende Direktinvestitionen zu fördern.

2) Vgl. Kapitel 3.3.

3) Vgl. M. Merhav, a.a.O., S. 37.

Technologie,von welcher Griechenland als Entwicklungsland abhängig ist,führt in Interdependenz zur Enge des Binnenmarktes vom Beginn des Industrialisierungsprozesses an zu einem hohen relativen und absoluten Konzentrationsstand in fast jeder neuen Industrie.

Aber abgesehen hiervon ist die griechische Industrie durch die Dominanz oligopolistischer bzw. monopolistischer Marktformen gekennzeichnet;nicht nur in denjenigen Bereichen, welche durch Direktinvestitionen entwickelt worden sind, sondern auch in den mehr "traditionellen" Industriebereichen sind Oligopolstrukturen das typische Strukturmerkmal.

Wegen der lückenhaften Informationen ist es nicht möglich gewesen,alle relevanten Faktoren zu untersuchen,welche die jeweilige Marktstruktur einer Industrie bestimmen.[1] Da aber hohe Anbieterkonzentration als entscheidender Faktor der "industry performance"[2] bezeichnet worden ist[3], wurde versucht,die Bedeutung dieses Faktors für die griechische Industrie zumindest annäherungsweise herauszuarbeiten.

---

1)J.W.McKie in:Market Structure and Function:Performance versus Behavior,in:J.W.Markham-G.F.Papanek (Eds.),Industrial Organization and Economic Development (Boston 1970),S.9f. unterscheidet die folgenden 8 Gruppen solcher Faktoren: 1)Anbieterkonzentration, 2)relativ leichter Eintritt und Austritt in der Industrie, 3)Nachfrageverhältnisse und Natur des Produkts (differenzierte oder homogene,Konsum- oder Investitionsgüter u.a.), 4)Kostenverhältnisse und Technologie, 5)Einflußmöglichkeiten auf den Faktormarkt, 6)lokale Einflüsse, 7)staatliche Regulierung der Preise des Inputs,des Outputs und Besteuerungsmaßnahmen sowie 8)Käuferkonzentration.

2)Als "performance" wird definiert "the effects on prices, output,investment,employment" (A.Philips,Structure,Conduct and Performance - and Performance,Conduct and Structure?, in:J.W.Markham-G.F.Papanek (Eds.),a.a.O.,S.26), aber auch im allgemeinen die "contributions the firms...may make or fail to make,to...society and...economy" (A.E.Safarian, The Performance of Foreign-Owned Firms in Canada,S.1).

3)s. J.W.McKie,a.a.O.,S.20 und J.Bain,Essays on Price Theory and Industrial Organization (Boston 1972),S.203.

Der Konzentrationsstand in der griechischen Industrie ist zumindest im Bereich der Kapitalgesellschaften sehr hoch. Nach eigenen Berechnungen entfielen auf die 20 größten Firmen[1] im Jahre 1970 34% des Gesamtvermögens aller Industriegesellschaften. In der Tab. 3.17 wurde versucht, die Konzentrationsrate für die 8 größten Unternehmungen in jeder Industriebranche zu ermitteln, wobei die Konzentrationsrate am Anteil dieser Unternehmen am Gesamtvermögen jeder Branche orientiert ist. Obwohl dies ein für unsere Zwecke unzureichender Beurteilungsmaßstab ist, waren wir, weil andere zweckmäßigere Kriterien, z.B. Umsatzanteile nicht zur Verfügung stehen, gezwungen, damit zu operieren.[2]

Aus der Tabelle 3.17 ist ersichtlich, daß in 10 von insgesamt 21 Industriebranchen die Konzentrationsrate über 70% beträgt, während bei weiteren 9 die Konzentrationsrate zwischen ca. 50% bis 70% und bei den übrigen 2 zwischen 27% und 35% liegt. Da schon eine so globale Betrachtung erkennen läßt, daß nur eine begrenzte Zahl von Unternehmungen die Hauptsektoren der Industrie beherrscht, kann wenig Zweifel daran bestehen, daß die Märkte im Industriesektor fast ausnahmslos oligopolistisch strukturiert sein dürften.[3]

---

1) Als Merkmalswert wird das Gesamtvermögen der Unternehmung verwendet.

2) Eine Untersuchung des "Verbands Griechischer Industriellen" über die Anbieterkonzentration für den Bereich der industriellen Kapitalgesellschaften nach dem Merkmalswert des Umsatzes ergab für 1969, daß 4,9% der Unternehmen ca. 45% des Gesamtumsatzes aller Unternehmen in allen Industriebranchen auf sich konzentrierten, während 70,9% der Unternehmen nur 16,6% des Gesamtumsatzes erzielten. Auffallend dabei ist, daß bei den Konsumgüterindustrien eine höhere Konzentration zu beobachten war als in den Zwischen- und den Kapitalgüterindustrien. s. Bulletin des "Verbands Griechischer Industriellen", Heft 206, 31.1.1971, S.5f. (orig.gr.).

3) Daß hier nur Kapitalgesellschaften berücksichtigt werden, dürfte kaum die Allgemeinheit der Ergebnisse beeinträchtigen, da Kapitalgesellschaften in vielen Industrien dominieren. Schätzungen über die Marktstruktur von 169 Industrieunternehmen ergaben, daß 34 von ihnen Monopole und 107 Oligopole oder Kartelle waren. s. P. Kartakis, Le Développement industriel de la Grèce (Lausanne 1970), S.43. Vgl. auch H. Ellis et al., Industrial Capital in Greek Development, S.175 f. und P. Pailos, Capital Market in Greece (Athens 1964), S.94.

Die Betrachtung der Zahl der von Ausländern kontrollierten Unternehmen unter den 8 größten Unternehmen der einzelnen Branchen läßt keine eindeutigen Ergebnisse erkennen.So sind bei den hochkonzentrierten Branchen zwei voneinander verschiedene Trends zu beobachten:Bei den Branchen der Getränke-,Tabak-,Schuhe- & Bekleidungs-,Möbelindustrien,der Lederverarbeitung,dem Druckgewerbe und der Industrie der Nichtmetallischen Mineralien ist die ausländische Konzentrationsquote relativ niedrig,während die Gruppe der Erdölverarbeitenden-,der Gasabfüllungs-,der chemischen,der Metall-,der Transportmittelindustrie und der "sonstigen" Industrien eine hohe ausländische Konzentrationsquote aufzeigt.Bei den Industrien mit "mittleren" Konzentrationsquoten ist der Anteil der ausländischen Unternehmen ebenfalls sehr unterschiedlich,während bei Industrien mit geringer Konzentration auch der ausländische Anteil unbedeutend ist.Betrachtet man die Ergebnisse der Tab. 3.18,so kann man feststellen,daß in den am meisten von ausländischen Unternehmungen kontrollierten Branchen,auch der Anteil der dominierenden ausländischen Unternehmen höher als in den anderen Branchen ist.

Die voranstehende Betrachtung vermittelt jedoch kein vollständiges Bild von der Marktkontrolle und Marktstellung der ausländischen Unternehmen in der griechischen Industrie. In der Tat dominieren diese Unternehmen in mehreren Produktmärkten (relevanten Märkten),auch wenn ihr Anteil an der Zahl der Großunternehmen der Industriebranchen unbedeutend ist.Dies ist darauf zurückzuführen,daß die Betrachtung nach sehr globalen Industriegruppen nur ein globales und kein differenziertes Bild vermitteln kann.Die meisten dieser Branchen setzen sich sowohl aus "traditionellen" als auch aus "neuen" Industrien zusammen;die Gruppe der 8 größten

Unternehmen besteht überwiegend aus einheimischen Firmen, die in den traditionellen Bereichen tätig sind, so daß die ausländischen Unternehmen nicht hinreichend in Erscheinung treten. Da der Markt mehrerer Industrien eng ist, kann eine Unternehmung eine dominierende Stellung[1] erreichen, ohne zugleich zu den Großunternehmen der ganzen Industriebranche zu gehören.

In den traditionellen Branchen der Nahrungsmittel-, Getränke- und Textilindustrie kann zwar aus der obigen Darstellung auf eine relativ geringe ausländische Tätigkeit geschlossen werden, jedoch haben Ausländer in einer Reihe von speziellen Märkten innerhalb dieser Industriebranchen eine bedeutende Aktivität entwickelt und ihre Investitionen hier konzentriert. Bei näherer Betrachtung dieser Märkte sind doch oligopolistische Strukturen zu verzeichnen. Innerhalb der Nahrungsmittelindustrie ist der Markt der verpackten Nahrungsmittel für den Flugzeugverkehr von zwei Unternehmen beherrscht ("Montis, De Marriott"(USA) und "Sas Catering Hellas Ltd"(Dänemark)); in der Industrie für fertige Kindernahrung ist allein das US-Unternehmen "Gerber" tätig und die Industrie von Tomatenkonserven wird von einer sehr kleinen Zahl großer Unternehmen - ca. 8 - beherrscht, von denen das eine ("International Canning Industry") amerikanisch ist.

Im Bereich der Getränkeindustrie ist seit 1970 die deutsche "Henninger Hellas S.A." auf den oligopolistischen Binnenmarkt tätig; sie erreichte innerhalb kürzester Zeit einen Marktanteil von 20% in der griechischen Provinz.[2] In dem Markt für Erfrischungsgetränke hat seit 1970 die "Hellenic Bottling Co. S.A."(USA) das Monopol der Produktion von "Coca-Cola" und anderer "soft drinks". Die Unternehmung ist

---

1) Unter "beherrschen" oder "dominieren" ist in den folgenden Ausführungen gemeint, daß das jeweilige bzw. die Gruppe der jeweiligen Unternehmen einen Anteil an der Produktion der betreffenden Industrie von über 80% haben dürfte.
2) s. "Blick durch die Wirtschaft" von 21.4.1972.

die drittgrößte in der gesamten Getränkeindustrie,gemessen sowohl an ihrem Gesamtvermögen als auch an der Zahl der von ihr Beschäftigten.

In der Textilindustrie ist die ausländische Präsenz beschränkt.Ein Teil der hier tätigen ausländischen Unternehmen haben einen ausschließlich exportorientierten Charakter. Eine amerikanische Unternehmung ("Berkshire International Corp.Hellas S.A.") beherrscht mit einer griechischen[1] den Markt für Damenstrümpfe.

Eine Reihe von ausländischen Unternehmen sind in der Bekleidungsindustrie zu finden,von denen "Triumpf Intern.Hellas GmbH" das wichtigste ist.Es produziert Badeartikel und Damenunterwäsche.Das Unternehmen rangiert an siebter Stelle in der Branche wenn man vom Gesamtvermögen ausgeht,nimmt aber den zweiten Platz wenn man die Zahl der Beschäftigten und den Umsatz zugrunde legt.In der Lederbekleidungsindustrie ist ein einziges (ausländisches) Unternehmen tätig ("Lywana Hellas A.G."),während die Branche sonst einen handwerklichen Charakter hat.[2] Zur Zeit wird die gesamte Produktion der Unternehmung nach Deutschland exportiert.

In der Holzverarbeitenden Industrie ist eine eindeutige Beherrschung einzelner Teilmärkte von ausländischen Unternehmen festzustellen.Von den ca. 20 Kapitalgesellschaften der Branche sind die meisten in der Anfertigung von Holzparkett tätig.Von Bedeutung sind nur sieben Unternehmen,von denen drei vom Ausland kontrolliert sind.Unter den letzteren beherrscht "Shelman Swiss-Hellenic Wood Products Mfrs. S.A." mit einem griechischen Unternehmen das Feld für Spannplatte-,Furnierholz- und Spannholzplattefabrikation.Ein weiteres ausländisches Unternehmen ("Xelopan Industries S.A.") monopolisiert den Markt für Hartfaser- und Isolierplatten und teilt mit dem belgischen Unternehmen "Panobel S.A." den

---

1) In der Industrie sind noch zwei weitere kleinere Unternehmen tätig.
2) s. ETVA,Griechenland.Investitionsmöglichkeiten (Athen 1969), S.30.

Markt für "particle boards". An einer griechischen Unternehmung, die den Markt der Korkenfabrikation beherrscht, beteiligte sich im Jahre 1971 das französische Unternehmen "Aluminium de Grèce S.A." mit 37%.

In der Möbelindustrie, die zu den rückständigsten Branchen gehört, ist außer einer italienischen Minderheitsbeteiligung an einem im Jahre 1970 gegründeten Unternehmen, keine ausländische Präsenz zu finden.

In der papierverarbeitenden Industrie beherrscht die amerikanische "Parsons & Whittemore" durch die "Thessalian Pulp and Paper Industry S.A." die Produktion von Strohzellstoff und teilt den Markt für Schreib- und Druckpapier mit drei anderen griechischen Unternehmen.[1] Den Markt für Verpackungskartons teilen sich fünf Unternehmen, von denen vier ausländische Unternehmen sind. Schließlich ist als einziges Unternehmen in der Produktion von Zellophan ein englisches Unternehmen tätig.

Im Bereich der Kunststoff- und Gummiindustrie monopolisieren die ausländischen Unternehmen "Pirelli Hellas S.A." (Italien) und "Goodyear Hellas S.A." (USA) die gesamte Reifenproduktion des Landes. Die amerikanische "Apco Industrial S.A." dominiert in der Produktion verschiedener Kunststofferzeugnisse; im Jahre 1971 drang sie in den Bereich der Nahrungsmittelindustrie ein, indem sie das größte milchproduzierende Unternehmen des Landes aufkaufte. Eine italienische Unternehmung ("Puristas S.A.") monopolisiert die Produktion von "laminated plates", eine amerikanische zusammen mit einer griechischen ("Dart Hellas S.A.I." und "Viodrak") die Produktion von Frischhaltegefäsen.

In der Lederindustrie, die hauptsächlich handwerklichen Charakter aufweist, dominieren zwei große Unternehmen, welche

---

1) Drei unter diesen vier Unternehmen decken 80% der einheimischen Produktion. Vgl. ETVA, Griechenland. Investitionsmöglichkeiten (Athen 1970, Nr.3), S.5.

Kleintierfelle verarbeiten,von denen das eine unter spanischen Kontrolle steht.[1)]

In der chemischen Industrie ist der gesamte Bereich der chemischen Produktion ausschließlich von ausländischen Firmen beherrscht.Griechische Unternehmen sind nur in den Bereichen der Pharmazeutika,Kosmetika und einigen zweitrangigen Aktivitäten zu finden.Die "Dow Chemical Hellas S.A." (USA) monopolisiert die Produktion von Polystyrol und deckte im Jahre 1968 81% der gesamten einheimischen Nachfrage.[2)] Die "Ethyl Hellas S.A."(USA) monopolisiert die Produktion von Benzinzusatzmitteln,von Vinylchlorid und anderen wichtigen chemischen Rohstoffen.Die "Esso Pappas Chemical S.A." (USA),einziger petrochemischer Unternehmenskomplex,hat das Monopol auf die Produktion einer Reihe anderer chemischer Rohstoffe,wie Polyvinilchlorid (PVC),das von der Kunststoffindustrie verwendet wird,Ätznatron,verschiedene industrielle Reinigungsmittel.Die "Hoechst Hellas A.G."(BRD) monopolisiert die Produktion verschiedener chemischer Erzeugnisse.Die Produktion von Düngemitteln teilen sich ein öffentliches und zwei ausländische Unternehmen.

Die ausländischen Firmen sind auch in weiteren Bereichen innerhalb der chemischen Industrie tätig.In der Waschmittelindustrie haben die "EVA Greek Detergents S.A."(Unilever, Holland) und "Procter & Gamble S.A."(USA) eine dominierende Marktstellung.Die "Abbott Laboratories Hellas S.A."(USA) beherrscht an erster Stelle den Markt für Antibiotika.Die "Velpex S.A."(Schweiz) produziert für das öffentliche Streichhölzermonopol,und in der Industrie von industriellem Lötgas sind sechs Unternehmen tätig,von denen drei ausländisch sind, und von denen "L'Air Liquide Hellas S.A."(Frankreich) die wichtigste Marktstellung hat.

In der Erdölverarbeitung ist von den beiden Raffinerien des Landes[3)] eine ("Thessaloniki Refining Co.S.A.") von einer

---

1) s.ETVA,Griechenland.Investitionsmöglichkeiten (1969),S.29.
2) Ebenda,S.16.
3) Die für den Aufbau einer dritten Produktionseinheit im Jahre 1968 begonnenen Verhandlungen haben im Jahre 1972 zu einem Vertragsabschluß mit ebenfalls zwei ausländischen Unternehmen geführt.

ausländischen Unternehmung kontrolliert (Standard Oil Co. N.J.,USA) und für die zweite,die vom Staat errichtet worden war,wurden die Nutzungsrechte an eine ausländische Unternehmung übertragen,während der Staat eine Minderheitsbeteiligung behalten hat.Der Marktanteil eines jeden der beiden Unternehmen ist gesetzlich festgesetzt.In den Jahren 1969/70 begann man mit dem Aufbau zweier weiterer - allerdings kleinerer - ausländischen Unternehmen,die einen exportorientierten Charakter haben sollten.Die Branche der Gasabfüllung teilen sich zwölf Unternehmen,von denen mindestens sieben einer ausländischen Kontrolle unterliegen,und mindestens weitere drei,entweder eine ausländische Minderheitsbeteiligung oder die 50:50 Beteiligungsform haben.Der Markt wird von vier ausländisch kontrollierten Unternehmen beherrscht.Die "Esso Pappas" steht an erster Stelle im Absatz "industrieller Gase" und an zweiter im Absatz von Gas für Haushaltszwecke.

In der Branche der Nichtmetallischen Mineralien sind ausländische Unternehmen nur in relativ geringen Umfang tätig, wobei sie sich auf ganz spezielle Produktionen wie Keramik und sanitäre Anlagen beschränken.Die Keramikindustrie wird von insgesamt drei Unternehmen gleicher Größe beherrscht (symmetrisches Oligopol),von denen das eine ein griechisch-englisches "Joint Venture" ist,und das andere eine italienische Minderheitsbeteiligung aufweist.Die Industrie für sanitäre Anlagen aus Porzellan wird ebenfalls von drei Unternehmen beherrscht,die ungefähr gleiche Marktanteile haben,von denen zwei von Ausländern kontrolliert sind und das dritte eine griechisch-holländische "Joint Venture" (50:50 Beteiligung) ist.Ausländische Unternehmen sind auch in den Industrien für Fertigbauelemente und für Asbestzement zu finden.In der letzteren sind insgesamt drei Unternehmen tätig,von denen das eine - ein griechisch-franzö-

sisches "Joint Venture" - von 1959 bis 1969 eine Monopolstellung besaß, bevor die beiden anderen in den Jahren 1969 und 1970 gegründet wurden. Das eine davon wurde im Jahre 1972 von einem schweizerischen Unternehmen, das in der Holzindustrie dominiert, aufgekauft. Die amerikanische Unternehmung "Sulphur Hellas S.A." monopolisiert die Produktion von Schwefel und die im Jahre 1970 gegründete "Minnesota 3M Hellas S.A."(USA) wird auch in einem oligopolistischen Markt ihre Tätigkeiten aufnehmen.

In der Metallindustrie ist eine starke ausländische Präsenz zu beobachten. Ausländer kontrollieren die Monopolunternehmen "Aluminium de Grèce S.A."(Péchiney, Frankreich) und somit die gesamte Aluminiumproduktion, die "Hellenic Steel Co." (USA) - eine der zwei Stahlproduzenten des Landes - und halten an der "Larco S.A."(Nickelproduktion)[1] und "Halyvourgiki S.A."(Stahlproduktion) Minderheitsbeteiligungen. Von den zwei bis drei zweitrangigen Unternehmen der Branche ist das eine von der "Hellenic Steel Co." seit Jahren aufgekauft und kontrolliert.

In der Metallwarenindustrie sind die Ausländer an drei dominierenden Unternehmen beteiligt und beherrschen mit einem griechischen Unternehmen die Produktion von Weißblechdosen und galvanisierten Blechdosen ("National Can Greece S.A.", USA) und "Hellas Can S.A."(USA-England-Frankreich). Weiter sind sie beteiligt oder kontrollieren sie eine Reihe anderer Unternehmen, deren Marktstellung nur schwer kennzeichnet werden kann.

Die Maschinen- und Geräteindustrie ist bisher sehr wenig entwickelt worden, und hier ist auch keine nennenswerte ausländische Präsenz zu finden. Die ausländischen Firmen haben sich zunächst an die Lizenzvergabe an inländischen Firmen beschränkt.

---

1) Diese Beteiligung wurde inzwischen aufgegeben.

In der Elektroindustrie beherrschen ausländische Unternehmen wichtige Teilbereiche. In der Kabelindustrie dominieren das italienische Unternehmen "Fulgor S.A." und die "Viohalco-Cables S.A."(von Phelps-Dodge (USA), Siemens (BRD) und einer griechisch-belgischen "Joint Venture" kontrolliert). In der Transformatorenfabrikation teilen die "AEG-BHK S.A." (BRD) und die "Metallotechnika Elektra S.A."(USA) eine Monopolstellung. In der Fabrikation von Beleuchtungskörpern sind mehrere griechische und ausländische Unternehmen tätig, wobei jedoch die "AEG-Hellas S.A."(BRD) als "leading" charakterisiert werden kann. Die "Siemens-Tele Industrie S.A."(BRD), die "ITT Hellas S.A."(USA) und die "Philips S.A."(Holland) dominieren die Industrie für Telekommunikationsmaterial. Die "Union Carbide S.A."(USA) monopolisiert die Fabrikation von trockenen Elementen. In der Industrie für elektrische Glühlampen sind insgesamt fünf Unternehmen tätig, die die Binnennachfrage decken. Unter ihnen befinden sich drei ausländische Firmen, und zwei von ihnen ("Philips S.A." und "Osram S.A.") kontrollieren 70% der Gesamtproduktion.[1] Die Fabrikation von Stromzählern und einer Reihe anderer Produkte ist der schweizerischen Firma "Landys & Gyr A.G." im Jahre 1970 übertragen worden. Die "International Electronics S.A."(USA) monopolisiert die Industrie für Fernsehbildröhren. Sie wurde im Jahre 1970 gegründet und deckte im Jahre 1972 60% bis 70% der gesamten einheimischen Nachfrage.[2] Die "Urania Hellas S.A."(USA) dominiert in der Fernsehindustrie.

Die Transportmittelindustrie besteht zum größten Teil aus Schiffswerften. Die wichtigsten Werften sind von Griechen gegründet worden, die aber Kapital aus dem Ausland dafür eingeführt haben und die Vergünstigungen der R.V. 2687 ge-

---

1) s. ETVA, Griechenland. Investitionsmöglichkeiten (Athen 1970, Nr.3), S.7.
2) s. "Express", Blatt von 6.12.1972.

nießen. Diese Unternehmen, insbesondere das vom Großreeder Niarchos gegründete "Hellenic Shipyards Co. S.A." dominieren diesen Industriebereich und gehören zu den größten Unternehmen des Landes.

Schließlich sind ausländische Firmen in einigen weiteren Bereichen tätig, von denen die meisten auch oligopolistisch strukturiert sind (Kugelschreiber, Brillenfassungen u.a.). Insbesondere ist hier die Schallplattenproduktion zu erwähnen, in welcher nur drei Unternehmen tätig sind und von denen zwei ausländisch sind und den Binnenmarkt beherrschen.

Unsere bisherige Ausführung hatte das Ziel, an Hand der wichtigsten Fälle klar zu machen, daß die meisten und die wichtigsten ausländischen Unternehmen in Griechenland in oligopolistischen oder monopolistischen Bereichen der Industrie tätig sind und die Produktion einer großen Zahl von Industrien von wenigen bzw. von wenigen großen ausländischen Unternehmen, oder einer kleinen Zahl griechischer und ausländischer Unternehmen beherrscht wird.

Unserer Untersuchung hat es an einer differenzierteren Analyse über die jeweilige Marktform gefehlt. So waren in den meisten Fällen Information über den Anteil der Importe am Gesamtangebot der verschiedenen Industrien nicht vorhanden.[1] Durch die Berücksichtigung dieses Faktors hätte sich vermutlich ein unterschiedliches Bild des Konzentrationsgrades und des oligopolistischen Charakters einiger Industrien ergeben können.

Die beobachteten Marktstrukturen haben jedoch entwicklungspolitische Folgen, die auch bei einer Modifikation der Ergebnisse etwa durch die Berücksichtigung der Importe, kaum

---

1) Persönliche Unternehmen dürften an den von uns untersuchten Industrien kaum eine Bedeutung haben.

an Bedeutung verlieren dürften. Denn wirtschaftliche Entwicklung eines Systems, in welchem der "Markt" eine der wichtigsten Institution bildet, wird in mehrfacher Hinsicht von den Erscheinungsformen und der Funktionsweise des bestehenden Marktmechanismus beeinflußt. Die Marktstruktur der verschiedenen Industrien bestimmt im großen Maße die Verhaltensweisen der Unternehmen der jeweiligen Industrie und diese Verhaltensweise stellt zugleich eine der wichtigsten Bestimmungsgrößen der langfristigen "performance" des industriellen Sektors dar. Die oligopolistische Struktur zahlreicher Industrien führt in Verbindung mit der Enge des Binnenmarktes dazu, daß die Entscheidungen großer Unternehmen Auswirkungen nicht nur auf die Firma selbst, sondern auf den ganzen Sektor der verarbeitenden Industrie auslösen können. In dem Maße, in dem private Wirtschaftseinheiten solche Auswirkungen verursachen können, hat umgekehrt der Markt seine Wettbewerbsfunktion aufgegeben[1] und wird von der "privaten Macht" in seinen Funktionen substituiert. Entscheidungen werden dann nicht mehr dezentralisiert getroffen, sondern von einer kleinen Zahl privater (überwiegend ausländischer) Wirtschaftssubjekten, die auf Grund ihrer Positionen in der Wirtschaft über Macht verfügen.

Welche spezifische Bedeutung dies auf den Industrialisierungsprozeß haben kann, wird weiter unten (Kapitel 3.5) zu verdeutlichen versucht.

---

1) s. K.K. Schneider, Beeinflussung der Konzentration als Ziel und Mittel der Wirtschaftspolitik, in: H. Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, S. 438.

3.5 Machtstellung der ausländischen Unternehmungen und Implikationen für den Industrialisierungsprozeß

3.5.1 Bestimmungsfaktoren für die Machtstellung der ausländischen Unternehmungen

Die bisherige Untersuchung der Strukturauswirkungen der Direktinvestitionen auf dem Industrialisierungsprozeß machen es erforderlich, die Analyse durch die Einführung des Konzepts der "ökonomischen Macht" und der damit zusammenhängenden Phänomene zu erweitern. Es ist als eine "Strukturauswirkung" der Direktinvestitionen die Tatsache zu betrachten, daß eine gegenseitige Interdependenz zwischen ausländischen Unternehmen und anderen Wirtschaftsgruppen des Landes nicht mehr vorausgesetzt werden kann. Die Nichtberücksichtigung dieses Faktors hätte zur Folge, daß man zu Ergebnissen kommen könnte, die zur Erklärung der realen Situation wenig brauchbar wären und darüber hinaus wichtige wirtschaftspolitische Implikationen verschleiern würden.

1) Zum Begriff der ökonomischen Macht

Macht bedeutet die Fähigkeit, "im Konflikt zu obsiegen und Widerstände zu überleben".[1] Der Besitz ökonomischer Macht bedeutet, daß bei Konfliktsituationen in der "ökonomischen Sphäre" der Wille des machtbesitzenden Subjektes gegen den Willen anderer Wirtschaftssubjekte durchgesetzt werden kann, welches dadurch einen "Nettogewinn" erzielen kann.[2]

---

1) K.W. Deutsch, a.a.O., S.22. Vgl. ähnliche Definitionen bei M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft (Tübingen 1972, Vollständiger Nachdruck der Erstausgabe von 1922), S.28 und J. Lhomme, Considérations sur le Pouvoir Economique et sur sa nature, in: R. Econ. Bd.9, 1958, S.860.
F. Perroux versteht unter Macht die auf der relativen Stärke der Machtposition beruhende Fähigkeit einer Wirtschaftseinheit einen asymmetrischen, irreversiblen Einfluß auf andere Wirtschaftssubjekte auszuüben und sich eines solchen Einflusses zu erwehren. s. in: Entwurf einer Theorie der dominierenden Wirtschaft, in: ZN, Bd.13, 1952, S.5f. und U. Jeck, Die Theorie der Domination von Francois Perroux (Berlin 1968), S.86.

2) s. J. Lhomme, ebenda und J. Pen, Bilateral Monopoly, Bargaining and the Concept of Economic Power, in: K.W. Rothschild (Ed.), Power in Economics. Selected Readings (Penguin Books, Middlessex 1971), S.106.

Ökonomische Macht in ihrem weitesten Sinne kommt vor allem zum Ausdruck in der Fähigkeit, die Allokation der Ressourcen, die Verteilung der Güter, die Preise der Produkte, die Wünsche der Verbraucher, die Entwicklung neuer Technologien und die Einkommensverteilung wesentlich beeinflussen zu können.[1] Die ökonomische Macht eines Subjekts bzw. einer Gruppe von Subjekten kann sich in zweifacher Weise auf einen Vorgang wirksam ausüben:

1) Indem sie die Wahrscheinlichkeit verringert, daß sich ein vom Akteur nicht gewünschtes Ergebnis einstellt, und/oder

2) indem sie die Erhöhung der Wahrscheinlichkeit eines erstrebten Resultates zur Folge hat, d.h. indem sie die Zielverwirklichung und die Beherrschung der Umwelt des machtbesitzenden Subjekts ermöglicht.[2]

Entscheidend dabei ist, daß nachdem durch den Machteinsatz Prozesse und/oder Strukturen beeinflußt worden sind, die Existenz von Macht weniger spürbar ist, obwohl ihre Effekte nicht deswegen weniger bedeutend sind.[3]

Die inländischen und ausländischen Unternehmen, welche diese Fähigkeit besitzen und welche deswegen in der Lage sind, einen bestimmten Einfluß auf andere Wirtschaftssubjekte auszuüben, "wobei eine Umkehrung dieses Einflusses entweder überhaupt ausgeschlossen oder doch nicht im selben Grade möglich ist" (Asymmetrie), können als "dominierende" Unternehmen und die aus ihrer Dominanz sich ergebenden Auswirkungen als "Vormachteffekte" ("domination effects") bezeichnet werden.[4]

---

1) s. E. Penrose, International Economic Relations and the Large International Firm, in: dies., The Growth of the Firms, Middle East Oil and Other Essays, S. 93.
2) K.W. Deutsch, a.a.O., S. 24 und 26f.
3) Vgl. S. Sideri, Trade and Power (Rotterdam 1970), S. 8.
4) F. Perroux, Entwurf einer Theorie der dominierenden Wirtschaft, S. 5.

Das Konzept der ökonomischen Macht bzw. Dominanz bleibt nicht auf den Rahmen des Marktes beschränkt, sollte also nicht nur mit Monopol- bzw. Oligopolmacht identifiziert werden. Während "Marktmacht" als "die Fähigkeit eines Marktteilnehmers verstanden wird, durch vom Verhalten der anderen Marktteilnehmer unabhängige Aktionen das Geschehen am Markt wesentlich zu beeinflussen"[1], umfaßt das Dominanzkonzept auch die Fähigkeit, die Bedingungen, unter welchen der Marktprozeß stattfindet, verändern zu können, sowie verschiedene "extra market operations"[2] der dominierenden Unternehmen.

Der Hinweis auf Dominanz soll nur im Bereich der Wahrscheinlichkeit verstanden werden; mit "Dominanz" soll nur die Fähigkeit einer Unternehmung bzw. einer Gruppe von Unternehmungen bezeichnet werden, einen asymmetrischen Einfluß auf andere Wirtschaftssubjekte und dadurch auf den Wirtschaftsablauf selbst auszuüben. Ob diese Fähigkeit effektiv benutzt wird, ist dabei eine andere Frage.[3] Um dies beurteilen zu können, wären viel mehr Informationen über die Verhaltensweisen der dominierenden Unternehmen sowie der dominierten Einheiten erforderlich. Letzteres ist deswegen notwendig, da allein die Handlungsmöglichkeiten der dominierenden Einheiten bei anderen Wirtschaftern Umwertungen erzwingen können; schwächere Wettbewerber vermeiden z.B. dann marktpolitische Aktionen, die eine Kampfstrategie auslösen könnten

---

1) s. H. Schuster, Kriterien zur Bestimmung von Marktmacht und Marktbeherrschung, in: S. St. Seidenfus (Hrsg.), Marktmacht und marktbeherrschende Verhaltensweisen im Verkehr (Göttingen 1966), S. 11.

2) Als "extra-market operations" werden diejenigen Operationen bezeichnet, welche zwar außerhalb des Marktes stattfinden, deren Endziele aber identisch mit den Zielen der "market operations" sind. Sie umfassen spezifische Anweisungen eines Wirtschaftssubjekts an ein anderes, informelle Beeinflussung der Entscheidungen und Verhaltensweisen anderer Subjekte und/oder Veränderung der allgemeinen Regeln, die verbindlich für andere Wirtschaftseinheiten sind. s. E. R. Walker, Beyond the Market, in: K. W. Rothschild (Ed.) a.a.O., S. 37 und 45.

3) s. F. Perroux, Entwurf einer Theorie der dominierenden Wirtschaft, S. 6.

und wandeln ihre Verhaltensweisen und Zielsetzungen in solcher Weise, daß sie mit den Zielsetzungen der dominierenden Einheiten kompatibel werden.[1)]

Die Unterscheidung zwischen Dominanzsituation und tatsächlichen Machtausübung hat jedoch einen "künstlichen" Charakter, da "la potentialité (de l'abus, Einfügung des Verfassers) pourra devenir en elle-même réalité dès lors que les agents économiques auront tenu compte dans leurs décisions de cette capacité fondamentale de la position dominante".[2)] Eine solche Unterscheidung würde bedeuten, daß entweder die dominierende Einheit ihre Einflußmöglichkeiten nicht kennt, eine Transparenz von null also hat, oder daß sie zwar ihre Machtposition kennt, keinen Versuch aber unternimmt, daraus Vorteile zu ziehen, sich also ökonomisch irrational verhaltet. Beides erscheint jedoch wenig realistisch zu sein.

Daß jedoch die Behandlung der Problematik der ausländischen ökonomischen Dominanz im großen Maße tentativ sein dürfte, ist wegen der Kriterien, die herangezogen werden können, unvermeidbar. Die Erfüllung bestimmter Kriterien genügt zwar, um die Wahrscheinlichkeit der Existenz wirtschaftlicher Macht zu begründen, jedoch nicht um deren Ausmaß zu bestimmen. Der Versuch, die Faktoren zu ermitteln, die zur Bildung der ausländischen Dominanzpositionen geführt haben, wird die tatsächliche Situation aus folgenden Gründen unterschätzen: erstens ist die Information über viele Faktoren ungenügend, insbesondere wenn die betreffenden Unternehmen und die Behörden ein Interesse der Geheimhaltung haben, und zweitens ist das Ausmaß der ausländischen Dominanz durch das Wechselverhältnis der Dominanz im Industriesektor und der Dominanz in anderen Bereichen bestimmt, sowohl wirtschaftliche als

---

1) s. H. Arndt, Konkurrenz und Demokratie, S. 35f. und H. Schuster, a.a.O., S. 22f.

2) J. Houssiaux, La position dominante et ses abus: critères d'analyse, in: SZVS, Bd. 104, 1968, S. 293 ("Die Potentialität des Mißbrauchs kann von sich selbst Realität werden, sobald die Wirtschaftsakteure in ihren Entscheidungen von dieser entscheidenden Fähigkeit einer dominierenden Stellung Rechnung getragen haben", Übersetzung des Verfassers).

als auch politische.Anders ausgedrückt:das Ausmaß der ausländischen Dominanz im Industriesektor und die Machtpositionen der ausländischen Unternehmen wird auch von dem Ausmaß bestimmt,in dem erstens ausländische Firmen in den anderen Bereichen der Wirtschaft (Handel,Tourismus,Bankgewerbe,Bergbau etc.) dominieren,zweitens ausländische Firmen Machtpositionen auf politischer Ebene gewinnen konnten und drittens die politischen Beziehungen des Landes zu anderen Staaten von einem Dependenz- oder Interdependenzcharakter gekennzeichnet sind.Diese Faktoren zu untersuchen würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.Es genügt hier darauf hinzuweisen,daß die bestehenden,wenn auch partiellen Informationen über die ausländische Präsenz in den anderen Wirtschaftsbereichen des Landes,die dominierende Stellung der ausländischen Firmen eher unterstützen als widersprechen würde.[1] Die Probleme also der Messung des ausländischen Machtumfanges und die Schwierigkeiten ihrer Lösung bedeuten keineswegs,daß das Phänomen selbst nicht vorliegt,und daß es keine bedeutende Dimensionen angenommen haben kann.

Ökonomische Macht hat mehrere Quellen,drückt sich in verschiedenen Formen aus und wirkt auf mehrere Bereiche ein. Das Vorliegen von ökonomischer Macht kann aus allen diesen Elementen (Quellen,Erscheinungsformen,Auswirkungen) abge-

---

1) So sind z.B. im Banksektor seitdem die Regierung die Gründung ausländischer Bankfilialen erlaubte,innerhalb von fünf Jahren,also von 1968 bis Ende 1972 fünf US-Bankfilialen eingedrungen.Darüber hinaus wurden ausländische Minderheitsbeteiligungen an anderen Banken und Versicherungsgesellschaften aufgenommen.Da die meisten der US-"multinationals" enge Beziehungen mit diesen Banken haben und eine der zentralen Zielsetzungen der in Griechenland gegründeten Bankfilialen die Unterstützung der US-Tochtergesellschaften in ihren Tätigkeiten im Lande besteht (s. die Rede des Vorsitzenden der "Continental Bank of Chicago" bei der Eröffnung der griechischen Filiale,in"Wirtschaftskurier" von 6.4.1972 (orig.gr.)),bildet sich ein Komplex von wechselseitig zusammenhängenden und unterstützenden Interessen,der Entscheidungen über die Allokation eines Teils inländischer Finanzierungsmittel nach seinen eigenen Prioritäten treffen wird.Diese Banken kontrollierten bereits Ende 1972 rd. 8% aller Bankdepositen.s.D.Stergiou, Die ausländischen Banken in Griechenland,in:"Wirtschaftskurier" von 15.3.1972 (orig.gr.).

leitet werden. Im folgenden wird auf die Machtquellen und die "Machtbasis" eingegangen werden, um dann die verschiedenen Auswirkungen der Machtstellung der ausländischen Unternehmen bestimmen zu können.

2) Machtquellen und Machtbasis der ausländischen Unternehmen

Die Entstehung ausländischer Machtpositionen und die Bildung ausländischer "Machtzentren"[1] innerhalb der griechischen Wirtschaft sind das Ergebnis einer Vielzahl von Faktoren subjektiver und objektiver Natur. Als wichtigste solche Faktoren sind die folgenden zu betrachten:

Erstens haben die materiellen und immateriellen Ressourcen, über die die ausländischen Firmen Kontrolle ausüben, einen "strategischen" Charakter, d.h. sie sind von zentraler Bedeutung für die wirtschaftspolitische Zielverwirklichung der griechischen Politik. Letztere ist von den ausländischen Unternehmen deswegen abhängig, weil die von diesen kontrollierten technologischen, finanziellen etc. Ressourcen unter den bestehenden Bedingungen des griechischen sozioökonomischen Systems unmöglich ist, durch endogene Prozesse zu erhalten. Die Abhängigkeit des griechischen Industrialisierungsprozesses von diesen Ressourcen und deren unvollkommene Substitutionsmöglichkeiten im Inland ist insbesondere für folgende Bereiche festgestellt worden:

a) Finanzielle Abhängigkeit; Es wurde gezeigt, daß die Bruttoanlageinvestitionen in der Zeitperiode 1960 bis 1970 um mindestens ein Drittel von ausländischen Finanzierungsmitteln abhängig waren.[2] Ferner wurde festgestellt, daß der Anteil des ausländischen Kapitals am Gesamtkapital der Industriegesellschaften im Jahre 1970 rd. 35% ausmachte (s. Tab. 2.12).

---

1) Mit "Machtzentren" sind hier einzelne und/oder Gruppen von Organisationen (Unternehmen) gemeint, welche durch ihre Entscheidungen bedeutende Auswirkungen auf den Wirtschaftsablauf auslösen können. s. dazu M.J. Ulmer, Economic Power and Vested Interests, in: K.W. Rothschild (Ed.), a.a.O., S. 252.

2) s. Tab. 3.1 und S. 88ff. dieser Arbeit.

b)Handelsmäßige Abhängigkeit:die griechische Wirtschaft ist im hohen Ausmaß vom Außenhandel abhängig.Die volkswirtschaftliche Importquote des Landes erreichte im Jahre 1970 einen Wert von 21,3%,[1] während das Defizit der laufenden Posten in v.H. des Bruttoinlandsprodukts von 6,2% im Jahre 1960 auf 9,5% im Jahre 1970 stieg (s. Tab. 3.1, Spalte 6).

c)Technologische Abhängigkeit; in Griechenland sind keine Anstrengungen vorgenommen worden,um den einheimischen technologischen Fortschritt (Innovations- oder Imitationsprozesse) voranzutreiben.Das Land stützt sich für die Fortsetzung des Entwicklungsprozesses auf die Technologien der ausländischen Gesellschaften,die durch Exporte,Direktinvestitionen oder Lizenzvertäge die Übertragung von Technologien und durch eine scheinbare Beseitigung der technologischen Rückständigkeit die Fortsetzung des (abhängigen) Industrialisierungsprozesses ermöglichen.

Die fortlaufende Abhängigkeit des Landes in diesen Bereichen und die geringe Möglichkeiten, durch die verfolgte Industrialisierungspolitik,einen autonomen Entwicklungsprozeß zu realisieren,bedeuten,daß die Opportunitätskosten der Ablehnung der ausländischen Kapitalzuflüsse für das bestehende sozioökonomische System hoch sind,und daß die Stärke der ausländischen Macht ("strength of power") entsprechend hoch ist.

Zweitens hat die Tatsache,daß der Bereich der Träger der Direktinvestitionen (i.e. der multinationalen Gesellschaften),also der ökonomische Raum,in welchem diese Gesellschaften operieren,sich über die nationalen Grenzen jeder einzelnen Tochtergesellschaft hinaus ausdehnt,eine wesentliche Einschränkung der Fähigkeit der Regierung des Landes zur Folge,diese Firmen zu kontrollieren.

---

1)Vgl.S.109 dieser Arbeit.

Da die staatliche Jurisdiktion, im Sinne der Möglichkeiten einer Regierung, nach ihren eigenen wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen zu handeln, nur innerhalb des nationalen Raumes geltend gemacht werden kann bzw. von den im Rahmen der internationalen Beziehungen gültigen Machtverhältnissen bestimmt wird, besitzen multinationale Gesellschaften die Fähigkeit, die Kontroll- und Regulierungsmöglichkeiten einer Regierung erheblich zu erschweren oder zu vermindern.[1)]

Ohne hier auf die Probleme der "Extraterritorialität", so z.B. die Anwendung der US-Trust-Gesetzgebung, die US-Handelsbeschränkungen mit befeindeten Nationen u.a. einzugehen, die lange diskutiert worden sind,[2)] ist die Verengung des Handlungsspielraums der Regierung an Hand folgender Fälle zu zeigen:

a) Die Zielsetzungen der gesamten multinationalen Gesellschaftsorganisation brauchen nicht mit den Interessen des Empfängerlandes kompatibel zu sein. Während z.B. ein bedeutendes Ziel des Empfängerlandes darin bestehen dürfte, die Gewinnkomponente eines von der ausländischen Unternehmung hervorgebrachten Outputs zu minimieren, d.h. die einheimische Wertschöpfung[3)] der produzierenden Unternehmung zu maximieren, hat umgekehrt die ausländische Firma das Ziel, die Gewinnkomponente möglichst groß zu gestalten oder sogar den Gewinn der ganzen multinationalen Unternehmung zu maximieren, ungeachtet ihrer eigenen Gewinnlage.[4)] Letzteres bedeutet, daß die ausländischen Tochterunternehmen scheinbare Verluste aufweisen können, wenn dies sich aus der Sicht der Gesamtgesellschaft als notwendig erweist. Durch Preismanipulation der Güter, die zwischen den einzelnen Unternehmen

---

1) s. R.N. Cooper, The Economics of Interdependence: Economic Policy in the Atlantic Community (N.York usw. 1968), S.92.

2) s. vor allem A.E. Safarian, The Performance of Foreign-owned Firms in Canada (Montréal 1969), S.95ff., J. Behrman, U.S. International Business and Governments, S.178ff., Task Force, S.310 bis 343.

3) Als "einheimische Wertschöpfung" ist hier nicht die in den in Griechenland ansässigen ausländischen Unternehmen entstehende Wertschöpfung gemeint, sondern der Wert dieser Gruppe bezüglich des Einkommens, das den Ausländern in der Form von Gewinnen, Zinsen, Lizenzgebühren etc. zufließt. Vgl. J. Dunning, The Multinational Enterprise: The Background, S.58.

4) Ebenda und Task Force, S.41f.

des multinationalen Konzerns ausgetauscht werden, durch Lizenz- und Managementverträge sind diese Firmen in der Lage, dies zu erreichen, ohne daß die Regierung fähig ist, dies zu verhindern.

Angesichts nämlich der unterschiedlichen Steuerbelastung in den einzelnen Anlageländern ist es für die multinationale Gesellschaft rational, ihre Steuerlast dadurch zu minimieren, daß sie durch die oben beschriebenen Mittel den höchsten Gewinn bei der Unternehmung im Land mit der niedrigsten Steuerbelastung in Erscheinung treten läßt, was nicht nur einen Steuerverlust für die anderen Anlageländer zur Folge, sondern auch negative Auswirkungen auf deren Zahlungsbilanz hätte. Das gleiche Ziel würden multinationale Gesellschaften auch dann verfolgen, wenn die Gewinnbesteuerung einzelner ihrer Firmen dadurch vermindert werden könnte, daß diese Gewinne in Tochterunternehmen transferiert werden, die Verluste hatten; der Endeffekt einer solchen Gewinnstreuung ist, daß nur sehr geringe Gewinne bei den einzelnen Tochterunternehmen erscheinen können und die gesamte Steuerlast der multinationalen Gesellschaft gering bleibt.

b) Die Integration der ausländischen Unternehmen in einer in mehreren Ländern operierenden Unternehmensorganisation hat die zunehmende Interdependenz der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierungen der einzelnen Anlageländer zur Folge.[1] Eine höhere Bedeutung von internationalen Faktoren in diesem Gebiet der Wirtschaftspolitik impliziert aber zugleich abnehmende Freiheitsgrade einer Regierung, ihre Entscheidungen nach den jeweils notwendigen Bedürfnissen des Landes zu treffen.[2]

---

1) s. dazu J. Behrman, Governmental Policy. Alternatives and the Problem of International Sharing, in: J. Dunning (Ed.), The Multinational Enterprise, S. 295f. und ders., The Multinational Firm and the Nation-State: Another View, in: G. Paquet (Ed.), The Multinational Firm and the Nation State, S. 144f.

2) s. P. Streeten, Costs and Benefits of Multinational Enterprises in Less-Developed Countries, in: J. Dunning (Ed.), The Multinational Enterprise, S. 242f., Task Force, S. 296ff., J. Behrman, National Interests and the Multinational Enterprise, S. 7 und K. H. Standke, Amerikanische Investitionspolitik in der EWG (Berlin usw. 1965), S. 167.

c) Die Existenz von multinationalen Gesellschaften im Lande vermindert die Möglichkeiten der Regierung, Reaktionen der Unternehmungen auf ihre Pläne oder Incentive-Maßnahmen zu prognostizieren.[1] Dies gilt jedenfalls dann, wenn ausländische Unternehmen solche Anreize oder Zielsetzungen ignorieren, da ihre Funktion in der Verfolgung der Zielsetzungen der multinationalen Gesellschaft besteht, die nicht mit den Zielen einer "autonomen" Unternehmung identisch zu sein brauchen. Denn die Maßnahmen der Regierung gehen von den spezifischen ökonomischen Bedingungen des Landes aus und zielen auf eine Veränderung dieser Bedingungen, um das Verhalten der Unternehmungen in Richtung auf erstrebte Zielsetzungen zu beeinflussen. Sofern aber diese Bedingungen für einen Teil der tätigen Unternehmen von relativ geringer Bedeutung sind, werden die erwünschten Reaktionen unterbleiben.

d) Die ausländischen Unternehmen haben die Fähigkeit, die Konjunkturpolitik der Regierung zu unterlaufen und zu Lasten der inländischen Unternehmen von den konjunkturpolitischen Maßnahmen zu profitieren. Auch wenn z.B. Kreditrestriktionen von der Regierung beschlossen werden, können die ausländischen Firmen Kreditmittel von ihrem multinationalen Unternehmenskomplex erhalten und für Investitionszwecke einsetzen. Dies hat nicht nur die Verminderung der Effizienz der Wirtschaftspolitik zur Folge; es kann darüber hinaus zum Nachteil der inländischen Firmen geschehen, die in einer solchen Situation nicht die gleichen Expansionschancen haben werden und in ihrer Marktstellung gefährdet werden können.

e) Auf Grund des rapiden Wachstums und der Diversifizierung ihrer Tätigkeiten und Organisationsform hat die multinationale Gesellschaft stets mehrere Alternativen bei der

---

1) Vgl. dazu J. Behrman, National Interests and the Multinational Enterprise, S.72 und W.J. Feld, a.a.O., S.92.

Gestaltung ihrer Unternehmenspolitik. Sie ist nämlich in der Lage, den geographischen Raum ihrer Tätigkeiten zu ändern, Produktionsprogramme umzugestalten, die Expansionsraten der Tochterunternehmen zu beeinflussen, Angebotsquellen zu wechseln oder sogar aus einem Markt auszusteigen, ohne daß sie ihre unternehmerische Tätigkeiten aufzugeben braucht.[1] Mit anderen Worten: multinationale Gesellschaften berücksichtigen weit über einzelne Räume hinausgehende Märkte und Bedingungen, können eine langfristige Strategie entwickeln und besitzen ein wesentlich schlagkräftigeres Instrumentarium zur Durchsetzung ihrer Strategien. Diese Flexibilität bildet einen weiteren Faktor, der die Handlungsmöglichkeiten der Regierungen verengt, den ausländischen Gesellschaften die Verfolgung ihrer eigenen (nationalen) Zielsetzungen zu erzwingen. Die multinationalen Unternehmen besitzen im Notfall die Fähigkeit, ihren Standort zu wechseln, ohne daß dadurch ihr Geschäft wesentlich beeinträchtigt wird, zumal die in Griechenland gegründeten Unternehmen winzige Glieder des multinationalen Unternehmenskomplexes bilden. Im Gegenteil stellen mehrere dieser Firmen wichtige Einheiten für die griechische Industrie dar, sodaß die negativen Folgen für das Land zumindest kurzfristig erheblich sein würden.

Drittens haben die "Wettbewerbsvorteile" der ausländischen gegenüber den inländischen Unternehmen die Überlegenheit der ersteren und die Entstehung ausländischer Marktmacht in vielen Wirtschaftsbereichen zur Folge. Mit "Wettbewerbsvorteil" ist der Besitz eines jeden Elements gemeint, das der Unternehmung die Fähigkeit erteilt, marktbeherrschende Positionen zu erreichen. Das Konzept des "Wettbewerbsvorteils" deckt also alle Ursachen ab, welche zu differenzierten Wachstumsraten und Marktanteilen von Unternehmen im gleichen Markt führen.[2]

---

1) J. Behrman, National Interests and the Multinational Enterprise, S. 2.

2) s. T. F. Shen, Competition, Technology and Market Shares, in: REStat., Bd. 50, 1968, S. 96.

Besitzt eine Firma spezifische Vorteile gegenüber anderen Unternehmen, die keinen Zugang oder nur mit hohen Kosten im Besitz gleicher oder ähnlicher Vorteile kommen können, so kann diese Unvollkommenheit sogar zu einer ständigen, kumulativen Machtausdehnung der dominierenden Firma führen.[1] So kann z.B. eine dominierende Unternehmung die auf Grund einer Monopolstellung resultierenden hohen Gewinne für Investitionen einsetzen, die langfristig ihren technischen und wirtschaftlichen Vorsprung sichern.

Im allgemeinen dürften folgende spezifische Faktoren die Wettbewerbsvorteile der ausländischen Unternehmen bestimmen und ihnen dadurch mächtige Marktpositionen erlauben:

a) Absolute Kostenvorteile der ausländischen Unternehmungen gegenüber bestehenden und potentiellen einheimischen Firmen. Ein absoluter Kostenvorteil besteht für eine Firma dann, wenn ihre Produktionskosten pro Outputeinheit auf Grund von technologischen Kenntnissen, Verfügbarkeit von bzw. leichten Zugang zu relativ billigem Kapital, Kontrolle von Rohstoffen oder anderer wichtigen Inputs, niedriger liegen als die Kosten jedes anderen potentiellen oder bestehenden Unternehmens und zwar für jeden Produktionsumfang.[2] Ausländische Unternehmen genießen i.d.R. absolute Kostenvorteile, weil sie:

- wichtige Information über Technologie und Kenntnisse im breiten Sinne (Produktions- und Organisationsmethoden, Management, Marketing, Durchdringung ausländischer Märkte etc.) besitzen. Multinationale Unternehmen haben gegenüber inländischen Unternehmen den Vorteil, daß sie Nationalmärkte als Test für andere Länder benutzen können. Die Informationen und die Erfahrung können sie dann mit geringen zusätzlichen Kosten in anderen Ländern verwenden;

---

1) Vgl. F. Perroux, L'Economie du XX^{e} siècle, S.88.
2) Vgl. Task Force, S.131.

-Zugang zu den finanziellen Mitteln des Unternehmenskomplexes haben, von dem sie einen Teil bilden und/oder die Möglichkeiten besitzen, am ausländischen oder inländischen Kapitalmarkt leichter und billiger in dem Besitz monetärer Mittel zu gelangen.[1] Dies ergibt sich nicht nur aus den engen Beziehungen der ausländischen Tochtergesellschaften zu den im Ausland oder in Griechenland ansässigen Banken, sondern auch aus der höheren Kreditwürdigkeit dieser Unternehmen, die sie im Vergleich zu einheimischen Firmen bei inländischen Kreditinstituten haben;

-auf Grund ihrer flexiblen Organisationsstruktur in der Lage sind, die Besteuerung ihrer Gewinne auf minimaler Ebene zu gestalten, was der einheimischen Firma nicht möglich ist; und

-die für ausländischen Unternehmen geltenden Garantien und die Vielzahl der Vergünstigungen und Anreize diesen Firmen einen Vorteil gegenüber einheimischen Unternehmen erteilen. Da im Endeffekt die meisten dieser Maßnahmen geringere Kosten bzw. höhere Gewinne für die Unternehmung bedeuten, führen diese institutionelle Maßnahmen auch zu einem absoluten Kostenvorteil und zu stärkeren Machtpositionen der ausländischen gegenüber inländischen Wirtschaftseinheiten.

b) "Economies of large scale of production"; solche Vorteile liegen vor, wenn auf Grund technologischer Gegebenheiten größere Betriebe niedrigere durchschnittliche Stückkosten bis zum Erreichen einer "optimalen" Größe aufweisen. "Economies of scale" bestimmen die horizontale Wettbewerbsstruktur der Wirtschaft und sie sind als Ursache von technologisch bedingten Monopol- bzw. Oligopolsituationen und der daraus entstehenden Machtkonzentration zu betrach-

---

1) "The Multinational Corporation has potential access to all capital markets of the world. To the extent that the company can move money between nations, it can stand aloof from the monetary policy of individual nations and raise capital from the cheapest source anywhere". D.P. Rutenberg, The Advantages of Being Multinational, in: G. Paquet (Ed.), a.a.O., S. 107.

ten.[1)]

Inwiefern die gegründeten ausländischen Unternehmen "economies of scale" realisiert und dadurch Marktmacht erzielt haben, könnte nur durch technoökonomische Untersuchungen durchleuchtet werden. Zumindest für "große" Unternehmen dürfte man annehmen, daß sie zu solchen Vorteilen gekommen sein sollten. Unwahrscheinlich ist aber dies für die große Zahl der kleinen Direktinvestitionsunternehmen, die gegründet worden sind.

c) Die einheimische Politik, welche neben den anderen Faktoren, einen der entscheidenden Gründen für die Etablierung ausländischer "Machtzentren" in der griechischen Wirtschaft bildet. Das liegt einerseits an dem unzulänglichen Entwicklungskonzept, insbesondere der Ansicht, Industrialisierung sei nur dadurch voranzutreiben, daß der Aufbau der wichtigsten Industrien fast ausschließlich durch Direktinvestitionen zu erreichen ist, ohne daß zugleich der Charakter des Industrialisierungsprozesses, ja das Ziel einer autonomen Industrialisierung selbst tangiert werden. Andererseits haben dazu verschiedene wettbewerbs- und strukturpolitische Maßnahmen beigetragen, die unmittelbar zur Stärkung der Machtstellung eines Teils der ausländischen Unternehmen geführt haben. Demgegenüber wurde keine "infant entrepreneur"-Politik betrieben und es fehlte an einem langfristigen Entwicklungskonzept, im Rahmen dessen der unter einheimischer Kontrolle stehende Sektor der Wirtschaft zumindest allmählich gestärkt und die ausländischen Machtpositionen hätten abgebaut werden können.

Macht resultiert aus der Kombination aller diesen Faktoren und erteilt einem Teil der ausländischen Unternehmen eine große Entscheidungsautonomie, vermehrt ihre Verhandlungs-

---

1) s. Task Force, S.130 und Ch. Kindleberger, American Business Abroad: Six Lectures on Direct Investment, S.19.

fähigkeit und erweitert den Einflußbereich ihrer Entscheidungen. Anders ausgedrückt: sie erteilt diesen Firmen die Fähigkeit, ökonomische Ereignisse weniger undeterminiert zu machen, sie gestalten zu können und nicht als Daten zu betrachten.

Die Fähigkeit der ausländischen Unternehmen, wichtige ökonomische Vorgänge und Handlungen im Lande beeinflussen zu können, beruht auf eine erhebliche Machtbasis, die sie hauptsächlich im Jahrzehnt 1960 bis 1970 geschaffen haben. Als Machtbasis ("basis of power") werden die Ressourcen definiert, über die das Macht besitzende Subjekt Kontrolle ausübt und mit Hilfe deren die Verhaltensweisen anderer Wirtschaftssubjekte beeinflussen kann.[1] Die Untersuchung der Stellung der ausländischen Unternehmen im Industriesektor ergab, daß

1) die ausländischen Firmen einen bedeutenden Teil der Industrieanlagen kontrollieren, der bei vielen Industriebranchen ein sehr großes Ausmaß erreicht hat (s. Tab. 3.18),

2) sich die Kontrolle der ausländischen Firmen insbesondere auf die Wachstumsindustrien erstreckt, auf Industrien also, welche im wesentlichen das Wachstum und die Entwicklung in anderen Wirtschaftsbereichen bestimmen,

3) wenige ausländische Unternehmungen einen relativ hohen Anteil der im Industriesektor entstehenden Gewinne erzielen und kontrollieren (Tab. 3.19 bis 3.21),

---

1) s. dazu J. Harsanyi, The Dimension and Measurement of Social Power, in: K. W. Rothschild (Ed.), a.a.O., S. 77 und K. W. Deutsch, a.a.O., S. 23.

4) die meisten und die wichtigsten ausländischen Unternehmen in Märkten mit monopolistischen oder oligopolistischen Marktstrukturen tätig sind, sodaß sie die Produktion dieser Industrien im wesentlichen oder total kontrollieren,

5) ein bedeutender Teil der Industrieexporte von den ausländischen Firmen realisiert wird, die somit über die Deviseneinnahmen des Landes bestimmen können,

6) die Investitionen im Industriesektor und insbesondere in den Schlüsselindustrien im wesentlichen von ausländischen Firmen durchgeführt worden sind,

7) mehrere ausländische Unternehmen zu den größten Unternehmen nicht nur ihrer eigenen Industrie, sondern des ganzen Industriesektors gehören (s. Tab. 2.15 und 3.24),

8) die ausländischen Gesellschaften Kontrolle über fortgeschrittene technologische und organisatorische Kenntnisse ausüben und dadurch direkte oder indirekte Auswirkungen auf die technologische Entwicklung des Landes auslösen können.

Im folgenden wird auf die Bereiche eingegangen, in welchen diese Macht in Erscheinung treten kann und infolgedessen Konflikte zwischen den ausländischen Machtträgern und inländischen Wirtschaftsgruppen entstehen können.

3.5.2 Konfliktbereiche zwischen ausländischer Dominanz und einheimischen Interessen

Auf Grund der festgestellten Machtstärke können ausländische Unternehmen mehrere Kategorien von Wirtschaftseinheiten in mehrfacher Hinsicht beeinflussen. Der Kreis der Wirtschaftssubjekte, auf die Vormachteffekte ausgeübt werden können, besteht aus 1) den Konsumenten, 2) den Unternehmen, und 3) dem Staat. Im folgenden wird der Wirkungsbereich ("scope of power")[1] der ausländischen Macht untersucht, die spezifischen asymmetrischen Einflüsse also, welche von den dominierenden Einheiten ausgehen und die Wirkungen, die bei den dominierten Einheiten hervorgerufen werden können.

1) Vormachteffekte auf die Konsumenten

Als "Konsumenten" ist hier die Bevölkerung des Landes zu betrachten, deren Lebensstandard durch die Direktinvestitionen erhöht werden soll. Die Beantwortung der Frage, ob der griechische Konsument aus Direktinvestitionen einen Vorteil hat, hängt davon ab, ob die ausländischen Unternehmen "effizient" sind und ob diese Effizienz eine Preissenkung bzw. höhere Löhne zur Folge hat, oder ob sie sich in der Form von Gewinnen niederschlägt, die den ausländischen Aktionären zufließen.[2] Als effiziente Unternehmung ist hier diejenige zu betrachten, welche mit möglichst niedrigen Durchschnittskosten operiert. Dies bedeutet, daß sie sich gegenüber dem inländischen und ausländischen Wettbewerb behaupten und ihre Tätigkeiten langfristig ohne Subventionen oder Zollschutz aufrechterhalten kann.[3]

---

1) Mit Wirkungsbereich der Macht ("scope of power") ist gemeint "...the set or collection of all the particular kinds or classes of behavior relations and affairs that are effectively subjected to it (i.e. power, Einfügung des Verfassers), K.W. Deutsch, a.a.O., S.34.
2) Vgl. Task Force, S.40.
3) Vgl. A.E. Safarian, The Performance of Foreign-Owned Firms in Canada, S.79.

Was die Frage der Effizienz betrifft, kann sie wegen fehlender statistischer Information kaum beantwortet werden. Unsere Untersuchung der Rentabilität der ausländischen Unternehmungen für 1970 ergab, daß von 74 untersuchten Firmen mit ausländischer Beteiligung und/oder ausländischer Kontrolle, 51 Verluste erwirtschafteten, 7 eine sehr geringe Rentabilität und 16 eine Eigenkapitalrentabilität von 30% bis 60% aufwiesen. Von den 51 Firmen, die Verluste hatten, waren 22 vor 1967 gegründet worden, sodaß "infant industry"-Argumente für sie wenig gelten dürften.

Das Rentabilitätskriterium ist indessen im Hinblick auf die reale Effizienz wenig aussagefähig. Zum einen können die relativ hohen Gewinne der 16 Unternehmen mehr das Ergebnis eines mangelhaften Wettbewerbs, als einer hohen Effizienz sein. Zum anderen, erweckt der Ausweis dauernder Verluste von "älteren" Unternehmen, die, vermutlich, gut geplant gewesen sind, den Verdacht, daß zumindest von einigen dieser Unternehmen manipulierte Bilanzergebnisse veröffentlicht worden sind.

So können die Gewinne in den Bilanzen dadurch verzerrt ausgewiesen worden sein, daß die meisten ausländischen Unternehmen einen Teil ihrer Bruttoeinnahmen an ihre Muttergesellschaften in Form von Zinsen, Lizenzgebühren u.a. transferieren und hierbei "künstliche" Vereinbarungspreise zugrunde legen.

Unterstellt man jedoch, daß die ausländischen Unternehmen nach einer Anfangsphase i.d.R. effizient erwirtschaften, so ist nur eine notwendige Bedingung erfüllt, daß die Verbraucher im Lande Vorteile daraus ziehen. Die folgenden Faktoren lassen indes vermuten, daß die Wahrscheinlichkeit eines gegenüber den Bedingungen des vollkommenen Wettbewerbs überhöhten Preisniveaus groß ist:

1)die Existenz monopolistischer Marktstrukturen und die oligopolistische bzw. monopolistische Marktstellung der Mehrheit der ausländischen Firmen.Als marktbeherrschende Unternehmen besitzen diese Unternehmen die Möglichkeit, von ihrer Marktstellung Mißbrauch zu machen und ihre Produkte zu Monopolpreisen anzubieten.

2)Die staatliche Einstellung gegenüber den privaten Monopolen und Oligopolen und die Beibehaltung von relativ hohen Schutzzöllen.Durch die Beschränkung des Importwettbewerbs vermindern sich die Möglichkeiten,durch dieses Instrument auf die ausländischen (und inländischen) oligopolistischen Gruppen einen solchen Druck auszuüben,der sie veranlaßt hätte,Preissenkungen zuzugestehen.[1)]

3)Die Tatsache,daß die meisten Direktinvestitionen zur Ausnutzung des Binnenmarktes vorgenommen worden sind.Wie oben nachgewiesen,hat eine große Zahl der ausländischen Unternehmen eine relativ geringe Größe,da sie ihre Produktion hauptsächlich am Bedarf des Binnenmarktes orientiert haben (vgl. Tab. 3.24 und 3.25).In der Regel sind solche kleine Unternehmen mit "diseconomies of scale" verknüpft,die eine Senkung des Preisniveaus unmöglich machen.

Für die ausländischen Investoren stellen die implizierten zusätzlichen Kosten keine effektive Belastung dar.Auf Grund des Zollschutzes werden diese Kosten von der griechischen Wirtschaft getragen,während die ausländischen

---

1)H.Ellis in:Industrial Capital in Greek Development,S.293 kommt zum gleichen Ergebnis;er erwähnt das Beispiel der "Dow Chemical",welche den Preis für Polystyrene so kalkuliert hat,daß darin alle Belastungen des importierten Gutes eingeschlossen sind,sodaß für den inländischen Markt kein Vorteil aus der einheimischen Produktion entsteht.Ähnliches findet statt in einigen Bereichen der Keramikindustrie und diese Fälle sind nur einzelne Beispiele für eine weitverbreitete Technik.

Firmen trotz verminderter Effizienz sogar höhere Gewinne erzielen können. Der Mechanismus, der dies bewirken kann, ist folgender: Ehe Direktinvestitionen vorgenommen wurden, ist der Markt in der Regel durch Importe versorgt worden und der Staat hat in der Form von Zöllen und anderer Belastungen der Importe Einnahmen erzielt, welche er zur Erfüllung seiner entwicklungspolitischen Aufgaben hätte einsetzen können. Ist die Direktinvestition erfolgt, so werden die Zollschranken auf Grund der "infant industry"-Argumente beibehalten, ohne daß untersucht wird, ob und wie lange dies ökonomisch erforderlich sei.[1] Dadurch werden die staatlichen Zolleinnahmen, zumindest zu einem bedeutenden Teil von den ausländischen Unternehmen in der Form von hohen Preisen kassiert.[2] In diesem Falle trägt nicht nur der private, sondern auch der öffentliche Sektor der Wirtschaft die Kosten der Direktinvestitionen.[3]

---

1) Eine Änderung wird automatisch stattfinden, insofern die Vereinbarungen des EWG-Abkommens allmählich in Kraft treten und eine progressive Verminderung des Zollschutzes stattfindet, vorausgesetzt, daß nicht andere Belastungen an die Stelle der Zölle treten werden. Es herrscht aber die Meinung, daß dann eine große Zahl der gegründeten Unternehmen nachdem sie von der Übergangsperiode des Assoziierungsvertrags einen Nutzen gezogen haben, ihre Tätigkeiten aufgeben werden. Vgl. H. Ellis et al., a.a.O., S. 294f.

2) Vgl. dazu Task Force, S. 70 und H.G. Johnson, The Efficiency and Welfare Implications of the International Corporation, S. 45.

3) Am besten kann dies an einem arithmetischen Beispiel deutlich gemacht werden: vor dem Beginn der inländischen Produktion soll der cif-Preis des importierten Gutes 90 D.M. sein, von dem 75 D.M. Kosten, 5 D.M. Transportkosten und 10 D.M. den Gewinn der produzierenden Unternehmung darstellen. Der endgültige Preis für den inländischen Konsum soll mit den Zöllen und verschiedenen Belastungen insgesamt 130 D.M. betragen. Wenn durch die Direktinvestition die Stückkosten 100 D.M. betragen, d.h. ein Drittel mehr als vorher, kann immer noch ein Gewinn von 30 D.M. pro Stück, also 200% mehr als vorher, erzielt werden, während die entsprechenden Zolleinnahmen nicht mehr anfallen. Die Frage bleibt hier offen, ob dieser Verlust durch die Gewinnbesteuerung bzw. die Umsatzsteuer kompensiert werden kann.

Aus diesen Gründen spielt es für die griechische Politik eine entscheidende Rolle,ob Direktinvestitionen langfristig die Entstehung effizienter Unternehmen zur Folge haben und ob sich die Effizienz außerhalb des internen Firmenbereichs ausbreitet,oder im internen Bereich der Unternehmung bleibt. Im letzten Fall wird ein wichtiger potentieller Vorteil der Direktinvestition nicht realisiert[1] und als einziges Instrument des Landes, um dies zu kompensieren,bliebe die Besteuerung der ausländischen Gewinne.Da die Effektivität auch dieses Instruments wesentlich eingeengt worden ist[2], bedeutet Effizienz bei einer Monopolunternehmung nichts anderes,als daß eine Einkommensumverteilung von den Konsumenten zu den monopolistischen Produzenten stattfindet.[3] Da der Produzent kein Inländer ist,findet diese Umverteilung nicht innerhalb Griechenlands,sondern zu Lasten der griechischen Wirtschaft statt.

2)Vormachteffekte auf die einheimischen Unternehmen

Entscheidend für die Beziehungen zwischen den ausländischen und den einheimischen Unternehmen sind die Wettbewerbsvorteile,über welche die ersteren verfügen.Durch den Besitz solcher Vorteile sind die ausländischen Firmen in der Lage Einfluß : 1)auf andere bereits bestehende und 2)auf potentielle Unternehmen auszuüben.

---

1)Vgl. H.G.Johnson,The Efficiency and Welfare Implications of the International Corporation,S.45 und Task Force,S.70.
2)s. Tab. 1.7 und S.40ff. dieser Arbeit.
3)In Task Force,S.108 heißt es:"...the subsidy to particular producers involved in the tariff is usually justified on the grounds that the subsequent efficient development of the firm will compensate society for the subsidy.This has frequently not happened,and the result is a loss to Canada in the form of a subsidy to foreign shareholders".

1)Die Kategorie der Auswirkungen gegenüber den bestehenden Unternehmungen gehört in dem Bereich der oligopolistischen Verhaltensweisen,insbesondere der Preisgestaltung.Die Behandlung der Preis- und Mengengestaltung unter oligopolistischen Marktstrukturen wird uns hier nicht beschäftigen.Es sollte hier nur auf die Ergebnisse des Teils 3.4.4 hingewiesen werden,daß die ausländische Dominanz in Industrien wie Chemie,Metallindustrie,Elektroindustrie u.a. eine Kontrolle der Versorgung mehrerer Industrien bedeutet,welche für ihre Grundstoffe auf die ausländischen Produzenten angewiesen sind.Die ausländischen Firmen dürften einen großen Spielraum haben,die Preise ihrer Produkte autonom zu fixieren und somit einen asymmetrischen Einfluß auf anderen Firmen auszuüben.

2)Die Kategorie der Vormachteffekte gegenüber potentiellen Konkurrenten besteht darin,daß die bestehenden Unternehmen einen einseitigen Einfluß auf die Zugangsbedingungen ("barriers of entry") für potentielle Zugänger ausüben können. Von H.Brems werden diese Auswirkungen als der "industrial-organization-aspect"[1] der Direktinvestitionen bezeichnet. Ihnen kommt deswegen eine große Bedeutung zu,weil sie die Voraussetzungen eines sich selbsttragenden Industrialisierungsprozesses langfristig beeinträchtigen.

Theoretische und empirische Untersuchungen deuten darauf hin,daß die "conditions of entry" in Kombination mit der bestehenden Marktstruktur ein wesentlicher Bestimmungsfaktor des Marktverhaltens insbesondere in oligopolistisch strukturierten Märkten sind.[2] J. Bain definiert die Zugangs-

---

1)H.Brems,The Profitability of Direct Investment;National and International,in:Swedish J. Econ.,Bd.70,1972,S.278.
2)J.Bain,Barriers to New Competition,in:W.Sichel (Ed.), Industrial Organization and Public Policy.Selected Readings (Boston usw. 1967),S.205.

bedingungen ("conditions of entry") als "die Vorteile der etablierten Verkäufer in einer Industrie gegenüber potentiellen Zugängern. Diese Vorteile spiegeln sich in dem Ausmaße wider, in dem die etablierten Unternehmungen ihre Preise ständig[1] oberhalb des Preisniveaus bei vollkommenem Wettbewerb halten können[2], ohne daß diese Industrie neue Unternehmungen anlockt."[3]

Im griechischen Industriesektor liegen die Ursachen für die Entstehung von "barriers of entry" einmal im ökonomischen Bereich selbst, zum anderen im institutionellen Bereich.

Die ökonomischen Bestimmungsfaktoren der "barriers of entry" können verdeutlicht werden, wenn man die Merkmale des im Modell der vollkommenen Konkurrenz implizierten "freien" Marktzugangs betrachtet. J.Bain weist auf drei Bedingungen hin, welche erfüllt sein müßten, soll "freier" Zugang existieren: a) die etablierten Firmen besitzen keinen absoluten Kostenvorteil gegenüber potentiellen Zugängern, b) sie haben keine Vorteile aus Produktdifferenzierung gegenüber potentiellen Unternehmen, und c) "Economies of large scale firm"

---

1) Mit "ständig" ist beabsichtigt, den langfristigen und strukturellen Charakter der "barriers of entry" hervorzuheben. Der implizierte Zeitraum beträgt in der Regel fünf bis zehn Jahre. s. J.Bain, a.a.O., S.209.

2) Ders., S.205 und H.H.Hines, Effectiveness of "Entry" by Already Established Firms, in: QJE, Bd. 71, 1957, S.134.

3) Wenn E den "Wert" der Zugangsbedingungen ausdrücken soll, dann ist:

$$E = \frac{P_o - P_c}{P_c}$$

P_o = Preis im Oligopol,
P_c = Langfristiger Preis bei vollkommener Konkurrenz.

Je niedriger E liegt, desto leichter ist der Zugang in einer Industrie. Freier Zugang impliziert $P_o = P_c$ und $E = 0$. E kann verschiedene Werte annehmen, sodaß entsprechend die Zugangsbedingungen varriieren werden. s. D.K.Osborne, The Role of Entry in Oligopoly Theory, in: JPE Bd. 72, 1964, S.396.

sind unbedeutend, in dem Sinne, daß der Output einer Firma von "optimaler" Größe einen unbedeutenden Teil des gesamten Outputs der relevanten Industrie bildet.[1] "Freier" Marktzugang besteht nicht mehr, wenn eine Unternehmung Vorteile gegenüber anderen potentiellen Zugängern besitzt, die ihr die Fähigkeit geben, den Preis oligopolistisch zu gestalten, ohne daß dadurch in diesem Bereich neue Unternehmen angelockert werden.

Unsere Untersuchung ergab, daß die ausländischen Unternehmen, insbesondere die "multinationalen", relativ billige und umfangreiche Kapitalressourcen besitzen, über exklusive technologische Kenntnisse verfügen und in der Lage sind, technologische und organisatorische "economies" zu realisieren, welche kleineren einheimischen Unternehmen nicht möglich sind.[2] Alle diese Faktoren aber, welche die Wettbewerbsvorteile der ausländischen Direktinvestitionsunternehmen bilden und die oligopolistische Struktur der verschiedenen Industrien bestimmen, sind zugleich diejenigen, durch welche "barriers of entry" verschiedenen Grades zwischen den bestehenden Unternehmungen und den potentiellen Marktzugängern gefördert werden. Sie bewirken, daß die Bedingungen für "offene" Märkte mehr oder weniger nicht mehr erfüllt sind und in der Wirtschaft Mechanismen in Gang gesetzt werden, welche die Tendenz zu "geschlossenen" Märkten verstärken.

Werden die Zugangsbeschränkungen von "großen" Unternehmungen gegenüber kleineren ausgeübt, dann vermindern sich die Expansionschancen für einheimische Unternehmungen und die Dominanz der bestehenden mächtigen ausländischen (und inländischen) Firmen wird nicht durch einen Prozeß "von unten"

---

1) J.Bain, a.a.O., S.214. "Economies of scale" oder "economies of size" können nicht nur in der Produktion, sondern auch im Marketing, in der Forschung und in den Möglichkeiten der Produktdifferenzierung vorliegen und somit auch "barriers of entry" hervorrufen. Dazu s. H.Brems, a.a.O., S.279 und E.Penrose, The Theory of the Growth of the Firm (Oxford 1959), S.95.

2) Nach H.Hines, a.a.O., S.17 wird der Marktzugang von folgenden spezifischen Faktoren beeinflußt: 1) Information über profitablen Zugang, 2) Zugang an produktiven Ressourcen, z.B. Kapital, 3) Zugang an Märkten, und 4) hohe Anpassungsfähigkeit.

vermindert.[1]

Angesichts der Fähigkeit zumindest der wichtigsten Firmen, "barriers of entry" aufzubauen, ist es von Interesse, die Faktoren zu untersuchen, welche die Art der Unternehmungen mit den größeren Aufstiegschancen bestimmen. Also: welche Bedingungen müssen erfüllt werden, damit eine potentielle Unternehmung Vorteile aus den jeweiligen Marktchancen ziehen und Zugang am Markt finden kann, wenn die "barriers of entry" sich nicht prohibitiv auswirken?

Typische Faktoren, die vorhanden sein sollten, damit ein potentielles Unternehmen effektiv am Markt auftreten kann ohne zugleich in Abhängigkeitsverhältnis zu den bestehenden Unternehmungen zu geraten, sind solche Faktoren, die die oben geschilderten Wettbewerbsvorteile der ausländischen Firmen kompensieren könnten. Es handelt sich also um die folgenden:

1) Um die absolute Kostenvorteile der bestehenden Firmen kompensieren zu können:

a) Kontrolle von Produktionstechniken oder anderer Information (Organisations-, Absatzmethoden), die es einer neuen Firma erlauben, mit gleichen oder niedrigeren Kosten als die bestehenden Unternehmen zu produzieren, sodaß der Zugänger einen Preiskampf oder die Treibung der Tätigkeit auf ein unteroptimales Niveau bestehen kann;

b) Zugang zu billigeren oder mehr effizienten Produktionsfaktoren, z.B. Kapital, ausgebildetes Personal, Materialien, etc., was den gleichen Effekt wie a) bewirkt.

2) Im Falle, daß bedeutende "economies of scale" für die Unternehmungen bestehen und der Markt eng ist, hat die bestehende Unternehmung die Möglichkeit, einen "entry-forestalling"[2] Produktpreis zu kalkulieren, der höher als der Wett-

---

1) Vgl. E. Penrose, The Theory of the Growth of the Firm, S. 232.
2) Terminologie nach J. Bain, Essays on Price Theory and Industrial Organization (Boston 1972), S. 96.

bewerbspreis (bei vollkommener Konkurrenz) ist, jedoch nicht so hoch angesetzt wird, daß der Zugang neuer Wettbewerber stimuliert wird.[1] Die "condition of entry" wird für die potentielle Wettbewerber i.d.R. um so ungünstiger aussehen, je höher der Anteil des Outputs einer "optimalen" Firma am von der Marktgröße bestimmten Industrieoutput ist und je größere "diseconomies of scale" bei unteroptimalen Betriebsgrößen vorliegen.[2]

In diesem Falle kann der Zugänger entweder einen kleinen Marktanteil erobern, was unteroptimale Produktionsläufe und höhere Produktionskosten impliziert, oder in größeren Produktionsläufe operieren, dafür aber höhere Kosten als bei optimalen Operationsumfang, d.h. "diseconomies of scale" hinzunehmen. Unter solchen Bedingungen ist es aber unwahrscheinlich, daß potentielle Zugänger motiviert werden im Markt einzutreten, es sei denn der Markt expandiert derart, daß die "economies of scale" schnell auch von ihnen realisiert werden können.[3] Nur in diesem Fall, wenn also die Expansionsmöglichkeiten in der Wirtschaft schneller wachsen, als es den großen etablierten Unternehmen möglich ist, daraus Vorteile zu ziehen, werden "barriers of entry" unwirksam bleiben. Dann kann es zu einem kontinuierlichen Wachstum der Zahl und der Größe der kleineren Unternehmungen kommen, welche nach einem bestimmten Zeitraum auch zu den "Großen" aufwachsen können.[4]

3) Um die Vorteile der etablierten Firmen aus der Produktdifferenzierung überwinden zu können, ist es für einen potentiellen Zugänger erforderlich, daß:

a) eine starke Präferenz der Käufer für ihr Produkt vorliegt, was in der Regel nur bei bekannten Markenzeichen ("brand names") erwartet werden kann, oder die Nachfrage einer kleinen aber kaufkräftigen Gruppe erobert werden kann, oder

---

1) s. J. Bain, Essays on Price Theory and Industrial Organization, S. 98.
2) Ders., Barriers to New Competition, S. 217.
3) Ebenda, S. 215.
4) s. E. T. Penrose, The Theory of the Growth of the Firm, S. 167, 222 und 224ff.

b)Kontrolle eines überlegenen Produktdesigns vorliegt,das auf Grund von Patenten den etablierten Unternehmungen nicht oder nur zu sehr hohen Kosten zur Verfügung steht.[1)]

Die Notwendigkeit dieser in der Regel zueinander komplementären Faktoren deutet darauf hin,daß entweder die ausländischen Firmen und/oder starke einheimische Unternehmungen die erforderlichen "economies of expansion"[2)] besitzen,die es ihnen erlauben von den bestehenden Expansionsmöglichkeiten Gewinn zu schlagen,während neue Unternehmungen im großen Ausmaß durch "barriers of entry" ferngehalten werden.[3)]

In der Tat kann man als ein besonderes Merkmal der Entwicklung der griechischen Industrie in den letzten 10-15 Jahren die Tatsache ansehen,daß die einheimischen Unternehmer,welche beschränkte Kapitalbeträge und relativ einfache technologische und organisatorische Kenntnisse besitzen,eine Reihe von kleinen Unternehmen in Randaktivitäten gegründet haben,während die wichtigsten und dynamischten Projekte fast ausschließlich von ausländischen Unternehmen oder ein paar einheimischen bedeutenden Firmen ausgeführt wurden.

Aber selbst wenn es gelänge,mit Hilfe von ausländischen oder starken einheimischen Firmen die Überwindung der "barriers of entry" zustande zu bringen,ist das Ergebnis in beiden Fällen ökonomisch unerwünscht.Im ersten Fall,weil Industrien völlig von ausländischen Firmen dominiert und "entfremdet" werden und die Vorteile aus der Expansion des Binnenmarktes ständig,zumindest zum Teil,von Ausländern genutzt werden; im zweiten Fall,weil die Konzentration in der Wirtschaft und die oligopolistische Marktstruktur zu-

---

1)s. J.Bain,Barriers to New Competition,S. 218.
2)Mit "Economies of Expansion" werden die Fähigkeiten bezeichnet,die Kosten eines Expansionsprozesses der Firma zu tragen.s. E.Penrose,The Theory of the Growth of the Firm,S.96.
3)Vgl. E.Penrose,ebenda, S.218ff., H.Brems,a.a.O.,S254 und P.Sylos-Labini,Oligopoly and Technical Progress (Cambridge, Massachusetts,1962), S.61.

nehmen und "conglomerates" mit allen zusammenhängenden negativen Erscheinungen auftreten werden.[1] Da hier unter den "einheimischen" Unternehmungen auch die von den Ausländern schon kontrollierten gemeint sind, führt die Bildung von "conglomerates" zugleich zur Verstärkung der Machtpositionen der ausländischen Unternehmungen in der gesamten Industrie, zur Verstärkung der "Denationalisierungstendenzen" in der griechischen Industrie und zur Verstärkung der daraus resultierenden entwicklungsrestriktiven Mechanismen.

Die institutionellen Bestimmungsfaktoren der "barriers of entry" werden in der griechischen Wirtschaft von der öffentlichen Wirtschaftspolitik bestimmt. Die Regierungspolitik hat in mehreren Fällen den ausländischen Investoren garantiert, daß innerhalb eines Zeitraumes von mindestens drei Jahren, vom Zeitpunkt des Beginns der Produktionsaktivität der Unternehmung gemessen,[2] keine Genehmigungen für neue Investitionen in derselben Industrie gewährt werden. Für die wichtigsten Direktinvestitionen ist ein längerer Zeitraum "vereinbart", und die ausländischen Investoren besitzen die Option, durch Expansion ihrer Unternehmung vor einem anderen Investor bevorzugt zu werden und somit ihre Marktposition ungestört auf die Dauer zu halten.

Daß durch eine so lange Periode von staatlich garantiertem Marktzugangsverbot "geschlossene" Märkte geschaffen werden, liegt auf der Hand. Es bedeutet darüber hinaus, daß die Drohung eines neuen Zugangs kaum besteht und somit keinen Effekt auf das Marktverhalten der etablierten Monopolisten auslösen kann, die somit einen großen Spielraum zur Bestimmung ihrer Preise und ihrer Marktstrategien besitzen.

---

1) Einzelne Beispiele zur Bildung von "conglomerates" s. in Kapitel 3.4.4.

2) Dies hat zur Folge, daß der effektive Zeitraum um 2 bis 5 Jahre länger ist, um den Zeitraum also, der in der Regel zur Realisierung der ausländischen Investition nötig ist.

3) Vormachteffekte der ausländischen Unternehmen auf den Staat

Einflußmöglichkeiten der Direktinvestitionsunternehmen auf den öffentlichen Sektor des Landes und somit Konfliktfelder können in zweifacher Richtung bestehen: Einmal bei den Beziehungen des griechischen Staates zur ausländischen Unternehmung selbst, zum anderen bei seinen Beziehungen zum kapitalexportierenden Land.

Dies resultiert aus der zweifachen Natur der Direktinvestitionen: Zum einen handelt es sich bei einem Teil der ausländischen Unternehmen um mächtige Einheiten im Anlageland, welche ihre eigenen Interessen bzw. die Interessen ihres multinationalen Konzerns verfolgen, zum anderen sind ausländische Firmen ökonomische Instrumente der Auslandspolitik ihres Herkunftlandes.[1] Als "ökonomisches Instrument" ist definiert "any economic capacity, institution, technique, or policy which is applied to the pursuit of foreign-policy goals or which, whether consciously directed or not, has a significant international impact."[2] Die Direktinvestitionen als Faktor der ökonomischen zwischenstaatlichen Beziehungen bilden ipso facto ein außenpolitisches Instrument der Industrienationen und seine potentielle Verwendung beeinflußt den Bereich der "international politics".[3]

---

1) Vgl. Ch. Kindleberger, American Business Abroad: Six Lectures on Direct Investment, S.38 und 43 sowie Task Force, S.27 und 303ff.

2) N.J. Padelford-G.A. Lincoln, The Dynamics of International Politics (N.York 1966), S.402.

3) Ebenda, S.403. Mit aller Deutlichkeit folgert dazu der Task Force Report: "...Canadian firms...are also part of the American industrial state influenced by, if not directly subject to, American law and policy formulated in the pursuit of American objectives. Insofar as the latter transcend economic objectives to include the objectives of foreign policy and national security, it can be argued that Canadian subsidiaries become, at least partially, instruments of American foreign policy and American military goals", S.305f.

eine "Koalition" zwischen privater und öffentlicher Macht, zwischen "multinational corporations" und dem Staat, in welchem die jeweilige Muttergesellschaft ihren Stammsitz hat, vor allem also der USA, hängt von der Bereitschaft dieser Firmen ab, die Ziele der " n a t i o n a l p o w e r " zu fördern.[1] Wir brauchen hier nicht weiter auf die Theorien der "Technostruktur" von J.Galbraith, der dominierenden Wirtschaft von F.Perroux und die Arbeiten S.Hymers, J.Behrmans, R.Murrays, D.Horowitz u.a.[2] einzugehen, um zu zeigen, wie eng besonders bei den Außenwirtschaftsbeziehungen die Pläne dieser beiden Gruppen sind und wie einflußreich die Regierung des Stammsitzes der multinationalen Gesellschaft und insbesondere die US-Regierung auf diese Firmen ist. Denn uns interessiert hier nicht der mögliche Einsatz von Direktinvestitionen, um politischen oder militärischen Einfluß zu gewinnen, da dies zum Bereich der Auswirkungen der Direktinvestitionen auf die "politische" Sphäre gehört. Es genügt hier, auf die Natur der Direktinvestition als eines ökonomischen und politischen Phänomens hinzuweisen, woraus sich ergibt, daß das Konzept der "rein ökonomischen" Kosten der Direktinvestitionen um die Dimension der Kosten der potentiellen oder bereits stattgefundenen Beeinflußung der politischen Entscheidungsautonomie Griechenlands zu erweitern ist.[3]

Genauer formuliert: die Rolle der Direktinvestitionen als eines potentiellen Instruments der Außenpolitik der ausländischen Regierungen sollte bei der Untersuchung wirtschaftlicher Phänomene insofern nicht behandelt werden, als sie nicht das ökonomische Verhalten der griechischen Regierung direkt beeinflußt. Werden Direktinvestitionen

---

1) s. J.Behrman, U.S. International Business and Governments, S.138f., F.Perroux, L'Economie du XX^e siècle, S.243.

2) s. J.K.Galbraith, The New Industrial State (Middlesex 1969, Pelican Books), F.Perroux, L'Economie du XX^e siècle, S.Hymer, Multinationale Konzerne und das Gesetz der ungleichen Entwicklung, J.Behrman, National Interests and the Multinational Enterprise. Tensions Among the North Atlantic Countries und ders., U.S. International Business and Governments, R.Murray, The Internationalization of Capital and the Nation State, in: J.Dunning (Ed.), The Multinational Enterprise, S.161 ff., D.Horowitz (Ed.), Corporations and the Cold War (N.York, London 1969).

3) Vgl. dazu Task Force, S.339 und 361.

zum Erreichen ökonomischer Zielsetzungen der Kapitalexportländer eingesetzt, dann befinden wir uns wieder innerhalb der "ökonomischen Sphäre".

Ausländische Vormachteffekte auf den Staat bzw. ausländische Kontrolle des politischen Entscheidungsmechanismus des Landes bedeutet nicht, daß die Regierung nicht souverän ist, wirtschaftspolitische Entscheidungen zu treffen. Neben der formellen Souveränität ist jedoch auch die Fähigkeit von Bedeutung, Entscheidungen in "gesamtgesellschaftlicher" Sicht treffen zu können, " a capacity which reflects the degree of national independence as distinct from sovereignty per se".[1] Das Problem besteht darin, ob die ausländische Machtstellung sowie diejenigen inländischen Machtgruppen, welche aus eigenem Interesse die ausländischen Stellen unterstützen, in der Lage sind, den Handlungsspielraum der Regierungen derart einzuengen, daß entwicklungspolitisch wichtige Strategien nicht durchgeführt werden können, bzw. daß eine Industrialisierungspolitik verfolgt wird, die die Abhängigkeit der Wirtschaft von den ausländischen Gesellschaften fortsetzt.[2]

Es wurde oben geschildert wie die Tatsache, daß die Träger der Direktinvestitionen nicht Privatpersonen sondern multinationale Gesellschaften sind, eine Verengung des Spielraums der Regierung haben, die Wirtschaft zu kontrollieren und bei der Gestaltung wirtschaftlicher Prozesse effektiv zu intervenieren. Die ausländischen Einflußmöglich-

---

1) Task Force, S. 296f.

2) Über die Einflußmöglichkeiten der privaten Machtgruppen auf die Fähigkeit und den Willen der Regierung rational zu handeln vgl. u.a. F.J. Deyrup, Limits of Government Activity in Underdeveloped Countries, in: Soc. Res., Bd. 24, 1957, S. 191ff., P. Streeten, Costs and Benefits of Multinational Enterprise in Less-Developed Countries, S. 242ff., A. Papandreou, The Political Element in Economic Development (Wicksell Lectures, Stockholm 1966), R.B. Du Boff, Transferring Wealth from Underdeveloped to Developed Countries Via Direct Foreign Investment: Comment, in: SEJ, Bd. 38, 1971, S. 118ff., Task Force, S. 292.

3) Vgl. E. Penrose, International Relations and the Large International Firm , S. 99.

keiten sind erheblich, einmal weil viele wirtschaftliche Prozesse auf Grund der Tätigkeit ausländischer Unternehmen hervorgerufen worden sind[1], und zum anderen weil die ausländischen Kontrollmöglichkeiten in der Hand eines Landes konzentriert sind, nämlich der USA, die als den mächtigsten politisch-ökonomischen Komplex der Welt zu betrachten ist.[2] Die Direktinvestitionen können dann als ein Instrument von der bzw. den dominierenden Wirtschaft(en) eingesetzt werden, "a) um ihren Partner dazu zu bringen, diejenige Wirtschaftsform anzunehmen, die für sie selber günstig ist... und b) um zu vermeiden, daß die Nationalwirtschaften, mit denen sie verhandeln, eine Struktur annehmen, ... die für sie selbst ungünstig sein würde."[3]

Die logische Konsequenz ist, daß eine Regierung, welche die Notwendigkeit einer gegen die Interessen der etablierten ausländischen (und inländischen) Machtgruppen zielgerichtete Entwicklungsstrategie erkennen und den Versuch unternehmen würde, ein in dieser Richtung orientiertes wirtschaftspolitisches Instrumentarium zu entwickeln und durchzusetzen, auf den zunehmenden Widerstand der Gruppe der ausländischen Firmen, wenn nicht auch Staaten treffen und partiell oder gar total scheitern könnte.[4] Denn der ausländische ökonomisch-politische Komplex verfügt über außergewöhnliche ökonomische Einflußfaktoren, die ihn in die günstige Lage versetzen, seine Interessen erfolgreich zu verteidigen; er hätte nämlich die Möglichkeit:

---

1) s. E. Penrose, International Economic Relations and the Large International Firm, S. 99.
2) Zur Bedeutung dieses Faktors s. Task Force, S. 302.
3) F. Perroux, Entwurf einer Theorie der dominierenden Wirtschaft, S. 251.
4) Zur Darstellung der ungleichen "bargaining power" multinationaler Gesellschaften und Regierungen eines "typischen" Entwicklungslandes s. in: S. Hymer-S. Resnick, Interactions Between the Government and the Private Sector in Underdeveloped Countries: Government Expenditure Policy and the Reflection Ratio , in: J. Stewart (Ed.), Economic Development and Structural Change (Edinburgh 1969), S. 155ff.

1)die erheblichen Kreditmittel zu kürzen,welche dem Land in Form von Exportkrediten,Anleihen an Banken,Unternehmen und/oder Staat zur Verfügung gestellt werden;

2)die Beträge,für welche das Recht des Rücktransfers von den ausländischen Unternehmen in Griechenland nicht in Anspruch genommen wurde,kumulativ transferieren zu lassen, was katastrophale Folgen für die Zahlungsbilanz und dadurch für die innere Stabilität haben könnte;

3)seine Investitionen einzustellen,was das Wachstum und die Stabilität zumindest kurzfristig beeinträchtigen würde;

4)die Exporte der ausländischen Unternehmen zu beschränken, was ähnliche Effekte wie 2) auslösen würde;

5)durch beschränkte und/oder massive Arbeiterentlastungen Gefahren für die Beschäftigungsstabilität hervorzurufen;

6)durch Manipulation der Lieferungen an inländische Unternehmen und Ausnutzung der Monopolsituationen der ausländischen Firmen,den regelmäßigen Produktionsablauf in anderen Industrien zu beeinträchtigen;

7)durch Abzug der Lizenzvergaben an griechische Unternehmungen - sofern dies möglich ist -, eine große Zahl von Industrieunternehmen in eine schwierige Situation zu bringen,auf die sie mittelfristig nicht effektiv reagieren können,und "last but not least"

8)die jeweiligen ausländischen Regierungen zu mobilisieren und durch die Drohung von "wider economic or political sanctions"[1)] und durch die Einmischung der "international diplomacy" den Druck auf das Inland zu verstärken.[2)]

---

1)E.Penrose,International Economic Relations and the Large International Firm, S.99.

2)Über den starken Druck der durch diplomatische Vorhaltungen ("representations") des Kapitalexportlandes ausgeübt werden kann s. E.Penrose,ebenda, J.Behrman,U.S. International Business and Governments, S.10, K.W.Deutsch,a.a.O., S.90 und P.G.Hastedt,a.a.O.,S.167.

Eine übermäßige und einseitige Abhängigkeit der Industrialisierung eines Entwicklungslandes von ausländischen Direktinvestitionen, wie sie im Falle Griechenlands vorliegt, hat also die Bildung von Strukturen zur Folge, welche den Spielraum der jeweiligen Regierung in mehrfacher Hinsicht verengen, Hindernisse für eine Rationalisierung der Industrialisierungspolitik aufstellen und die Fortsetzung von entwicklungshemmenden Strukturen begünstigen.

Es geht hier nicht darum, daß die griechische Regierung ihre Zielsetzungen so gestaltet, daß keine bzw. ernste Konflikte zu den Interessen der ausländischen Unternehmungen entstehen, da dies die Folge einer Manipulation des Regierungsapparates durch die ausländischen "Machtzentren" sein kann. Entscheidend ist, daß die Möglichkeit, d.h. die Autonomie, andere Zielsetzungen zu verfolgen beschränkt wird.[1)]

Die langfristigen Gefahren, die sich für eine unentwickelte Wirtschaft ergeben, wenn man von der Überlegung ausgeht, daß ein nur geringer Unterschied besteht, ob die Industrialisierung durch multinationale Konzerne oder einheimische Unternehmen angetrieben wird, sind die Herausbildung inflexibler Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen, welche entwicklungspolitische Alternativen stark einengen. Deswegen ist es entscheidend, rationale Industrialisierungsstrategien in einer möglichst frühen Phase der Entwicklung zu konzipieren und anzustreben, "before the social structure has hardened into forms which predetermine the path which the country is free to follow subsequently."[2)]

---

1) In Task Force, S.306 heißt es: "There is a difference between voluntarily travelling a parallel route at a time when our objectives have much in common, and having United States policy implemented through pressure on subsidiaries resident in Canada".

2) M.Merhav, a.a.O., S.23. Vgl. auch F.Ginnor, The Impact of Capital Imports on the Structure of Developing Countries, in: Kyklos 1969, S.104ff. und F.Miro Quesada, "Indépendance de la Nation" et pays non développés, in: EA, Bd.24, 1971, S.605ff.

4. Schlußbetrachtungen

Unsere Untersuchung hat ergeben, daß das ausländische Kapital in vieler Hinsicht einen wichtigen Bestimmungsfaktor des griechischen Entwicklungsprozesses in der Nachkriegszeit gebildet hat. Die Analyse zeigte aber, daß die Auswirkungen des Auslandskapitals und die Rolle, welche die "multinational corporations" im Industrialisierungsprozeß des Landes spielen, lediglich die Realisierung partieller Ziele der verfolgten Entwicklungspolitik ermöglicht haben. Vielmehr konnte gezeigt werden, daß Auslandskapital und insbesondere Direktinvestitionen eo ipso keine hinreichende Bedingung für das Ziel, für welches sie gefördert wurden, darstellen. Das zu starke Vertrauen an die Rolle des Auslandskapitals und die uneingeschränkte Förderung von Direktinvestitionen zur Beseitigung der Unterentwicklung führte zu einer starken externen Abhängigkeit der griechischen Wirtschaft und zu einem Eindringen multinationaler Gesellschaften in der Industrie. Letztere haben zwar durch ihre Investitionen die Gründung neuer Industrien, die Übertragung von Technologien, Strukturänderungen bei den Außenhandelsbeziehungen und im allgemeinen eine Art von Industrialisierung zur Folge gehabt. Dieser Prozeß hat aber zugleich dazu geführt, daß wichtige Entscheidungen hinsichtlich Finanzierungsmittel, Technologietransfer, Richtung und Ausmaß der Industrieinvestitionen, Preisgestaltung etc. von ausländischen "Machtzentren" kontrolliert werden.

Die Probleme, die dabei auftauchen, wenn man alle diese Effekte aus entwicklungspolitischer Sicht zu interpretieren versucht, sind vielfältig und durch Anwendung lediglich "ökonomischer" Kriterien kaum lösbar. Insbesondere die "Kosten" der Direktinvestitionen sind nicht immer meßbar. Welchen

Wert erhält die Tatsache der ausländischen "Kontrolle" und der Vormachteffekte auf die anderen Wirtschaftseinheiten, insbesondere auf den Staat? Und wie können "Vorteile" und "Kosten" der Direktinvestitionen sinnvoll zueinander verglichen werden? Dazu kommen die Probleme, welche aus dem langfristigen Charakter der Direktinvestitionen resultieren; positive und negative Auswirkungen können nur langfristig in Erscheinung treten und werden entscheidend von den jeweils herrschenden Bedingungen bestimmt, sodaß sie zum großen Teil nicht voraussehbar sind.

Unter dem Aspekt der Industrialisierung ist festzuhalten, daß zwar mit Hilfe des Auslandskapitals eine wichtige Ausweitung des Industriesektors zu beobachten ist, die jedoch mit Industrialisierung nicht gleichzusetzen ist. Industrialisierung wurde bezeichnet als die Steigerung der einheimischen Fähigkeiten, die interne Engpässe und die Probleme der Unterentwicklung zu meistern und zu beseitigen. Industrialisierung in diesem Sinne bedeutet zugleich die Reduzierung der finanziellen, technologischen und handelsmäßigen Abhängigkeit, ist also mit der "Transplantation" ausländischer Industrien und der Bildung ausländischer Machtzentren inkompatibel.

Die festgestellten Auswirkungen sind zum einen auf Faktoren zurückzuführen, die im Charakter der Direktinvestitionen und der multinationalen Gesellschaften liegen. Zum anderen sind aber diese Auswirkungen von den wirtschaftlichen Bedingungen des Landes, nicht zuletzt auch der griechischen Wirtschaftspolitik mitbedingt. Letztere zeigt in der Frage der Auslandskapitalien als Instruments der Industrialisierungspolitik deswegen eine geringe Rationalität, weil:

1)sie Direktinvestitionen fördert,ohne zu versuchen,die elementaren Auswirkungen dieser Investitionen zu durchschauen und die langfristigen Folgen für den Industrialisierungsprozeß zu ermitteln,und

2)wie oben gezeigt,viele bedeutende Auswirkungen der Direktinvestitionen von so komplexer und so langfristiger Natur sind,daß sie schwer,wenn überhaupt,erfaßt werden können.Dies bedeutet nichts anderes,als daß die Direktinvestitionen unvorhersehbare Auswirkungen haben können,die nicht von vornherein kontrollierbar sind. Läßt man es bei soviel Ungewißheit,daß Direktinvestitionen ein zentrales Gewicht im Industrialisierungsprozeß erhalten,so setzt man sich in offenen Widerspruch zum Ziel wirtschaftlicher Entwicklung; sofern nämlich die unvorsehbaren bzw. nicht quantifizierbaren Auswirkungen negativ sind,werden Ressourcen vergeudet und/oder Strukturen gefördert,die langfristigen Charakter aufweisen und deren Abbau sehr kostspielig sein kann.

Der Staat ist die einzig mögliche ökonomische Institution, welche als "countervailing power" gegenüber den sich herauskristallisierenden privaten Machtpositionen handeln kann.Nur durch staatliche Intervention kann in denjenigen Bereichen,in welchen eine Divergenz zwischen ökonomisch rationalen Zielsetzungen und den Zielsetzungen der ausländischen Gesellschaften besteht,die Position des Inlands verstärkt und dessen Vorteile erhöht werden.Der Staat ist zugleich das einzige Wirtschaftssubjekt,welches durch seine gestaltungspolitische Aktionen den Abbau der Strukturverzerrungen und die notwendigen Bedingungen für den Übergang zu sich selbsttragenden Industrialisierungsformen schaffen kann.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die ökonomische Rolle des öffentlichen Sektors in einer Industrialisierungsstrategie in multipler und komplexer Weise von der Natur des politischen Systems abhängt.[1] Inwieweit die griechische Regierung fähig ist, ökonomisch rationale Zielsetzungen zu verfolgen, hängt hauptsächlich davon ab, in welchem Maße sie von denjenigen sozialen Gruppen unabhängig ist, die aus einer wirtschaftspolitischen Änderung am wenigsten profitieren würden.[2] Denn der Handlungsspielraum jeder Regierung ist durch verschiedene politische und ökonomische "pressure groups" und durch die Entscheidungen und Handlungen anderer Wirtschaftssubjekte beeinflußt, nicht zuletzt auch derjenigen ausländischen Gruppen, deren Machtstellung es zu verringern gilt.

Soll der griechische Staat in der Lage sein, eine ökonomisch rationale Entwicklungspolitik gegenüber den Direktinvestitionen zu verfolgen, so bedeutet dies, daß die politischen Machtstrukturen anders als bis jetzt aussehen müssen. Die Veränderungen, die im politischen System Griechenlands notwendig sind, damit die Aufgaben der Entwicklung gehandhabt werden, stellen nichts anderes dar, als einen Prozeß der "politischen Entwicklung", der eine Voraussetzung für den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß bildet und mit diesem in wechselseitigen Zusammenhang steht. Politische Entwicklung, ebenso wie wirtschaftliche Entwicklung "demands of the nation's political system a willingness to act, an expanding knowledge of the technical problem of economic growth and an expanding competence in administrating social and economic tasks."[3]

---

1) s. R.B.Sutcliffe, a.a.O., S.72 und 285.
2) s. dazu F.J.Deyrup, a.a.O., S.193.
3) W.Malenbaum, Economic Factors and Political Development, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Bd.358, 1965, S.48. Vgl. auch E.Penrose, International Economic Relations and the Large International Firm, S.96.

Tabellenanhang

Generelle Anmerkung zu den Tabellen:

Die Unterschiede in der Zahl der angegebenen ausländischen oder aller Unternehmungen sind darauf zurückzuführen, daß nicht für alle Firmen Information über das jeweils zugrunde gelegte Merkmalswert (ausländische Beteiligungshöhe, Aktienkapital, Belegschaft, Gesamtvermögen u.a.) verfügbar war. So unterscheidet sich:

1) die Zahl aller Industrieunternehmen in den Tabellen 2.12, 3.18 und 3.25 deswegen, weil in der Tab. 2.12 nur die Kenntnis des Aktienkapitals erforderlich war, während in den Tab. 3.18 und 3.25 die Zahl der Unternehmen zugrunde gelegt wurde, für die Information über deren Gesamtvermögen bestand (Tab. 3.18) bzw. von welchen außer dem Gesamtvermögen auch die Belegschaft bekannt war (Tab. 3.25);

2) die Zahl der ausländischen Unternehmen in den Tabellen 2.11, 212, 2.14, 2.15, 3.18, 3.24 und 3.25 deswegen, weil:

a) in der Tabelle 2.11 Unternehmen angegeben worden sind, von denen die Höhe der ausländischen Beteiligungen nicht bekannt war. Diese Firmen sind nicht weiter berücksichtigt worden;
b) in der Tabelle 2.12 diejenigen Firmen zugrunde gelegt wurden, über welche die Höhe der ausländischen Beteiligung und das Aktienkapital bekannt waren;
c) in der Tabelle 2.15 diejenigen Firmen nicht berücksichtigt wurden, bei denen mehrere ausländische Beteiligungen vorlagen, da es nicht möglich war, diese Firmen nach dem zugrunde gelegten Kriterium eindeutig einzuordnen;
d) in der Tabelle 3.18 nur Unternehmen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung oder 50:50 "Joint Ventures" angegeben sind;
e) in der Tabelle 3.24 Unternehmen zugrunde gelegt wurden, für welche außer dem Gesamtvermögen auch die Zahl der Beschäftigten erforderlich war; und
f) in der Tabelle 3.25 Unternehmen berücksichtigt wurden, für welche die ausländische Beteiligungshöhe und das Gesamtvermögen bekannt waren.

Tabelle 1.1:

Bruttosozialprodukt und Bruttoanlageinvestitionen Griechenlands (einzelne Jahre)

(in Preisen von 1958)

Jahr	BSP zu Marktpreisen in Mrd. Drachmen[1]	Bruttoanlageinvestitionen[2] in Mrd. Drachmen			(3) in v.H. von (2)	(5) in v.H. von (3)
		Insgesamt	Private	Privatinvestitionen in der verarbeitenden Industrie		
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
1954	73,7	9,5	6,9	1,0	12,9	10,5
1956	84,7	12,6	9,1	1,1	14,9	8,7
1958	94,2	15,9	11,6	2,0	16,9	12,6
1960	102,0	19,2	12,4	1,5	18,8	7,8
1962	117,5	22,5	14,8	1,8	19,1	8,0
1964	138,7	28,5	20,3	3,1	20,5	10,9
1966	160,7	36,6	26,1	4,1	22,8	11,2
1968	180,5	43,0	30,4	4,4	23,8	10,2
1969	195,0	51,3	36,4	5,0	26,3	9,7

1) Parität der Drachme zum US-Dollar seit 1953: 30 Drachmen = 1 $.

2) Ohne Schiffsregistrierungen.

Quelle: Berechnet nach den Angaben von:
1) Koordinationsministerium, National Accounts of Greece, 1948-1965 (Athen 1967) (orig.gr.)
2) NSSG, National Accounts of Greece, 1960-1969 (Athens 1971)

Tabelle 1.2 :

Zusammensetzung des Bruttosozialprodukts zu Faktorkosten Griechenlands (einzelne Jahre)

in v.H. (in Preisen von 1958)

Wirtschafts-sektoren	1954	1957	1960	1964	1967	1969	1970
1.Primäre Sektor[1)]	30,6	30,9	25,5	24,9	22,7	19,6	19,7
2.Sekundäre Sektor[2)]	19,7	21,1	25,0	26,1	28,4	31,6	31,9
(Verarbeitende Industrie)	(14,5)	(15,3)	(16,9)	(17,4)	(19,1)	(20,9)	(21,2)
3.Tertiäre Sektor	48,4	45,7	47,2	46,1	45,9	45,8	45,6
Bruttoinlands-produkt	98,7	97,7	97,7	97,1	97,0	97,0	97,2
Faktoreinkommen aus dem Ausland	1,3	2,3	2,3	2,9	3,0	3,0	2,8
Bruttosozialprodukt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Agrar- und Bergbausektor.
2) Verarbeitende Industrie, Energie, Konstruktion.

Quelle: Berechnet nach den Angaben des "Bank of Greece, Monthly Statistical Bulletin, Oct. 1972)" und "Koordinationsministerium, National Accounts of Greece, 1948-1965" (Athen 1967) (orig.gr.).

Tabelle 1.3 :

Verteilung der Bruttoanlageinvestitionen in der griechischen Wirtschaft (einzelne Jahre)

(in Preisen von 1958)

in v.H.

Wirtschaftsbereiche	1954	1958	1960	1962	1964	1967	1968	1969
Land- & Forstwirtschaft, Fischerei etc.	9,0	14,6	17,8	14,3	13,9	13,3	12,7	11,2
Bergbau	1,1	1,6	0,5	0,7	0,9	1,3	1,1	0,9
Verarbeitende Industrie	10,8	12,7	9,2	11,4	11,8	10,2	10,3	9,9
Energie & Wasserversorgung	11,2	7,2	7,2	8,0	8,1	10,5	9,6	9,4
Verkehr[1] & Nachrichtenübermittlung	8,7	16,5	19,4	19,2	19,1	21,1	20,4	21,4
Wohnungen	43,0	35,6	29,5	30,4	31,7	28,4	31,1	31,2
Öffentliche Verwaltung	2,7	0,6	1,4	0,9	0,7	1,0	0,6	0,9
Sonstiges[2]	13,5	11,2	15,0	15,1	13,8	14,2	14,2	15,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Ohne Schiffsregistrierungen.
2) Gesundheit, Ausbildung, Tourismus, u.a.

Quelle: Berechnet nach den Angaben von:
1) Koordinationsministerium, National Accounts of Greece, 1948-1965 (Athen 1967) (orig.gr.)
2) NSSG, National Accounts of Greece, 1960-1969 (Athens 1971).

Tabelle 1.4:

Die Entwicklung der griechischen Zahlungsbilanz (einzelne Jahre)

in Mill.US-$

	1954	1958	1961	1964	1967	1969	1970	1971
I. Laufende Posten								
1. Warenhandel:								
Ausfuhr (fob)	161,0	242,8	234,3	308,4	452,6	530,3	612,2	624,8
Einfuhr (cif)	328,5	509,8	567,2	863,4	1149,4	1418,5	1696,1	1927,0
Saldo des Warenhandels[1]	-167,5	-267,0	-332,9	-555,0	-696,8	-888,2	-1083,9	-1302,2
2. Unsichtbare Posten:								
Unsichtbare Einnahmen	124,2	217,6	319,6	479,5	659,0	786,0	940,4	1257,9
Unsichtbare Ausgaben	30,1	47,7	76,1	129,3	184,0	240,7	266,9	317,3
Saldo der unsichtbaren Posten	94,1	169,9	243,5	350,2	475,0	545,3	673,5	940,6
Saldo der laufenden Posten	-73,4	-97,1	-89,4	-204,8	-221,8	-342,9	-410,4	-361,6
II. Kapitalleistungen (Netto):	89,2	91,6	127,8	211,1	180,4	322,8	384,7	513,6
Unternehmerische Kapitalien	3,1	13,5	18,6	48,2	51,7	81,7	156,1	99,0
Sonstige Privatkapitalien	14,1	24,1	36,3	53,1	54,4	76,9	88,7	121,8
Kreditinstitute	2,0	16,1	3,4	8,6	23,1	44,3	66,2	166,7
Zentralbank	-	-	-	-	-	53,8	26,0	98,6
Öffentliche Anleihen	6,0	-	34,7	47,5	70,5	83,7	44,1	46,2
Kapitalrückzahlungen	-3,1	-3,5	-8,8	-16,3	-47,0	-76,0	-80,8	-106,6
Exportkredite	8,9	18,5	6,0	32,1	24,2	55,4	82,6	86,7
Ausl.Hilfe & Wiedergutmachungen	58,2	23,1	37,6	37,9	3,5	3,0	1,8	1,2
Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen	15,8	-5,5	38,4	6,3	-41,4	-20,1	-25,7	152,0

1) Die Ausfuhren deckten die Einfuhren im folgenden Verhältnis : 1954, 49,0%; 1958, 47,6%; 1961, 41,3%; 1964, 35,7%; 1967, 39,4%; 1969, 37,4%; 1970, 36,1%; 1971, 32,4%.

Quelle: Für 1954-1961, Bank von Griechenland, Die griechische Wirtschaft im Jahre 1966,
Für 1964, " " " " " " " " 1967,
Für 1967-1971, " " " " " " " " 1971,
(Athen 1967, 1968 und 1972), (orig.gr.).

Tabelle 1.5:

Zusammensetzung der Importe Griechenlands (einzelne Jahre)

in Mill.US-$

	1958	1961	1964	1967	1969	1970	1971
I. Konsumgüter:							
1. Nahrungsmittel	78,4	99,8	142,1	163,3	211,3	222,6	247,4
2. Rohstoffe & Halbwaren	127,5	141,2	202,3	241,1	309,5	366,5	384,2
3. Brenn- & Schmierstoffe	46,9	47,7	59,3	89,2	106,9	116,3	157,5
4. Industrielle Konsumgüter	140,5	160,9	239,3	340,0	388,4	468,2	539,4
5. Nicht aufteilbare Frachten	-9,9	0,2	7,2	13,1	12,2	14,1	14,8
II. Investitionsgüter	88,3	117,4	213,2	302,7	390,2	508,4	583,7
Insgesamt (I+II)	471,7	567,2	863,4	1149,4	1418,5	1696,1	1927,0

Quelle: Bank of Greece, Monthly Statistical Bulletin,
Bank von Griechenland, Die griechische Wirtschaft im Jahre 1969 (Athen 1970) (orig.gr.),
Bank von Griechenland, Die griechische Wirtschaft im Jahre 1971 (Athen 1972) (orig.gr.).

Tabelle 1.6 :

Zusammensetzung der griechischen Exporte (einzelne Jahre)

in Mill.US-$

Gütergruppen	1958	1961	1964	1967	1969	1970	1971
Nahrungsmittel & Getränke	78,7	60,4	79,7	148,4	150,9	174,8	187,4
Tabak	92,0	80,7	117,7	125,0	94,1	101,9	94,7
Rohstoffe & Halbwaren	38,9	54,7	60,0	67,7	64,9	57,2	75,4
Mineralien & Erze	14,9	15,6	21,1	24,6	39,1	45,9	46,8
Erdölprodukte	-	-	-	2,6	4,5	2,9	6,7
Industrie- & Handwerksgüter	5,0	8,3	17,3	71,6	172,9	223,8	208,7
davon:							
Textilien	3,0	3,6	5,9	15,1	25,7	34,4	44,5
Zement	1,2	0,8	0,7	4,3	7,3	5,0	9,5
Chemische & Pharmazeutische Erzeugnisse	0,3	0,5	0,9	8,9	20,7	26,5	29,6
Aluminium & Alumina	-	-	-	24,5	35,9	43,3	43,3
Nickel	-	-	-	0,2	30,0	45,1	0,9
Sonstige Metalle & Metallwaren	0,1	1,1	2,3	5,2	18,2	28,9	26,2
Maschinen	0,4	0,7	0,9	1,5	1,7	2,3	3,3
Sonstige Güter	-	1,6	6,6	11,9	33,4	38,3	51,4
Sonstige Produkte	13,3	14,6	12,6	12,7	3,9	5,7	5,1
Insgesamt	242,8	234,3	308,4	452,6	530,3	612,2	624,8

Quelle: Bank von Griechenland, Die griechische Wirtschaft im Jahre 1967 (Athen 1968) (orig.gr.), und
dies., Die griechische Wirtschaft im Jahre 1971 (Athen 1972) (orig.gr.).

Tabelle 1.7 :
Entwicklung der Gewinnbesteuerung[1] der Kapitalgesellschaften des Sektors der verarbeitenden Industrie, 1964-1970

Jahr	Zahl der Unternehmen	Steuerpflichtiger Gewinn[2] in Mill.Drachmen	auferlegte Gewinnsteuer in Mill.Drachmen	(4) in v.H. von (3)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1964	393	855,8	104,6	12,2
1965	444	1039,1	116,1	11,2
1966	401	1147,0	126,3	11,0
1967	425	1517,9	186,1	12,3
1968	422	1436,9	150,4	10,5
1969	448	1743,8	102,9	5,9
1970	452	2654,6	108,7	4,1

1) Erfaßt werden die ausgeschütteten und die nichtausgeschütteten Gewinne der Gesellschaften.
2) Als steuerpflichtiger Gewinn ist hier definiert der Betriebsgewinn Plus Aufwendungen, die von der Steuer nicht abzugsfähig sind Minus Verluste oder Erträge aus vorherigen Perioden.

Quelle: NSSG, Statistical Yearbook of Public Finance (Athens 1970)
NSSG, Einkommenssteuerstatistik der Juristischen Personen im Jahre 1970 (Athen 1972) (orig.gr.).

Tab. 2.1 :
Beantragte, genehmigte und realisierte Kapitaleinfuhr unter der R.V.2687/53, 1953-1971.

Jahr	Zahl der Anträge	Antragswert in Mill. US-$	Zahl der Genehmigungen	Genehmigungswert		Eingeführtes Kapital			
				in Mill. US-$	in v.H. des Antragswertes	nach Angaben des Koordinationsministeriums		nach Angaben aus der Zahlungsbilanzstatistik in Mill. US-$	
						in Mill. US-$	in v.H. des Genehmigungswertes	insgesamt	darunter maschinelle Anlagen
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
1953	1	0,2	-	-	-	-	-	-	-
1954	30	13,1	2	1,1	8,4	-	-	3,1	n.b. [1]
1955	33	36,9	10	2,9	7,9	3,0	103,4 [2]	5,0	n.b.
1956	43	15,9	19	19,7	123,9 [2]	1,9	9,6	3,0	n.b.
1957	34	15,3	16	4,7	30,7	6,7	142,5 [2]	3,8	n.b.
1958	39	29,8	18	6,3	21,1	8,2	130,2 [2]	8,5	n.b.
1959	64	100,7	35	21,2	21,1	8,3	39,2	4,4	n.b.
1960	64	81,9	41	74,3	90,7	11,7	15,7	5,9	0,9
1961	69	88,5	41	30,4	34,4	13,5	44,4	7,3	0,2
1962	97	176,3	62	176,6	100,2 [2]	16,8	9,5	14,7	0,2
1963	131	69,8	76	42,4	60,7	40,0	94,3	28,9	0,8
1964	121	141,4	84	59,7	42,2	59,7	100,0	44,7	6,8
1965	134	188,9	73	53,8	28,5	111,6	207,4	72,2	7,0
1966	113	185,8	95	194,3	104,6 [2]	157,6	81,1	48,5	1,0
1967	127	231,1	86	94,0	40,7	32,3	34,3	32,6	9,2
1968	137	385,8	117	226,5	58,7	32,5	14,3	33,0	11,7

(Fortsetzung s. nächste S.)

Tab. 2.1 (Fortsetzung):

Beantragte, genehmigte und realisierte Kapitaleinfuhr unter der R.V.2687/53, 1953-1971.

Jahr	Zahl der Anträge	Antragswert in Mill. US-$	Zahl der Genehmigungen	Genehmigungswert		Eingeführtes Kapital			
				in Mill. US-$	in v.H. des Antragswertes	nach Angaben des Koordinationsministeriums		nach Angaben aus der Zahlungsbilanzstatistik in Mill. US-$	
						in Mill. US-$	in v.H. des Genehmigungswertes	insgesamt	darunter maschinelle Anlagen
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
1969	167	265,8	132	236,4	88,9	25,8	10,9	25,8	15,1
1970	124	1064,5	97	923,5	86,8	50,0	5,4	50,0	8,5
1971	n.b.	n.b.	n.b.	n.b.	n.b.	42,4	-	42,4	18,2
Insgesamt	1528	3081,5	1004	2167,7	70,3	622,0	28,7	433,8	79,6

1) "n.b." = nicht bekannt.

2) Der Genehmigungswert übersteigt hier den Antragswert des Jahres, da auch Projekte genehmigt werden, die in vorherigen Jahren beantragt waren; auch der Wert des eingeführten Kapitals wird höher als der Genehmigungswert des Jahres angegeben, weil die Kapitaleinfuhr früher genehmigte Kapitalbeträge umschließt.

Quelle : Berechnet nach Angaben des Koordinationsministeriums ("Langfristige Investitionen unter der R.V.2687/53", Athen, verschiedene Jahrgänge) und der Bank von Griechenland ("Monthly Statistical Bulletin", Athen, verschiedene Jahrgänge), (orig.gr.).

Tabelle 2.2 :

Einzelne Kategorien des Kapitalimports (Netto)

Jahr	Saldo der laufenden Posten[1] in Mill. US-$ (Defizite)	langfristiger Kapitalimport insgesamt		Kapitalimport unter der R.V. 2687/53[2]		Exportkredite		Unternehmerisches[3] Kapital		Privatkapital zum Erwerb von Grundstücken & Wohnungen		Sonstiges Privatkapital	
		in Mill. US-$	in v.H. von (2)	in Mill. US-$	in v.H. von (2)	in Mill. US-$	in v.H. von (2)	in Mill. US-$	in v.H. von (2)	in Mill. US-$	in v.H. von (2)	in Mill. US-$	in v.H. von (2)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)
1954	73,4	17,2	23,4	3,1	4,2	...	-	-	-	14,1	19,2	-	-
1955	40,5	23,2	57,3	5,0	12,3	1,3	3,2	-	-	16,9	41,7	-	-
1956	112,5	37,9	33,7	0,6	0,5	17,4	15,5	2,4	2,1	17,5	15,6	-	-
1957	100,1	45,8	45,8	2,9	2,9	11,8	11,8	0,6	0,6	30,5	30,5	-	-
1958	97,1	48,2	49,6	7,4	7,6	10,6	10,9	6,1	6,3	24,1	24,8	-	-
1959	55,5	52,9	95,3	4,3	7,7	3,5	6,0	16,2	29,2	28,9	52,1	-	-
1960	88,6	21,2	23,9	4,7	6,3	-3,9	-4,4	-11,4	-12,9	31,8	35,9	-	-
1961	89,4	53,3	59,6	6,8	7,5	1,9	2,1	8,3	9,3	36,3	40,6	-	-
1962	105,7	78,2	74,0	14,1	13,5	11,1	10,5	12,3	11,6	40,7	38,5	-	-
1963	80,4	91,3	113,5	27,6	34,3	6,6	8,2	13,6	16,9	44,2	55,1	-0,7	-1.0
1964	204,8	114,0	55,7	36,0	17,6	17,1	8,3	7,8	3,8	52,7	25,7	0,4	0,3
1965	273,0	149,3	54,7	63,6	23,3	12,8	4,7	14,9	5,5	54,5	19,9	3,5	1,3
1966	264,1	146,8	55,6	45,6	17,3	17,8	6,7	18,2	6,9	57,0	21,6	8,2	3,1
1967	221,8	132,3	59,6	14,7	6,6	33,3	15,0	30,0	13,5	46,4	20,9	8,0	3,6
1968	247,5	169,4	68,4	11,1	4,5	59,4	24,0	27,0	10,9	56,7	22,9	15,2	6,1
1969	342,9	151,8	44,2	-11,0	-3,2	28,6	8,3	57,3	16,7	65,4	19,1	11,5	3,3
1970	410,4	264,3	64,4	17,0	4,1	51,2	12,5	107,3	26,1	74,2	18,1	14,6	3,6
1971	361,6	217,8	60,2	0,1	-	35,5	9,8	60,4	16,7	105,6	29,2	16,2	4,5
Insgesamt	3169,3	1815,0	57,3	253,6	8,0	316,0	10,0	371,0	11,7	797,5	25,2	76,9	2,4

1) Importe+Unsichtbare Ausgaben - (Exporte + unsichtbare Einnahmen).
2) Nur monetäres Kapital. s. Tab. 3.4 Spalte 4.
3) Entspricht den "sonstigen unternehmerischen Kapitalien".
Quelle: Berechnet nach den Angaben des "Bank of Greece, Monthly Statistical Bulletin".

Tabelle 2.3:
Kapitalimport unter der R.V.2687/53 nach Wirtschaftszweigen, 1953-1970

Wirtschaftszweige	Kapitalimport	
	in Mio U.-$	in v.H.
Bergbau	20,6	3,5
Verarbeitende Industrie	485,3	83,2
Nahrungsmittel	7,2	1,2
Getränke	8,5	1,5
Textilien	9,7	1,7
Bekleidung	2,0	0,3
Holzverarbeitung	5,7	1,0
Möbel	0,2	-
Papier- & Pappeindustrie	13,5	2,3
Kunststoff- & Gummiind.	24,3	4,2
Chemie	222,2	38,1
Nichtmetallische Mineralien	16,2	2,8
Metallindustrie	122,1	20,9
Metallwarenindustrie	8,7	1,5
Maschinen & Geräte	0,1	-
Elektrogeräte	12,8	2,2
Transportmittel	31,4	5,4
Sonstige Industrien	0,7	0,1
Handel	18,1	3,1
Banken	7,7	1,3
Hotelgewerbe	11,5	2,0
Schiffahrt	3,7	0,6
Sonstige[1)]	36,6	6,3
Insgesamt	583,7	100,0

1)Hauptsächlich Flugzeugimporte der "Olympic Airways".

Quelle: Eigene Berechnungen nach den Angaben des Koordinationsministeriums über Investitionen unter der R.V.2687/53 und der US-Botschaft in Athen (s.Quellenangabe in Tabelle 2.8).

Tabelle 24:

Verteilung der "sonstigen unternehmerischen Kapitalien, 1961-1971

in Mill.US-$

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	Insgesamt in Mill. US-$	Insgesamt in v.H.
Transportunternehmen	1,0	2,0	0,5	0,2	2,0	0,7	0,4	1,5	0,7	0,7	1,3	11,0	2,7
Ölgesellschaften	1,4	1,9	1,5	5,2	6,8	5,7	1,8	4,5	10,6	8,6	3,1	51,1	12,4
Bergbauunternehmen	1,1	1,3	2,3	0,7	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,8	7,1	1,7
Bauunternehmen	-	-	-	-	-	-	-	19,7	37,1	79,9	15,1	151,8	36,9
Sonstige[1] Unternehmen	7,8	7,9	12,0	4,3	10,1	15,1	26,1	6,0	22,5	25,2	54,2	191,2	46,3
Insgesamt 1961-1971	11,3	13,1	16,3	10,4	19,1	21,7	28,4	31,9	71,0	114,5	74,5	412,2	100,0

1) Hauptsächlich Industrieunternehmen.

Quelle: Bank von Griechenland: Bulletin der griechischen Außenhandelsbeziehungen (orig. gr.).

Tabelle 2.5 :

Aufteilung des Zuflusses unternehmerischer Kapitalien nach Herkunftsbereichen (Nettozuflüsse)

Herkunftsbereiche	Kapitalien der R.V.2687/53 1957-1970		Sonstige unternehmerische Kapitalien 1963-1970	
	in Mio $	in v.H.	in Mio $	in v.H.
USA	271,0	71,3	199,6	46,2
EWG[1]-Länder	62,3	16,4	144,0	33,3
Sterlingblock	10,3	2,7	53,4	12,3
Sonstige europäische Länder	36,6	9,6	27,5	6,4
Sonstige Länder	0,1	-	7,7	1,8
Insgesamt	380,3	100,0	432,2	100,0

1) Seit 1963

Quelle: Bank of Greece, Monthly Statistical Bulletin.

Anmerkung : Die Unterschiede in den Zahlenangaben der Tabellen 2.2 , 2.4 und 2.5 über die "sonstigen unternehmerischen Kapitalien" sind auf Unterschiede der zahlungsbilanzstatistischen Angaben zurückzuführen; die Bank von Griechenland definiert diese Kapitalien in ihrem "Bulletin der griechischen Außenhandelsbeziehungen", in den Angaben über den Umfang und in den Angaben über die Herkunft dieser Kapitalien ("Monthly Statistical Bulletin") jeweils unterschiedlich.

Tabelle 2.6:

Aufteilung des Zuflusses der langfristigen Lieferantenkredite nach Herkunftsbereichen, 1961-1971 (Nettozuflüsse)

in Mill.US-$

Jahr	USA	Sterling block	EWG	Sonstige europäische Länder 1)	Sonstige Länder	Insgesamt
1961	-	-2,3	-	3,1	1,1	1,9
1962	-0,5	-2,2	-	11,8	2,0	11,1
1963	1,6	5,2	-3,1	2,3	0,6	6,6
1964	1,8	2,6	10,3	1,0	1,4	17,1
1965	1,5	1,4	4,9	0,4	4,6	12,8
1966	2,5	-1,3	6,1	7,5	3,0	17,8
1967	2,0	-0,2	31,0	-1,0	1,5	33,3
1968	3,0	1,4	53,5	2,2	-0,7	59,4
1969	0,5	3,7	19,5	1,7	3,2	28,6
1970	9,2	12,7	3,8	11,5	14,0	51,2
1971	10,8	0,5	23,8	-0,5	0,9	35,5
Insgesamt	32,4	21,5	149,8	40,0	31,6	275,3
in v.H.	11,7	7,8	54,4	14,4	11,7	100,0

1) Länder des Europäischen Währungsabkommens, außer Großbritannien und EWG-Länder.

Quelle: Bank of Greece, Monthly Statistical Bulletin.

Tabelle 2.2:

Struktur der Kapitalimports unter der R.V.2687/53 in der Industrie, 1953-1970

in v.H.

Branchen \ Herkunftsländer	USA	BRD	Frankreich	Italien	Schweiz	Großbritannien	Andere Länder	Insgesamt
Nahrungsmittel	1,9	1,7	-	-	1,1	40,0	1,4	1,5
Getränke	3,4	-	-	-	-	-	0,5	1,8
Textilien	1,9	10,3	-	1,4	24,7	3,3	1,4	2,0
Schuhe & Bekleidung	0,1	4,3	-	-	13,9	-	-	0,4
Holzverarbeitung	2,1	-	-	-	2,2	-	0,7	1,2
Möbelindustrie	-	-	-	1,4	-	-	-	...
Papier- & Pappeindustrie	4,2	2,6	-	-	-	3,4	3,5	2,8
Kunststoff- & Gummiindustrie	5,9	5,2	-	70,0	-	-	0,1	5,0
Chemie[1]	68,7	24,8	0,3	-	18,3	-	59,1	45,8
Nichtmetallische Mineralien	5,9	-	-	3,6	-	10,0	1,9	3,3
Metallindustrie	-	22,2	99,7	-	26,9	-	-	25,2
Metallwarenindustrie	1,5	14,5	-	-	2,2	43,3	2,1	1,8
Maschinen- & Geräteindustrie	-	-	-	-	-	-	0,1	...
Elektrogeräteindustrie	3,2	8,5	-	21,4	-	-	1,2	2,7
Transportmittel	1,1	5,9	-	-	10,7	-	27,8	6,4
Sonstige Industrien	0,1	-	-	2,2	-	-	0,2	0,1
Industrie, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) s. Anmerkung 1 in der Tabelle 2.8.

Quelle: Berechnet nach den Angaben der Tabelle 2.8.

Kapitalimport der Industrie unter der R.V.2687/53 nach Branchen und Herkunftsländern, 1953-1970

in Mill.US-$

Herkunftsländer / Branchen	USA	BRD	Frankreich	Italien	Schweiz	Großbritannien	Andere Länder	Insgesamt
Nahrungsmittel	4,3	0,2	-	-	0,1	1,2	1,4	7,2
Getränke	8,0	-	-	-	-	-	0,5	8,5
Textilien	4,5	1,2	-	0,2	2,3	0,1	1,4	9,7
Schuhe & Bekleidung	0,2	0,5	-	-	1,3	-	-	2,0
Holzverarbeitung	4,8	-	-	-	0,2	-	0,7	5,7
Möbelindustrie	-	-	-	0,2	-	-	-	0,2
Papier- & Pappeindustrie	9,7	0,3	-	-	-	0,1	3,4	13,5
Kunststoff- & Gummiindustrie	13,8	0,6	-	9,8	-	-	0,1	24,3
Chemie[1]	159,5	2,9	0,3	-	1,7	-	57,8	222,2
Nichtmetallische Mineralien	13,6	-	-	0,5	-	0,3	1,8	16,2
Metallindustrie	-	2,6	117,0	-	2,5	-	-	122,1
Metallwarenindustrie	3,4	1,7	-	-	0,2	1,3	2,1	8,7
Maschinen- & Geräteindustrie	-	-	-	-	-	-	0,1	0,1
Elektrogeräteindustrie	7,6	1,0	-	3,0	-	-	1,2	12,8
Transportmittel	2,5	0,7	-	-	1,0	-	27,2	31,4
Sonstige Industrien	0,2	-	-	0,3	-	-	0,2	0,7
Industrie, insgesamt	232,3	11,7	117,3	14,0	9,3	3,0	97,9	485,3

1) Enthält Kapitalien, die in der Erdölverarbeitung zugeflossen worden sind.

Quelle: Koordinationsministerium, Langfristige Investitionen unter der R.V.2687/53 (Athen, verschiedene Jahrgänge)(orig.gr.), US-Botschaft in Athen, Angaben über den Kapitalimport US-Firmen in Griechenland (unveröffentlicht).

Tabelle 2.9:

Kapitalanteil der Industrie unter der R.V.2687/53 nach Branchen und Herkunftsländern, 1967

in v.H.

Herkunftsländer / Branchen	USA	BRD	Frankreich	Italien	Schweiz	Großbritannien	Andere Länder	Insgesamt
Nahrungsmittel	59,7	2,8	-	-	1,4	16,7	19,4	100,0
Getränke	94,1	-	-	-	-	-	5,9	100,0
Textilien	46,4	12,4	-	3,1	23,7	-	14,4	100,0
Schuhe & Bekleidung	10,0	25,0	-	-	65,0	-	-	100,0
Holzverarbeitung	86,0	-	-	-	1,7	-	12,3	100,0
Möbelindustrie	-	-	-	100,0	-	-	-	100,0
Papier- & Pappeindustrie	71,8	2,2	-	-	-	0,8	25,2	100,0
Kunststoff- & Gummiindustrie	56,8	2,5	-	40,3	-	-	0,4	100,0
Chemie[1)]	71,8	1,3	0,1	-	0,8	-	26,0	100,0
Nichtmetallische Mineralien	83,9	-	-	3,1	-	1,9	11,1	100,0
Metallindustrie	-	2,1	95,8	-	2,1	-	-	100,0
Metallwarenindustrie	39,1	19,5	-	-	2,4	14,9	24,1	100,0
Maschinen- & Geräteindustrie	-	-	-	-	-	-	100,0	100,0
Elektrogeräteindustrie	59,4	7,8	-	23,4	-	-	9,4	100,0
Transportmittel	7,9	2,2	-	-	3,1	-	86,7	100,0
Sonstige Industrien	28,6	-	-	42,8	-	-	28,6	100,0
Industrie, insgesamt	47,9	2,4	24,2	2,8	1,9	0,6	20,2	100,0

1) s. Anmerkung 1 in der Tabelle 2.8.

Quelle: Berechnet nach den Angaben der Tabelle 2.8.

Tabelle 2.10 :
Verteilung des Kapitalimports der Industrie unter der R.V.2687/53 auf Großprojekte[1], 1953-1970.

Branchen	Kapital-import insgesamt in Mill. US-Dollar	Großprojekte			US-Anteil an den Großprojekten		
		Zahl	Wert in Mill. US-Dollar	Wert in v.H. von (2)	Zahl	Wert in Mill.. US-Dollar	Wert in v.H. von (2)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Nahrungsmittel	7,2	2	2,5	34,7	2	2,5	34,7
Getränke	8,5	1	8,0	94,1	1	8,0	94,1
Textilindustrie	9,7	2	4,9	50,5	1	1,0	10,3
Bekleidung	2,0	1	1,0	50,0	-	-	-
Holzverarbeitung	5,7	1	4,8	84,2	1	4,8	84,2
Möbelindustrie	0,2	-	-	-	-	-	-
Papier- & Pappe-industrie	13,5	5	12,4	91,8	3	9,0	66,6
Kunststoff- & Gummiindustrie	24,3	3	23,3	95,9	2	13,7	56,4
Chemie	222,2	13	216,4	98,0	7	156,4	70,8
Nichtmetallische Mineralien	16,2	5	13,3	82,1	4	12,3	75,9
Metallindustrie	122,1	4	122,1	100,0	-	-	-
Metallwaren-industrie	8,7	3	4,6	52,9	2	2,7	31,0
Maschinen- & Geräteindustrie	0,1	-	-	-	-	-	-
Elektrogerätein-dustrie	12,8	5	10,0	78,1	3	6,0	46,9
Transportmittel	31,4	4	30,4	96,8	2	2,5	7,9
Sonstige In-dustrien	0,7	-	-	-	-	-	-
Industrie insge-samt	485,3	49	453,7	93,5	28	218,9	45,1

1)Projekte mit Kapitaleinfuhr von mehr als eine Million US-Dollar.

Quelle : Eigene Berechnungen nach den Angaben des Koordinationsministeriums und der US-Botschaft in Athen (s. Quellenangabe in Tabelle 2.8).

Tabelle 2.11 :

[illegible] in Griechenland ansässigen industriellen Kapital-[illegible] und Herkunftsländern, Stand Ende 1970

[illegible]	Ausl.-Beteiligung in %	Ausl. Partner und/oder Land	Gründungsjahr	Aktienkapital in Mill. Drch.	Gesamtvermögen in Mill. Drch.
[illegible]:					
1. Aberdeen Hellas Cattle Raising Ltd.	100	Punta Arenas (Canada)	1970	3,0	-
2. Adams Hellas S.A.	100	Werner Lambert (USA)	1965	11,1	16,4
[illegible]	55	[illegible] A.G. (Schweiz)	1970	1,0	-
4. American-Hellenic Development Corp. Hellas Ltd.	100	American Hellenic Development Corp. (USA)	1970	0,2	-
5. Arta Canning Co. S.A.	49	n.b. (USA)	1966	15,0	46,2
[illegible]	n.b.	griechische Investoren	1969	3,3	6,7
7. Confructa Ltd.	70	n.b. (BRD)	1964	2,8	9,9
[illegible]	[illegible]	Fabriken Crodin/Schon-Fombet (Dänemark)	1969	1,5	17,1
[illegible]	[illegible]	griechischer Investor	1969	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	Unilever N.V. (Holland)	1970	12,8	[illegible]
[illegible]	100	Maritortuna Navigation S.A. (Panama)	1960	12,0	36,0
[illegible]	n.b.	n.b. (Österreich)	1968	n.a.	n.a.
13. General Industrial Enterprises [illegible]	-	Nutzungsrechte hält Del Monte Corp. (USA)	1964	37,6	79,1
[illegible]	100	Gerber Products Co. (USA)	1970	10,6	-
[illegible] & Canning Industry S.A.	40	Schweppes Home Ltd. - Hambros Bank Ltd. (Engl.)	1962	32,0	43,6
16. Hellas Foods Ltd.	100	n.b. (Frankreich)	1968	1,5	18,7
[illegible]	100	T. Pappas (USA)	1969	15,0	[illegible]
[illegible]	10	S. Bakris (Griechenland)	1968	30,0	47,6
19. Ioniki S.A.	n.b.	griechische Investoren	1970	6,0	-
20. International Canning Industry [illegible]	55-60	T. Pappas (USA)	1968	43,2	129,6

Tabelle 2.7 (Fortsetzung)

Nr.	Gesellschaft	Ausl.Beteiligungshöhe in %	Ausl.Partner und/oder Land	Gründungsjahr	Aktienkapital in Mill. Drch.	Gesamtvermögen in Mill. Drch.
21.	International Dairy Engineering Co.	100	Foremost McKesson Inc. (USA)	n.b.	n.b.	n.b.
22.	Intertab A.G.	> 50	Gebrüder Kulenkampff (BRD)	1953	20,3	74,3
23.	Knorr Food Products Co.S.A.	100	Knorr Food Products Ltd.(Schweiz)	1968	12,0	49,9
24.	Maltas Emm. S.A.	91	Griechische Investoren	1970	16,5	-
25.	Monis,De Marriot,Airport Services S.A.	100	Marriot Corp.(USA)	1970	10,0	-
26.	Provimi Hellas S.A.	20	Bonda's Veevoederfabriek Provimi(Holland)	1961	4,9	22,5
27.	Samaras Bros Hellas-Mid Continent of Texas S.A.	50	Mid Continent Corp.(USA)	1970	9,0	-
28.	Sas Catering Hellas Ltd.	100	Sas Catering(Dänemark)	1969	0,2	5,9
29.	Sikion Canning Co.Ltd.	99	n.b.(Österreich)	1970	5,9	-
30.	Tourist Agricultural Exporting Co. S.A.	62	griechische Investoren	1963	339,0	530,3
31.	Wafi Hellas Ltd.	100	n.b.(Holland)	1970	0,5	-
32.	Xenia Fine Foods S.A.	100	Corn Products Co.(USA)	1967	7,0	23,2
	Getränkeindustrie:					
33.	Athenian Brewery S.A.	20	Amstel Bronwerij(Holland)	1962	60,0	171,6
34.	Hellenic Bottling Co.S.A.	100	T.Pappas(USA)	1969	18,0	243,3
35.	Henninger Hellas S.A.	95	Henninger Intern(BRD)	1968	55,0	104,6
36.	Vakchos Ltd.	100	Weinimpex-Vinex(Schweiz)	1970	0,5	-
	Textilindustrie:					
37.	Adrik Maglificio S.A.	n.b.	griechische Investoren	1966	45,1	149,6
38.	Aegean Mills S.A.	20	n.b.(Schweiz)	1887	75,0	780,3
39.	Aigli Zinnober A.G.	83	n.b.(Italien)	1970	9,6	-
40.	Amgre American-Greek Knitting Inc.S.A.	≥14	Bear Brand Hosiery(USA)	1902	8,7	93,4
41.	Augusta Alfa S.A.	50	Fronter Anstalt(Liecht.)	1970	25,0	-
42.	Berkshire Intern.Corp.Hellas SA.	60	Berkshire Intern(USA)	1929	29,9	73,9
43.	Britannia British Worsted Co. of Greece S.A.	100	Privatpersonen(n.b.)	1931	19,7	149,8

(Fortsetzung s.nächste S.)

(Tabelle 2.11 Fortsetzung)

Nr. Gesellschaft	Ausl. Beteiligungshöhe in %	Ausl. Partner und/oder Land	Gründungsjahr	Aktienkapital in Mill. Drch.	Gesamtvermögen in Mill. Drch.
44. Charalambidis, P. & Co. S.A.	25	n.b. (Panama)	1964	6,0	53,5
45. Everwear Zucchi Hellas Ltd.	50	Everwear Zucchi (Italien)	1966	0,8	3,4
46. Fincotex S.A.	85	n.b. (Schweiz)	1951	15,0	20,5
47. Hellatex Synthetic Yarns S.A.	10	Hertex Etablissement S.A. (Liechtenstein)	1969	24,0	128,4
48. Hellenic Synthetic Textile Fibers S.A.	>51	Imperial Chemical Industries Fibers (Engl.)	1964	5,6	27,5
49. Ilios-Ten Cate Textile Mills S.A.	50	n.b. (BRD)	1966	20,0	51,7
50. Minotex Ltd.	n.b.	Osteuropäischer Staat	1964	0,5	1,6
51. Mak-Fin S.A.	20	Carolan Inc. (Panama)	1952	6,0	88,7
52. Marathon Textile Industry S.A.	n.b.	Griech. Investoren	1965	8,0	46,0
53. Mentis Velvet Mfg. Co. Ltd.	30	Privatpersonen (Italien)	1970	0,2	-
54. Nylonca Nylon Industry Co. Ltd.	100	Atlantic Export Co. Ltd. (Italien)	1959	1,5	19,3
55. Pachoulides Int. Knitting Mills S.A.	100	Griech. Investoren	1968	12,5	45,5
56. Polyetma Polyester Yarns S.A.	33,3	Chemtex Fibers Inc. (USA)	1970	99,0	-
57. Polyrex S.A.	100	Rhetex G.m.b.H. (BRD)	1964	15,0	41,2
58. United Textile Industries Association S.A.	n.b.	griech. Investoren	1970	20,0	-
59. Volos Cotton Mfg. Co. S.A.	90	Protexit (Liecht.) - Hambros Bank Ltd. (Engl.)	1963	45,1	317,2
Schuh- & Bekleidungsindustrie:					
60. Avege S.A.	>50	griech. Investoren	1968	8,0	25,9
61. United Hellenic Clothing Industry S.A.	20	A. van Gils (Holland)	1970	5,0	-
62. Kleiderwerke Volos A.G.	100	Matthias Brungsberg & Co. KG (BRD)	1965	10,0[1]	15,8[1]
63. Lywana Hellas S.A.	55	E. Wagner KG (BRD) - Lywana AG (Schweiz)	1968	7,5	29,0
64. Merket W.W. Ltd.	n.b.	W. Merket (BRD)	1970	0,2	-
65. Schiesser-Palco S.R.L.	50	Schiesser Holding (Schweiz)	1963	4,0	17,1

Tabelle 2.11 (Fortsetzung)

Nr.	Gesellschaft	Ausl.Beteiligungshöhe in %	Ausl.Partner und/oder Land	Gründungsjahr	Aktienkapital in Mill. Drch.	Gesamtvermögen in Mill.Drch.
Holzverarbeitung:						
68.	Coropulis A.,S.A.	27	Aluminium de Grèce (Frankreich)	1893	27,0	77,5
69.	Evenos S.A.	100	Fermetures Mischler (Frankreich)	1962	3,0	3,8
70.	Panobo S.A.	70	Cofinindus(Belgien)	1963	30,0	80,9
71.	Panotex S.A.	34	Dexion(England)	1966	6,0	42,6
72.	Shelman Swiss-Hellenic Wood Products Mfrs.S.A.	100	50% schweizerische- 50% griech.Investoren	1962	15,0	284,1
73.	Xelopan Industries Inc.	100	T.Pappas (USA)	1962	28,5	168,3
Möbelindustrie:						
74.	Xylani S.A.	25	n.b.(Italien)	1970	12,0	-
Papier- & Pappeindustrie:						
75.	Aigis S.A.	100	W.Dürbeck(BRD)	1965	9,4	n.a.
76.	Cartonpack S.A.	75	Weyerhauser Intern.(USA)	1965	16,1	92,6
77.	Cretan Commercial and Industrial Carton Producers SA	100	griech.Investoren	1970	5,0	-
78.	Neopak Converters of Packaging Materials S.A.	63	British Cellophane Ltd.(England)	1962	5,3	18,9
79.	St.Regis Hellas S.A.I.C.	100	St.Regis Paper (USA)	1969	24,0	68,5
80.	Thessalian Pulp & Paper Industry S.A.	100	Parsons & Whittemore Inc.(USA)	1961	127,5	665,0
81.	Varhart S.A.	>50	n.b.(BRD-Schweiz)	1963	14,0	77,2
Druckgewerbe:						
82.	Intersong Hellas Ltd.	n.b.	Necesse N.V.-Intern. Muziek Vitgeverij Intersong N.V.(Holland)	1970	0,2	-
83.	Neos Parnassos Ltd.	n.b.	n.b.(Italien)	n.b.	0,2	5,9

(Fortsetzung s.nächste S.)

Tabelle 2.1 (Fortsetzung)

[illegible]	Ausl.Beteiligungshöhe in %	Ausl.Partner und/oder Land	Gründungsjahr	Aktienkapital in Mill. Drch.	Gesamtvermögen in Mill. Drch.
Lederverarbeitung:					
[illegible] S.A.	100	Privatsubjekte(USA)	1970	n.b.	n.b.
85.Hellenic Taneries S.A.	54	Calomer Munmann S.A. (Spanien)	1962	35,0	33,0
Kunststoff- u. Gummiindustrie:					
86.Apco Industrial S.A.	98	n.b.(USA)	1963	30,5	171,0
87.Autosole Tyrecoles Hellas SA.	100	griech.Investoren	1959	3,7	21,2
88.Beiplast Hellenic Plastics Industry S.A.	60	Eternit SpA(Italien)	1962	16,5	17,8
[illegible] Hellas S.A.I.	100	Dart Industries Inc.(USA)	1966	12,0	50,4
90.Dunlop Hellas Ltd.	100	Dunlop (England)	1969	4,4	11,1
91.Elvissak S.A.	76	Overseas Exploitation & Investments Ltd.(USA)	1969	n.b.	n.b.
92.Goodyear Hellas S.A.	100	Goodyear Intern.Co.(USA)	1967	120,0	421,5
93.Mebel Hellas Ltd.	23	Mebel SrL.(Italien)	1963	1,2	4,1
94.Pirelli Hellas S.A.	80	Pirelli SpA(Italien)	1960	210,0	551,4
95.Planaco Plastic Naval Constructions Ltd.	n.b.	griech.Investoren	1967	1,9	22,8
96.Puristas S.A.	81	n.b.(Italien)	1966	18,0	30,0
97.Renolit Hellas S.A.	67	Renolit Werke GmbH(BRD)	1964	16,1	49,2
Chemie:					
98.Abbott Laboratories(Hellas)S.A.	98	Abbott Laboratories(USA)	1970	16,2	72,8
99.Aevol Organic Fertilizers S.A.	90	Earp Laboratories(USA) u.a.	n.b.	n.b.	n.b.
100.Aga-Chropi S.A.I.	87	AGA Aktiebolag(Sweden)	1961	15,1	28,6
101.Agia Marina S.A.	100	25% griech.Investoren, 75% Allied Chemical Corp.(USA)	1960	60,0	69,6
102.Air Liquide Hellas S.A.	68	L'Air Liquide(Frankr.)	1910	24,2	74,9
103.Anelor S.A.	100	Saipo S.A.(Italien)	1970	12,2	-
104.Anglo Suisse S.A.	n.b.	n.b.	1969	5,0	12,4
105.Beiersdorf Hellas Ltd.	100	Beiersdorf AG(BRD-Schweiz)	1968	5,0	24,7

Tabelle 2.1 (Fortsetzung)

Nr.	Gesellschaft	Ausl. Beteiligungshöhe in %	Ausl. Partner und/oder Land	Gründungsjahr	Aktienkapital in Mill. Drch.	Gesamtvermögen in Mill. Drch.
106.	Belpex Greek Match Factory SA.	100	n.b.(Schweiz)	1958	36,0	76,3
107.	Bristol Hellas Ltd.	100	Bristol (USA)	1970	n.b.	-
108.	Colgate Palmolive(Hellas)S.A.	100	Colgate Palmolive Intern. Inc.(USA)	1962	5,0	38,6
109.	Compagnie Franco-Hellenique de l'Humus S.A.R.L.	n.b.	Cofuna(Frankreich)	1969	0,2	0,3
110.	Cooper S.A.	48	Cooper Melun(Frankreich)	1936	30,0	97,8
111.	Copalin S.A.	n.b.	griech. Investoren	1964	5,0	19,1
112.	Dambergis L.A.Dr.S.A.	40	Troponwerke Dinlage & Co.(BRD)	1934	17,2	25,2
113.	Diversey Chemicals Ltd.	100	n.b.(Italien)	1968	0,3	1,1
114.	Dow Chemical Hellas S.A.	100	Dow Chemical AG(Schweiz) (kontrolliert von USA)	1960	15,3	98,2
115.	Elgal Explosives Industry of Laurium Ltd.	100	n.b.(Frankreich)	1939	0,8	13,9
116.	Erba Carlo,Hellas S.A.	100	Carlo Erba SpA(Italien)	1965	13,0	21,4
117.	Esso Pappas Chemical S.A.	100	Esso Chemical Inc.(USA)	1964	410,1	1109,8
118.	Ethyl Hellas Chemical Co.S.A.	100	Ethyl Corp.(USA)	1965	150,0	691,2
119.	Eve Greek Detergents Ind.S.A.	80	Unilever N.V.(Holland)	1961	47,5	167,1
120.	Famar P.A.Marinopoulos MFG Chemists S.A.	20	Abbott Laboratories(USA)	1948	3,6	90,0
121.	Gefybi Hellas General Fytotronics and Biotronics S.A.	33,3	Gefybi Intern.(USA)	1969	5,0	8,3
122.	Grace Hellas Ltd.	100	Grace W.R.& Co.(USA)	1966	4,0	10,8
123.	Hoechst Hellas A.G.	98	Hoechst Farbwerke (BRD)	1969	127,8	287,6
124.	Interchem Hellas S.A.	> 50	Technology Laboratories Inc.(USA)	1968	10,0	18,1
125.	Johnson S.C.& Son Hellas Ltd.	60	S.C.Johnson&Son Inc.(USA)	1965	6,0	7,3
126.	Magnus Hellas S.A.	≧ 80	griech. Investoren	1968	7,0	8,0
127.	Mesologgi S.A.	100	" "	n.b.	246,0	280,6
128.	Olympos Aeria Ltd.	89	Linde A.G. (BRD)	1963	9,0	n.a.
129.	Pfizer Hellas S.A.	100	Pfizer Corp.(USA)	1960	35,4	118,9
130.	Phosphoric Fertilizers Ind.S.A.	100	griech. und ausl. Investoren	1961	215,0	1364,0
131.	Procter & Gamble S.A.	100	Procter & Gamble (USA)	1970	15,0	62,2

(Fortsetzung s. nächste S.)

Tabelle 2.1 (Fortsetzung)

Nr.	Gesellschaft	Ausl. Beteiligungshöhe in %	Ausl. Partner und/oder Land	Gründungsjahr	Aktienkapital in Mill. Drch.	Gesamtvermögen in Mill. Drch.
132.	Prosimi Ltd.	95	n.b. (90% Belgien, 5% Frankr.)	1962	1,2	2,1
133.	Resel Chemicals S.A.	69	Compagnie de Vapores Realma SA.-Maremblema Chie Armadores S.A. (Panama)	1966	16,1	47,6
134.	SICNG S.A. (Soc. Industr. Chimiques du Nord de la Grèce)	100	griech. & ausl. Investoren	1962	135,0	590,6
135.	Specia Hellas S.A.R.L.	49	Specia S.A.-Rhone Poulenc S.A. (Frankreich)	1962	3,0	13,2
136.	Sterling Drug Hellas S.A.	100	Sterling Products Intern. (USA)	1962	15,0	20,4
137.	Swipe (Greece) Ltd.	98	Homecare (USA)	1970	1,0	1,4
138.	Upjohn S.A.	100	The Upjohn Co. (USA)	1970	6,0	–
139.	Vechro S.A.	80	Soc. Francaise Duco (Frankr.)	1948	7,0	20,4
140.	Viofarm S.A.	≧15	n.b. (Schweiz)	1940	24,0	179,9
141.	Vioton Ltd.	100	Wella AG (BRD)-Interpal S.A. (Schweiz)	1961	4,6	13,4
142.	Vitarine Hellas S.A.	100	Squibb Matthieson Intern. (USA)	1954	16,5	39,2
	Erdölverarbeitung:					
143.	Esha S.A.R.L.	56	N.V. Asphalt En-Chemische Fabrieken Smid & Hollander Esha (Holland)	1962	4,7	13,7
144.	Hellenic Aspropyrgos Refineries S.A.	67	griech. & ausl. Investoren	1970	180,0	–
145.	Motor Oil (Hellas) Luboil Refinery S.A.	>95	Varnima Corp. (Panama)	1970	30,0	–
146.	Petrola Hellas S.A.	n.b.	griech. Investoren	1969	5,0	5,4
147.	Thessaloniki Refining Co.	100	Standard Oil N.J. (USA)	1963	360,0	1265,0
	Gasabfüllungsindustrie:					
148.	Agip Hellas S.A.	100	Agip SpA (Italien)-Hydrocarbons (Schweiz)	1962	15,0	99,7
149.	BP Supergas S.A.	100	BP Trading Ltd (England)	1961	8,0	125,0
150.	Hellas Gas Storage S.A.	55-80	Mobil-BP (England)	1962	3,0	10,3

Tabelle 2.11 (Fortsetzung)

Nr.	Gesellschaft	Ausl.Beteiligungshöhe in %	Ausl.Partner und/oder Land	Gründungsjahr	Aktienkapital in Mill. Drch.	Gesamtvermögen in Mill. Drch.
151.	Isolagas S.A.	n.b.	n.b.	1967	6,0	52,0
152.	Kavagas S.A.	>10	Intercontinental Trading Est(BRD)	1962	10,0	15,3
153.	Kosmogas Hellas S.A.	50	Mobil Investments (USA)	1957	21,0	65,7
154.	Petrogas S.A.	≧50	Butangas(Italien)	1953	30,0	161,2
155.	Primagaz Ltd.	n.b.	Intercontinental Trading Establishment(Liecht.)	1968	0,2	9,5
156.	Propangas S.A.	≧72	Petrolane Inc.(USA)	1964	n.a.	n.a.
157.	Pyrogas S.A.	≧80	Butarpo (Frankreich)	1960	6,8	20,1
Leichtmetallische Mineralien:						
158.	Corundum Industries Co.S.A.	n.b.	griech.Investoren	1960	7,1	11,0
159.	Egepos Ltd.	50	7.Juli OGP(Jugoslavien)	1969	0,2	17,6
160.	Elke Hellenic Ceramics S.A.	51	griech.Investoren	1969	5,0	17,3
161.	Evpa S.A.	97	Effina (Liecht.)	1961	12,0	79,4
162.	Halkis Cement Co.S.A.	40	n.b.(Schweiz)	1926	127,6	331,8
163.	Hellenit S.A.	50	Eternit S.A.(Frankr.)	1959	72,0	276,9
164.	Ideal Standard S.A.I.	100	American Standard Inc.-Amstan Ltd.(USA)	1966	60,0	74,3
165.	Jogu Prokat Ltd.	50	n.b.(Jugoslavien)	1970	0,2	-
166.	Kerafina Vioktimatiki S.A.	50	Kerafina Keramische & Finanz Holding(Liecht.)	1962	22,0	63,1
167.	Keramiki Cedit S.A.	30	Cedit SpA(Italien)	1963	20,2	144,7
168.	Keramikos S.A.	>10	H.H.v.Thyssen(Schweiz)	1910	67,2	183,9
169.	Minnesota 3M Hellas S.A.I.	100	Minnesota Mining & Manufacturing Co.(USA)	1970	5,1	-
170.	Monyal S.A.	20	Linzer Glasspinerei F. Haider AG(Österreich)	1968	12,0	50,1
171.	Owens Hellenic Elefsis Glass Co.S.A.	25	Owens Illinois Inc(USA)	1970	150,0	-
172.	Philkeram Johnson Ceramic Tile Mfrs.S.A.	50	H.& R.Johnson-Richards Tiles Ltd.(England)	1962	7,4	104,4
173.	Pozzi Hellas Ltd.	100	Pozzi,Manufattura Ceramica S.A.-Genovesi Le, (Manufat.Ceramica)(Italien)	1968	2,0	11,0

(Fortsetzung s. nächste S.)

Tabelle 2.11 (Fortsetzung)

Nr.		Ausl. Beteiligungsanteil in %	Ausl. Partner und/oder Land	Gründungsjahr	Aktienkapital in Mill. Drch.	Gesamtvermögen in Mill. Drch.
174.	Sulphur Hellas S.A.	67	Sulphur S.A.(Schweiz)	1961	[illegible]	[illegible]
175.	Vitrubit S.A.	50(67)	n.b.(Italien)	1964	[illegible]	[illegible]
	[illegible]					
[illegible]		[illegible]	Groupe Pechiney(Frankr.), Intern. Finance Corp.(USA) u.a.	1961	[illegible]	[illegible]
177.	Halyvourgiki S.A.	34	n.b.(Schweiz)	1948	[illegible]	[illegible]
[illegible]		[illegible]	Republic Steel Corp.(USA)	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]		[illegible]	Le Nickel (Frankr.)	[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]		[illegible]	Hellenic Steel Corp.(USA)	[illegible]	[illegible]	[illegible]
	[illegible]					
[illegible]		n.b.	n.b.	1961	[illegible]	[illegible]
[illegible]		[illegible]				
	[illegible]		Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG(BRD)	1962	[illegible]	[illegible]
[illegible]						
	C.A.	0(74)	Th.Pappas (USA)	1937	[illegible]	[illegible]
184.	Biokat Corp. S.A.	85	Mannesmann AG (BRD)	1959	[illegible]	[illegible]
185.	Corinth Pipe Works S.A.	0(27)	Viohalco Sanitas(Griech)	1969	[illegible]	[illegible]
186.	Cylindric Hellas Ltd.	29	n.b.(Dänemark)	1959	[illegible]	[illegible]
187.	Dexion Hellas Mfrs.of Steel Products S.A.	60	Dexion Ltd(England)	1958	[illegible]	[illegible]
[illegible]		[illegible]	Th.Goldschmidt AG (BRD)	1966	[illegible]	[illegible]
189.	Elval Hellenic Aluminium Industry S.A.	0(35)	Viohalco-Cables & Viohalco Aluminium(Griech.)	1969	[illegible]	[illegible]
[illegible]		[illegible]	[illegible]rez (Frankr.)	1966	[illegible]	[illegible]
191.	[illegible] Can Container [illegible].A.	[illegible]	Metal Box Co.32,4%(Eng.), Continental Can Co.21,3% (USA), Ets.J.J.Carnaud et Forges de Basse Ind.S.A. 31,3%(Frankreich)	1965	[illegible]	[illegible]
192.	Isomat Ltd.	100	n.b.(BRD)	1970	[illegible]	-

Tabelle 2.11 (Fortsetzung)

Nr.	Gesellschaft	Ausl. Beteiligungshöhe in %	Ausl. Partner und/oder Land	Gründungsjahr	Aktienkapital in Mill. Drch.	Gesamtvermögen in Mill. Drch.
193.	Lavreotiki S.A.	0(20)	(USA)	1956	42,0	162,0
194.	National Can Greece S.A.	74	National Can Overseas Corp. (USA)	1969	71,0	141,6
195.	Ovcoa Hellas	99	n.b.(USA)	n.b.	n.b.	-
196.	Perma Sharp Boundros Hellas SA.	20	Perma Sharp Ltd.(England)	1970	15,3	-
197.	Security Aluminium Hellas Ltd.	51	n.b.(USA)	1963	1,2	5,4
198.	Sotomet Hellas S.A.	>50	n.b.(Lebanon)	1970	5,0	-
199.	Steel Works of Northern Greece S.A.	24(49)	Cofinindus(Belgien)	1962	188,9	519,9
200.	Syrmatoschina S.A.	50	Norddeutsches Drahtseilwerk A.Brinkmann(BRD)	1965	6,5	25,1
201.	Terra Nova Ltd.	100	n.b.(BRD)	1970	0,3	-
202.	Unimetal Ltd.	100	n.b.(BRD)	1970	0,2	-
203.	United Tube Mills I.B. S.A.	0(20)	(USA)	1965	48,0	138,1
204.	Vimokat Metal Constructions SA.	100	Desima Holding AG & Construction Finance SA.(Schweiz)	1970	5,0	-
205.	Viofial Industrie de Bouteilles S.A.	100	Micutil S.A.(Schweiz)	1960	30,0	93,7
206.	Viohalco S.A.	33	Cofinindus (Belgien)	1937	n.b.	n.b.
207.	Viohalco Aluminium S.A.	20(47)	" "	1965	165,0	381,5
208.	Viohalco Cables S.A.	27(51)	Phelps Dodge(USA), Siemens AG(BRD), Cofinindus(Belgien)	1966	235,5	760,3
209.	WMF Hellas A.G.	100	Württembergische Metallwarenfabrik(BRD)	n.b.	n.b.	n.b.
	Maschinen- und Geräteindustrie:					
210.	Agria Hellas S.A.	51	Agria Holding AG(Schweiz)	1954	10,0	86,6
211.	Clayes Hellas-C.Gregoriades Frères S.A.	100	New Holland Spery Rand Corp.(USA)	1962	3,6	10,6
212.	Commermetic-BV Hellas Ltd	50	n.b.(Frankreich)	1970	0,2	-
213.	Diamant Winter Hellas Ltd.	n.b.	E.Winter & Sohn (BRD)	1968	0,2	16,4
214.	KSB Viosen Pumps Industry S.A.	26	KSB Klein Schanzlin Becker A.G.(BRD)	1970	5,0	-
215.	Koditis & Fuchrer Hellenic-German Diesel Engine Mfg.Co.SA.	50	Inextra Handelsgesellschaft mbs.(Liechtenstein)	1954	5,0	9,1

(Fortsetzung s. nächste S.)

Tabelle 2.11 (ortsetzung)

Nr.	Gesellschaft	Ausl.Beteiligungshöhe in %	Ausl.Partner und/oder Land	Gründungsjahr	Aktienkapital in Mill. Drch.	Gesamtvermögen in Mill. Drch.
	216.Winkler Hellas Ltd	50	Winkler K.G.(BRD)	1961	1,0	13,9
	Elektrogeräteindustrie:					
	217.EMK Industry of Electric Products S.A.	80	AEG-Telefunken AG(Schweiz) (kontrolliert von BRD)	1950	22,0	59,8
	218.Carad Hellas S.A.	41	Ets.Carpentier(Belgien)	1969	2,1	19,3
	219.Ceip Hellas Ltd.	90	n.b.(Italien u.a.)	1970	0,2	-
	220.Century Hellas Ltd.	n.b.	n.b.(Italien)	1969	0,6	34,4
	221.Cretan Electronics Industry	n.b.	n.b.	1969	5,3	8,1
	222.Etil Ltd.	n.b.	n.b.(Frankr.& Belgien)	1967	3,9	6,1
	223.Eviop Tempo S.A.	>50	Siemens A.G.(BRD)	1935	5,2	79,7
	224.Filteck Hellas Ltd.	98	Filteck Corp.(USA)	1965	2,4	6,1
	225.Fulgor Greek Electric Cables Co.S.A.	100	Safindus S.A.(Schweiz),Anstalt-Koxer Finanz(Liecht.) (kontrolliert vn Italien)	1957	60,0	435,3
	226.Helifrige S.A.	100	Ignis SpA(Italien)-Philips (Holland)& griech.Investren	1968	45,0	48,7
	227.International Electronics S.A.	100	Intern.Electronics Ltd.(USA)	1970	5,0	-
	228.ITT Hellas SAI	100	ITT Corp.(USA)	1965	96,0	229,1
	229.Isola S.A.	40-48	Rheem Manufacturing Co.(USA)	1930	31,5	805,8
	230.Jupiter Hellas S.R.L.	100	Jupiter S.A.(Italien)	1964	0,2	3,2
	231.Landis & Gyr Hellas S.A.	60-70	Landys & Gyr AG(Schweiz)	1970	20,0	-
	232.Lindner Hellas A.G.	87	Lindner GmbH (BRD)	1963	9,5	55,1
	233.Metallotechnica Elektra S.A.	75	Westinghouse Electric Corp.(USA)	1969	36,0	112,0
	234.Montko Ltd.	100	n.b.(Canada)	1967	n.b.	n.b.
	235.Northern Electric Hellas S.A.	100	Bell Canada durch die Northern Electric Co Ltd.(Canada)	1968	15,0	14,8
	236.Osram S.A.	66	Osram GmbH(BRD)	1925	7,7	49,7
	237.Philips Ind.Co.S.A.	100	N.V.Philips Gloeilampenfabrieken-N.V.Philips Radio(Holland)	1961	60,0	247,7
	238.Schreder Elektrik S.R.L.	100	Schreder S.A.(Belgien)	1966	2,3	7,4
	239.Siemens Tele-Industrie A.G.	70	Siemens A.G.(BRD)	1964	60,0	267,0

(Fortsetzung s. nächste S.)

Tabelle 2.11 (Fortsetzung)

Nr.	Gesellschaft	Ausl.Beteiligungshöhe in %	Ausl.Partner und/oder Land	Gründungsjahr	Aktienkapital in Mill Drch.	Gesamtvermögen in Mill Drch.
240.	Soc.Anonyme d'Entreprises Electriques	98	N.V.Philips Gloeilampenfabrieken(Holland)	1935	8,3	42,4
241.	Tele Norma Hellas A.G.	75	Telefonbau & Normalzeit GmbH Lehner & Co(BRD)	1970	5,0	6,7
242.	Televideon Ltd.	n.b.	griech.Investoren	1969	1,5	13,8
243.	Tudor Hellenic-Swedish MFG CoSA	> 30	Tudor A.B.(Sweden)	1964	15,0	35,7
244.	Union Carbide Hellas S.A.	100	Union Carbide Corp.(USA)	1967	54,0	78,7
245.	Urania Hellas S.A.	100	Urania SpA(Italien)(kontrolliert von USA)	1965	5,0	243,6
246.	Vimar Hellas Ltd.	25	Vimar Walter Viaro(Italien)	1963	2,2	8,5
247.	Zenith S.A.	65	Privatpersonen(USA)	1954	1,0	12,0
	Transportmittelindustrie:					
248.	Biamax S.A.	49	Daimler-Benz(BRD)	1956	40,0	675,8
249.	Chandris Shipyards Co.S.A.	90	Marifortuna Navigation (Panama)	1961	9,0	32,6
250.	Eastern Mediterranean Shipyards S.A.	n.b.	griech.Investoren	1970	122,0	-
251.	Elefsis Shipyards S.A.	100	" "	1962	138,0	855,6
252.	Hellenic Shipyards Co.S.A.	100	" "	1956	150,0	2102,6
253.	I.P.K.Hellas Shipyards S.A.	n.b.	" "	1968	15,0	-
254.	Kynossoura Shipbuilding & Shiprepairing Co. S.A.	n.b.	" "	1970	6,5	-
255.	Neorion Shipyards Syros S.A.	n.b.	" "	1861	30,0	222,7
256.	Olympos Yachts S.A.	60	n.b.(USA)	1968	8,8	21,3
257.	Safran Propeller Hellas Ltd.	49	n.b.(BRD)	1970	0,3	-
	Sonstige Industrien:					
258.	Columbia Graphophone Co.of Greece S.A.	100	Electric & Misical Industries Ltd.(England)	1930	60,7	118,4
259.	Delta Hellas Co.S.A.	100	griech.Investoren	1961	2,7	5,1
260.	Diamond Tools MFG Co.of Greece Ltd.	100	n.b.(USA)	1970	0,2	-

(Fortsetzung s. nächste S.)

Tabelle 2.11 (Fortsetzung)

Nr.	Gesellschaft	Ausl.Beteiligungshöhe in %	Ausl.Partner und/oder Land	Gründungsjahr	Aktienkapital in Mill. Drch.	Gesamtvermögen in Mill. Drch.
261.	El Greco General Crafts Ltd.	100	Panocerian Maritime S.A.(Panama)	1962	2,0	28,3
262.	Esso Pappas Industrial Co.S.A.	100	Standard Oil Co.N.J.(USA)	1965	10,0	1492,0
263.	Elevik S.A.	50	Felix Potin S.A.-Sapac S.A.(Frankreich)	1965	10,0	10,1
264.	Greek Phonographic Industries S.A.	100	Philips N.V.(Holland)	1968	5,0	8,8
265.	Helioprint Hellas S.A.	55	Privatpersonen(Holland)	1963	5,0	14,2
266.	Komet Hellas Ltd.	n.b.	" (Italien)	1968	1,2	2,6
267.	Tal Hellas S.A.	50	" "	1963	8,0	13,2

1) Angaben von 1968.
2) Die in Klammern stehenden Beteiligungshöhen bedeuten, daß der ausländische Partner nicht direkt am Aktienkapital der betreffenden Gesellschaft, sondern am Aktienkapital einer anderen Gesellschaft beteiligt ist, welche wiederum Aktien der ersten besitzt, z.B.: Ausländische Beteiligung an Gesellschaft A: 50%
Beteiligung der Gesellschaft A an einer Gesellschaft B :80%
Ausländische Beteiligung an Gesellschaft B: (40%)

Quelle: 1) Emporiki - Ellenic Chamber of Commerce-Special Issue: Business Directory of Members 1970 (Athens 1971)
2) Daniatos Ch., Foreign Owned Enterprise in Greek Manufacturing (Unpublished Ph.D. Dissertation, Univ. of California, Berkeley 1971)
3) Gesellschaftsbücher des Landgerichts der Stadt Athen
4) Gesetzblatt (orig.gr.)
5) ICAP 1971, Financial Directory of Greek Companies (Athens 1971)
6) ICAP 1972, Financial Directory of Greek Companies (Athens 1972)
7) Pressemeldungen
8) Wirtschaftliche und finanzielle Verflechtungen in Schaubildern, Bde I-V (Verlag Hoppenstedt & Co., Hrsg.)(Darmstadt 1969 und 1970)
9) Who Owns Whom (Continental Edition 1970/71)(2 Bde).

Tabelle 2.12 :
Ausländische Beteiligung nach Industriezweigen, Stand Ende 1970

Industriebranchen	Zahl der Kapitalgesellschaften			Aktienkapital in Mill. Drachmen		
	insgesamt	mit ausländischer Beteiligung	Anteil von (3) an (2) in v.H.	insgesamt	im ausländischen Besitz	Anteil von (6) an (5) in v.H.
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Nahrungsmittel	234	26	11,1	2477,4[1)]	389,0	15,7
Getränke	46	4	8,7	588,3	60,3	10,2
Tabakverarbeitung	6	-	-	257,6	-	-
Textilindustrie	221	19	8,6	2873,0	210,3	7,3
Schuh- & Bekleidungsindustrie	68	7	10,3	502,3	22,6	4,5
Holzverarbeitung	22	6	27,3	213,6	76,9	36,0
Möbelindustrie	23	1	4,3	148,1	3,0	2,0
Papier- & Pappeindustrie	29	7	24,1	433,8	188,3	43,4
Druckerei & Vervielfältigungsindustrie	63	2	3,2	332,2	n.b.[2)]	-
Lederverarbeitung	16	1	6,3	150,0	18,2	12,1
Kunststoff- & Gummiindustrie	78	10	12,8	848,8	373,4	44,0
Chemie	151	40	26,5	2536,8[3)]	1680,7	66,3
Erdölverarbeitung	11	4	36,4	611,3	514,0	84,1
Gasabfüllungsindustrie	10	7	70,0	105,0	58,1	55,3
Nichtmetallische Mineralien	107	16	15,0	1462,7	253,3	17,3
Metallindustrie	11	5	45,5	2582,7	1659,7	64,3

Fortsetzung s. nächste S.

Tabelle 2.12(Fortsetzung):
Aufgliederung der [illegible] nach Industriezweigen, Stand Ende 1970

Industrie-	Zahl der Kapitalgesellschaften			Aktienkapital in Mill.Drachmen		
	insgesamt	mit ausländischer Beteiligung	Anteil von (3) an (2) in v.H.	insgesamt	im ausländischen Besitz	Anteil von (6) an (5) in v.H.
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
[illegible]waren-industrie	109	26	23,9	1660,0	570,5	34,4
Maschinen- & Geräteindustrie	57	6	10,5	359,1	13,0	3,7
[illegible]-industrie	86	26	30,2	842,3	501,1	59,5
[illegible]-industrie	47	7	14,9	921,3	335,7	36,4
Sonstige Industrien	31	9	29,0	158,8	92,4	58,2
Industrie insgesamt	1426	232	16,3	2006,1	7020,5	35,0

1) [illegible] Einzelfirmenunternehmung blieb unberücksichtigt.
2) [illegible]
3) Die [illegible] Handelsunternehmung blieb unberücksichtigt.

Quelle: Eigene Berechnungen nach den Angaben des "ICAP 1972, Financial Directory of Greek Companies" (Bd.1 Bank-, Versicherungs-, Industrie- und Bauunternehmen) (orig.gr.), des "Business Book 1972" (Bd.1 Industrie) (orig.gr.) und der Tabelle 2.11 dieser Arbeit.

Tabelle 2.13:
Höhe des ausländischen Beteiligungskapitals nach Industriebranchen und Herkunftsländern, Stand Ende 1970

in Mill. Drachmen

Industriebranchen	Herkunftsländer						Insgesamt
	USA	BRD	Italien	Schweiz	Frankreich	andere Länder	
Ernährungsindustrie	101,8	12,1	-	0,5	1,5	273,1	389,0
Getränke	18,0	30,3	-	-	-	12,0	60,3
Tabakverarbeitung	-	-	-	-	-	-	-
Textilindustrie	64,7	15,0	2,0	53,4	-	75,2	210,3
Schuh- & Bekleidungsindustrie	-	9,0	-	8,0	-	5,6	22,6
Holzverarbeitung	28,5	-	-	15,0	10,4	23,0	76,9
Möbelindustrie	-	-	3,0	-	-	-	3,0
Papier- & Pappeindustrie	163,6	9,4	-	7,0	-	8,3	188,3
Druckerei & Vervielfältigung	-	-	-	-	-	-	-
Lederverarbeitung	-	-	-	-	-	18,2	18,2
Kunststoff- & Gummiindustrie	161,9	10,8	182,9	-	-	17,8	373,4
Chemie	747,1	149,8	25,6	39,6	70,5	648,1	1680,7
Erdölverarbeitung	360,0	-	-	-	-	154,0	514,0
Gasabfüllungsindustrie	-	-	30,0	-	6,8	21,3	58,1
Nichtmetallische Mineralien	102,6	-	18,8	64,5	36,0	31,4	253,3

Fortsetzung s. nächste S.

Tabelle 2.13 (Fortsetzung):
Höhe des ausländischen Beteiligungskapitals nach Industriebranchen und Herkunftsländern, Stand Ende 1970

in Mill.Drachmen

Industrie-branchen	Herkunftsländer						Insgesamt
	USA	BRD	Italien	Schweiz	Frank-reich	andere Länder	
Metallindustrie	495,2	-	-	170,0	994,5	-	1659,7
Metallwaren-industrie	137,2	61,8	-	5,0	27,0	339,5	570,5
Maschinen- & Geräteindustrie	-	4,3	-	5,1	-	3,6	13,0
Elektrogeräte-industrie	202,3	83,9	75,9	13,0	-	126,0	501,1
Transportmittel-industrie	5,3	19,3	-	-	-	311,1	335,7
Sonstige Industrien	10,2	-	4,0	-	5,0	73,2	92,4
Insgesamt	2598,4	405,7	342,2	381,1	1151,7	2141,4	7020,5
in v.H.des gesamten ausländischen Beteiligungskapitals	37,0	5,8	4,9	5,4	16,4	30,5	100,0

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tabelle 2.14 :
Verteilung von 237 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung nach Beteiligungshöhe und Industriebranchen, Stand Ende 1970

Industriebranchen	Beteiligungshöhe[1] in v.H.							Insgesamt
	98-100	70-97	51-69	über 50	50	30-49	10-29	
Ernährungsindustrie	14	3	2	1	2	4	2	28
Getränke	2	-	1	-	-	-	1	4
Textilindustrie	4	3	1	1	3	2	5	19
Schuh- & Bekleidungsindustrie	3	-	1	1	1	-	1	7
Holzverarbeitung	3	1	-	-	-	1	1	6
Möbelindustrie	-	-	-	-	-	-	1	1
Papier- & Pappeindustrie	4	1	1	1	-	-	-	7
Lederverarbeitung	1	-	1	-	-	-	-	2
Kunststoff- & Gummiindustrie	5	3	2	-	-	-	1	11
Chemie	25	7	3	1	-	4	2	42
Erdölverarbeitung	1	1	2	-	-	-	-	4
Gasabfüllungsindustrie	2	-	-	4	1	-	1	8
Nichtmetallische Mineralien	3	1	2	-	6	2	3	17
Metallindustrie	1	2	-	-	-	1	1	5
Metallwarenindustrie	9	5	3	1	1	4	5	28
Maschinen- & Geräteindustrie	1	-	1	-	3	-	1	6
Elektrogeräteindustrie	13	6	3	1	-	3	1	27
Transportmittelindustrie	2	1	1	-	-	2	-	6
Sonstige Industrien	6	-	1	-	2	-	-	9
Insgesamt	99	34	25	11	19	23	26	237
in v.H. aller Gesellschaften mit ausländischer Beteiligung	41,8	14,4	10,5	4,6	8,0	9,7	11,0	100,0

1) Anteil des Auslandskapitals am gesamten Aktienkapital der Unternehmung.

Tabelle 2.15:

Verteilung von 228 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung nach Beteiligungshöhe, Kontrolle ausübenden Ländern und Größe des Gesamtvermögens, Stand Ende 1970

a: Zahl der Unternehmungen

Beteiligungshöhe[1] in %	Kontrolle ausübendes Land								Gesamtvermögen in Mill. Drachmen					
	USA	BRD	Frankreich	Schweiz	Italien	England	Andere Länder	Insgesamt	Bis 49,9	50,0–199,9	200,0–499,9	500,0–899,9	Über 900,0	Insgesamt
98–100	41	12	3	5	8	3	23	95	38	16	9	3	5	71
70– 97	8	7	4	1	4	–	14	38	13	10	4	2	1	30
51– 69	6	4	1	3	1	2	7	24	14	5	–	1	–	20
Über 50[2]	1	3	–	–	1	–	4	9	3	4	–	–	1	8
50	1	2	3	1	3	1	5	16	9	4	1	–	–	14
30– 49	4	3	2	2	2	2	5	20	9	2	2	2	1	16
10– 29	4	2	2	3	3	1	11	26	6	10	1	3	1	21
Insgesamt	65	33	15	15	22	9	69	228	92	51	17	11	9	180[3]

1) Anteil des Auslandskapitals am Aktienkapital der Unternehmung.

2) Unternehmen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung, deren Höhe wir nicht ermitteln konnten.

3) Der Kreis erfaßt nur 180 Unternehmen, da nicht alle 228 Firmen lange genug tätig waren, um durch ihre Jahresbilanzen Information über ihr Gesamtvermögen zu veröffentlichen.

Tabelle 2.15 (Fortsetzung) :

Verteilung von 228 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung nach Beteiligungshöhe, Kontrolle ausübenden Ländern und Größe des Gesamtvermögens, Stand Ende 1970

D: in v.H.

Beteiligungshöhe in %	Kontrolle ausübendes Land								Gesamtvermögen in Mill. Drachmen					
	USA	BRD	Frankreich	Schweiz	Italien	England	Andere Länder	Insgesamt	Bis 49,9	50,0-199,9	200,0-499,9	500,0-899,9	Über 900,0	Insgesamt
98-100	63,1	36,3	20,0	33,3	36,4	33,4	33,3	41,7	41,3	31,4	52,9	27,3	55,6	39,4
70- 97	12,3	21,2	26,7	6,7	18,2	-	20,3	16,7	14,1	19,6	23,5	18,2	11,1	16,7
51- 69	9,2	12,1	6,7	20,0	4,5	22,2	10,3	10,5	15,2	9,8	-	9,0	-	11,1
Über 50	1,5	9,1	-	-	4,5	-	5,8	3,9	3,3	7,8	-	-	11,1	4,4
50	1,5	6,1	20,0	6,7	13,7	11,1	7,2	7,0	9,8	7,8	5,9	-	-	7,8
30- 49	6,2	9,1	13,3	13,3	9,1	22,2	7,2	8,8	9,8	4,0	11,8	18,2	11,1	8,9
10- 29	6,2	6,1	13,3	20,0	13,6	11,1	15,9	11,4	6,5	19,6	5,9	27,3	11,1	11,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Eigene Berechnungen aus den Angaben des "ICAP 1972, Financial Directory of Greek Companies" (Bd.1, Bank-, Versicherungs-, Industrie- und Bergbauunternehmungen) und der Tabelle 2.11 dieser Arbeit.

Tabelle 3.1 :

Die Bedeutung des Außenhandels und des Auslandskapitals für die griechische Wirtschaft

Mrd.Drachmen

Jahr	BIP[1]	BAI[2]	Private Investitionen in der Verarbeitenden Industrie	Saldo der laufenden Posten			Nettokapitalzufluß[3]		Kapitalzufluß unter der R.V. 2687/53[4] und Exportkredite	
				in Mrd. Drachmen	in v.H. von (2)	in v.H. von (3)	in Mrd. Drachmen	in v.H. von (3)	in Mrd. Drchm.	in v.H. von (4)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
1960	92,5	19,9	1,7	5,7	6,2	28,6	0,6	3,0	...	...
1961	104,3	21,5	1,7	6,0	5,8	27,9	1,7	7,9	0,3	17,6
1962	110,4	25,1	2,4	8,2	7,4	32,7	2,4	9,6	0,8	33,3
1963	121,4	26,9	2,9	7,8	6,4	29,0	2,7	10,0	1,0	34,5
1964	135,2	33,1	4,3	11,9	8,8	36,0	3,4	10,3	1,8	41,9
1965	151,7	38,6	5,7	14,8	9,8	38,3	4,5	11,7	2,5	43,9
1966	166,4	43,1	5,7	14,2	8,5	33,0	4,5	10,4	1,9	33,3
1967	180,1	43,6	5,4	13,8	7,7	31,7	4,0	9,2	1,7	31,5
1968	192,8	54,0	6,8	14,7	7,6	27,2	5,0	9,3	2,5	36,8
1969	215,9	66,7	7,5	18,9	8,8	28,3	4,6	6,9	1,0	13,3
1970	239,6	69,7	n.a.	22,7	9,5	32,6	7,9	11,3	2,3	-
Insgesamt 1960-70	1710,3	442,2	44,1[5]	138,7	8,1	31,4	41,3	9,3	13,5[5]	30,6[5]

1)Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Preisen.
2)Bruttoanlageinvestitionen zu laufenden Preisen (ohne Schiffe).
3)Langfristige Kapitalien, s.Tab. 2.2 ,Spalte 3.
4)Die Einfuhr von Sachwerten wurde nur z.T. mitberücksichtigt.Da die Angaben der Zahlungsbilanzstatistik zugrunde gelegt wurden,ist ein großer Teil der Sachwerte nicht erfaßt,sodaß die Spalten 10 und 11 Mindestwerte darstellen.
5)Für 1960-69.
Quelle:Bearbeitung des Materials von a)Bank of Greece,Monthly Statistical Bulletin,und b) NCSS,National Accounts of Greece,1960-1969.

Tabelle 3.2:
Ausländisches[1] und inländisches Kapital in 227 untersuchten Industrie- und Bergbauunternehmen mit ausländischer Beteiligung,[2] Stand Ende 1964

in Mill. Drachmen

	1962	1964	Veränderungen	
			(2)-(1)	in v.H. von (1)
	(1)	(2)	(3)	(4)
Ausländisches Kapital	4319	7461	+3142	+72,7
Beteiligungskapital	683	1216	+ 533	+78,0
Anleihen	3636	6245	+2609	+71,8
Inländisches Kapital	13683	16414	+2731	+20,0
Beteiligungskapital	3833	5219	+1386	+36,2
Anleihen	9850	11195	+1345	+13,7
Gesamtkapital	18002	23875	+5873	+32,6
Beteiligungskapital	4516	6435	+1919	+42,4
Anleihen	13486	17440	+3954	+29,3

1) Kapital unter der R.V.2687/53, Exportkredite und sonstiges Kapital.

2) Die ausländischen Kapitalien dieser Unternehmen haben 84,1% der Kapitaleinfuhr unter der R.V.2687/53, 84,9% der Exportkredite und 45,7% der sonstigen unternehmerischen Kapitalien im Zeitpunkt der Untersuchung gedeckt.

Quelle: S. Valsamidis, Der Zufluß ausländischer unternehmerischer Kapitalien in die griechische Wirtschaft und ihre Beteiligung an den Industrieunternehmen in der Periode 1954-1964, in: Bank von Griechenland, Die griechische Wirtschaft im Jahre 1965 (Athen 1966) (orig.gr.).

Tabelle 3.3:
Anteil des Auslandskapitals am Gesamtkapital der 227 untersuchten Industrie- und Bergbauunternehmen nach Wirtschaftsbereichen, Stand Ende 1964

in v.H.

Wirtschaftsbereiche	Anteil des Auslandskapitals am Gesamtkapital		
	Ausländisches Kapital insgesamt	Ausländisches Beteiligungskapital	Ausländische Anleihen
Erdölverarbeitung	70,0	69,2	70,2
Papier- & Pappeindustrie	59,5	14,4	72,3
Transportmittel	45,7	27,8	50,3
Gummiindustrie & Lederverarbeitung	41,3	49,4	35,7
(davon Gummiind.)	(60,3)	(70,5)	(52,5)
Metallindustrie	34,0	32,5	34,4
(davon Elektrogeräteindustrie)	(43,9)	(73,7)	(39,1)
(davon Metallurgie)	(30,5)	(22,3)	(32,8)
Chemie	31,0	17,5	40,8
Bergbau	23,4	22,9	23,6
Sonstige Industrien	18,0	6,8	21,0
(davon Nichtmetallische Mineralien)	(20,4)	(6,8)	(25,9)
Textilindustrie	11,8	2,2	15,8
Holz- & Korkenindustrie	8,5	5,9	9,5
Nahrungsmittel	5,3	1,0	7,0
Insgesamt	31,3	18,9	35,8

Quelle: s. Tabelle 3.2.

Tabelle 3.4:
Monetäre Kapitalimport- und Kapitalexportströme unter der R.V.2687/53, 1954-1971

in Mill.US-$

Jahr	Kapitalimport[1]	Kapitalexport	Nettokapitalzufluß	(3) in v.H. von (2)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1954	3,1	-	3,1	-
1955	5,0	-	5,0	-
1956	3,0	2,4	0,6	80,0
1957	3,8	0,9	2,9	23,7
1958	8,5	1,1	7,4	12,9
1959	4,4	0,1	4,3	2,3
1960	5,0	0,3	4,7	6,0
1961	7,1	0,3	6,8	4,2
1962	14,5	0,4	14,1	2,8
1963	28,1	0,5	27,6	1,8
1964	37,9	1,9	36,0	5,0
1965	65,2	1,6	63,6	2,5
1966	47,5	1,9	45,6	4,0
(1954-1966)	(233,1)	(11,4)	(221,7)	(4,9)
1967	23,4	8,7	14,7	37,2
1968	21,3	10,2	11,1	47,9
1969	10,7	21,7	-11,0	202,8
1970	41,5	24,5	17,0	59,0
1971	24,2	24,1	0,1	99,6
(1967-1971)	(121,1)	(89,2)	(31,9)	(73,7)
Insgesamt 1954-1971	354,2	100,6	253,6	28,4

1) In den Angaben für die Jahre 1954 bis 1959 sind auch Sachwerte enthalten.

Quelle: Eigene Bearbeitung des Zahlenmaterials nach den Angaben des "Bank of Greece, Monthly Statistical Bulletin".

Tabelle 3.5 :

Entwicklung der Auslandsverschuldung Griechenlands

in Mill.US-Dollar

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
I. Privater Sektor	204	263	329	344	568	792	874	988	1117	1360
1. Nichtbanken	172	227	292	312	528	744	816	896	1002	1227
a. Kapitalien der R.V.2687/53	34	46	77	116	272	428	452	474	478	512
b. Exportkredite	115	147	170	149	192	235	253	289	320	389
c. Sonstige Anleihen	23	34	45	47	64	81	111	133	204	326
2. Banken	32	36	37	32	40	48	58	92	115	133
II. Öffentlicher Sektor	145	146	143	158	235	312	390	499	618	643
1. Regierung und Zentralbank	n.a.	n.a.	n.a.	76	142	208	227	306	376	382
2. Öffentliche Unternehmen	n.a.	n.a.	n.a.	82	93	104	163	193	242	261
Insgesamt (I)+(II)	349	409	472	502	803	1104	1264	1487	1735	2003

Quelle: Für 1961-63, Bank von Griechenland, Die griechische Wirtschaft im Jahre 1966 (orig.gr.)
Für 1964-65, " " " , Die griechische Wirtschaft im Jahre 1967 (" ")
Für 1966-68, " " " , Die griechische Wirtschaft im Jahre 1969 (" ")
Für 1969-70, Eigene Berechnungen nach den Angaben des "Bank of Greece, Monthly Statistical Bulletin".

Tabelle 3.6 :

Belastung der Zahlungsbilanz durch den Schuldendienst[1]

in Mill.US-Dollar

Jahr	Unsichtbare Zahlungen				(3)in v.H. von (2)	(4)in v.H. von (2)	Belastung der Zahlungsbilanz durch den Schuldendienst: (3)+(4) in v.H. des Saldo der laufenden Posten[3]
	Insgesamt	Davon für: Zinsen	Gewinne	Löhne/ Gehälter[2]			
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
1961	76,2	7,0	0,4	n.a.	9,2	0,5	8,0
1962	87,6	7,0	0,7	n.a.	8,0	0,8	7,0
1963	98,9	6,6	1,1	2,0	6,7	1,1	10,0
1964	129,3	8,1	1,0	2,7	6,2	0,8	4,0
1965	136,8	12,3	0,8	2,4	9,0	0,6	5,0
1966	154,6	17,7	1,0	1,8	11,4	0,6	7,0
1967	184,0	24,3	0,9	2,0	13,2	0,5	11,0
1968	194,2	28,2	2,6	3,8	14,6	1,3	12,0
1969	240,7	37,2	1,9	4,6	15,4	0,8	11,0
1970	266,9	52,6	3,2	6,3	19,7	1,2	14,0
1971	317,3	67,1	5,3	10,9	21,1	1,7	20,0

1) Zahlungen für Zinsen der öffentlichen und privaten Anleihen und für Gewinne der ausländischen Investitionen in Griechenland.
2) Enthält auch die "Royalties" und weitere Auszahlungen.
3) Saldo der laufenden Posten s.Tab.2.2.

Quelle: Berechnet nach den Angaben des "Bank von Griechenland, Bulletin der Außenhandelsbeziehungen"(orig.gr.).

Tabelle 3.7:

Anteil der Schuldendienstzahlungen an den Deviseneinnahmen und am BSP Griechenlands

Jahr	Schulden-dienst-zahlungen[1] in Mill. Drachmen	Devisen-einnahmen[2] in Mrd. Drachmen	Zunahme gegen Vorjahr in v.H.		BSP zu Markt-preisen[3]		(2) in v.H. von (3)	(2) in v.H. von (6)
			der Schulden-dienstzahlungen	der Devisen-einnahmen	in Mrd. Drch.	Verände-rung gegen Vorjahr in v.H.		
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1961	222	16,6	-	-	119,8	-	1,3	0,2
1962	231	18,7	4,0	12,7	127,7	6,6	1,2	0,2
1963	231	22,5	-	20,3	141,1	10,5	1,0	0,2
1964	273	23,6	18,2	4,9	157,6	11,7	1,2	0,2
1965	393	26,4	43,9	11,9	176,9	12,2	1,5	0,2
1966	555	31,2	41,2	18,2	195,8	10,7	1,8	0,3
1967	756	33,4	36,2	7,1	213,1	8,8	2,3	0,4
1968	924	35,5	22,2	6,3	231,0	8,5	2,6	0,4
1969	1173	39,5	26,9	11,3	258,2	11,8	3,0	0,5
1970	1677	46,6	42,9	17,9	286,2	10,8	3,2	0,6
1971	2172	56,5	29,5	21,2	n.a.	-	3,8	-

1)Zahlungen für Gewinne und Zinsen der ausländischen Kapitalien (s.Tab. 3.6, Spalte 3 + 4).
2)Exporte und unsichtbaren Einnahmen.
3)in laufenden Preisen.

Quelle:Berechnet nach den Angaben des "Bank of Greece,Monthly Statistical Bulletin" und "NSSG,National Accounts of Greece,1960-1969,(Athens 1971)".

Tabelle 3.8 :

Kapitalien unter der R.V.2687/53:Kapitaleinfuhr,Kapitalrückzahlungen und Schuldendienstzahlungen,1961-1971

in Mill.US-$

Jahr	Kapitaleinfuhr	Kapitalrückzahlung	Gewinntransfers	Zinszahlungen (Schätzungen)[1]	(3)+(4)+(5)	(2)-(6)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
1961	13,5	0,3	0,4	3,6	4,3	9,2
1962	16,8	0,4	0,7	1,2	2,3	14,5
1963	40,0	0,5	1,1	2,2	3,8	36,2
1964	59,7	1,9	1,0	3,2	6,1	53,6
1965	111,6	1,6	0,8	4,2	6,6	105,0
1966	157,6	1,9	1,0	8,0	10,9	146,7
1967	32,3	8,7	0,9	15,7	25,3	7,0
1968	32,5	10,2	2,6	12,3	25,1	10,4
1969	25,8	21,7	1,9	15,0	38,6	-12,8
1970	50,0	24,5	3,2	18,0	45,7	4,3
1971	42,4	24,1	5,3	21,0	50,4	-8,0
Insgesamt	582,2	95,8	18,9	104,4	219,1	363,1

1)Eigene Schätzungen.

Quelle:Bank of Greece,Monthly Statistical Bulletin und Koordinationsministerium,Langfristige Investitionen unter der R.V.2687/53 (verschiedene Jahrgänge) (für Spalte 2).

Tabelle 3.9 :

Kapitalimport- und Kapitalexportströme unter der R.V.2687/53 nach Herkunftsbereichen, 1957-1971

in Mill.US-Dollar

Jahr	USA			Sterlingblock			EWG			Sonstiges Europa			Alle Länder		
	E[1]	A[2]	(3) in v.H. von (2)	E	A	(6) in v.H. von (5)	E	A	(9) in v.H. von (8)	E	A	(12) in v.H. von (11)	E	A	(15) in v.H. von (14)
(1)	(2)		(4)	(5)		(7)	(8)		(10)	(11)		(13)	(14)		(16)
1967	25,2	3,1	12,3	1,9	-	-	4,9	4,6	93,9	0,6	1,0	166,6	32,6	8,7	26,7
1968	23,3	5,6	24,0	0,9	0,4	44,4	5,4	4,1	76,0	3,4	0,1	3,0	33,0	10,2	32,7
1969	18,0	11,2	62,2	1,0	0,1	10,0	6,4	9,9	154,7	0,4	0,5	125,0	25,8	21,7	84,1
1970	36,5	11,2	30,7	0,8	0,1	12,5	12,1	12,3	101,7	0,6	0,8	133,3	50,0	24,4	48,8
1971	30,9	15,3	49,5	1,1	0,1	9,1	5,4	6,9	127,8	5,0	1,0	20,0	42,4	23,3	55,0
Insgesamt:															
1967/71	133,9	46,4	34,7	5,7	0,7	12,3	34,2	37,8	110,5	10,0	3,4	34,0	183,8	88,3	48,0
1957/66	168,0	4,3	2,6	5,7	0,7	12,3	33,5[3]	1,7	5,1	31,6[4]	2,3	7,2	238,8	9,0	0,4
1957/71	301,9	50,7	16,8	11,4	1,4	12,3	67,7	39,5	58,3	41,6	5,7	13,7	422,6	97,3	23,0

1) E=Einfuhr von Kapital.
2) A=Ausfuhr von Kapital=Amortisationszahlungen.
3) Für EWG, 1963-66.
4) Bis 1962 auch EWG-Länder.

Quelle: Eigene Bearbeitung des Materials nach den Angaben des "Bank of Greece, Monthly Statistical Bulletin".

Tabelle 3.10 :
Anteil der Investitionsgüterimporte an den Bruttoanlage-investitionen Griechenlands, 1957-1970

in Mrd. Drachmen

Jahr	Bruttoanlage-investitionen	Investitionsgüter-importe	(3) in v.H. von (2)
(1)	(2)	(3)	(4)
1957	12,2	1,9	15,6
1958	15,9	3,0	18,9
1959	17,2	2,7	15,7
1960	19,9	2,3	11,6
1961	21,5	3,1	14,4
1962	25,1	4,8	19,1
1963	26,9	3,9	14,5
1964	33,1	5,8	17,5
1965	38,6	7,2	18,7
1966	43,1	8,1	18,8
1967	43,6	9,1	20,9
1968	54,0	9,8	18,1
1969	66,7	11,7	17,5
1970	69,7	15,3	22,0

Bemerkung: Die Investitionsgüterimporte sind für die Jahre 1957-1962 unterschätzt, da ein Teil von ihnen in der Zahlungsbilanzstatistik unter den Konsumgüterimporten angegeben wurde.

Quelle: Berechnet nach den Angaben des "Bank of Greece, Monthly Statistical Bulletin".

Tabelle 3.11:

Anteil der Ausländer an den Führungskräften von 110 ausländischen industriellen Aktiengesellschaften [1] (Stand Ende 1970)

Ausländische Beteiligungshöhe in v.H.	Anzahl der Firmen	Nationalität des Vorsitzenden		Nationalität der Vorstandsmitglieder			Anteil der Ausländer an den Führungskräften	
		Inländer	Ausländer	Inländer	Ausländer	Insgesamt	(4) in v.H. von (2)	(6) in v.H. von (7)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Über 95	52	19	33	127	138	265	62,7	52,1
75-94	20	10	10	68	53	121	50,0	43,8
50-74	38	22	16	132	70	202	41,0	34,7
Insgesamt	110	51	59	327	261	588	53,6	44,4

1) Es wurden nicht Unternehmungen berücksichtigt, die von griechischen Investoren unter der R.V. 2687/53 gegründet wurden.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des "ICAP 1972, Financial Directory of Greek Companies" (Bd. 1) (Athen 1972).

Tabelle 3.12:

Entwicklung des Anteils der Industriebranchen an der Gesamtproduktion der verarbeitenden Industrie (in konstanten Preisen von 1958)

in v.H.

Industriebranchen (ISIC-Gruppen)[1]	1958	1961	1964	1967	1969
I. Konsumgüterindustrien:					
20-22	25,1	22,5	22,9	20,8	18,0
23	17,6	15,8	15,6	14,1	14,3
24	16,1	13,2	11,7	10,8	9,8
25-26	5,9	6,0	5,7	4,3	4,3
39	2,5	2,6	2,5	2,1	1,8
II. Zwischengüterindustrien:					
27-28	4,1	4,3	4,6	4,8	4,6
31-32	6,7	9,6	10,1	14,1	16,0
III. Investitionsgüterindustrien:					
33	6,3	6,5	7,6	8,1	8,6
34	1,4	2,1	3,0	5,0	7,0
35-38	14,3	17,4	16,3	15,9	15,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
I.	67,2	60,1	58,4	52,1	48,2
II.	10,8	13,9	14,7	18,9	20,6
III.	22,0	26,0	26,9	29,0	31,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) s. Anmerkung 1 in der Tabelle 3.16.

Quelle: Eigene Berechnungen nach den Angaben von "NSSG, National Accounts of Greece 1960-1969 (Athens 1971).

Tabelle 3.13 :
Entwicklung des Anteils der Konsumgüter- (I), Zwischengüter- (II) und Investitionsgüterindustrien (III) an der Produktion der verarbeitenden Industrie

in v.H. (in konstanten Preisen von 1958)

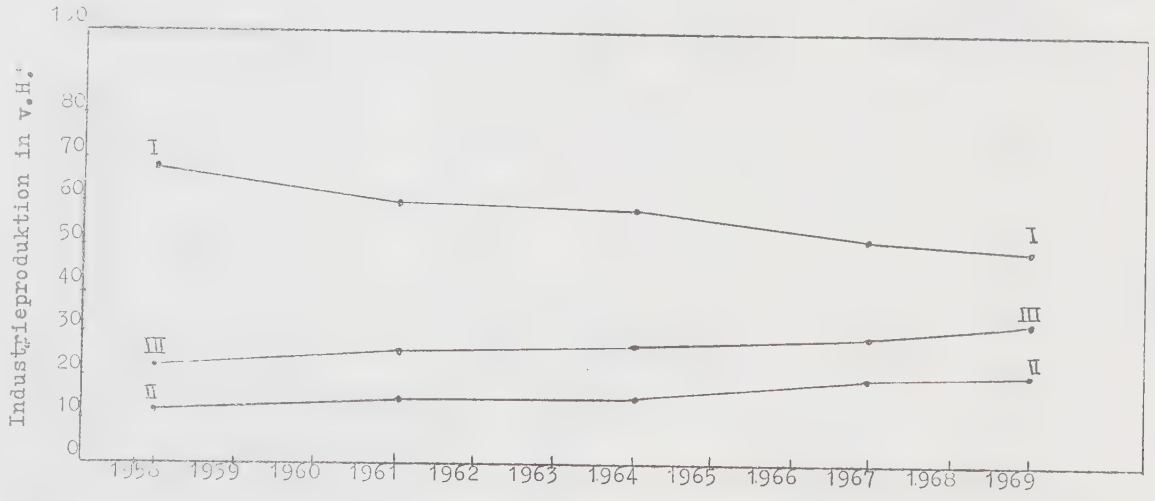

Tabelle 3.14 :

Entwicklung des Anteils einzelner Industriegruppen am Nettoproduktionswert der verarbeitenden Industrie (Preisbereinigt)[1]

in v.H.

Industriegruppen	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Gesamte verarbeitende Industrie:									
Veränderung gegen Vorjahr in v.H.	7,1	5,4	10,9	9,6	8,8	11,3	-2,0	7,4	9,2
Veränderung gleichgesetzt mit:	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	-1,0	1,0	1,0
Ernährungs-, Getränke-, Tabakindustrie	0,9	0,5	1,7	0,8	0,6	0,8	-1,1	0,7	-0,4
Textilindustrie	0,2	1,8	0,3	1,3	1,0	0,6	-1,5	0,7	1,3
Bekleidungs- & Schuhindustrie	0,7	-0,4	1,2	0,7	0,8	0,5	0,4	0,6	0,2
Holzverarbeitung & Möbelindustrie	1,0	1,8	0,9	0,6	-0,3	0,1	-3,2	1,3	0,7
Papierverarbeitung, Druckerei, Vervielfältigung	1,3	1,8	1,5	0,6	1,9	0,8	0,1	0,9	0,9
Chemische Industrie	-0,2	0,2	1,7	1,4	1,5	2,5	9,5	2,0	1,8
Nichtmetallische Mineralien	1,1	2,5	1,4	1,5	1,6	0,9	3,4	0,6	2,0
Metallindustrie	0,9	1,8	1,5	4,8	3,0	4,1	5,8	3,4	3,4
Metallwaren, Maschinen, Elektrogeräte	2,2	1,4	0,2	0,9	1,2	0,6	1,2	0,6	1,0
Transportmittel	5,5	2,5	0,9	0,9	0,5	1,1	0,6	1,1	1,5

1) Verfahren nach K.H. Oppenländer, Strukturperspektiven der westdeutschen Industrie, in Wirtschaftskonjunktur, Berichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 2/1960 S. 24ff.
Quelle: Eigene Berechnungen nach den Angaben von NSSG National Accounts of Greece, 1960-1969 (Athens 1971).

Tabelle 3.15:
Horizontale Durchschnitte der Branchenkoeffizienten (s.Tab.3.14)

Industriegruppen	Horizontale Durchschnitte[1]				
	1961-5	1961-6	1961-7	1961-8	1961-9
A. Industriegruppen mit steigender bzw. gleichbleibender Tendenz:					
1. Über dem Durchschnitt der gesamten verarbeitenden Industrie:					
Chemische Industrie	0,9	1,2	2,4	2,3	2,3
Nichtmetallische Mineralien	1,6	1,5	1,8	1,6	1,7
Metallindustrie	2,4	2,7	3,1	3,2	3,2
2. Um dem Durchschnitt der gesamten verarbeitenden Industrie:					
Metallwaren, Maschinen, Elektrogeräte	1,2	1,1	1,1	1,0	1,0
3. Unter dem Durchschnitt der gesamten verarbeitenden Industre:					
Bekleidungs- & Schuhindustrie	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5
B. Industriegruppen mit fallender Tendenz:					
1. Über dem Durchschnitt der gesamten verarbeitenden Industrie:					
Papierverarbeitung, Druckerei, Vervielfältigung	1,4	1,3	1,1	1,1	1,1
Transportmittel	2,1	1,9	1,7	1,6	1,6
2. Unter dem Durchschnitt der gesamten verarbeitenden Industrie:					
Ernährungs-, Getränke-, [illegible]	0,9	0,9	0,6	0,6	0,5
Textilindustrie	1,7	0,9	0,5	0,6	0,6
Holzverarbeitung & Möbelindustrie	0,[illegible]	0,7	0,[illegible]	0,3	0,3

1) Bildung von arithmetischen Durchschnitten aus den jährlichen Branchenkoeffizienten der Tabelle 3.14 für die angeführten Jahre.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tabelle 3.6:

Indices der industriellen Produktion (1958=100)

Jahr	Industrie-produktion insgesamt	Produktion einzelner Industriezweige (ISIC-Gruppen)[1]								
		20	21	22	23	24	25	26	27	28
1961	116,3	107,3	115,7	97,3	119,2	105,7	119,4	101,6	112,4	113,0
1962	122,5	113,6	113,1	103,9	124,7	113,9	118,7	102,5	117,8	115,5
1963	136,6	118,9	120,2	122,9	135,7	122,0	142,9	108,3	138,2	119,0
1964	151,0	121,6	129,2	143,6	150,0	131,5	151,0	109,9	140,8	113,1
1965	163,2	123,4	162,1	141,6	162,4	122,9	155,4	98,3	163,1	104,7
1966	187,1	133,6	196,4	165,0	177,3	114,6	159,2	92,4	196,5	127,8
1967	192,0	136,6	214,3	142,3	173,1	115,3	156,6	81,2	205,3	114,6
1968	205,9	150,4	212,8	141,1	180,0	117,6	162,0	73,6	217,9	113,0
1969	228,9	154,1	201,3	134,7	200,5	141,6	172,1	72,9	252,4	117,7
1970	254,1	160,7	229,0	142,4	228,7	141,1	201,9	74,9	279,3	113,2
1971	277,9	169,0	254,8	156,0	258,0	140,0	219,0	72,8	274,2	113,7

1) 20: Nahrungsmittel
21: Getränke
22: Tabakverarbeitung
23: Textilien
24: Schuh- & Bekleidungsindustrie
25: Holzverarbeitung
26: Möbelindustrie
27: Papier- & Pappeindustrie
28: Druckerei & Vervielfältigung

Fortsetzung s.nächste S.

Tabelle 3.6 (Fortsetzung):

Indices der industriellen Produktion

Jahr	Industrieproduktion insgesamt	Produktion einzelner Industriezweige (ISIC-Gruppen)[1]										
		29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39
1961	116,3	111,8	131,3	126,3	104,3	107,9	144,4	132,5	103,0	152,5	170,7	140,8
1962	122,5	112,2	136,3	134,1	110,4	115,5	164,4	146,7	99,3	152,2	178,5	170,5
1963	136,6	115,9	215,7	171,3	117,1	131,1	190,8	161,1	87,9	169,3	178,2	244,5
1964	151,0	113,0	253,3	196,5	119,8	148,1	278,6	180,6	85,8	184,7	192,0	317,6
1965	163,2	112,1	307,9	220,4	121,1	170,9	362,7	211,5	86,2	208,1	198,6	325,2
1966	187,1	125,1	401,2	267,9	175,0	188,4	518,2	227,3	84,6	202,3	204,0	367,5
1967	192,0	112,1	437,0	311,9	222,5	201,4	576,2	219,0	80,6	238,5	197,8	346,5
1968	205,9	106,3	489,8	355,6	261,1	205,6	719,4	245,3	75,3	221,1	201,6	336,2
1969	228,9	109,7	632,2	406,6	275,2	224,8	942,9	270,3	75,0	258,3	217,8	296,7
1970	254,1	114,6	765,0	449,2	305,2	269,6	1075,0	297,6	74,0	305,6	267,7	283,3
1971	277,9	123,7	869,2	504,8	324,9	286,6	1190,8	334,4	73,3	354,7	285,5	283,1

1) 29: Lederverarbeitung
30: Kunststoff- & Gummiindustrie
31: Chemische Industrie
32: Erdölverarbeitung
33: Nichtmetallische Mineralien
34: Metallindustrie
35: Metallwarenindustrie
36: Maschinen- & Geräteindustrie
37: Elektrogeräteindustrie
38: Transportmittelindustrie
39: Sonstige Industrien

Quelle: National Statistical Service of Greece: New Series of the Industrial Production (Athens 1969)
" " " " : National Accounts of Greece, 1948-1970.

Tabelle 3.17 :

Konzentrationsraten in der verarbeitenden Industrie und Anteil der ausländischen Unternehmungen[1] (Stand Ende 1970)

Industriebranchen	Gesamtvermögen der Branche in Mio Drachmen	Gesamtvermögen der 8 größten Unternehmen in Mio Drachmen	(3) in v.H. von (2)	Anzahl ausländischer Unternehmen unter (3)	Gesamtvermögen der ausländischen Unternehmen in v.H. von (3)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Ernährungsindustrie	8386,8	2292,1	27,3	1	23,1
Getränke	2945,8	1939,5	65,5	1	12,5
Tabakverarbeitung	2446,1	2446,1	100,0	-	-
Textilindustrie	14162,8	4940,6	34,9	1	6,4
Schuh-& Bekleidungsindustrie	1603,5	931,5	58,1	1	6,4
Holzverarbeitung	1402,0	1184,0	84,4	3	45,0
Möbelindustrie	480,6	463,9	96,5	-	-
Papier-& Pappeindustrie	4300,9	3959,3	92,1	3	21,1
Druckerei & Vervielfältigung	820,1	439,2	53,6	-	-
Lederverarbeitung	586,0	454,0	77,4	-	-
Kunststoff-& Gummiindustrie	2995,6	1877,7	62,7	3	60,9
Chemie	9698,9	6074,2	62,6	5	66,6
Erdölverarbeitung	1467,3	1467,3	100,0	1	86,2
Gasabfüllungsindustrie	593,5	573,8	96,6	5	76,5
Nichtmetallische Mineralien	6067,0	3876,4	63,9	1	3,6
Metallindustrie	12872,6	12851,1	99,8	3	58,7
Metallwarenindustrie	6517,0	3207,8	49,2	1	23,7
Maschinen- & Geräteindustrie	1315,3	823,0	62,6	1	10,5
Elektrogeräteindustrie	5669,2	3242,1	57,2	3	29,3
Transportmittelindustrie	5545,6	4824,5	86,9	2	61,3
Sonstige Industrien	1760,1	1705,6	95,4	5	97,6

1)Es wurden nur diejenigen Unternehmen berücksichtigt, bei welchen eine ausländische Beteiligung von mehr als 50% vorlag.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben von:

1)"ICAP 1972, Financial Directory of Greek Companies" und
2)"Business Book 1972", Vol.1 (Industry).

[illegible] 3, B :

Ausmaß der ausländischen Kontrolle in der griechischen Industrie nach Branchen, Stand Ende 1970

[illegible]	Zahl der Unternehmen				Anteil der Unternehmen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung: (4) in v.H. von (2)	Gesamtvermögen in Mio Drch.		Anteil des von Ausländern kontrollierten Vermögens: (8) in v.H. von (7)
	insgesamt		mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung			aller Unternehmen	der Unternehmen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung	
	Anzahl	in v.H.	Anzahl	in v.H.				
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
[illegible]-rungs-industrie	1[illegible]	[illegible]	12	8,0	6,4	8386,8[1]	1107,2	13,2
[illegible]getränke	40	5,4	2	1,4	5,0	2945,8	347,8	11,8
Tabakverarbeitung	6	0,5	-	-	-	2446,0	-	-
Textilindustrie	197	16,6	10	6,8	5,1	14162,8	722,3	5,1
Schuh- & Bekleidungsindustrie	55	4,6	6	4,1	11,1	1603,5	143,9	9,0
Holzverarbeitung	20	1,7	4	2,7	20,0	1402,0	537,1	38,3
Möbelindustrie	17	1,4	-	-	-	480,6	-	-
Papier- & Pappeindustrie	23	1,9	5	3,4	21,7	4300,9	922,2	21,4
Druckerei & Vervielfältigung	49	4,1	-	-	-	820,1	-	-
Lederverarbeitung	14	1,2	1	0,7	7,1	586,0	33,0	5,6
Kunststoff- & Gummiindustrie	63	5,3	9	6,1	14,3	2995,6	1323,6	44,2
Chemie	138	11,6	31	20,9	22,5	9698,9[2]	5380,8	55,5
Erdölverarbeitung	8	0,7	2	1,4	25,0	1467,3	1278,8	87,1
Gasabfüllungsindustrie	10	0,8	6	4,1	60,0	593,5	449,2	75,7
Nichtmetallische Mineralien	93	7,8	10	6,8	10,8	6067,0	517,8	8,5

(Fortsetzung s.nächste S.)

Tabelle 3.18 (Fortsetzung):

Ausmaß der ausländischen Kontrolle in der griechischen Industrie nach Branchen, Stand Ende 1970

Branchen	Zahl der Unternehmen				Anteil der Unternehmen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung: (4) in v.H. von (2)	Gesamtvermögen in Mio.Drch.		Anteil des von Ausländern kontrollierten Vermögens: (8) in v.H. von (7)
	insgesamt		mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung			aller Unternehmen	der Unternehmen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung	
	Anzahl	in v.H.	Anzahl	in v.H.				
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Metallindustrie	11	0,9	3	2,0	27,2	12872,6	7549,3	58,6
Metallwarenindustrie	86	7,3	12	8,0	13,9	6517,0	1526,1	23,4
Maschinen- & Geräteindustrie	41	3,5	4	2,7	9,8	1315,3	108,7	8,3
Elektrogeräteindustrie	73	6,2	19	12,8	26,0	5669,2	1998,8	35,3
Transportmittelindustrie	33	2,8	4	2,7	12,1	5545,6	3040,1	54,8
Sonstige Industrien	21	1,8	8	5,4	38,1	1780,1	1678,5	94,3
Insgesamt	1186	100,0	148	100,0	12,5	91114,6	28665,2	31,5

1) Die öffentliche Zuckerfabrikunternehmung wurde weggelassen.
2) Die öffentliche Düngemittelunternehmung wurde weggelassen.

Anmerkung: Das Vermögen von Unternehmen mit 50:50 Beteiligung wurde zur Hälfte der ausländischen und zur Hälfte der inländischen Kontrolle zugerechnet.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben von:
1) "ICAP 1972, Financial Directory of Greek Companies",
2) "Business Book 1972".

Tab. [illegible]:

Ausmaß der ausländischen Kontrolle des Gewinns[1] der griechischen Industrie[2] nach Branchen, Stand Ende 1970

[illegible]	[illegible] der Unternehmen		Anteil der Unternehmen mit ausl. Mehrheitsbeteiligung: (3) in v.H. von (2)	Gesamtgewinn in Mill. Drch.		Anteil des von Ausländern kontrollierten Gewinns: (6) in v.H. von (5)
	[illegible]	mit ausl. Mehrheitsbeteiligung		aller Unternehmen	der Unternehmen mit ausl. Mehrheitsbeteiligung	
[illegible]	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Ernährungsindustrie	53	-	-	309,2	-	-
[illegible]	11	-	-	90,3	-	-
Tabakverarbeitung	4	-	-	138,0	-	-
Textilindustrie	92	3	3,3	635,3	24,7	3,9
Schuh- & Bekleidungsindustrie	22	3	13,6	105,3	7,4	7,0
Holzverarbeitung	12	2	16,7	116,8	50,5	43,1
Möbelindustrie	4	-	-	17,6	-	-
Papier- & Pappeindustrie	14	3	21,4	127,1	6,8	5,4
Druckerei & Vervielfältigung	19	-	-	73,9	-	-
Lederverarbeitung	5	-	-	20,0	-	-
Kunststoff- & Gummiindustrie	25	5	20,0	151,7	39,0	25,7
Chemie	59	14	23,7	456,6	105,4	23,1
Erdölverarbeitung	4	2	50,0	76,8	58,1	75,7
Gasabfüllungsindustrie	3	3	100,0	37,0	35,0	94,6
Nichtmetallische Mineralien	41	5	12,2	476,5	30,2	6,3

(Fortsetzung s. nächste [illegible])

Tab. 3.19 (Fortsetzung):

[illegible] der ausländischen Kontrolle des Gewinns der griechischen Industrie nach Branchen, Stand Ende 1970

Branchen	Zahl der Unternehmen		Anteil der Unternehmen mit ausl. Mehrheitsbeteiligung: (3) in v.H. von (2)	Gesamtgewinn in Mill. Drch.		Anteil des von Ausländern kontrollierten Gewinns: (6) in v.H. von (5)
	insgesamt	mit ausl. Mehrheitsbeteiligung		aller Unternehmen	der Unternehmen mit ausl. Mehrheitsbeteiligung	
[illegible]	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
[illegible]llindustrie	7	2	28,6	977,9	335,2	34,3
[illegible]industrie	[illegible]	4	17,4	[illegible]	14,7	[illegible]
Maschinen- u. Geräteindustrie	11	1	9,1	43,4	1,4	3,2
[illegible]industrie	33	9	27,3	354,0	166,9	47,1
Transportmittel-industrie	19	1	5,3	306,7	190,1	62,0
sonstige Industrien	6	4	66,6	22,5	18,8	83,6
Insgesamt	467	61	13,1	4870,4	1084,0	22,3

[illegible] [illegible] Steuern [illegible].

[illegible] [illegible] Unternehmen machte im Jahre 1970 mehr als 95% des Gewinns der industriellen Kapitalgesellschaften [illegible].

[illegible] wurden auch 50:50-"Joint Ventures" berücksichtigt. [illegible] nur zur Hälfte der "ausländischen Unternehmen" (Spalte 6) zugerechnet.

[illegible] nach Angaben des "[illegible] 1972, [illegible] Directory of [illegible] Companies" [illegible].1)(Athens 1972).

.3.20 :

Kontrolle des Gewinns 467 Industriegesellschaften

		reichten
er Unternehmungen		
(a) insgesamt	467	40
(b) davon mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung[1]:		
(b_1) Anzahl	61	10
(b_2) in v.H. der Gesamtzahl von 467	13,1	2,2
Gewinne der Unternehmungen (vor Steuern)		
(a) insgesamt in Mio Drch.	4870,4	2028,1
(b) davon entfallen auf Unternehmungen mit ausländischer Mehrheitsbeteiligung:		
(b_1) in Mio Drch.	1084,0	360,7
(b_2) in v.H. des Gesamtgewinns aller 467 Unternehmen	22,3	17,7

. .3) . .19.

: Angaben des "ICAP 1972, Financompanies" (Bd.1) (Athen 1972).

Tabelle 3.21 :

Anteil von Ausländern an der Zahl und am Gewinn griechischer Industrie- und Bergbauunternehmen[1] im Jahre 1970

	Alle 500 untersuchten Unternehmungen	Die 40 erfolgreichsten Unternehmungen
1. Zahl der Unternehmungen		
(a) insgesamt	500	40
(b) davon mit ausländischer Beteiligung:		
(b_1) Anzahl	93	21
(b_2) in v.H. der Gesamtzahl von 500	18,6	4,2
2. Gewinne der Unternehmungen (vor Steuerabzug)		
(a) insgesamt in Mio Drch.	5220	2972
(b) davon entfallen auf Unternehmen mit ausländischer Beteiligung:		
(b_1) in Mio Drch.	2171	1865
(b_2) in v.H. des Gesamtgewinns aller 500 Unternehmungen	41,6	37,5
(c) davon entfallen auf Ausländer entsprechend ihrer Beteiligungshöhe:		
(c_1) in Mio Drch.	1332	1115
(c_2) in v.H. des Gesamtgewinns aller 500 Unternehmungen	25,5	21,3

1) Der Kreis umfaßt die 500 nach dem Gewinnkriterium erfolgreichsten Kapitalgesellschaften. Die Berücksichtigung der übrigen Kapitalgesellschaften würde wenig an dieses Bild ändern.

Quelle: Eigene Berechnungen. Die Information über die Firmen und ihre Gewinne stammt aus dem "Business Book 1972, Vol. 1 (Industry)

Tab. 3.22 :

Anteil der ausländischen Industrieunternehmen am Gesamtexport[1] der griechischen Industrie nach Industriebranchen

in Mill. Drachmen

Industrie-branchen	1965			1966		
	Export aller Unter-nehmen	Export der ausländ. Unter-nehmen	Anteil von (3) an (2) in v.H.	Export aller Unter-nehmen	Export der ausländ. Unter-nehmen	Anteil von (6) an (5) in v.H.
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Nahrungsmittel	83,1	-	-	114,9	-	-
Getränke	69,6	12,4	17,8	117,1	51,4	44,7
Tabakverarbeitung	14,6	-	-	15,1	-	-
Textilien	240,5	35,5	14,8	423,9	92,0	21,7
Bekleidung	21,5	16,7	77,7	49,1	42,0	85,5
Holzverarbeitung	-	-	-	3,9	-	-
Möbelindustrie	0,7	-	-	2,6	-	-
Papier- & Pappe-industrie	36,3	24,2	66,6	37,3	16,3	43,7
Druckerei	3,9	-	-	4,1	-	-
Lederverarbeitung	6,7	-	-	8,8	-	-
Kunststoff- & Gummiindustrie	35,0	17,5	50,0	75,1	23,2	30,9
Chemie	100,8	21,1	20,9	98,8	21,7	21,9
Erdölverarbeitung	2,8	-	-	90,9	63,0	69,3
Nichtmetallische Mineralien	79,4	30,2	38,0	116,3	52,4	45,1
Metallindustrie	131,7	4,1	3,1	461,9	440,5	95,4
Metallwaren-industrie	181,0	66,1	36,5	93,4	88,2	94,4
Maschinen- & Geräteindustrie	14,3	-	-	20,6	-	-
Elektrogeräte-industrie	32,4	28,5	87,9	60,5	45,1	74,5
Transportmittel	69,5	67,4	96,9	538,2	525,1	97,6
Sonstige Industrien	17,0	17,0	100,0	19,8	14,0	70,7
Insgesamt	1140,8	340,7	29,9	2352,3	1474,9	62,7

(Fortsetzung s. nächste S.)

1) Der Gesamtexport dieser Unternehmen erfaßt ca. 80% bis 90% der jeweiligen gesamten Industrieexporte.

Tab. 3.22 (Fortsetzung) :
Anteil der ausländischen Industrieunternehmen am Gesamtexport der griechischen Industrie nach Industriebranchen.

in Mill. Drachmen

Industrie-branchen	1968			1969		
	Export aller Unter-nehmen	Export der ausländ. Unter-nehmen	Anteil von (3) an (2) in v.H.	Export aller Unter-nehmen	Export der ausländ. Unter-nehmen	Anteil von (6) an (5) in v.H.
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Nahrungsmittel	109,0	25,2	23,1	171,8	24,9	14,5
Getränke	195,6	34,2	17,5	159,5	27,0	16,9
Tabakverarbeitung	15,3	-	-	14,5	-	-
Textilien	468,7	173,3	37,0	634,9	224,9	35,4
Bekleidung	84,2	67,3	79,9	163,5	106,0	64,8
Holzverarbeitung	6,5	-	-	8,8	-	-
Möbelindustrie	8,3	-	-	5,4	-	-
Papier- & Pappe-industrie	53,6	4,1	7,6	83,9	21,3	25,4
Druckerei	1,4	-	-	1,5	-	-
Lederverarbeitung	33,6	-	-	35,0	-	-
Kunststoff- & Gummiindustrie	97,8	15,5	15,8	107,6	45,3	42,1
Chemie	727,2	549,5	75,6	636,8	549,7	86,3
Erdölverarbeitung	253,2	250,0	98,7	151,0	146,3	96,9
Nichtmetallische Mineralien	408,4	106,9	26,2	552,1	135,2	24,5
Metallindustrie	1365,8	1365,8	100,0	2647,7	2646,9	99,9
Metallwaren-industrie	9,6	2,7	28,1	97,6	79,9	81,9
Maschinen- & Geräteindustrie	15,2	2,9	19,1	1,1	-	-
Elektrogeräte-industrie	100,8	94,1	93,3	130,5	124,8	95,6
Transportmittel	516,1	506,0	98,1	814,6	783,4	96,1
Sonstige Industrien	18,9	18,9	100,0	29,8	19,1	64,1
Insgesamt	4489,2	3216,4	71,6	6447,6	4934,7	76,5

(Fortsetzung s. nächste S.)

Tab. 3.22 (Fortsetzung) :
Anteil der ausländischen Industrieunternehmen am Gesamtexport der griechischen Industrie nach Industriebranchen.

in Mill. Drachmen

Industrie-branchen	1970			1971		
	Export aller Unter-nehmen	Export der auslän. Unter-nehmen	Anteil von (3) an (2) in v.H.	Export aller Unter-nehmen	Export der auslän. Unter-nehmen	Anteil von (6) an (5) in v.H.
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Nahrungsmittel	483,7	28,7	5,9	870,3	55,4	6,4
Getränke	409,3	64,3	15,7	638,4	1,4	0,2
Tabakverarbeitung	14,8	-	-	15,2	-	-
Textilien	934,3	299,7	32,1	1093,5	145,7	13,3
Bekleidung	190,0	128,6	67,7	331,1	157,0	47,4
Holzverarbeitung	10,0	8,2	82,0	46,5	19,7	42,4
Möbelindustrie	9,2	-	-	45,8	-	-
Papier- & Pappe-industrie	81,0	8,5	10,5	93,2	5,2	5,6
Druckerei	0,2	-	-	5,6	-	-
Lederverarbeitung	44,1	-	-	85,2	40,8	48,1
Kunststoff- & Gummiindustrie	186,4	99,7	53,5	201,3	99,4	49,4
Chemie	859,2	708,7	82,5	849,3	657,4	77,4
Erdölverarbeitung	280,9	274,9	97,8	292,9	284,8	97,2
Nichtmetallische Mineralien	620,7	179,3	28,9	748,2	122,1	16,3
Metallindustrie	3586,5	3586,0	99,9	2494,6	2374,1	95,2
Metallwaren-industrie	91,7	65,2	71,1	257,0	194,8	75,8
Maschinen- & Geräteindustrie	6,8	-	-	10,5	-	-
Elektrogeräte-industrie	244,4	233,2	95,4	243,5	231,5	95,1
Transportmittel	1244,7	1191,5	95,7	1913,0	1828,8	95,1
Sonstige Industrien	23,5	9,0	38,3	22,6	14,9	65,9
Insgesamt	9321,4	6885,5	73,8	10257,7	6233,0	60,8

Quelle : Eigene Berechnungen nach Angaben des "Verbands Griechischer Industriellen" über den Export griechischer Industrieunternehmen.

Tabelle 3.23:
Branchenstruktur der Exporte der griechischen Industrie[1] in v.H.

Industrie-branchen	1965	1966	1968	1969	1970	1971
Nahrungsmittel	7,3	4,9	2,4	2,7	5,2	8,5
Getränke	6,1	4,9	4,4	2,5	4,4	6,2
Tabakverarbeitung	1,3	0,6	0,4	0,2	0,1	0,1
Bekleidungsindustrie	1,9	2,1	1,9	2,5	2,0	3,2
Textilindustrie	21,1	16,0	10,5	9,8	10,0	10,7
Holzverarbeitung	-	0,2	0,2	0,1	0,1	0,5
Möbelindustrie	-	0,1	0,2	0,1	0,1	0,4
Papier- & Pappeindustrie	3,2	1,6	1,2	1,3	0,9	0,9
Druckerei	0,4	0,2	-	-	-	0,1
Lederverarbeitung	0,6	0,4	0,7	0,5	0,5	0,8
Kunststoff- & Gummiindustrie	3,1	3,2	2,3	1,7	2,0	2,0
Chemie	8,9	4,2	16,2	9,9	9,2	8,3
Erdölverarbeitung	0,2	3,2	5,6	2,4	3,0	2,9
Nichtmetallische Mineralien	6,9	4,9	9,1	8,6	6,6	7,3
Metallindustrie	11,5	19,7	30,4	41,1	38,5	24,3
Metallwarenindustrie	15,9	4,0	0,2	1,5	0,9	2,5
Maschinen,Geräte	1,3	0,9	0,3	-	-	0,1
Elektrogeräte	2,8	2,6	2,2	2,0	2,7	2,4
Transportmittel	6,1	22,9	11,5	12,6	13,4	18,6
Sonstige Industrien	1,5	0,8	0,3	0,5	0,3	0,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1)Es wurden ca.90% der Industrieexporte erfaßt.

Quelle:Eigene Berechnungen nach Angaben des "Verbands Griechischer Industriellen" über den Export griechischer Industrieunternehmen.

Tabelle 3.24 :

[illegible] der industriellen Kapitalgesellschaften nach Höhe des Kapitals und Zahl der Beschäftigten (Stand Ende 1970)

[illegible]vermögen in Mio Drch.	Zahl der Beschäftigten												Insgesamt			
													1		2	
	Bis 10		11-50		51-100		101-200		201-300		301-700		Über 700		An-	in	An-	in
	1[1]	2[2]	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	zahl	v.H.	zahl	v.H.
[illegible] 9,9	35	3	233	12	12	1	7	-	2	-	-	-	-	-	339	29,7	16	11,0
10,0- 49,9	14	3	224	25	152	18	69	8	13	2	8	2	1	1	481	42,2	59	40,4
50,0-199,9	1	1	13	3	46	6	73	20	43	7	53	5	4	1	233	20,4	43	29,4
200,0-4[illegible]9,9	-	-	-	-	-	-	3	3	7	2	30	4	12	5	52	4,6	14	9,6
500,0-899,9	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	6	4	14	2	21	1,9	7	4,8
Über 900,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	5	8	2	14	1,2	7	4,8
Anzahl insgesamt	100	7	470	40	210	25	152	31	66	12	103	20	39	11	1140	100,0	146	100,0
in v.H.	8,8	4,7	41,3	27,3	18,4	17,1	13,3	21,2	5,8	8,5	9,0	13,7	3,4	7,5	100,0		100,0	

1)"1"=alle industrielle Kapitalgesellschaften.
2)"2"=Gesellschaften mit ausländischen Mehrheitsbeteiligung und 50:50 Beteiligung.
Quelle: Eigene Berechnungen aus Angaben des "ICAP 1972, Financial Directory of Greek Companies, Bd.1".

Tabelle 3.25:
Verteilung aller Kapitalgesellschaften nach Industriebranchen und Größe des Gesamtvermögens, Stand Ende 1970

Industriebranchen	Gesamtvermögen in Mill. Drachmen						
	Bis 9,9	10,0-49,9	50,0-199,9	200,0-499,9	500,0-899,9	Uber 900,0	Insgesamt
Nahrungsmittel	50	90	11	35	2	-	188
Getränke	12	12	13	2	1	-	40
Tabakverarbeitung	1	-	2	1	2	-	6
Textilindustrie	45	86	52	12	1	1	197
Schuh- & Bekleidungsindustrie	21	28	5	1	-	-	55
Holzverarbeitung	6	7	5	2	-	-	20
Möbelindustrie	12	3	1	1	-	-	17
Papier- & Pappeindustrie	4	10	4	1	3	1	23
Druckerei & Vervielfältigung	26	18	5	-	-	-	49
Lederverarbeitung	2	8	4	-	-	-	14
Kunststoff- & Gummiindustrie	22	28	10	2	1	-	63
Chemie	53	54	23	3	2	3	138
Erdölverarbeitung	3	3	1	-	-	1	8
Gasabfüllungsindustrie	1	4	5	-	-	-	10
Nichtmetallische Mineralien	31	40	15	4	2	1	93
Metallindustrie	2	2	1	2	-	4	11
Metallwarenindustrie	21	36	19	7	3	-	86
Maschinen- & Geräteindustrie	15	18	8	-	-	-	41
Elektrogeräteindustrie	23	28	12	8	2	-	73
Transportmittel	11	9	8	1	3	1	33
Sonstige Industrien	10	9	1	-	-	1	21
Anzahl insgesamt	371	493	205	82	22	13	1186
Davon mit ausländischer Beteiligung	20	72	51	17	11	9	180
Alle Unternehmen in v.H.	31,3	41,6	17,3	6,9	1,8	1,1	100,0
Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in v.H.	11,1	40,0	28,4	9,4	6,1	5,0	100,0

Quelle: Eigene Berechnungen nach den Angaben des "ICAP 1972, Financial Directory of Greek Companies" (Bd. 1, Bank-, Versicherungs- Industrie- und Bergbauunternehmungen) orig. gr.

Literaturverzeichnis

ADAM, GY., New Trends in International Business:Worldwide Sourcing and Dedomiciling, in : Acta Oeconomica, Bd.7, 1971, S.349-367.

DERS., Some Implications and Concomitants of Worldwide Sourcing, in: Acta Oeconomica, Bd.8, 1972, S.309-323.

ADELMAN,I. - CHENERY,H.B., Foreign Aid and Economic Development : The Case of Greece, in : REStat.,Bd.48,1966,S.1-19.

ADELMAN,I. - MORRIS,C., Society,Politics and Economic Development (Baltimore 1967).

ADELMAN,I. - MORRIS,C., Performance Criteria for Evaluating Economic Development Potential : An Operational Approach, in : QJE, Bd.82,1968, S.260-280.

ALEXANDER, A., Greek Industrialists (Center of Economic Research, Athens 1964).

AMERICAN - HELLENIC CHAMBER OF COMMERCE , Business Directory of Members 1970 (Athens 1971).

AMES, E. - ROSENBERG,N., The Progressive Division and Specialization of Industries, in : Purdue Faculty Papers in Economic History (Homewood,Illinois 1967), S.345-362.

ARDITI, N., Les Investissements Étrangers en Turquie (Genève 1970).

ARNDT, H., Macht, Konkurrenz und Demokratie, in : D.Grosser (Hrsg.), Konzentration ohne Kontrolle (Kritik Bd. II) (Köln und Opladen 1970), S.23-82.

DERS. (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd.20,Berlin 1971).

AVRAMOVIC, D. et al., Economic Growth and External Debt (Baltimore 1964).

BABER, J. - KONDO, T., Joint Ventures in Japan and How to Obtain Managerial Control, in : MSU Business Tropics, Bd.19, 1971, Nr.1, S.47-54.

BACHMANN, H., Sinn und Widersinn ausländischer Privatinvestitionen in Lateinamerika, in : Aussenwirtschaft, Bd.24, 1969, S.220-252.

BAIN, J.S., Barriers to New Competition, in : W.Sichel (Ed.), Industrial Organization and Public Policy.Selected Readings (Boston usw. 1967), S.204-220.

DERS., Essays on Price Theory and Industrial Organization (Boston 1972).

BALASSA, B. and Associates, The Structure of Protection in Developing Countries (Baltimore and London 1971).

BARANSON, J., Technology Transfer Through the International Firm, in : AER/S, 1970, S.435-440.

BEHRMAN, J., Economic Effects of Private Direct Investment, in : R.F. Mikesell (Ed.), U.S. Private and Government Investment Abroad (Oregon 1962), S.137-164.

DERS., National Interests and the Multinational Enterprise. Tensions Among the North Atlantic Countries (N.Jersey 1970).

DERS., U.S. International Business and Governments (N.York usw. 1971).

BERKEMANN, J., Die staatliche Kapitalbeteiligung an Aktiengesellschaften (Hamburg 1966).

BETTELHEIM, CH., Planification et Croissance Accélérée (Paris 1971).

BLONDEL, D., Transmission Internationale des Innovations et Développement Entrainé, in : REcon.,Bd.17, 1966, S.434-466.

BOHRISCH, A., Probleme privater Auslandsinvestitionen in Mexiko (Hamburg 1969).

BREMS, H., The Profitability of Direct Investment; National and International, in : Swedish J. Econ., Bd.72, 1970, S.278-300.

BRETON, A., The Economics of Nationalism, in : JPE, 1964, S.376-386.

BÜHL, W.L., Einleitung : Entwicklungslinien der Konfliktsoziologie, in : ders. (Hrsg.), Konflikt und Konfliktstrategie. Ansätze zu einer soziologischen Konflikttheorie (München 1972), S.9-64.

BYE, M., The Role of Capital in Economic Development, in : H.Ellis et al. (Eds.), Economic Development for Latin America (London 1962), S. 110-124.

BUSINESS BOOK 1972(Athens 1972), 2 Bde.

CAIRNCROSS, A.K., The International Transfer of Technology. in : J.D.Theberge (Ed.), Economics of Trade and Development (N. York usw. 1968), S.413-426.

CANDILIS, W.O., The Economy of Greece, 1944-66. Efforts for Stability and Development (N. York usw. 1968).

CATEORA, PH., The Multinational Enterprise and Nationalism. in : MSU Business Tropics, Bd.19, 1971, Nr.2, S.49-56.

CAVES, R.E., International Corporations : The Industrial Economics of Foreign Investment, in : Ec., Bd.38,1971, S.1-27.

CHANDLER, A.D. Jr., Strategy and Structure.Chapters in the History of the Industrial Enterprise (Cambridge usw. 1968).

CHENERY, H.B., Patterns of Industrial Growth, in : AER.1960, S.624-653.

DERS., Wachstum und Strukturwandel, in: Finanzierung und Entwicklung, Vierteljahresheft des IWF und der Weltbankgruppe, Bd.8, 1971, Heft 3, S.16-27.

COOPER, R.N., The Economics of Interdependence : Economic Policy in the Atlantic Community (N. York usw. 1968).

COUTSOUMARIS, P., I Morphologia tis Ellinikis Viomichanias (Athen [illegible]), (Die Morphologie der griechischen Industrie).

DERS., Greece, in : W.Adams (Ed.), The Brain Drain (N. York usw. 1968), S.166-182.

DERS., Diarthrotikes Exelixis se Anaptyxiaka Provlimata tis Ellinikis Viomichanias (Athen 1970), (Strukturentwicklungen und Wachstumsprobleme der griechischen Industrie).

[illegible]BAUN, H., Internationaler Steuervergleich bei multinationalen deutschen Unternehmen, in : "Blick durch die Wirtschaft", 13.11.1972.

DESTANNE DE BERNIS, G., Le rôle du Secteur Public dans l'Industrialisation (Cas des Pays Sous-Développées), in : EA, Bd.15,1962, S.135-174.

DEUTSCH, K.W., The Analysis of International Relations (N.Jersey 1968).

DEYRUP, F.J., Limits of Government Activity in Underdeveloped Countries, in : Soc.Res., Bd.24,1957, S.191-201.

DICKIE, R., Foreign Investment : France.A Case Study (Leyden 1970).

DOS SANTOS, T., The Structure of Dependence, in : AER/S, 1970, S.231-236.

DU BOFF, R.H., Transferring Wealth from Underdeveloped Countries via Direct Foreign Investment : Comment, in : SEJ, 1971, S.118-121.

DUNNING, J.H., The Role of American Investment in the British Economy (London 1969).

DERS., Studies in International Investment (London 1970).

DERS.(Ed.), The Multinational Enterprise (London 1971).

ELLIS,H. et al., Industrial Capital in Greek Development (Center of Economic Research, Athens 1964).

ERNST, D., Wirtschaftliche Entwicklung durch Importsubstituierende Industrialisierung ? ,in : Das Argument, Nr.79, S.332-403.

ETEVA, Apologismos tou Etous 1970 (Athen 1971),(Jahresbericht des Jahres 1970).

ETVA, Griechenland. Investitionsmöglichkeiten, 3 Hefte (Athen 1969 und 1970).

FAKIOLAS, R., Industrialization and Employment : The Greek Experience, in : E. Gutenberg (Hrsg.), Wirtschaft und BWL in Griechenland und Deutschland (Wiesbaden 1971), S.88-110.

FELD, W.J., Nongovernmental Factors and World Politics.A Study of Business,Labor, and Political Groups (N.York usw. 1972).

FISCHER, P.W., Der Einfluß des Auslandskapitals auf die wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens 1880-1964 (Göttingen 1970).

FOREIGN OWNERSHIP AND THE STRUCTURE OF CANADIAN INDUSTRY. Report of the Task Force on the Structure of Canadian Industry (Ottawa 1968).

FRANKO, L.G., Joint Venture Survival in Multinational Corporations (N. York usw. 1971).

FREUND, W.S., Unterentwicklung in strukturalistischer Sicht, in : Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Bd.13, 1969 (Sonderheft),(Köln und Opladen 1969), S.517-551.

FREYSSINET, J., Le Concept de Sous-Développement (Paris 1970).

FRIEDMANN, W.G. - BEGUIN, J.P. with the Collaboration of J. Peterson and A. Pellet, Joint International Business Ventures in Developing Countries.Case Studies and Analysis of Recent Trends (N. York,London 1971).

FRIEDMANN, W.G. - KALMANOFF, G. (Eds.), Joint International Business Ventures (N. York, London 1961).

GALBRAITH, J.K., The New Industrial State (Middlesex 1969).

GANIATSOS, TH., Foreign-Owned Enterprise in Greek Manufacturing (Unpublished Ph. D. Dissertation, Univ. of California, Berkeley 1971).

GEMOR, F., The Impact of Capital Imports on the Structure of Developing Countries, in : Kyklos 1969, S.104ff.

GOSSIS, CH., Das Kreditsystem als Instrument der Entwicklungspolitik in Griechenland (Dissertation, Marburg 1972).

GROSCHE, G. - LEHMANN-RICHTER, R., Die Gewinne aus deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern (Düsseldorf 1970).

GRUBEL, H.G. - JOHNSON, H.G.(Eds.), Effective Tariff Protection (Geneva 1971).

GRUBEL, H.G. - SCOTT, A.D., The Immigration of Scientists and Engineers to the United States, in : JPE, Bd.74,1966, S.368-378.

HABERLANDT, K., Das Wachstum der industriellen Unternehmung (Neuwied, Berlin 1970).

HANDELSKAMMER HAMBURG, Deutsche Direktinvestitionen im Ausland. Motivation, Entwicklung, Förderung (Hamburg 1969).

HASTEDT, P.G., Deutsche Direktinvestitionen in Lateinamerika (Göttingen 1970).

HAUBOLD, D., Direktinvestitionen und Zahlungsbilanz (Hamburg 1972).

HEIDHUES, F., Zur Theorie der internationalen Kapitalbewegungen. Eine kritische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Direktinvestitionen (Tübingen 1969).

HICKS, J.R., An Inaugural Lecture, in : Oxford Economic Papers, Bd.5,1953, S.117-135.

HINES, H.H., Effectiveness of Entry by Already Established Firms, in : QJE, Bd.71,1957, S.132-150.

HIRSCH, S., Technological Factors in the Composition and Direction of Israel's Industrial Exports, in : R. Vernon (Ed.), The Technology Factor in International Trade (N. York 1970), S.365-408.

HIRSCHMAN, A.O., The Strategy of Economic Development (N. Haven 1959).

DERS., How to Divest in Latin America and Why, in : B. Ward - J.D. Runnalls - L.D'Anjou (Eds.), The Widening Gap.Development in the 1970's (N. York,London 1971), S.252-274.

HOLLERMAN, L., Japan's Dependence on the World Economy.The Approach Toward Economic Liberalization (Princeton, N.J. 1967).

HOROWITZ, D. (Ed.), Corporations and the Cold War (N. York, London 1969).

HOUSSIAUX, J., La position dominante et ses abus : critères d'analyse, in : SZVS, Bd.104,1968, S.284-294.

HYMER, S., Direct Foreign Investment and the National Economic Interest, in : P. Russel (Ed.), Nationalism in Canada (Toronto usw. 1966), S.191-202.

DERS., The Efficiency (Contradictions) of Multinational Corporations, in : AER/S, 1970, S.441-448.

DERS., Multinationale Konzerne und das Gesetz der ungleichen Entwicklung, in : D. Senghaas (Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt.Analysen über abhängige Reproduktion (Frankfurt a. M. 1972), S.201-239.

DERS. - RESNICK, S., Interactions Between the Government and the Private Sector in Underdeveloped Countries : Government Expenditure Policy and the Reflection Ratio, in : I. Stewart (Ed.), Economic Development and Structural Change (Edinburgh 1969), S.155-180.

ICAP 1971. Financial Directory of Greek Corporations and Limited Liability Companies (Athens 1971),(2 Bände).

ICAP 1972. Financial Directory of Greek Corporations and Limited Liability Companies (Athens 1972),(2 Bände).

IPOURGION SINTONISMOU, National Accounts of Greece, 1948-1965 (Athen 1967).

KASS., Programma Oikonomikis Anaptixeos tis Ellados 1968-1972 (Athen 1968), (Entwicklungsplan Griechenlands 1968-1972).

KASS., Makroprothesmi Ependissis dinami tou N.D. 2687/53 "Peri Ependisseos ke Prostasias Kefaleon Exoterikou" (Athen, laufende Jahrgänge 1965-1971), (Langfristige Investitionen unter der R.V. 2687/53 "über Investitionen und Schutz ausländischer Kapitalien).

KECK, O., Die Theorie der Domination von Francois Perroux (Berlin 1968).

JOHNSON, H.G., A Theoretical Model of Economic Nationalism in New and Developing States, in : Political Science Quarterly, Bd.80,1965, S.169-185.

DERS., The Efficiency and Welfare Implications of the International Corporation, in : Ch. Kindleberger (Ed.), The International Corporation, S.35-56.

DERS., The Multinational Corporation as an Agency of Economic Development : Some Exploratory Observations, in : B. Ward - J.D. Runnalls - L. D'Anjou (Eds.), The Widening Gap. Development in the 1970's (N. York, London 1971), S.242-252.

KALDOR, N., Strategic Factors in Economic Development (N. York 1967).

KALOGRIS, K., I Elliniki Epichirisis is tin Kinin Evropaikin Agoran (Die griechische Unternehmung im Gemeinsamen Markt),(Athen 1968).

KARTAKIS, E., Le Développement industriel de la Grèce (Lausanne 1970).

KENDE, P., Le Concept de Pouvoir dans l'Analyse Economique, in : Les Formes modernes de la concurrence (Paris 1964), S.313-330.

KIDRON, M., Foreign Investment in India (London usw. 1965).

KINDLEBERGER, CH.P., International Economics (Homewood, Illinois 1968).

DERS., American Business Abroad : Six Lectures on Direct Investment (N. Haven and London 1969).

DERS. (Ed.), The International Corporation (Cambridge usw. 1970).

KITAMURA, H., Trade and Capital Needs of Developing Countries and Foreign Assistance, in : WA, Bd.97,1966 (II),S.303-323.

KLATT, S., Zur Theorie der Industrialisierung (Köln, Opladen 1959).

KOORDINATIONSMINISTERIUM, s. Ipourgion Sintonismou.

KOTTKE, F.J., Market Entry and the Character of Competition, in : Western Economic Journal, Bd.5,1966/7, S.24-43.

KRENGEL, R. - MERTENS, D., Fixed Capital Stock and Future Investment Requirements in Greek Manufacturing (Center of Economic Research, Athens 1966).

KYRIACOPOULOS, S., Commerce Extérieur et Développement Economique de la Grèce (Lausanne 1969).

L'Entreprise Publique et la Concurrence. Les Articles 90 et 37 du Traité CEE et leur relation avec la concurrence (Collège d'Europe, Bruges 1969).

Langfristige Perspektiven der griechischen Wirtschaft, s. Makrochronioi Prooptikai tis Ellinikis Oikonomias.

LEONTIADES, J., International Sourcing in the LDC's, in : CJWB, Nov.-Dec. 1971, S.19ff.

LHOMME, J., Considérations sur le Pouvoir Economique et sur sa Nature, in : REcon., Bd.9,1958, S.859-895.

LILIENSTERN, v.H.R., Verengung der Märkte durch technologisch bedingte Konzentration ?, in : Jahrbuch der Absatz- und Verbrauchsforschung 1970, S.1-15.

LINDER, S.B., An Essay on Trade and Transformation (Stockholm 1961).

LITVAK, I.A. - MAULE, C.J., The Multinational Corporation. Some Economic and Political - Legal Implications, in : The Journal of World Trade Law, Bd.5,1971, S.631-643.

LOIBL, K.M., US- Direktinvestitionen in der EWG.Das Beispiel der Chemieindustrie (Göttingen 1971).

LORENZ, D., Dynamische Außenhandelstheorie, Transformationskapazität und der Produktionsfaktor Kapital, in : Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd.17,1966, S.38-63.

LUNDSTRÖM, H., Capital Movements and Economic Integration. A Study of the Role of International Long-Term Capital Movements in International Economic Integration with particular Reference to Europe (London 1961).

MADDISON, A., Economic Progress and Policy in Developing Countries (London 1970).

MAFFRY, A., Direct Versus Portfolio Investment in the Balance of Payments, in : AER/S, 1954, S.614-623.

MALKAN, E., Die Besteuerung deutscher Privatinvestitionen in Griechenland (Herne/Berlin 1969).

Makrochronioi Prooptikai tis Ellinikis Oikonomias (Vasilikon Idrima Erevnon, Athen 1967, (Langfristige Perspektiven der griechischen Wirtschaft), (Königliche Forschungsanstalt, Athen 1967).

MALENBAUM, W., Economic Factors and Political Development, in : The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Bd.358,1965, S.41-51.

MANIATIS, G.C., Reliability of the Equities Market to Finance Industrial Development in Greece, in : Economic Development and Cultural Change, Bd.19,1971, S.598-620.

MARKHAM, J.W. - PAPANEK, G.F. (Eds.), Industrial Organization and Economic Development (Boston 1970).

McKINNON, R.I., Intermediate Products and Differential Tariffs, in : QJE, 1966, S.584-615.

DERS., On Misunderstanding the Capital Constraint in LDC's : The Consequences for Trade Policy, in : J. Bhagwati - R. Jones - R. Mundell - J. Vanek (Eds.), Trade, Balance of Payments and Growth. Papers in International Economics in Honor of Ch. P. Kindleberger (Amsterdam usw. 1971), S.506-523.

MEIER, G.M., The International Economics of Development (N. York 1968).

MERHAV, M., Technological Dependence, Monopoly and Growth (Oxford usw. 1969).

MERTENS, D., Wachstumsindustrien.Ein Beitrag zur partiellen Konjunkturbeobachtung, in : Vjh. Wirtsch. - Forsch. 1960, S.282-295.

MEYNAUD, J. in Mitarbeit mit P. Merlopoulos und G. Notaras, Les Forces Politiques en Grèce (Etudes de Science Politique 10, Montréal 1965).

MICHALOPOULOS, C., Imports, Foreign Exchange and Economic Development : The Greek Experience, in : P. Kenen - R. Lawrence (Eds.), The Open Economy. Essays on International Trade and Finance (N. York usw. 1968), S.289-312.

MIRO QUESADA, F., "Indépendance de la Nation" et pays non développés, in : EA, Bd.24,1971, S.605-618.

MOSSE, R., Les Problèmes monétaires internationaux (Paris 1967).

Multinational Investment, Public and Private, in the Economic Development and Integration of Latin America (Round Table, Inter- American Development Bank, Bogota 1968).

NIKOLINAKOS, M., Materialien zur kapitalistischen Entwicklung in Griechenland, in : Das Argument, Nr.57, Mai 1970, S.164-215.

Nationalbank von Griechenland und Athen, Probleme der griechischen Zahlungsbilanz (Athen 1958).

NSSG (National Statistical Service of Greece), Annual Industrial Survey for the Year... (laufende Jahrgänge 1960-1968), (Athens).

NSSG, Statistical Yearbook of Greece 1969 (Athens 1969).

NSSG, Statistical Yearbook of Public Finance (Athens 1970).

NSSG, National Accounts of Greece 1960-1969 (Athens 1971).

NSSG, Statistiki tou dilothentos Eisodimatos Nomikon Prosopon ke tis Forologias aftou kata to oikonomikon Etos 1970 (Einkommenssteuerstatistik der juristischen Personen im Jahre 1970), (Athen 1972).

NURKSE, S., Internationale Kapitalbewegungen (Wien 1935).

OECD, Grèce (Paris 1969).

OECD, Greece (Paris 1971 und 1972).

OECD, National Accounts of OECD Countries 1953-1969.

OPPENLÄNDER, K.H., Strukturperspektiven der westdeutschen Industrie, in : Wirtschaftskonjunktur, Berichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 2/1960, S.24ff.

OSBORNE, D.K., The Role of Entry in Oligopoly Theory, in : JPE, Bd.72, 1964, S.396-402.

OSTENBERG, C. - ADAMI, F., The Multinational Corporation : Expanding the Frontiers of World Politics, in : The Journal of Conflict Resolutions, Bd.15,1971, S.457-470.

PADELFORD, N.J. - LINCOLN, G.A., The Dynamics of International Politics (N. York 1966).

[illegible], A., The Political Element in Economic Development (Wicksell Lectures, Stockholm 1966).

PAQUET, G. (Ed.), The Multinational Firm and the Nation State (Ontario 1972).

PENROSE, E., Foreign Investment and the Growth of the Firm, in : EJ, Bd.66,1956, S.220-235.

DIES., The Theory of the Growth of the Firm (Oxford 1959).

DIES., The Large International Firm in Developing Countries. The International Petroleum Industry (London 1968).

DIES., The Growth of the Firms, Middle East Oil and Other Essays (Plymouth 1971).

PERROUX, F., Entwurf einer Theorie der dominierenden Wirtschaft, in : ZN, Bd.13, 1952, S.1-25 und 242-268.

DERS., L'Anglo - Iranian Company et les Effets de Domination, in : EA, Bd.5,1952, S.151-168.

DERS., L'Economie du XX^{e} siècle (Paris 1961).

DERS., L'Economie des jeunes Nations (Paris 1962).

DERS., L'Intégration et l'échec de la théorie traditionnelle des échanges extérieurs, in : EA,1968, S.379-396.

DERS., Les Investissements Multinationaux et l ' Analyse des Poles de Développement et des Poles d'Intégration, in : Tiers Monde, Bd.IX,1968, S.239-265.

PFEFFER, K.H.- SCHAAFHAUSEN, I., Griechenland. Grenzen wirtschaftlicher Hilfe für den Entwicklungserfolg (Hamburg 1959).

POSNER, M.V., International Trade and Technical Change, in : Oxford Economic Papers, Bd.13,1961, S.323ff.

PSILOS, D.D., Capital Market in Greece (Center of Economic Research, Athens 1964).

PÜTTNER, G., Die öffentlichen Unternehmen.Verfassungsfragen zur wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand (Bad Homburg v.d.H. usw. 1969).

PYE, L.W., The Concept of Political Development, in : The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Bd.358,1965, S.1-13.

RANIS, G. (Ed.), Government and Economic Development (N. Haven, London 1971).

REATI, A., Une classification des formes de marché d'après l'effet de domination, in : EA, Bd.21,1968, S.397-416.

ROLFE, S. - DAMM, W. (Eds.), The Multinational Corporation in the World Economy (Direct Investment in Perspective), (N. York usw. 1970).

ROSENBLUTH, G., The Relation between Foreign Control and Concentration in Canadian Industry, in : Canadian Journal of Economics, Bd.3,1970, S.14-38.

ROSTOW, W.W., Leading Sectors and the Take-Off, in : ders. (Ed.), The Economics of Take-Off into Sustained Growth. Proceedings of a Conference held by the International Economic Association (London usw. 1963), S.1-21.

ROTHSCHILD, K.W. (Ed.), Power in Economics (Middlesex 1971).

RUSSO, F., Science et Industrialisation, in : EA, Bd.21, 1968, S.11-29.

SAFARIAN, A.E., Foreign Ownership of Canadian Industry (Toronto usw. 1967).

DERS., The Performance of Foreign-Owned Firms in Canada (Montréal 1969).

SCHMIDT, R.B. unter Mitwirkung von J.Berthel, Unternehmungsinvestitionen. Strukturen, Entscheidungen, Kalküle (Rowohlt, Hamburg 1970).

SCHNEIDER, E., Wirtschaftlichkeitsrechnung. Theorie der Investition (Tübingen, Zürich 1962).

SCHNEIDER, E., Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil III (Tübingen 1969).

SCHUSTER, H., Kriterien zur Bestimmung von Marktmacht und Marktbeherrschung, in : H. St. Seidenius (Hrsg.), Marktmacht und marktbeherrschende Verhaltensweisen im Verkehr (Göttingen 1966), S.9-33.

SEIFERT, H., Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland (Köln und Opladen 1967).

SERAPHIM, H.J. (Hrsg.), Griechische Entwicklungsprobleme. Studien an einem Kontinentaleuropäischen Entwicklungsland (Köln, Braunsfeld 1962).

SHEN, T.Y., Competition, Technology and Market Shares, in : REStat., Bd.50,1968, S.96-102.

SHEPHERD, W.G., Market Power and Economic Welfare. An Introduction (N. York 1970).

SHONFIELD, A., Modern Capitalism (London usw. 1969).

SIDERI, S., Trade and Power (Rotterdam 1970).

SINDESMOS ELLINON VIOMICHANON, I Elliniki Viomichania kata to Etos... (Die griechische Industrie im Jahre...), (Laufende Jahrgänge, Athen 1960 bis 1971).

DERS., Deltion Sindesmou Ellinon Viomichanon (Bulletin des Verbands Griechischer Industriellen),(Athen).

SOLO, R., The Capacity to Assimilate an Advanced Technology, in : AER/S,1966, S.91-97.

Special Report on Foreign Owned Firms in Japan (Tokyo 1969).

SPENGLER, J.J., Power Blocs and the Formation and Content of Economic Decisions, in : AER/S,1950, S.413-430.

STANDKE, K.H., Amerikanische Investitionspolitik in der EWG (Berlin usw. 1965).

STETTEN, v.S.F., Der langfristige Lieferantenkredit im Außenhandel (Exportkredit). Exportförderung und Entwicklungshilfe (Berlin 1962).

STOBBE, A., Volkswirtschaftliches Rechnungswesen (Berlin usw. 1969).

STUBENITZKY, F., American Direct Investment in the Netherlands Industry (A Survey of the Year 1966),(Rotterdam 1970).

SUTCLIFFE, R.B., Industry and Underdevelopment (London usw. 1971).

SVENNILSON, I., Technical Assistance : The Transfer of Industrial Know-How to Non-Industrialized Countries, in : K. Berrill (Ed.), Economic Development with Special Reference to East Asia (London 1964), S.405-422.

SYLOS - LABINI, P., Oligopoly and Technical Progress (Cambridge, Massachusetts 1962).

SZENTES, T., The Political Economy of Underdevelopment (Budapest 1971).

TASK FORCE, s. Foreign Ownership and the Structure of Canadian Industry.

The International Migration of the High - Level Manpower. Its Impact on the Development Process (The Committee on the International Migration of Talent), (N. York usw.1970).

THIESSEN - CORDEMANN, G., Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer und Auslandsinvestitionen, in : B. Pfister (Hrsg.), Investitions- und Industrialisierungsprobleme in Entwicklungsländern (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd.60, Berlin 1971), S.109-138.

TRIANTIS, G., Common Market and Economic Development : The E.E.C. and Greece (Center of Economic Research,Athens 1965).

TSITSEKLIS, A., I Prostasia ton ek tis Allodapis Kefaleon (Der Schutz der Auslandskapitalien),(Athen 1954).

UNITED NATIONS, Foreign Investment in Developing Countries (N. York 1968).

UNITED NATIONS, Yearbook of National Accounts Statistics 1970 (N. York 1970).

UNITED NATIONS, Statistical Yearbook 1971 (N. York 1971).

Verband Griechischer Industriellen, s. Sindesmos Ellinon Viomichanon.

VERNON, R., International Investment and International Trade in the Product Cycle, in : QJE, Bd.80,1966, S.190-207.

DERS., Multinational Enterprise and National Sovereignty, in : HBR, Bd.45,1967, S.156-172.

DERS., Foreign - Owned Enterprise in the Developing Countries, in : J.D. Theberge (Ed.), Economics of Trade and Development (N. York usw. 1968), S.446-463.

WOSS - LYON, A., Etude Concrète de l'Effet de Domination : Le Cas Unilever, in : EA, Bd.8,1955, S.156-172.

WAPENHANS, W., Die Entwicklung der öffentlichen Auslandsverschuldung Griechenlands seit der Begründung seiner nationalen Selbstständigkeit, in : ZS, Bd.117,1961, S. 201-223.

WEBER, M., Wirtschaft und Gesellschaft (Vollständiger Nachdruck der Erstausgabe von 1922, Tübingen 1972).

WHO OWNS WHOM (Continental Edition 1970/1), 2 Bände.

WIONCZEK, M.S., Lateinamerika und das ausländische Kapital (Hamburg 1969).

Wirtschaftliche und finanzielle Verflechtungen in Schaubildern (Verlag Hoppenstedt & Co., Darmstadt 1969 und 1970), Bände I - V.

YOUNG, R.C., A Structural Approach to Development, in : JDA, Bd.2,1967/8, S.363-376.

ZOLOTAS, X., Monetary Equilibrium and Economic Development. With Special Reference to the Experience of Greece, 1950-1963 (Princeton, N.J. 1965).

Zeitungen, Zeitschriften, Sonstiges

Bank of Greece, Monthly Statistical Bulletin.

Dies., Deltion Exoterikon Synallagon tis Ellados (Bulletin der Außenhandelsbeziehungen Griechenlands).

Dies., Report for the Year...(Bericht des Jahres...), (laufende Jahrgänge 1956-1965).

Dies., I Elliniki Oikonomia kata to Etos...(Die griechische Wirtschaft im Jahre...),(laufende Jahrgänge 1964-1971).

Blick durch die Wirtschaft.

Express (griechisch).

Oikonomikos Tachidromos (Wirtschaftskurier).

To Vima (griechisch).

Wirtschaftskurier, s. Oikonomikos Tachidromos.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

a. Wichtige Abkürzungen

a.a.O.	=am angeführten Ort
Abs.	=Absatz
AG	=Aktiengesellschaft
Anm.	=Anmerkung
Art.	=Artikel
Ausl.	=Ausländisch(e)
Bd.	=Band
BgBl.(II)	=Bundesgesetzblatt, Teil II
BRD	=Bundesrepublik Deutschland
BSP	=Bruttosozialprodukt
cif	=cost, insurance, freight
ders.	=derselbe
d.h.	=das heißt
dies.	=dieselbe
Drch.	=Drachme(n)
Ed.(s)	=Editor(s)
Engl.	=England
et al.	=et allii
EWG	=Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.(ff.)	=folgende Seite(n)
fob	=free on board
Frankr.	=Frankreich
GATT	=General Agreement on Trade and Tariffs
GmbH	=Gesellschaft mit beschränkter Haftung
griech.	=griechisch(e)
Hrsg.	=Herausgeber
i.d.R.	=in der Regel
ISIC	=International Standard Industrial Classification
	=Internationaler Währungsfonds
Liechtst.	=Liechtenstein
Mill.	=Million(en)
Mio	=Million(en)

Mrd.	=Milliarde(n)
n.a.	=nicht angegeben
n.b.	=nicht bekannt
N.F.	=Neue Folge
Nr.	=Nummer
NSSG	=National Statistical Service of Greece
OECD	=Organization for Economic Cooperation and Development
orig.gr.	=original griechisch
R.V.	=Rechtsverordnung
Tab.	=Tabelle
u.a.	=und andere
US(A)	=United States (of America)
Vgl.	=Vergleiche
v.H.	=vom Hundert

b. Zeitschriften, Sammelwerke

AER	=American Economic Review
AER/S	=American Economic Association, Papers and Proceedings
CJWB	=Columbia Journal of World Business
EA	=Economie Appliquée
Ec	=Economica
EJ	=The Economic Journal
HBR	=Harvard Business Review
JDA	=The Journal of Developing Areas
JPE	=The Journal of Political Economy
QJE	=The Quarterly Journal of Economics
REcon.	=Revue Economique
REStat.	=Review of Economics and Statistics
SEJ	=Southern Economic Journal
Soc.Res.	=Social Research
Swedish.J.Econ	=Swedish Journal of Economics
SZVS	=Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik
Task Force	=Foreign Ownership and the Structure of Canadian Industry. [illegible] Task Force on the Structure of Canadian Industry (Ottawa 1968)

Vjh.Wirtsch.Forsch	=Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung
..A	=Weltwirtschaftliches Archiv
..Z	=Zeitschrift für Nationalökonomie
..S	=Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft

c.Zeichen:

...=unbedeutend
$>$ =über
$\geq$ =über oder gleich

LEBENSLAUF

Name	: Anastasios Giannitsis
Geboren	: 4 Mai 1944 in Athen
1950	: Besuch der Grundschule in Athen
1956	: Besuch des Gymnasiums in Athen
Juli 1962	: Erwerb des Reifezeugnisses
September 1962	: Immatrikulation in der juristischen Fakultät der Universität Athen
März 1967	: Diplomprüfung für Juristen an der Universität Athen
Oktober 1967	: Besuch der staats- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Athen
März 1969	: Diplomprüfung der staats- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Athen
Juni 1969	: Juristisches Staatsexamen in Athen
Oktober 1969	: Besuch der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin und Vertiefungsstudium in der Wirtschaftswissenschaft. Meine akademischen Lehrer waren Prof. W. Dreißig, Prof. G. Krause-Junk und Prof. H. Riese.

B. Ladewig - Dissertationsdruck - 1 Berlin 12 - Pestalozzistraße 106
Tel.: 3 12 88 85 - 3 1381 98